Ursachen
und
Anfänge
der
Deutschhannoverschen (welfischen) Bewegung 1866 — 1870

Inaugural-Dissertation
zur
Erlangung der Doktorwürde
der
Hohen Philosophischen Fakultät
der Universität Rostock

vorgelegt von

Werner Leffler
aus Eisenach.

Wismar
Buch- und Kunstdruckerei Albert Sander
1932

Ursachen
und
Anfänge
der
Deutschhannoverschen (welfischen) Bewegung 1866 — 1870

Inaugural-Dissertation
zur
Erlangung der Doktorwürde
der
Hohen Philosophischen Fakultät
der Universität Rostock

vorgelegt von

Werner Leffler
aus Eisenach.

Wismar
Buch- und Kunstdruckerei Albert Sander
1932

Referent: Professor Dr. Schüßler
Tag der mündlichen Prüfung: 31. Mai 1932

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Meinem Vater

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41549208_0014

Gliederung:

Seite:

Problemstellung 1

Einleitung: Die Annexion 5
Bismarck und Hannover
Minimal- und Maximalprogramm

1. Kapitel: König Georgs Protest 23
Georg V. und seine Politik
Hietzing
Der welfische Widerstand
Die Vermögensverhandlungen:
Die Welfenlegion — Die Ausweisung der Königin Marie — Silberhochzeit und Welfenfonds

2. Kapitel: Die neue preußische Verwaltung in Hannover . . 68
Das Übergangsjahr
Die Vertrauensmänner
Stolbergs Berufung

3. Kapitel: Der Widerstand des hannoverschen Volkes . . . 85
Die Einstellung zur neuen Lage
Die Methoden der preußischen Polizei und die Politik des Oberpräsidenten
Die Hietzinger Agenten
Die Deutsch-hannoversche Partei
Bismarcks Maßnahmen zur Beruhigung des Landes

Schlußbetrachtung 118

Anlagen

Zur Literatur:

Von der älteren Literatur (vergl. auch die Loewe'sche Bibliographie von Hannover!) konnte als noch zweckvoll benutzt werden:

Für die allgemeine Darstellung:

Busch, Moritz — Das Übergangsjahr in Hannover; Leipzig 1867.

Hassell, W. v. — Geschichte des Königreichs Hannover; 3 Bände, Bremen-Leipzig 1898—1901.

Lueder, Wilhelm — Beiträge zur Geschichte des Ursprungs der hannöverschen Armee; Göttingen 1903 (Diss).

Meding, Oskar — Memoiren zur Zeitgeschichte; 3 Teile. Leipzig 1881—84.

Meier, E. v. — Hannoversche Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte; 2. Band., Leipzig 1898.

Williges, F. — Hannover und Preußen 1866; Hannover 1910.

Für Einzelfragen:

Klopp Onno: König Georg V.; Hannover 1878

Das preußische Verfahren in der Vermögenssache des Königs von Hannover; Wien 1869

Rückblick auf die preußische Annexion des Königreichs Hannover; München 1868

Die Hannoveraner vor Eisenach am 24. Juni 1866; Wien 1869

Oppermann H. A. — Onno Klopps Auslegung des nicht angenommenen Briefes von König Georg V. an Se. Majestät den König von Preußen; Berlin 1869

Seebach, v. — (koburg. Staatsminister) — Offenes Sendschreiben an den Archivrat Onno Klopp über die Ereignisse vor der Schlacht von Langensalza; Gotha 1869

Wengen, Frh. v. d. — Geschichte der Kriegsereignisse zwischen Preußen nnd Hannover 1866; Gotha 1886

Wengen, Frh. v. d. — General Vogel von Falckenstein und der hannoversche Feldzug 1866, Gotha 1887

— — — — — — — — — — — —

Hodenberg, B. Frh. von — Sechs Briefe über die Gewissens- und Begriffsverwirrung in der Politik, Kirche und Wissenschaft der Gegenwart; Erlangen 1867

(Hodenberg) — Der „Hannöversche Partikularismus", eine oratio pro domo; Mannheim 1867

(Hodenberg) — Hannovers Besetzung durch die Preußen im Juni 1866; Braunschweig 1866

Hopf, Wilhelm — Die deutsche Krisis des Jahres 1866; Dritte Auflage, Hannover 1906 (mit reichen Literaturangaben!)

Verhandlungen, — die, zwischen Preußen und Hannover im Jahre 1866 über den Abschluß eines Neutralitätsvertrages; Berlin 1867

Welfenfonds, der — Aktenmäßige Darstellung der Entwicklung der Vermögensfrage, des Abschlusses des Vermögensvertrages und der Beschlagnahme des Vermögensobjektes; Hannover 1871 (Septemberabdruck der Deutschen Volkszeitung, Hannover)

Für die Partei:

Decken-Preten, v. d. — Die deutschhannoversche Partei und deren Beteiligung an den bevorstehenden Wahlen zum Abgeordnetenhaus; Hannover 1882

Freudenstein, G. — Die Hannoversche Welfenpartei, ihre Existenzberechtigung und ihre wahren Ziele; Minden i. W. 1884 (tendenziös!)

Langwerth von Simmern, H. Frh. — Die deutschhannoversche Partei und das Rechtsprinzip; Hannover 1882

Im Auszug:

Beust, Ferd. v. — Aus drei Viertel-Jahrhunderten; Stuttgart 1887 Bd. 2.

Frantz, Konstantin — Untersuchungen über das europäische Gleichgewicht; Berlin 1859

sowie das im „Hopf" zusammengestellte Material!

Von besonderem Wert ist die neuere Literatur:

Im Allgemeinen:

Dalwigk, Frh. von Lichtenfels — Tagebücher, ed. W. Schüßler; Stuttgart 1923

Henle, Rudolf — Kleindeutscher Einheitsstaat oder Großdeutsches Reich; Köln 1929

Lange, Karl — Bismarck und die norddeutschen Kleinstaaten im Jahre 1866; Berlin 1930

Oncken, Hermann — Rudolf von Bennigsen; Stuttgart-Leipzig 1910 2 Bde.

Propyläen-Weltgeschichte — Band 8 (Hrsg.: Walter Goetz) Berlin 1930

Rosendahl, Erich — Geschichte Niedersachsens im Spiegel der Reichsgeschichte; Hannover 1927

Schüßler, Wilhelm — Bismarcks Kampf um Süddeutschland; Berlin 1929

Stern, Alfred — Geschichte Europas 1848 — 70; III. Teil, Band 9 und 10; Stuttgart-Berlin 1923/24

Thimme, Friedrich — Wilhelm I., Bismarck und der Ursprung des Annexionsgedankens; H. Z. Bd. 89, 1902

Anmerkungen zu Bismarcks politischen Schriften, Bände IV–VIb der Friedrichsruher Ausgabe; Berlin 1927-31

Zechlin, Egmont — Bismarck und die Grundlegung der deutschen Großmacht; Stuttgart 1930

Für Einzelfragen (Bismarck, Welfenlegion und Problem Niedersachsen):

Bismarck — Gedanken und Erinnerungen, 2 Bände Volksausgabe; Stuttgart-Berlin 1905

Die gesammelten Werke (Friedrichsruher Ausgabe) Bände IV — XII Politische Schriften, Gespräche, Reden, hrsg. von: Thimme, Andreas, Schüßler; Berlin 1925-31

Haller, Johannes — Bismarcks Friedensschlüsse; München 1916

Pahncke, Robert — Bismarcks Parallelerzählungen zu den Gedanken und Erinnerungen; Halle 1914

Schüßler, Wilhelm — Bismarck; Leipzig 1925

Duckstein, Renate — Die Welfenlegion (ungedruckte Dissertation); Göttingen 1922

Brüning, Kurt — Niedersachsen im Rahmen der Neugliederung des Reiches, 2 Bde.; Hannover 1929/31 (mit weiterer Literaturangabe!)

Ringeling, Gerhard — Das Niedersachsen-Problem, in: Meckl. Monatshefte Febr. 1931; Rostock 1931

Vogel, Walter — Reichsgliederung und Reichsreform; Leipzig 1932

Quellen:

Akten des: Geheimen Staatsarchives zu Berlin. Haus-Hof- und Staatsarchives zu Wien.

Bismarck, Die gesammelten Werke: vgl. oben!

Das „Staatsarchiv“ (hrsg.: Aegidi und Klauhold) Bände 8—13; Hamburg 1865-66

Die Broschürensammlung damaliger Flugschriften des Freiherrn von Hodenberg-Hudemühlen

Material im: Archiv der Deutsch-hannoverschen Partei zu Hannover (soweit noch vorhanden!)

Zeitungen: „Deutsche Volkszeitung“ zu Hannover 1866–70
„Niedersächsische Zeitung“ 1866–70
„Hannoversche Landeszeitung“

Private Mitteilungen der Herren:

Hermann Freiherr v. Hodenberg-Hudemühlen,
Generalsekretär Dr. Bingmann-Hannover,
Rechtsanwalt Hagemann-Verden (Aller),
Hauptschriftleiter R. Henckel-Hannover.

Abgekürzt wurden bei der Zitierung in der Hauptsache nur die Hinweise auf Bismarcks gesammelte Werke. Hier wurden Bandnummer und Seitenzahl, zuweilen zum besseren Auffinden die Nummer des betreffenden Stückes angegeben.
Die Abkürzungen für die benutzten Zeitungen, die Aktenstücke des Archivmaterials sowie die „Zeitungsberichte“ Graf Stolbergs entsprechen der üblichen Signierung.

Es ist noch darauf hinzuweisen, daß die Akten des Preußischen Staatsarchives zu Hannover nicht benutzt werden konnten, da ihre Vorlage von dem Herrn Oberpräsidenten der Provinz Hannover, Gustav Noske, nicht gestattet wurde, obgleich dem Gesuch ein den wissenschaftlichen Charakter dieser Dissertation betonendes Empfehlungsschreiben des referierenden Hochschullehrers beigefügt war.

Ein weiteres, ebenfalls befürwortetes Gesuch an den Herrn Preußischen Ministerpräsidenten zwecks Einsichtnahme in Material des Preußischen Staatsministeriums wurde aus „grundsätzlichen Erwägungen“ abgelehnt.

Der Direktion des Haus-, Hof- und Staatsarchives zu Wien ist der Verfasser zu besonderem Danke verpflichtet, da er hier Einsicht in für diese Arbeit wichtigen Wiener Akten nehmen durfte, die ungeachtet der schwierigen Übermittlung in entgegenkommendster Weise nach Rostock gesandt wurden.

Es wurde daher außer diesen österreichischen Quellen und den Akten des Preußischen Geheimen Staatsarchives zu Berlin-Dahlem, die durch gütige Vermittlung der Direktion eingesehen werden konnten, hauptsächlich auf die von Friedrich Thimme herausgegebenen politischen Schriften Bismarcks zurückgegriffen, soweit nicht noch von hannoverscher Seite Material auf das Bereitwilligste zur Verfügung gestellt war. Die Schwierigkeiten, die sich bei dieser Arbeit ergaben, sollen damit nur angedeutet werden.

Herrn Professor Dr. Wilhelm Schüßler, der durch tatkräftige Förderung und Unterstützung die Fertigstellung ermöglichte, ist der Verfasser zu besonders herzlichem Danke verpflichtet.

Wertvolle Anregungen, ja die Initiative zu dieser Arbeit selbst gaben Herr Freiherr von Hodenberg-Hudemühlen und Herr Pastor Brüggemann-Pinneberg. Beiden Herren möchte der Verfasser auch an dieser Stelle seinen Dank aussprechen.

Der Weg der Wahrheit in der Wissenschaft ist, wie der Lebenskampf des Menschen, ein beständiger Kampf gegen Zweifel, Irrthum und Lüge; darin besteht ihr Fortschritt . . . . . .

(Bodo von Hodenberg)

Problemstellung.

Anregung zu dieser Arbeit gaben die in den letzten Jahren zunehmenden Bestrebungen nach einer allgemeinen Reichs- und Verwaltungsreform sowie das anläßlich der Aufwertungsprozesse um den sogenannten „Welfenfonds" (1) neu belebte Interesse an der „welfischen" Partei und der sogenannten Welfenfrage.

Es zeigte sich in den damaligen Pressediskussionen wie auch in der meisten einschlägigen Literatur eine Behandlung dieses „welfischen" Problems, die zwar vor und kurz nach dem Weltkriege in Deutschland zumeist üblich, aber doch mit vielen, unsachlichen Vorurteilen behaftet war.

Es ist bei dem geringen politischen Einfluß der Deutsch-hannoverschen Partei — richtiger: Deutsch-hannoversche Rechtspartei — als einer der kleinsten im Reiche (2) verständlich, daß über die Ursachen ihrer Entstehung 1867 und über ihre innere Struktur und geistige Basis, sowie über die politischen Ziele eine Vorstellung herrscht, die eigentlich befremdend erscheinen muß. Nicht nur, weil die Deutsch-hannoversche Partei mit eine der ältesten von den jetzigen Gruppen ist, sondern weil hier ein politischer Wille zum Ausdruck kam, der in dem Deutschland der Vorkriegszeit mit seinen überwiegend dynastischen Interessen Beachtung verdiente, wenn er auch in dieser materiellen und flachen Zeit ein Novum darstellte. Selbst in Bayern wurde das Stammesrecht im Volke — im Gegensatz zu den Amtsstuben — nicht mit solcher Leidenschaft propagiert wie hier in einem großen Teil des Niedersächsischen Territoriums.

Es zeigt sich ja heute in den Vorwochen einer Reichsreform, daß das allgemeine Interesse an dieser so wichtigen Frage einer Neugliederung des deutschen Bodens doch recht gering ist. Es beschränkt sich zumeist auf einen kleinen Kreis von Behörden, Sachverständigen, Wissenschaftlern und den unmittelbar von den Mängeln eines überalteten Systems Betroffenen. Von einer wirklichen Anteilnahme der breiten Masse kann hier ebensowenig die Rede sein wie wir diese bedauerliche Tatsache auch bei dem Schicksal des Auslands-Deutschtums, also doch immerhin 30 Mill. Menschen, feststellen müssen. Diese Fragen sind der Bevölkerung nicht Herzenssache, sondern meist nur reale Materie; ja es mangelt oft an jeglichem Verständnis für das Volkstum, für den Raum, für die Geschichte. Es fehlt auch hier die politische Idee!

Anders verhält es sich damit in Niedersachsen: gewiß ist dieses Gebiet Nordwestdeutschlands wohl mit das am meisten durch unmögliche Grenzen (3) behelligte und die Eigenwilligkeit der Kleinstaaten und der preußischen Provinzen ist kaum zu übertreffen. Einen, man möchte sagen, erschütternden Eindruck vermittelt die kürzlich erschienene „Niedersachsen-Denkschrift" des 66. Hannoverschen Provinzial-Landtages (4), die die Unmöglichkeit dieser staatlichen Zersplitterung aufs Drastischste beweist. Nun bestehen allerdings diese Grenzen in Niedersachsen schon seit dem Wiener Kongreß (5) und auch das frühere Königreich zeigte dieselbe unförmige Gestalt wie die heutige Provinz Han-

1) vgl. auch die Polemik: Nowak | v. Kardorff im Frühjahr 1930 in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" 2) Bei der Reichstagswahl am 14. 9. 1930 erhielt sie 144286 Stimmen und 2 Sitze, bei der Wahl zum Preuß. Landtag am 24. 4 1932 noch 63803 Stimmen und bei der letzten Reichstagswahl am 31. 7. 1932 nur 46905 und kein Mandat. Die z. Zt. älteste deutsche Partei konnte sich bei der politischen Neugruppierung der Massen nicht mehr durchsetzen, zumal fast alle Parteien ein „freies Niedersachsen" versprachen, allerdings nur in Hannover! 3) z. B. die des Freistaates Braunschweig! 4) bearbeitet von Professor K. Brüning. 5) von einigen kleinen Berichtigungen abgesehen.

nover. Doch darf diesem entgegengehalten werden, daß einmal bei dem Aussterben der Braunschweiger Welfenlinie (1884) ihr gesamtes Gebiet an Hannover fallen sollte, was von erheblicher Bedeutung gewesen wäre und daß zweitens in diesem Niedersachsen das alte Königreich Hannover in politischer, kultureller und wohl auch wirtschaftlicher Beziehung dominierend war. Dazu kommt als weitere, bedeutsame Tatsache, daß der Kern des niedersächsischen Landes, das Gebiet zwischen Elbe, Harz und Weser fast ausschließlich zu Hannover gehörte und diesem eine Führerstellung zuwies. Das Königreich Hannover als viertgrößter deutscher Bundesstaat konnte sich wohl berechtigt fühlen, auch eine spezifisch hannoversch-niedersächsische Politik zu treiben.

Die Ereignisse des Jahres 1866 bewirkten eine Neugestaltung Norddeutschlands. Hannover, wie auch das in seinem nördlichen Teile durchaus zu Niedersachsen gehörige Kurfürstentum Hessen-Kassel wurden preußische Provinzen und der Schwerpunkt wurde nach Berlin, also außerhalb der alten Stammesgrenzen, verlegt. Dies und der Umstand, daß die Art und Weise der Annexion und der Einverleibung bei der Bevölkerung Widerstand und Protest auslösten, bereitete den Boden für eine Bewegung vor, die Achtung vor dem geschichtlich Gewordenen und Sicherstellung der Stammeseigentümlichkeiten, ja die Erhaltung einer bestimmten Kultur- und Geistesrichtung vor dem „nivellierenden Preußentum“ verlangte. Diese Bewegung war nicht partikularistisch, sie bejahte unbedingt die Schöpfung und den Bestand des Deutschen Reiches oder des alten Bundes. Sie war lediglich föderalistisch eingestellt und dies sollte doch eigentlich bei der wirklichen und bedeutenden Tradition des alten Sachsenstammes verständlich sein.

Dennoch wurde diese durch die Annexion ausgelöste und in den ihr folgenden Jahren entstehende hannoversche Bewegung und die in dieser beruhende Partei Gegenstand eine ebenso heftigen wie gehässigen Kritik. Da Bismarck aus mancherlei berechtigten Motiven mit dieser neuen Partei sich nicht einverstanden erklären konnte und auch seine Abneigung gegen einzelne Träger dieser Bewegung deutlich zur Schau trug, glaubten seine Schüler und die Epigonen in Preußen die zeitweilige Unfreundlichkeit des Meisters noch überbieten zu müssen. Die Ansicht von der „Reichsfeindschaft der Welfen“ hat sich beispielsweise so tief festgesetzt, daß noch in jüngster Zeit (1924) dieses Gerede von neuem auflebte und selbst in wissenschaftlichen Werken eine deutliche Abneigung zu spüren ist.

Um den Versuch zu unternehmen, gegen den einen Teil dieser Vorurteile und vorgefaßten Meinungen anzugehen und die wahren Motive der Entstehung dieser Bewegung, die Ursachen und auch den Anfang der Deutsch-hannoverschen Partei zu skizzieren, erschien es notwendig, die Entstehung und die Voraussetzungen dieser Bewegung kritisch zu betrachten.

Es soll — das sei vorher bemerkt — keine „Parteigeschichte“ gegeben werden. Zwar liegt eine solche noch nicht vor und für die späteren Jahre, die Zeit von 1871—1914, wäre sie sicher zu begrüßen. Doch bieten sich erhebliche Schwierigkeiten, da infolge der jahrelangen Verfolgungen durch die preußische Justiz und Polizei nur noch lückenhaftes Material vorhanden ist. Es ist aber überhaupt die Frage, ob eine „Geschichte“, also eine Darstellung der mehr äußeren Entwicklung von dieser „Partei“ gegeben werden kann. Politisch in wirksame Erscheinung getreten ist dieselbe ja nur in den Wahlkämpfen und im

Plenum der Parlamente. Sonst war sie fast unsichtbar: nur die Bewegung war konstant, sie war durch eine feststehende Tatsache, die Nichtberücksichtigung einer Stammesforderung, an der auch die Erhaltung Hannovers als ganze Provinz wenig änderte, gegeben und im Herzen eines großen Teiles ihrer Anhänger verankert. Sie brauchte sich im Gegensatz zu den übrigen politischen Parteien nicht mit eigenpolitischen, wirtschaftlichen oder kulturellen Fragen an die große Masse der Wähler zu wenden: sie vertrat eine Idee und fußte immer in den, wenn auch noch so kleinen, Kreisen der hannoverschen Bevölkerung, die mit einer gewissen Selbstverständlichkeit, mit Stolz und Trotz an ihrer Heimat hingen. Es sind dies Imponderabilien, Gefühlswerte, vielleicht Überbleibsel einer romantischen Epoche, wie sie selten noch in deutschen Landen zu finden sind. Man hat sie immer politisch zu „deuten" gesucht und den so offensichtlichen Kern dieser ganzen Bewegung zumeist geflissentlich oder versehentlich übersehen: das Stammes- und das Rechtsgefühl. Es war weniger eine zwar verständliche Anhänglichkeit an die welfische Dynastie als eine wesenhafte innere Abneigung gegen das „Preußische" des neuen Staates. Die Dynastie und die Partei in Hannover haben zuerst gemeinsame Wege des Protests verfolgt, sich aber später doch getrennt. Es ist auch bezeichnend, daß die treusten Anhänger, die Jahrzehnte für diese Heimatbewegung mit politischen Vorzeichen gewirkt haben und auch nach dem Umsturz 1918 sich keiner der neuen politischen Parteien anschließen konnten, doch jetzt zuweilen einer neuen, in Deutschland angewachsenen Bewegung — nicht der Partei — sich zuwandten, da die allgemeinen politischen Voraussetzungen andere geworden sind. (1)

Wenn im Folgenden den Ursachen nachgegangen werden soll, die wir als bedeutsam für die Anfänge der Deutsch-hannoverschen Partei erkennen können, so steht immer noch die umstrittene Annexion im Vordergrund. Eng verbunden mit ihr ist aber eine Beurteilung Bismarcks als des entscheidenden Staatsmannes. Und gerade gegen ihn hat sich ja eine unbillige und schiefe Kritik der Hannoveraner und der Welfen in Hietzing gewandt, die heute auf Grund der Thimme'schen Publikationen auch von überzeugten „Welfen" nicht mehr aufrecht erhalten wird. Deshalb erschien es notwendig, das Verhältnis Bismarcks zu Hannover und seinen Anteil an der Neuorganisation der Provinz besonders hervorzuheben.

Schließlich durfte es nicht unterlassen werden, die Abneigung gegen das preußische System eben in diesem selbst nachzuweisen. Der Taktik, — wenn man es überhaupt so nennen kann — mit der die preußische Regierung in Bismarcks Abwesenheit im Herbst 1866 in den neuen Provinzen vorging, dem Auftreten der Polizei und der Exekutivgewalt vor der Berufung des Grafen Stolberg und der ganzen Verständnislosigkeit, die man in Berlin zur Schau trug, war es ja zu danken, daß überhaupt erst die latent vorhandenen Gegensätze so offenbar werden konnten.

Auf diese Fragen eingehen, heißt auch das Problem dieser so eklatant hervorbrechenden Bewegung umreißen. Es wird sich zeigen, daß die Bedingungen für diese so selbstverständlich waren, daß es teils

1] Doch wäre es irrig, zu glauben, daß sich die bisherigen Wähler der D.H.P. auch gesinnungsmäßig abgewandt haben: es sind heute wohl nur materielle und andere, hier nicht zu untersuchende Gründe gewesen, die die Deutsch-Hannoveraner bewogen haben, sich der allgemeinen Protestbewegung anzuschließen.

durch Verkettung besonderer Umstände, teils durch naturgegebene Tatsachen zu einer Spannung kommen mußte! Es hieße den Charakter und die saubere Zähigkeit dieser Niedersachsen verkennen, wenn ihr Protest so ungünstig und so falsch umgedeutelt würde.

Das Ganze war und ist wohl noch eine Frage der inneren Einstellung, die man solchen so „unsachlichen" Argumenten entgegenbringt. Soll allein die reine Zweckmäßigkeit, das Außer-Acht-lassen jeglicher Gefühlswerte gelten, so ist wohl diese hannoversche Aktion als störend und überflüssig abzulehnen. Soll hingegen auch das Menschliche: Treue, Rechtsbejahung, Liebe zur Scholle und ihrer Eigenart und eine gesunde konservative Weltanschauung in Deutschland ihren Wert behalten, so ist es wohl erforderlich, auch bei dieser Frage einen anderen Maßstab anzulegen.

Dieses auszusprechen erscheint um so nützlicher, als nur unter solchen Voraussetzungen ein Eingehen auf dieses Problem ersprießlich und erfreulich sein wird.

Einleitung:

Die Annexion

Bismarck und Hannover

Langensalza und Königgrätz ermöglichten Preußen eine Umgestaltung und Neuverteilung des deutschen Raumes von einem in diesen Jahrzehnten ungekannten Ausmaß. Nicht nur der überwiegende Teil der Zeitgenossen fand für solch eine totale Annexion schwerlich eine ausreichende Begründung: auch heute ist die Ansicht Gemeingut vieler Kreise geworden, daß für diese Vollannexionen kein Anlaß vorhanden war und auch ein verkleinertes Königreich Hannover im Rahmen des neu zu schaffenden Nordbundes „als dienendes Glied eines geschlossenen Ganzen sich hätte erhalten können" (Oncken). (1)

Die Tatsache ist nicht zu leugnen, daß Preußen ungeachtet früherer Beteuerungen ungewöhnlich schroff gegen die norddeutschen Bundesgenossen Österreichs vorging, und es ist wesentlich, erneut darauf hinzuweisen, daß Hannover weniger aus Sympathie für Wien als für den Geist von Frankfurt sich Preußen versagt hatte. Dessen unerwartet feindseliges Verhalten mußte Gegnerschaft und Verurteilung in allen deutschen Landen wachrufen. Es wurde Preußen der Vorwurf gemacht, diesen Krieg nur zu „Eroberungszwecken" unternommen zu haben (2). Konstantin Frantz fragte, warum diese Länder erst preußisch gemacht werden mußten, „wenn doch der eigentliche Zweck die Begründung eines neuen Deutschland war, gerade als ob der Weg zum Deutschtum durch das Preußentum hindurch ginge" (3), und Nietzsche bezeichnete diese Art, Fürsten los zu werden, als die bequemste der Welt. „Es war", wie Dietrich Schäfer in der Kreuzzeitung 1913 ausführte, „etwas Ungewohntes in der deutschen Geschichte, daß 1866 auf Grund des Kriegsrechts angestammte Fürstenfamilien aus ihrem Besitz entfernt wurden".

Es würde im Rahmen dieser Einleitung zu weit führen, die einzelnen Stimmen für und wider die Annexion auch nur annähernd wiederzugeben: Es genügt die Feststellung, daß von amtlicher preußischer Seite und von den Vertretern des deutschen Föderalismus, von den Anhängern des konservativen wie des großdeutschen Gedankens nicht zuletzt auch von den Betroffenen in den neuen preußischen Provinzen selbst eine Fülle von Darlegungen, Erklärungen und Protesten der deutschen und europäischen Öffentlichkeit übergeben, ja vor Gericht verhandelt wurden. (4)

Doch konnte die Mehrzahl dieser Publikationen und der oft zügellosen Schmähschriften bei aller ehrlichen Kritik der einzelnen Phasen des Annexionsgedankens nicht zu einer abschließenden Würdigung dieses so viel umstrittenen Problems gelangen, da die Pläne und Ziele der wichtigsten Persönlichkeit bislang nicht genügend bekannt waren.

Bismarck steht auch hier im Mittelpunkt des Geschehens und des Meinungskampfes, sodaß es unerläßlich erscheint, in Kürze seine Stellung zu Hannover und den Hannoveranern zu umreißen (5).

„Der mißverstandene Bismarck" ist gerade von hannoverscher Seite heftigen Angriffen ausgesetzt gewesen, und eine, wenn auch ge-

---

1). Die Bedeutung dieser Beseitigung deutscher Bundesstaaten wird noch eindringlicher, wenn man sich das sog. Minimalprogramm vergegenwärtigt, auf das im Einzelnen hier nicht eingegangen werden kann. 2) Rosendahl a. a. O., 806 3) Frantz, Föderalismus, 256. 4) Z. B. der Prozeß gegen den Pfarrer Hopf-Melsungen. 5) Es kann und soll hier keine Würdigung seiner Persönlichkeit versucht werden, so reizvoll auch eine Untersuchung über sein ganz persönliches Verhältnis zu Hannover und dessen Problemen sein würde.

ringe, Nachprüfung der Berechtigung dieser Polemik erscheint geboten.

Die Voraussetzungen seiner Politik, bereits 1862 Hannover gegenüber festgelegt, basierten vornehmlich in den naturgegebenen Bedingungen beider Länder, ihrer geopolitischen Stellung zueinander und in der Art der persönlichen Beziehungen zu König Georg, von denen noch in anderem Zusammenhang zu sprechen sein wird. Die Auffassung, die Bismarck von der europäischen und deutschen Situation 1866 sich auf Grund seiner Erfahrungen in Frankfurt und der in der Wilhelmstraße eingehenden politischen Berichte zu eigen machte, war grundverschieden von der König Georgs und seiner Minister. Bismarck wollte, wohl mit meisterlicher Betonung des Rechts, bewußt Machtpolititik zu Gunsten der deutschen Einheit treiben: Deutschland und auch der deutsche Bund waren bis jetzt immer Gegenstand und Dulder fremder Gewalten auf seinem Boden gewesen, die deutsche Zwietracht verhinderte jegliche positive Entfaltung deutscher Macht und deutscher Würde nach außen. Zwangsläufig wollte Bismarck daher „den Nutzen und keineswegs den Willen des Volkes im Auge haben" (Schüßler) und deshalb hat er, da sein persönliches Ehrgefühl mit dem seines Staates verschmolz (Schüßler), die Vorwürfe seiner konservativen Gegner und früheren Freunde, daß er eine „unsittliche Politik" betreibe, mehr oder weniger gelassen hingenommen.

Als prinzipieller Verächter aller romantisch gestimmten Seelen war sein ganzes Wirken und Schaffen, worauf Wilhelm Schüßler besonders hingewiesen, gegen die politischen Ziele der Aufklärung und „gegen die tief in der deutschen Seele lebendigen alten universalistischen, menschheitlichen, dem Staat widerstrebenden Gedanken" gerichtet. Sein Werk entstand von Anfang an „aus dem Elementaren, weniger aus dem Geistigen". — So zwang er den Gegner, zu ihm zu kommen, denn „nicht der Ungefährliche und Zurückhaltende wird von Ansprüchen der Nachbarn verschont, sondern wer diese in Schach zu halten versteht: Nicht, wer dem Anstand der anderen vertraut, kann in der Politik gewinnen, sondern wer ihn nötigt, aus eigenem Interesse zu geben" ... (Zechlin).

So behandelte Bismarck, getreu seiner innerdeutschen Politik, auch Hannover, das eine große Unentschlossenheit, ein allzu langes und undurchsichtiges Abwarten und Zaudern zeigte und — in der Person seines Außenministers, des Grafen Platen — zuweilen deutsche Belange mit eigenen in wenig geschickter Art verknüpfte (1). Hannover vermied, nicht aus Angst oder Unfähigkeit, eine klare Stellungnahme zu dem österreichisch-preußischen Gegensatz und glaubte, sich dem Schutze der Frankfurter Versammlung allein anvertrauen zu können. Die hannoversche Regierung verkannte, daß ein Konfliktstoff zwischen den beiden norddeutschen Staaten, mancher persönlicher und sachlicher Übereinstimmung ungeachtet, aufgehäuft lag in den unmöglichen Grenzen, die der Wiener Kongreß für gut befunden hatte. Die wirtschaftliche Entwicklung der Zeit war über diese Formulierungen einer aussterbenden Epoche hinweggeschritten: Es gab viele einsichtige Hannoveraner, die deshalb eine Verständigung mit Preußen für allein möglich hielten. Die hannoversche Regierung glaubte aber sich diesen Anregungen versagen zu müssen, und so war der tiefe Gegensatz zu Bismarck

1) in Holstein 1865.

ein natürlicher.

Bismarck stellte den deutschen Ländern die Macht seines Staates — und das war das preußische Heer — oft und meist sehr plastisch dar: diese kleinen Staaten konnten sich seinem ultimativen Zwang nicht entziehen und mußten ihre Politik mit der preußischen in Einklang zu bringen suchen. „Furcht und wieder Furcht, ist das Einzige, was in den Residenzen von München bis Bückeburg Wirkung tut" (1). Dieses typisch Bismarckische Wort besagte aber nicht, wie seine Zeitgenossen solche Äußerungen gern deuteten, daß nun reine Gewalt angewandt werden sollte: Der „Umworbene" sollte bloß mehr Wirklichkeitssinn bekommen. Und dieser Sinn für das Reale, den die neue Zeit der Maschinen und der wirtschaftlichen Ausdehnung erforderte, war in den meisten deutschen Residenzen noch nicht genügend eingedrungen: auch im Königreich Hannover wurde noch recht konservativ „regiert".

Bismarck, der der Enge der Kanzleien, die er sein ganzes Leben lang nicht geschätzt hat, entflohen und zu der Weite seiner ländlichen Heimat zurückgekehrt war, hatte dort in der unmittelbaren Nähe der Natur in den Jahren seines „Junkertums" seinen Blick für das Wesentliche, das Nützliche, das Erfolg Verheißende geschärft und seine Ziele oft mit einer erstaunlichen Offenheit angekündigt und verfolgt. Darin liegt aber auch das Verwandte zu dem Wesen der Niedersachsen, mit denen er sich blutsverbunden fühlte (2): auch dort war Offenheit und eine fast „geschäftsmäßige Nüchternheit" (Hodenberg), aber diese Eigenschaften des Volkes waren in den Kreisen des Hofes und auch bei manchem Minister nicht zu finden. Diese träumten nur von der Stärke und der Macht ihres Staates und glaubten genug getan zu haben, wenn sie sich auf die Basis des Rechts und seiner Proklamierung zurückzogen. Indem sie dies taten und die praktische Sicherheit des Landes nicht genügend beachteten, wozu sich viele Chancen auch auf sehr ehrenvolle Art boten, haben sie Bismarck seine Aufgabe ungemein erleichtert. Dieser, der denkbar größte Gegensatz als Mensch, Politiker und grimmiger Verspötter der Politik „der Doktrin, Principien, Ideologen" (Schüßler), unterzog sich gar nicht der Mühe, seinen Nützlichkeitsstandpunkt zu beschönigen. Nur dadurch ist eine so kritische Bemerkung wie die des Hermann Freiherrn von Hodenberg-Hudemühlen verständlich, daß Bismarck, nachdem er „in Paris am napoleonischen Beispiel lernend den Weg des altpreußischen Konservatismus bewußt verlassen" hatte, weder 1866 noch in den folgenden Jahren — allerdings im Gegensatz zu den wankelmütigen Konservativen — „niemals den Rechtsstandpunkt für sein Handeln in Anspruch genommen" hätte.

Denn das taten ja König Georg und sein Volk, die beide ihre Überzeugung bis zur Starrheit verteidigten. Der Welfenkönig war ein zutiefst deutscher Mensch, zu empfindsam und zu weich für seine Zeit und für den Kampf mit einem Bismarck. Das Volk, soweit es einen Überblick über sein Schicksal gewinnen konnte, sah in diesem so hochmütigen und anmaßenden Preußen östlich der Elbe nur den Feind, der der hannoverschen Selbständigkeit ein Ende bereiten wollte. (3)

---

1) bei Zechlin, a. a. O. 123 2) . . „es war für den Kundigen mit Händen zu greifen, daß es dem niedersächsischen Stamm beschieden gewesen, durch Verkörperung seiner besten Eigenschaften in einem Manne dem Jahrhundert seinen politischen Meister zu geben". (Dietrich Schäfer) in: IX,241 (Gespr.) 3) Auch hier gilt es festzustellen, daß ursprünglich ein freundnachbarliches Verhältnis bestand und daß diese Psychose des Hasses, wie sie nach der Annexion allerorts deutlich sichtbar wurde, erst durch Mißverständnisse, unnötige Bemerkungen unwichtiger Personen und durch eine Geheimpolitik in Hannover, die das eigene Volk nicht über das, was in Frankfurt gespielt wurde, aufklärte, hervorgerufen wurde.

Bismarck selbst hat sich ebenso wenig Mühe gegeben, die Stimmung am Hofe zu Hannover zu schonen, da er diesen „Rechtsstandpunkt“ weder würdigte noch ein besonderes Verständnis für ihn zeigte. Es ist das Eigenartige seiner ganzen Politik nach der Annexion, daß er wohl dem einzelnen Hannoveraner sein persönliches Bedauern über die leider notwendig gewordene Beseitigung des Königreiches ausdrückte und sicher — er hat das oft betont — ehrliches Mitempfinden für den durch mancherlei Unerquicklichem Betroffenen gehabt hat.(1) Er sprach aber nie von dem Recht des König Georgs auf sein Land und von dem Recht des Volkes auf seine Selbstständigkeit. Er vermied es auch, von dem Kriegsrecht zu sprechen; er sagte nur: wir mußten Hannover haben! Später, wenn er vor dem Plenum des Parlamentes die Annexion verteidigen mußte, hat er in glänzender Rede die Notwendigkeit dieses ungewöhnlichen Schrittes, aber vor allem die Berliner Belange, verteidigt. Er hat, was ihm oft geschadet hat, den König Georg nach dem 9. Juli, als die Annexionen so gut wie sicher waren, gar nicht mehr beachtet. Bismarck befleißigte sich einer völligen Ignorierung des unterlegenen Gegners. Daß König Wilhelm seinem welfischen Vetter gegenüber eine kühle Nichtachtung zur Schau trug und ihn überhaupt nicht als verhandlungsfähigen Partner würdigte, mag mit persönlichen Motiven zu erklären sein; daß aber Bismarck, trotz geringer Fühlungnahme mit einzelnen Personen, auch die breite Masse des hannoverschen Volkes, den Adel, die Bauern und Bürger vor eine fertige Tatsache stellte und die äußeren Formen einer diplomatischen Verhandlung nur ungenügend wahrte, indem er den Staat Hannover nicht als einen staatsrechtlich gleichberechtigten, wenn auch schwächeren Gegner wertete, sondern einfach von der etwas einseitigen Voraussetzung ausging: daß im Interesse Preußens eine bestimmte Anzahl von Quadratmeilen Land und Millionen Bewohner im Norden Deutschlands gefunden werden müßten, ganz gleich, ob in Sachsen, Oberhessen oder Hannover, hat ihm eine vielseitige und bittere Feindschaft und manches Mißtrauen auch auf befreundeter Seite eingetragen.

Diese Politik Bismarcks, so liebenswürdig er persönlich sein konnte, mußte der einzelne Hannoveraner als verletzend, ja herausfordernd empfinden. Eine solche Wesensart war besonders in dem okkupierten Königreich unbeliebt: daraus erklärt sich, daß die besten Hannoveraner und die ehrlichsten Gegner Preußens in ihrer unbeugsamen Treue zum Deutschen Bund und in ihren Prinzipien der Wahrheit und des Rechts von Bismarck ein Bild des Hasses und der Verachtung gewinnen mußten. So sehr einsichtige Hannoveraner ihm in seinem Kampfe mit Österreich die Proklamierung des gebrochenen Rechts zubilligten, so konnten sie es ihm nicht vergessen, daß er ihrem Heimatlande zum Verderb zu Mitteln griff, die dort noch etwas Ungewöhnliches darstellten.

Die schärfste Kritik, als ein Beispiel für die damalige Stimmung, finden wir wohl in den „sechs Briefen über die Gewissens- und Begriffs-Verwirrung . . .“ (2), die den hannoverschen Minister von Hodenberg zum Verfasser hatten: „Ich habe mit dem Herrn Grafen Bismarck nur einmal eine einstündige Unterhaltung haben müssen und

1) vgl. sein Gespräch mit dem Weimarer Staatsminister Stichling 1880 in Berlin: „wenn es nach meinem Wunsch gegangen wäre, bestände Hannover noch unannectiert“ . . . . (VIII,363).
2) Hodenberg, a. a. O. Heft 3,284.

ihn sonst nie gesehen; ich habe in jener Unterredung die Erfahrung gemacht, daß unsere Anschauungen von Gewissen, Ehre, Wahrhaftigkeit und Worthalten so durchaus verschieden sind, daß ich wohl schwerlich, freiwillig mit ihm wieder ein Wort wechseln werde . . ."

Diese Verachtung ist nicht die billige und kleinliche Kritik eines persönlich Gekränkten, sondern der Ausdruck einer grundsätzlichen Verschiedenheit in der Auffassung, die Beide von der „Moral einer Annexion" hatten. Der letzte hannoversche Kultusminister war von der Liebe zu seiner Heimat, der preußische Ministerpräsident von der Nützlichkeit seiner Politik durchdrungen. Wie letztere aber schon früher von seinen Amtsgenossen im Reich beurteilt wurde, zeigt die Äußerung des hessischen Ministerpräsidenten Freiherrn von Dalwigk, der Bismarck wohl mit am herzlichsten gehaßt hat. Im Juli 1864 sagte er zum österreichischen Geschäftsträger von Reyher: „Ich kenne die Absichten, die Gewissenlosigkeit und unbeugsame Energie, aber auch den unversöhnlichen Haß dieses Mannes (Bismarck) gegen Österreich. Er würde keinen Augenblick anstehen, daß linke Rheinufer aufzuheben und lieber heute als morgen ausführen, was er einst in meiner Gegenwart sagte: „Je nun, man muß Hannover nehmen! . . ." (1).

Bismarck hat an die Preisgabe deutschen Bodens an Frankreich nie gedacht, und die sehr offene Bemerkung über Hannover hatte einen sehr realen Untergrund. Sie zeigte Bismarcks Bestreben, nicht nur den hannoverschen Hof einzuschüchtern und ihm somit gleichsam für Preußen zu interessieren (2), sondern vor allem die dortigen Kreise zu einer klaren, politischen Stellungnahme zu zwingen, — zwischen Preußen und Österreich zu wählen!

Es ist auch nicht richtig, daß Bismarck die zukünftige Bedeutung eines niederdeutschen Bundesstaates größeren Formats nicht gesehen hätte, wie ihm von hannoverscher Seite vorgeworfen wurde.

In seiner großen Rede im preußischen Abgeordnetenhaus vom 5. Februar 1868 (3) hat er sich nachdrücklich zu dem Gedanken eines Niedersachsen bekannt: gewiß, jetzt einer preußischen Provinz, aber es ist hier von ihm ein Einteilungsprogramm des nordwestdeutschen Raumes formuliert worden, das heute ganz modern anmutet. Da dieses Bismarckische Ideal einer Provinz Niedersachsen — auch ohne die Hinzufügung Magdeburgs — im Wesen einem verkleinerten Königreich Hannover gleichgekommen, es also nur eine Verschiedenheit der staatlichen Zugehörigkeit, aber nicht des Volks- und Wirtschaftsraumes gewesen wäre, so ist noch heute zu bedauern, daß, entgegen den Wünschen des hannoverschen Volkes, ein solches niedersächsisches Territorium politisch nicht verwirklicht wurde.

Bismarcks Verhandlungen mit Hannover sind von Anfang an korrekt gewesen. Wir sind heute in der Lage, nicht nur dubiöse oder zumeist etwas subjektive Berichte Dritter über Bismarck zur Beurteilung heranzuziehen, sondern ersehen aus seinem „unmittelbar erwachsenen politischen Schrifttum" (Thimme), aus Akten, Berichten, eigenen Aufzeichnungen, was er vor oder während der Entscheidung gewollt, geplant, gedacht hat — nicht, wie es später in der Erinnerung erschien. Besonders klar lassen die von Friedrich Thimme herausgegebenen 5 Bände Bismarcks Stellung zur norddeutschen und

1). Schüßler, Süddeutschland, 105 (Bericht Reyhers im St. A. Wien). 2). Daß solche „Bonmots" ihren Weg nach Herrenhausen fanden, war nicht zweifelhaft. 3). X,436 (Reden).

hannoverschen Frage erkennen. Aus ihnen geht hervor, daß Bismarck an eine Annexion vor Ausbruch des Deutschen Krieges nie ernsthaft gedacht hat und daß seine nachträglichen Äußerungen nur als „Mittel zu politischen Zwecken" (Thimme) zu werten sind.

Allein die bedrohte Lage Preußens, also diese geopolitische Bindung, ist für ihn der vornehmste Grund zu einer Vereinigung der Situation gewesen. Allerdings erschien es ihm wichtig, schnell zu handeln, ehe beispielsweise die hannoversche Armee aufmarschiert wäre. Aber die Motive, die ihm die oft sehr persönlichen Gegner unterstellten: daß er die „geographische Lage" nur als Deckmantel für seine „Annexionsgelüste" vorgeschoben hätte, sind für ihn nicht zwingend gewesen, da Bismarck der Gedanke an eine Annexion bis zum 14. Juni 1866 fern lag. Solche Argumente, wie sie Rosendahl bringt (1): „. . . aber Preußen wollte den Frieden brechen" und „die Annexion Hannovers war lange das Ziel der preußischen Politik gewesen", sind geeignet, von Bismarck ein schiefes Bild zu geben.

Im Gegenteil: Hannover verhielt sich ja, wie schon gesagt, den Berliner Wünschen gegenüber mehr oder weniger ablehnend. Es übte einen die Dinge nur noch komplizierenden passiven Widerstand, statt das Bundesrecht aufs Schärfste zu formulieren und seine Einhaltung zu fordern, sich dann aber auch jeder Maßnahme zu enthalten, die in Wien wie in Berlin falsch ausgelegt werden konnte, und diese „Gefühlspolitik" endlich aufzugeben, die der geopolitischen Lage nicht entsprach.

Bismarck bot der hannoverschen Regierung in den Jahren 1862–65 so viele Chancen, die ein Zusammengehen beider Staaten für wünschenswert und nützlich erscheinen ließen, daß nicht nur die Weigerung Hannovers, sondern noch mehr die unendliche Geduld Bismarcks erstaunlich erscheint.

Eine „bösartige Mißgunst, die Preußen ein für allemal von Hannover zu erwarten hatte" (Oncken), ist allerdings weder dem König Georg, diesem „starken und edlen Geist" (Thimme) noch der Mehrzahl seiner Minister nachzuweisen: sie wollten nur die volle Souveränität Hannovers erhalten und wichen deshalb der Entscheidung möglichst lange aus. Das war auch verständlich: Preußische Annexionsgelüste, die im Gegensatz zu Bismark in gewissen Kreisen zirkulierten, waren ihnen nicht unbekannt geblieben, das Preußentum ja nicht beliebt. Vertreter des letzteren hatten in Verkennung des Aufbaues der deutschen Nation schon Jahre vorher „ein widerwärtiges, renommierendes Gerede: Preußen muß und wird Hannover haben, das ist sein historischer Beruf" geführt, und solche taktlosen Äußerungen empfand nicht nur der Kultusminister von Hodenberg als peinlich.

Und doch müssen wir heute sagen: Hannover hat die inneren Zusammenhänge in ihrer Bedeutung und unerbittlichen Logik ebensowenig erkannt, wie es die stille, scheinbar sehr korrekte und doch egoistische Taktik der Wiener und der dieser noch an Geschick und Tatkraft überlegenen Berliner Regierung nie genügend würdigte. Es trieb eine Kompromißpolitik, um freie Hand zu behalten und geriet dadurch immer tiefer in den Strudel der sich jagenden Ereignisse. Es versuchte nach außen seine deutsche Entschlossenheit zu zeigen und wagte

1) Rosendahl, a. a. O. 858.

im Ernstfall nicht, die Konsequenzen zu ziehen. Die königlich hannoversche Regierung in ihrem Bestreben, zwischen den Mächten eine eigene Rolle zu spielen, merkte nicht, daß sie damit das Mißtrauen Bismarcks immer mehr erweckte und die Gefahr eines Zusammenstoßes selbst heraufbeschwor.

Minimal- und Maximal-Programm

Der Ursprung des Annexionsgedankens steht nur in losem Zusammenhang mit den inneren Ursachen des preußisch-hannoverschen Gegensatzes, der zu der Sommation und zur bewaffneten Auseinandersetzung geführt hat. Es findet sich, um es abschließend noch einmal zu betonen, in den politischen Schriften kein Hinweis, daß der Krieg gegen Hannover etwa aus diesen Motiven heraus herbeigeführt sei: dagegen läßt es sich nicht verkennen, daß nach den so überraschenden Erfolgen der preußischen Waffen, wenn sie auch in Thüringen durch die unfaire List einiger Militärs und des eitlen Herzogs von Gotha ohne Gebühr unterstützt wurden, im Hauptquartier und besonders bei der öffentlichen preußischen Meinung eine Stimmung aufkam, die im Überschwang des Sieges die weitestgehenden Forderungen stellte.

Es fehlte im Rahmen des ursprünglichen Minimalprogramms nicht an sachlichen und stichhaltigen Argumenten: die geopolitische Lage des Königreiches Preußen bedurfte dringend einer Verbesserung. Unter Berücksichtigung der Stimmung in Deutschland und in Europa war die Forderung nach Verbindung der beiden Staatshälften aus strategischen Gründen billig und auch ein den Kriegsopfern entsprechender Gewinn am Platze.

Der Wiener Kongreß hatte, wie viele andere Staaten so auch Hannover, das neu erstandene Königreich, mit Grenzen versehen, die diesem eine besondere Stellung innerhalb Norddeutschlands zuwiesen. Die Erhaltung dieser Position und des neu gewonnenen Ansehens erforderte namentlich nach Lösung der Personalunion mit England entweder ein starkes Heer oder wenigstens eine entschlossene spezifisch hannoversche Politik. Das Erstere war bei den innerpolitischen Spannungen der früheren Jahrzehnte nicht möglich und wohl auch technisch undurchführbar, und das Zweite verbot sich von selbst, da es einen sofortigen Konflikt mit dem preußischen Nachbar zur Folge gehabt hätte. Hannovers Lage war somit trotz des äußerlich so betonten Glanzes eine sehr unglückliche und einzigartige, vor allem, wenn man von Berlin aus die Chancen des westlichen Nachbars abwog.

Dort sah man nicht nur die Bedeutung, die Hannover als einzige deutsche maritime Macht dank seiner Beherrschung der Nordseeküste gewinnen konnte, sondern auch mit sehr wachsamen und mißtrauischen Augen auf die unangenehme Tatsache, daß sich dieser auch wirtschaftlich (1) so beachtenswerte Mittelstaat keilartig zwischen die beiden preußischen Staatshälften schob: in seiner Verbindung mit Braunschweig und seiner — politischen — Anlehnung an Hessen-Kassel, sowie durch die Beherrschung der Nordgrenze der Provinz Westfalen konnte er bedeutsam für den sich gerade jetzt im neuen Industriezeitalter gewaltig entwickelnden preußischen Westen, für das Rhein- und Ruhrgebiet werden und jegliche Verbindung mit dem Kernlande Brandenburg unterbrechen. Auch für dieses (die Altmark) und den nördlichen Teil der Provinz Sachsen war Hannover dank seines relativ günstigen Aufmarschgebietes — bei geschicktem Operieren — in Anlehnung an

1) Ein hannoverscher Abgeordneter berechnete 1867 in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung das Aktivvermögen Hannovers — das ja Preußen zufiel! — nach Abzug von 41 Millionen Taler Schulden noch auf 54 Millionen Taler. Allein das Bahnnetz stellte einen Wert von 70 Millionen Taler mit jährlichen 3 Millionen Ertrag dar, eine für die damalige Zeit beträchtliche Summe. (DAZ., 29. 1. 1868, Nr. 170).

Elbe und Harz ein nicht ungefährlicher Gegner. Zwar hatte Preußen gegen diese Gefahr, über deren Bedeutung man sich in Berlin, zumal bei einem gleichzeitigen Kampfe gegen Oesterreich und Sachsen, keinen Illusionen hingab, insoweit vorgebeugt, als es das Verfügungsrecht über 3 Etappenstraßen mit einem Kommando in Hildesheim besaß. Außerdem war die preußische Festung Minden in ziemlicher Nähe der hannoverschen Residenz und überhaupt weit in das Land vorgeschoben.

Die Betrachtung einer damals recht bunten Landkarte des deutschen Bodens macht die strategisch so schwierige Lage Preußens noch eindringlicher (1). Bei einem Zusammengehen beider Staaten lagen die Vorteile auf der Hand, aber bei der geringsten Meinungsverschiedenheit, beispielsweise beim Bau von Eisenbahn- und Telegraphenlinien, mußte es zu unerquicklichen Differenzen kommen. Der Stärkere war bestrebt, sich dieser lästigen Fessel eines „Korridors" zu entledigen, und bei den Machtmitteln der gesamten preußischen Monarchie konnte es kaum zweifelhaft sein, auf welcher Seite der Sieg blieb.

Der in diesem Ausmaß unerwartete Erfolg der preußischen Waffen bot die rasche Gelegenheit, die Pläne nach einer Neugestaltung der preußisch-hannoverschen Beziehungen, über deren Notwendigkeit sich man in Berlin schon vor 1866 lange im Klaren war — was mit Annexionsgelüsten nicht identisch ist! — zu verwirklichen. Ursprünglich bestand die Absicht, die Kriegsentschädigung von Sachsen und Oesterreich zu fordern. Diese beiden Staaten, die aus ihrer Feindschaft keinen Hehl gemacht hatten, verdienten das Schicksal des im Kriege Unterlegenen. Und gerade sie wollte und mußte Bismarck, sehr im Gegensatz zu seinem König, schonen, um die Zukunft des großen Staates, so wie er ihn sah, nicht durch die Erweckung des Hasses in diesen beiden Ländern zu gefährden.

Zwangsläufig mußte sich das preußische Interesse auf Norddeutschland konzentrieren. Bismarck, in seinem ehrlichen Bestreben, jede unnötige Erregung in Deutschland zu vermeiden, glaubte anfangs nach Maßgabe der Bundesreform, daß eine militärische Verfügung über Norddeutschland wohl genügt hätte (2), und in seinem Varziner Gespräch mit Hans Blum am 30. Oktober 1892 kennzeichnete er die Neigung König Wilhelms, nur ein Stück von Sachsen und Hannover zu nehmen, von letzterem nur den südlichen Teil in Preußen einzuverleiben, „insbesondere den für unsere Verbindung mit dem Westen wichtigen Kreis Göttingen, den Norden dagegen — Lüneburg und Calenberg — dem König Georg zu belassen".

Hannovers schicksalhafte Verkettung mit den Lebensinteressen einer benachbarten Macht ist deutlich sichtbar: diese gab den ersten Anlaß zur Aufrollung des Annexionsproblems. So sehr also Preußen seine Stellung in Deutschland mit Rücksicht auf die Stärke der Großmächte, der unzuverlässigen österreichischen Politik und der Eifersüchteleien einiger deutscher Staaten verstärken mußte und sich durch die Erhaltung Sachsens vor eine neue Situation gestellt sah, so war sein erster Staatsmann von selbst gezwungen, eine Abänderung der alten Grenzen zu erwägen. Eine Teilannexion, das sogenannte Minimalprogramm, erschien in der Diskussion.

Daß Preußen ein Teil Hannovers und besonders Kurhessens zur

1) Einen sehr guten Eindruck vermittelt die Skizze: „Preußen zwischen den Mächten" bei: Zechlin, a. a. O. S. 51. 2) Thimme, Annexionsgedanke, 418.

Arrondierung seines Gebietes brauchte, sei es auch bloß als „Einflußsphäre", darf demnach bejaht werden. Demgegenüber die Tatsache, daß es erst durch den Verrat, den Österreich an seinen Bundesgenossen beging (1), indem das Wiener Kabinett die Forderungen Preußens auf die Mittelstaaten ablehnte und sich so gut wie gar nicht für die deutschen Länder einsetzte, dazu befähigt wurde, mit desto größerem Nachdruck in Norddeutschland seinen Kriegsgewinn zu suchen. Sachsen war ja durch Österreich vor einem nicht unbilligen Schicksal gerettet worden, aber die Wiener Vorschläge waren auch durchaus egoistisch, da strategische Rücksichten eine Erhaltung des Bundesgenossen erforderten (2). Ein souveränes Sachsen — wenn es auch dem Norddund beitreten mußte — gefährdete den preußischen Staat erheblich, wie es die Geschichte der letzten Jahrhunderte lehrte.

Die Grenze konnte demnach nicht „aus der Nähe der Hauptstadt weg nach dem Gebirge hin" verlegt werden, wie es Bismarck gern gesehen hätte (3). So mußte sich, mit zum Schutze Berlins, aus den eingangs geschilderten strategischen Gedanken das Interesse an einer Verbesserung der preußischen Position zunehmend auf den Erwerb norddeutscher Gebiete konzentrieren. Die Mitschuld Österreichs (4) an dem Schicksal Hannovers ist ebenso offenbar wie seine spätere Gleichgültigkeit gegenüber dem geflüchteten Welfenkönig.

In Hannover war man sich über das, was jetzt, nach Königgrätz gespielt wurde, ebenso klar wie es die Mahner um Bennigsen schon vorher prophezeit hatten, zumal die französischen Einflüsse auf die deutsche Politik sichtbar wurden. Bismarck hatte den Grafen Platen nicht in Unkenntnis darüber gelassen, welche Chancen ein Eingehen auf die preußischen Wünsche für Hannover geboten hatte. Trotzdem rechnete man dort mit einigen Gebietsverlusten: daß das ganze Königreich seine Existenz verlieren würde, daran dachte in den Hofkreisen niemand! Ein Blick auf die Karte des damaligen Deutschen Bundes zeigt, daß eine Einverleibung der südlichen (Göttingen) und westlichen (Ostfriesland, Emsland, Osnabrück) Teile des Königreichs Hannover den preußischen Anspruchen genügen konnte, zumal in Verbindung mit einer Annexion Kurhessens, das für den Landerwerb nach dem Mittelrhein und dem Saarrevier wertvoll war (5). Die vom Sieger verlangte Abdication Georgs V. konnte dem Kronprinz Ernst August trotz seiner Jugend die Möglichkeit geben, die Regierung eines der Krone durchaus wohlgesinnten und in seinem Kerne so deutschen Volksstammes unbedenklich zu übernehmen. Einem solchen Verlangen König Wilhelms, dem der Wunsch nach einer Wiedergewinnung Ostfrieslands und dem Verzicht auf die Braunschweiger Erbfolge vorausgegangen war (6), konnte sich Bismarck nur anschließen (7). Dem General von Stosch gegenüber formulierte er am 5. Juli die Friedensbedingungen folgendermaßen:

„Ausschluß Oesterreichs aus Deutschland, Einigung des wesentlich

1) Vgl.: Varnbüler zu Dalwigk am 11. 8. 1866. Tagebücher, 249.
2) VI,77. 3) VI,56. Anm. 2. 4) „Der Friede von Nikolsburg machte sie" (Hannover, Kurhessen usw.) „vogelfrei; von Habsburg treulos verlassen, mußten sie Thron und Land an Preußen verlieren" .. Wilhelm Schäfer in: „Die dreizehn Bücher der deutschen Seele", 1923, S. 469. 5). Der Verlust dieser Stücke der Welfenkrone wäre von dem Stammland, das soziologisch und auch konfessionell eine andere Structur aufwies, verschmerzt worden. — Auch diese sich hier bietende Gelegenheit einer generösen Neuordnung ist in den Plänen nur anfangs berücksichtigt worden.
6). Thimme, Annexionsgedanke, 439. 7). VI,41, Anm.

protestantischen Norddeutschlands als Etappe zur großen Einheit; außer dem König von Sachsen sollte kein Souverain gestrichen werden, Hessen und Hannover nur soweit verkleinert, wie zur geschlossenen Verbindung unserer Ost- und Westprovinzen notwendig". —

Im Einzelnen sah die Art der Neugestaltung Hannovers allerdings anders aus. Wie sie geplant war, ist aus einem Schreiben König Wilhelms an Bismarck vom 14. August ersichtlich, in dem er unter dem Eindruck eines Briefes des Kaisers Alexanders II. von Rußland und des zu diesem entsandten Generals von Manteuffel, der sich ebenfalls mit einer Annexion Hannovers nicht befreunden konnte, seinen alten Standpunkt hinsichtlich Hannovers von neuem formuliert:

„König von Hannover abdiciert zu Gunsten des Kronprinzen. Der behält die Stadt Hannover und einen Landstrich von Riepe (nordwestlichste Spitze Braunschweigs) nach Celle, was bei Hannover bleibt, nach Wunstorf und zurück über Springe (Hildesheim ausschließend) nach Lafferde (Braunschweigische Grenze). Dazu die Anwartschaft auf Braunschweig. Das Ganze als Großherzog von Hannover". (1)

Dies war der erste Teilannexionsplan, „bis wohin wir uns hätten handeln lassen, wenn Frankreich und Oesterreich nicht sofort die große Annexion zugestanden hätten" (Wilhelm I.) —

Dieses Minimalprogramm zeigte in seiner letzten Fassung schon die Unmöglichkeit seiner Verwirklichung. Das Project dieses „Großherzogtums Hannover" mußte für einen Staatsmann wie Bismarck außerhalb jeder Discussion stehen. Es hätte die ungefähre Größe des heutigen Anhalt und nicht die mindeste Lebenskraft gehabt: ein wenig Land gruppierte sich um die Hauptstadt eines ehemaligen Königreiches und überließ derselben nur die Bedeutung eines sogenannten „Wasserkopfes". Herausgenommen aus dem alten Volks- und Wirtschaftsraum, losgelöst von den Stammesbrüdern im Norden, wäre ein solcher „Staat" von vorn herein zur Lächerlichkeit verurteilt gewesen. Schon aus diesem Grunde würde der jugendlich-stolze Kronprinz, der auf Befehl des Siegers die Thronfolge übernehmen sollte, nie das Zepter eines solchen hannoverschen Großherzogs ergriffen haben. Da das Welfenhaus niemals von diesem Plan offiziell verständigt wurde, konnte es keine Stellung dazu nehmen. Dagegen mehrten sich die Proteste aus der Bevölkerung, lieber ganz einverleibt zu werden, als die seit 50 Jahren bestehenden Gemeinden zu zerreißen (2). Besonders in den Kreisen der Wirtschaft und der Liberalen mußte eine solche Kompromißlösung aus sachlichen wie aus persönlichen Gründen auf das Unangenehmste empfunden werden.

Die Lebensfähigkeit eines solchen Bundesstaates darf füglich verneint werden. Bismarck sah dies sofort, und der Gedanke, daß nur eine totale Annexion am Platze sei, wird ihn mit zu der Wandlung geführt haben, eine Vollannexion zu propagieren. Diese Meinungsänderung, die die politische Notwendigkeit gebot, kann nicht mit seiner

1). Thimme: Vorbemerkung zu VI,Nr. 571. 2). VI,104.

ursprünglichen Einstellung zu Hannover vor 1866 und auch nicht mit seinen ersten Plänen verglichen werden. In den Angriffen auf seine Person und sein Werk dient dieser „Umfall" als besonderes Ziel: zu Unrecht! Die Ehrlichkeit seiner früheren Anschauungen (1) ist nicht zu bestreiten; dagegen war für ihn jetzt nur die Frage der Nützlichkeit entscheidend. Leichten Herzens hat er sich nicht mit dieser neuen Einstellung vertraut gemacht: in einem Gespräch mit dem Freiherrn von Mittnacht (2) hat er noch nach Jahren (1884) betont, daß es ihm um Hannover leid getan habe, es sei aber unmöglich gewesen, mit dem König Georg zu leben (3). In ähnlicher Richtung bewegten sich seine Gedankengänge in der Unterredung mit dem preußischen General von Hartmann — einem gebürtigen Hannoveraner — im August 1866 (4). Bismarck gestand ein, daß Hannover „ein harter, schwerverdaulicher Klumpen in unserem Schlunde" ist: „wir müssen es wagen, Hannover zu verdauen, aber schwer wird es werden" . . —

Drei Beweggründe lassen sich für Bismarcks Entschluß voranstellen:

Einmal die Anschauung, die er sich von der Persönlichkeit des Welfenkönigs gebildet hatte und weiterhin seine Überzeugung, daß es ein „entsetzlicher Fehler" sein würde, dort ein Königtum von 800 000 Einwohnern bestehen zu lassen. „Man mußte die südlichen Provinzen Hannovers haben wegen der Verbindung, das sind gerade die alten Provinzen, und auch diese mußten wir der Nordsee wegen haben" (5).

Als Zweites lassen sich die Einflüsse der Umgebung erkennen. Das sich steigernde Siegesbewußtsein der „militärischen Fronde" im Hauptquartier, das „militärische Gefühl und das königliche Pflicht- und Verantwortlichkeitsbewußtsein" Wilhelms I., dessen „Wirklichkeitssinn" nach realen Formen eines Machtzuwachses, nach Landerwerb drängte (6), die Wucht der öffentlichen vornehmlich Berliner Meinung, die — so gering sie Bismarck sonst auch achtete — nach Königgrätz nicht genug fordern konnte, dann die Rücksicht auf eine Schonung Oesterreichs und die Erhaltung Sachsens und wohl vor allem praktische, politische Erwägungen über die Gestaltung des Norddeutschen Bundes: dies Alles mußte ihn in seinem Beschluß bestärken.

Drittens endlich die große Gefahr eines europäischen Konfliktes, der einen schnellen Friedensschluß mit Oesterreich mit allen seinen Konsequenzen für Hannover erforderte. Infolge der bekannten Intervention Napoleons III., der sich mit den Vollannexionen nicht nur einverstanden erklärte, sondern noch nachdrücklich auf sie hinwies, erhielt Preußen von Frankreich summarisch vier oder fünf Millionen Einwohner als Zugabe zugebilligt und konnte sich förmlich mit dem Rechenstift diese Zahl auskalkulieren (7). —

Der 9. Juli ist der eigentliche Schicksalstag Hannovers geworden: an diesem Tage wurde in Nikolsburg die Entscheidung getroffen. Friedrich Thimme hat in der Einleitung zu Band VI der gesammelten Werke ausführlich dazu Stellung genommen. Bismarck hatte es in seiner Instruction vom 9. Juli für den Botschafter in Paris, Grafen von der Goltz, als notwendig für die — am 14. Juni in Frankfurt beantragte — Bundesreform hingestellt, daß die größeren Mittelstaaten,

1). vgl. auch VI, Nr. 436, — Telegramm an Hardenberg, 26. 6. 66. 2). VIII, Nr. 377. 3). vgl. auch VIII, 363. 4). VII, 147. 5). im Gespräch zu General Hartmann — VII, 147. 6). Thimme, Annexionsgedanke, 412. 7). vgl.: Dalwigk, Tagebücher, 249 — Je nachdem, ob dieses Maximum der zugestandenen Annexionen erreicht sei, würde z. B. die Entscheidung über die Provinz Oberhessen ausfallen.

die sich dem Bunde nicht freiwillig anschließen wollten, in ihrem Territorialbestand vermindert werden müßten, wenn nicht am zweckmäßigsten dem Verlangen der „öffentlichen Meinung" nach Einverleibung Sachsens, Hannovers und Kurhessens ohne französische Kompensationsforderungen nachgegeben werden könne (1).

Die Verquickung der Annexionsfrage mit Dingen, die mit dem preußisch-hannoverschen Gegensatz in keinem ursächlichen Zusammenhang standen, ist offensichtlich. „Das Schicksal Hannovers wird von dem Frieden abhängen, welchem vorerst nach keiner Seite hin vorzugreifen ist", antwortete Bismarck dem Freiherrn von Hardenberg am 18. Juli auf eine Anfrage, ob einer Agitation für die Abdankung des Königs Georgs zu Gunsten des Kronprinzen — die dem Minimalprogramm ja zu Grunde lag — zu fördern sei (2). Da der Prager Friede ohne Hinzuziehung Hannovers zwischen Preußen und Oesterreich geschlossen wurde, war somit die Möglichkeit gegeben, die Dispositionen über Norddeutschland nach rein preußischen Gesichtspunkten zu treffen und es erübrigte sich, „die lächerlichen deutschen Königstitel" in Herzogs- oder Großherzogstitel umzuwandeln (3). (4).

Die Annexion, die Besitzergreifung selbst hatte sich in selten rascher Weise vollzogen. Wie von preußischer Seite hier vorgegangen wurde, ist erneut bezeichnend: Ehe die Entscheidung in Frankfurt am 14. Juni gefallen war, hatte Bismarck bereits am 12. Juni — erfolglos — bei Bennigsen sondieren lassen und am gleichen Tage den Gouverneur von Schleswig, Freiherrn von Manteuffel, angewiesen, den Elbübergang vorzubereiten. „Erlaubnis zu ihrem Durchmarsch auf dem Wege den Kalik (der österreichische Befehlshaber in Holstein) genommen, wird telegraphisch in Hannover beantragt, um Ihren Uebergang über die Elbe friedlich anzubahnen" (5). Am 13. wurde durch königlich preußische Kabinettsordre der General von Falckenstein, der Kommandierende General des VII. Corps in Münster, angewiesen, die Besetzung Hannovers vorzubereiten (6). Die hannoversche Armée sei noch nicht bereit (7) und es komme darauf an, die hannoverschen Truppen „außer Wirksamkeit zu setzen" (8).

An demselben 13. Juni wurde die hannoversche Regierung um die Erlaubnis für den Durchmarsch der Manteuffel-Truppen „auf Grund der bestehenden Etappenkonventionen" (9) nachgesucht, und diese Er-

1). VI,44. 2). VI, Nr. 481, Anm. 2
3). VI,57, Anm 4). In diesem Zusammenhang verdient auch das Verhalten König Wilhelms einer kurzen Erwähnung: So unangenehm diesem und dem Kronprinzen die Entthronung deutscher Fürsten aus dynastischen Gründen anfangs war, so schwanden diese Bedenken bei den guten Nachrichten aus Paris recht bald und der Kronprinz, der sonst immer gegen Annexionen war, schrieb am 24. Juli in sein Tagebuch: „. . aber die deutschen Verhältnisse bringen es einmal mit sich und heute heißt es: 'Festhalten, was sich Dir bietet', und zwar ganz ohne alle Rücksichten und Großmut! (VI,Nr. 500, Vorbem.). Diese Haltung mußte im Widerspruch zu allem stehen, was Vater und Sohn bisher vertreten hatten. Persönliche Momente haben beim König in ungleich stärkerem Maße mitgesprochen als bei Bismarck: den Kurhessen, den Herzog von Nassau sowie die Frankfurter fand König Wilhelm wenig sympathisch und auch sein Vetter in Hannover war ihm gleichgültig, wie sein Verhalten zu ihm zeigt. In einem anderen, wenn auch belangloseren Falle, nämlich der Erhaltung der älteren Linie Reuß, deren Beseitigung Bismarck aus sehr richtigen Erwägungen heraus als notwendig ansah, äußerte König Wilhelm Bedenken, die Linie Reuß „strenger zu behandeln als das Haus Meiningen" — dessen Erbprinz sich noch rechtzeitig gefügt hatte (vgl. auch: Lange!): „ . die Annehmlichkeit, den Kreis Schleusingen besser zu arrondieren, ist noch kein Grund, ein Fürstliches Haus zu depossédiren ." (in einer Randbemerkung vom 28. August, — VI,147). Der König, der sich anfangs auf die Basis der Teilannexion gestellt hatte (Thimme), fand in den kritischen Tagen in Nikolsburg nicht die Möglichkeit, dieser seiner Ueberzeugung Geltung zu verschaffen, wie überhaupt ein häufiges Schwanken, ja eine auffällige Unentschlossenheit in jenen Tagen bemerkenswert erscheint. 5). V,Nr. 396. 6) die preußische Mobilmachung war unerwartet 24 Stunden früher beendet. — VIII,143. 7). Statt 26 000 Mann waren nur 15 000 unter Waffen. — Hopf, 203. 8). weiteres bei Hopf, 203 ff. 9) Hopf, 204

laubnis wurde der preußischen Regierung ohne weiteres gegeben. Bismarck, als taktvoller und energischer Staatsmann (Pribram), scheint Bedenken gegen ein derartiges, als „unfair" deutbares Vorgehen gehabt zu haben: in dem Immediatbericht vom 14. Juni (1) unterbreitet er dem König seinen Vorschlag, die Operationen in Hannover erst am 16. auszuführen. König Wilhelm stimmte dem nicht zu: er ist für rasches Handeln und sicherlich beeinflußt durch das den Krieg fordernde Telegramm Manteuffels vom 14. Juni (2). Dieser wollte bereits vor Zustellung der preußischen Sommation in Hannover, die doch wenigstens die diplomatischen Formen der Kriegserklärung wahrte, also am 15. früh die Elbe überschreiten, weil die hannoverschen Truppen noch nicht zur Stelle seien: „Es würde wie ein Donnerschlag in die ganzen deutschen Rüstungen fallen".

Dieser Operationsplan des preußischen Generalleutnants, der auch später sehr eigenwillige Pläne zeigte, ist als typisch für seine politische Haltung zu werten. Bei aller Berücksichtigung der schwierigen Situation Preußens ist doch dieses „rechtzeitig gebrauchte Schwert" (Manteuffel) bei dem minimalen Rüstungsstand Hannovers und dem soeben bewilligten Durchmarsch nur als glatter Überfall aufzufassen. So wurde er auch bei den Hannoveranern verstanden und in der gesamten Streitliteratur aufs Ergiebigste ausgewertet.

Denn Bismarck glaubte, sich dieser militärischen Anregung nicht verschließen zu können: am 15. telegraphierte er (3) an Manteuffel: „Hannover hat gegen uns gestimmt, auch Ihren 'Durchmarsch nach Minden' auf unsere Frage erlaubt. Außerdem erfolgt heut am 15. unsere Sommation in Hannover auf Bündnis oder Krieg. Gehn Sie also dreist u. schnell über die Elbe!" Mit Recht findet sich hierzu bei Hopf der Kommentar: „Infolge dieser ihrer Arglosigkeit sah die hannoversche Regierung am 15. Juni, dem Tage der preußischen Kriegserklärung an Hannover, bereits preußische Truppen auf ihrem Gebiete stehen" (4).

Ob man diese Invasion als einen ruhig vorbereiteten Kampf für „ideales Gut — Machtstellung" ansieht, wie Moltke es getan (5) oder sich die Meinung des Generals Vogel von Falckenstein — in seinem Armeebefehl vom 16. Juni — zu eigen macht, daß dem König Wilhelm nichts anderes übrig geblieben wäre, „als den übermütigen (?!) Regierungen jener Kleinstaaten den Krieg zu erklären", immer ist zu bedenken, daß eine solche Handlungsweise seitens der preußischen Regierung und der Generäle gerade den so gerecht und sauber denkenden Niedersachsen befremden mußte. Diese „Kriegslist", wie sie auch bei Langensalza mit Erfolg verwandt wurde, hat dazu beigetragen, die Ablehnung des oktroyierten preußischen Systems zu vergrößern und die Entstehung einer grundsätzlichen Opposition zu begünstigen.

Die Preußische Sommation vom 15. Juni, die bisher als die entscheidende Wendung angesehen wurde, besagte im Grunde nichts Neues. Sie verlangte den unverzüglichen Abschluß des geforderten Bündnisses (6), Zurückführung der hannoverschen Truppen auf den Friedensstand (7) und die Zustimmung Hannovers zur Berufung des

1). V,Nr. 403. 2). V,Nr. 405. 3). Eigenhändiges Concept! 4). Hopf, 204.
5). Moltke meinte wohl in erster Linie den Krieg gegen Oesterreich. vgl. auch Hopf, 193.
6). Um ein solches handelte es sich, nicht um einen „Neutralitätsvertrag"! 7). Die Herbstmanöver waren vorverlegt worden, was man in Berlin als Rüstungen ansah . . .

deutschen Parlaments unter Gewährleistung der Souveränität „nach Maßgabe der Reformvorschläge."

Da die preußischen Truppen bereits weit im Lande standen, war diese „Mahnung" ein Ultimatum: Unterwerfung oder Krieg! Es bestand für Hannover der moralische Zwang, das preußische Ansinnen zurückzuweisen, da es jetzt auf solcher Basis nicht mehr verhandeln konnte. Es berief sich wieder auf den Bund mit der Feststellung, daß die preußischen Reformvorschläge so wesentlich: „gerade in die Souveränitätsrechte" eingriffen, „daß sie einen einer Mediatisierung gleichen Erfolg besorgen lassen". (1). Diese Antwort entsprach genau der Auffassung, die sich die hannoversche Regierung in den letzten Tagen zu eigen gemacht hatte.

In dem Ministerconseil — der sich mit dem österreichischen Antrag vom 11. Juni befaßte (2) — „war es namentlich der Staatsrat Zimmermann, der, indem er seine persönliche Ansicht nicht verhehlte, daß nur ein völliges Eingehen auf Bismarcks Vorschläge und Bündnis mit Preußen den hannoverschen Thron und das Land vor der Vergewaltigung retten könne, auf das nachdrücklichste betonte, daß nur das strenge Festhalten am Bunde und das vorsichtigste Beachten der Bundesverfassung Preußen hindern könne, unter irgend einem Vorwande über Hannover herzufallen" (3).

Man war sich also in Hannover über den Ernst der Lage durchaus im Klaren: der frühere Kriegsminister General Jacobi wies auf den mangelnden Schutz der West- und Ostgrenzen bei einem Überfall Preußens hin und der Kultusminister Freiherr von Hodenberg sprach es offen aus, daß er „die Bismarckische rücksichtslose Politik und die preußische Armee der österreichischen und süddeutschen Staatskunst und Kriegskunst überlegen ansähe und daher einen schlimmen Ausgang des Krieges fürchten und voraussehen müsse", sich aber trotzdem „ohne alles Bedenken" dem Votum Zimmermanns anschloß, da für die Zukunft Hannovers nur das Beispiel der preußischen und französischen Okkupation von 1806 maßgebend sei (4).

„Nachdem Preußen durch sein Ultimatum, Kriegserklärung und gleichzeitigen Überfall des Landes ohne jeglichen Vorwand die Verhandlungen abschnitt", blieb König Georg nur die Möglichkeit, „seine Truppen in Göttingen zu sammeln und nach dem Süden zu führen" (Hodenberg). —

Die Ereignisse bei Langensalza zwangen ihn, seine Truppen und sein Land zu verlassen, das er nie wieder betreten konnte. Seine Armee, der auf Bismarcks Wunsch eine möglichst ehrenvolle Kapitulation gewährt war, löste sich auf: die Mannschaften wurden in die Heimat zurückbefördert und harrten dort, ebenso wie ihre Offiziere, der kommenden Dinge. Da die Haltung der hannoverschen Soldaten auch von dem preußischen Gegner anerkannt wurde und die Bedingungen mild und schonend waren, glaubten sie sich in das Unvermeidliche fügen zu können.

Zu Hause bot sich ein anderes, ungewohntes Bild: Preußische Truppen im ganzen Land, das diese inzwischen mühelos besetzt hatten, und eine fremde Verwaltung, die sich — anfangs — allerdings bemühte, alles zu vermeiden, „was die Bevölkerung aufregen und der herge-

1). Hopf, 209. 2). Hopf, 194 ff. (der österr. Mobilmachungsantrag!) 3). Hodenberg, Eid der Treue, 57—58. 4). Hopf, 210.

brachten Tätigkeit der Behörden Störungen bereiten könne" (1). Sowohl der Militärbefehlshaber General von Falckenstein wie der neuernannte Zivilkommissar Landrat von Hardenberg waren für eine vorsichtige und zurückhaltende Politik in dem besetzten Königreich, da große und schwere Bedenken beständen: „Hannover pure zur preußischen Provinz zu machen" (2).

Doch konnte diese anfangs versöhnliche Einstellung der neuen Machthaber es nicht hindern, daß bei der Ungewißheit der Zukunft des Landes — Anfang Juli — eine wachsende Erregung im Volke aufkam. Der König war außer Landes, auf dem Wege nach Wien, Oesterreich bei Königgrätz geschlagen, jegliche Hilfe aus Deutschland unmöglich, das Land selbst fest in preußischer Hand: ein Auflehnen gegen dieses Schicksal war zu erwarten. Am 25. Juli sah sich Bismarck genötigt, „auf die Notwendigkeit eines entschiedenen und prompten Niederhaltens jeder Renitenz aufmerksam zu machen". Es wäre Zeit, „dem okkupierten Lande ernstlich fühlbar zu machen, daß wir unsere Herrschaft . . . als für die Dauer gesichert ansehen". „Jeder wirkliche Widerstand ist unnachsichtlich zu unterdrücken und zu bestrafen" (3). —

Die steigende Unruhe im Volke konnte allerdings auch durch schärferes Einschreiten der Militärbehörden nicht gebannt werden. Zuviel stand für die Hannoveraner auf dem Spiel, als daß das Ergebnis der Nikolsburger Verhandlungen gleichgültig hingenommen werden konnte. Eine Einflußnahme auf diese war aber so gut wie aussichtslos. Als Bismarck der Zustimmung Frankreichs (4) und Oesterreichs ganz sicher war, konnte er ohne Bedenken die Einverleibung als vollendete Tatsache hinstellen.

Bereits am 27. Juli ging über Berlin ein Telegramm an den Zivilkommissar von Hardenberg ab: „Einstweilen zu Ihrer persönlichen Kenntnisnahme. Wir beabsichtigen ganz Hannover zu behalten und Oesterreich stimmt dem zu" (5). Trotzdem die Annexion beschlossene Sache war, wurde die Öffentlichkeit noch ungenügend unterrichtet, da erst eine genügende militärische Sicherung gegen innere Unruhen für eine politische Behandlung freie Hand ließ (6).

Bei dieser politischen „Auseinandersetzung" war Bismarck jetzt im Vorteil: er besaß die tatsächliche Verfügungsgewalt über das Land, es stand ihm ein geschwächter Gegner, der noch unklar in seinen Zielen war, gegenüber, das Interesse Europas war allein auf den deutschen Dualismus gerichtet, die „Freunde" Hannovers desinteressiert. Die im Königreich verbliebenen Männer von Einfluß und Geltung selbst unter sich und über den Weg uneinig, der zur Verständigung mit Preußen eingeschlagen werden sollte. Die Zeit arbeitete so für Preußen: es konnte seine Stellung ausbauen und Deutschland vor eine vollendete Tatsache stellen. Voraussetzung dafür war allerdings eine geschickte Behandlung, an der es, wie noch zu zeigen ist, sehr und oft fehlte.

Als Vorgeschichte dieser jetzt beginnenden Kämpfe in der Politik, der Presse und oft auch auf der Straße war hier die Annexion in ihren Ursachen und ihrem Verlauf geschildert: sie ist die psychologische Voraussetzung für die jetzt so laut verkündete These vom „gebrochenen Recht"! —

Der Sinn für diese Gestaltung, oft auch Übersteigerung des an-

1). VI,Nr. 433. 2). VI,23. 3). VI,83. 4). vgl. auch VI,54, Telegramm an Goltz vom 14. 7. 66, 5). St. A. Hannover — 116, Nr. 306. 6). VI,Nr. 527.

klagenden Protestes liegt in den preußischen Motiven selbst begründet: diese wurden als solche bald in Hannover richtig erkannt und gedeutet. Bismarck hat sie in seiner Instruction für den nach Petersburg entsandten Freiherrn von Manteuffel am 7. August selbst knapp und klar skizziert:

> Wir befürchten Lockerung der Beziehungen zwischen dem Könige und dem Volke, Unsicherheit nicht nur in der monarchischen, sondern in jeder Ordnung in Deutschland, wenn wir einen die Erwartung der Nation täuschenden Frieden schließen. Daß diese Erwartungen hoch gespannt sind, ist eine von uns selbst nicht vorhergesehene Konsequenz der Schnelligkeit und Vollständigkeit unseres Sieges; dieser Konsequenz nicht Rechnung zu tragen, hieße die vitalen Interessen der preußischen Monarchie einem menschlich natürlichen, aber politisch unberechtigten persönlichen Gefühle opfern. — Vorstehendem Bedürfnis Rechnung zu tragen, ist es notwendig, die Vergrößerung der Preußischen Monarchie auf directerem Wege als demjenigen der Teilung der Hoheitsrechte über die nichtpreußischen Landesteile zur Anschauung zu bringen .... Wir mußten daher .... uns entschließen, Hannover und Hessen vollständig zu absorbieren, wenn wir nicht das preußische Volk um die Früchte seiner mit Gefahr der Existenz jeder einzelnen Familie unter Gottes Beistand erworbenem Siege bringen und die gerechtesten Angriffe auf die Feigheit der Regierung im Vergleich mit der Tapferkeit des Volkes provozieren wollten" — (1).

Dieser besten und eindeutigsten Würdigung der Annexion sei als Entgegnung wie auch als Unterstreichung die Ansicht des Freiherrn von Hodenberg gegenübergestellt:

> „Weder Graf Bismarck noch König Wilhelm haben ein Hehl daraus gemacht, daß sie „Annexionen vornehmen" wollten; sie haben an der Bedeutung des Wortes :Annexion: nicht gedeutelt und die Annexion nicht durch allerlei Scheingründe eines angeblichen Rechts zu motivieren gesucht, sondern nur die politische Notwendigkeit, das Staatsinteresse und die geographische Lage! König Wilhelm hat sich der hannoverschen Deputation gegenüber ausführlich über die Gründe geäußert, welche ihn bewogen haben, „Annexionen vorzunehmen"; er sagt: „der überwiegende Einfluß Preußens in Deutschland sei Preußens Lebenselement, den Kampf um denselben nicht annehmen, heißt Preußens Existenz opfern." (2). —

So wenig Bismarck die hannoversche Rechtsüberzeugung achtete oder beachtete, so wenig haben diese Neu-Preußen seinen Staatsgedanken, vielleicht den schönsten und größten seines Jahrhunderts, verstanden oder verstehen wollen.

Der Zwang zum Konflikt, zur Auseinandersetzung war damit gegeben und unabänderlich!

1) VI, Nr. 535. 2). Hodenberg, Eid der Treue, III, 28.

1. Kapitel:

König Georgs Proteſt

Die Aktion König Georgs und seines Hauses gegen den neuen Machthaber in Hannover unterscheidet sich in vielen, wesentlichen Punkten von dem Widerstand, den das Volk in seiner Heimat leistete.

War der einzelne Hannoveraner, der seiner Scholle treu blieb und bleiben wollte, viel stärker von den neuen Ereignissen beeinflußt, war er weit mehr als die „Welfen" in Wien auf den Sieger und dessen Güte angewiesen und empfand er auch viel tiefer den Schmerz, die Schmach oder auch bloß die unbequeme Neuerung, immer bestand für ihn der Zwang und die Notwendigkeit sich vorerst mit der Tatsache abfinden zu müssen.

Für den König im Hietzinger Exil waren solche Hemmungen von geringerer Wichtigkeit: materiell noch unabhängig, getragen von der Liebe seines Volkes und bedauert von den gebildeten und empfindsamen Naturen Europas, nach wie vor betreut von seiner nächsten Umgebung, konnte er laut und ungehindert seinen Protest durch Wort und Schrift kund tun. Wien bot ihm die Möglichkeit, die großen europäischen Ereignisse unmittelbar zu verfolgen: der Anreiz, weiter „Große Politik" zu treiben und aktiv als legitimer Monarch gegen den preußischen Thron„räuber" vorzugehen, lag nahe.

Volk und König mußten sich so in ihren politischen Zielen immer weiter entfernen: für den letzteren wurden persönliche Momente maßgebend und mit der Betonung des Rechts verband sich zunehmend der nie aufgegebene Anspruch auf seinen Thron und seinen privaten Besitz. — In Hannover, im Volk hingegen galt dieser Protest gegen das gebrochene Recht mehr dem Nutzen des Landes, nicht dem Einzelnen. Bei aller Anhänglichkeit an den König, weniger an die Regierung (1), wurde doch das Wohl des Ganzen, die Gemeinschaft und die Liebe zur Heimat und das Rechtsprinzip zu Maximen des Handelns.

Bismarck vertiefte diese geheime Spaltung in zwei verschiedene Interessen noch durch eine unterschiedliche Behandlungsmethode beider Opponenten. Bewies er eine persönliche Sympathie für den Niedersachsen durch möglichstes Entgegenkommen und Schonung berechtigter Eigentümlichkeiten, soweit ihm die preußische Bureaukratie dabei nicht hinderlich war, so verfolgte er den Welfenkönig und dessen Anhang mit betonter Schärfe und Konsequenz unter Zuhilfenahme des ihm zu Verfügung stehenden staatlichen Apparates.

Dieser Gegensatz beruhte im Ursächlichen und Wesentlichen in der Persönlichkeit König Georgs und seiner ganzen Einstellung zu Bismarck. Aus dieser grundsätzlichen Verschiedenheit ihrer politischen Anschauungen entwickelte sich ein nicht beizulegender Konflikt. Je lauter König Georg sein Recht verlangte, desto schärfer wurde der Druck des mächtigen Bundeskanzlers, und das Hannoversche Volk wurde naturgemäß in diesen Zwiespalt der Auffassungen hineingezogen.

1). Stand König Georg persönlich auch in einem kühlen Verhältnis zu seinen Untertanen (Hodenberg), so genoß er doch im Lande eine weit größere Achtung als seine letzte Regierung. Die Außenpolitik des mangelnden Mutes, die Graf Platen betrieb, so wie noch ausstehende innere Reformen gaben Anlaß zu mancher Kritik, die in den Spalten der liberalen und auch konservativen Presse an Umfang gewann. „Das gute Alte war gebrochen, das gute Neue nur spärlich zu finden" (Hodenberg). Die Adresse der hannoverschen Ritterschaft an Georg V. vom 17. Juli (vgl. Duckstein, 3) das scharfe Urteil Bennigsens über den „verblendeten" König, die Aufhebung eines Wahlgesetzentwurfes seitens der Regierung — am 24. 4. 1866 — und die dadurch ausgelöste Entrüstung über den Innenminister Bacmeister waren Anzeichen einer starken Unzufriedenheit mit diesem Regierungssystem, dessen Rückkehr wenig erwünscht war.

Georg V. und seine Politik

Der Kernpunkt des Konfliktes und somit der ganzen Krisis war die Behauptung Bismarcks: die Politik Hannovers sei gegen die Interessen Preußens gerichtet und somit die Auseinandersetzung und die Annexion selbst verschuldet! Gegen diese Auslegung hat König Georg leidenschaftlich protestiert und sein ganzes Leben lang betont, daß eine — friedliche — Verständigung zwischen Preußen und Hannover durchaus möglich gewesen sei und er selbst sie lebhaft begrüßt und sie ehrlich gewünscht hätte. Trotzdem habe Preußen das wehrloe Hannover überfallen.

Für die Motive der Politik König Georgs findet sich wohl keine bessere Erklärung als die, welche Wilhelm Schüßler einem andern Verächter preußischen Wesens und überzeugten Großdeutschen, dem hessischen Ministerpräsidenten Freiherrn von Dalwigk für dessen politisches Handeln unterlegt:

„Mit Recht oder Unrecht erblickte er in dem Bestreben des preußischen Staates, das deutsche Nationalgefühl zum Verbündeten für seine eigenen ehrgeizigen Pläne zu gewinnen, ein Attentat gegen die konservativen Grundsätze und zugleich gegen die föderalistischen Grundlagen des deutschen Staatslebens, wie sie durch die Bundesacte von 1815 gelegt waren. Der alle Mittelstaaten beseelende partikularistische Wunsch, durch die österreichisch-preußische Rivalität im Bunde ihre Souveränität zu fristen, verschmolz sich mit der föderativen Überzeugung, daß in einer solchen Vereinigung, wie der Deutsche Bund war, nicht Macht, sondern gleiches Recht für alle Kleinen und Großen die Grundlage sein müsse . . . . . Wer könnte verkennen, daß hier neben dem naiven und unbedenklichen Partikularismus im tiefsten Grunde doch auch das uralte universalistische Denken der deutschen Nation noch wirksam ist . . . . . .“ (1).

Diesen „unbedenklichen Partikularismus“ mit den preußischen Expansionsbestrebungen in Einklang zu bringen war für Hannover höchst problematisch, darüber herrschte „am Hofe, beim Adel und Beamtentum in Hannover vollkommene Ratlosigkeit“. „Der König ist noch keineswegs von der Größe der Gefahr überzeugt, in welcher die deutschen Fürsten schweben“ schrieb Bennigsen am 8. Mai 1866 an den Freiherrn von Roggenbach. (2).

Um die friedlichen Ziele des letzten hannoverschen Königs und seines Ministeriums verstehen und bezeugen zu können, ist es unerläßlich, von der Persönlichkeit Georgs V. auszugehen, um die Vorgeschichte der Annexion wie die seines Protestes mit aufzuzeigen. Die innere Haltung des stolzen Welfenkönigs ist nicht nur bedeutsam für die — letzten — Möglicheiten einer preußisch-hannoverschen Verständigung, sondern auch in einer anderen, menschlichen Art charakteristisch: er war noch ganz Romantiker, überzeugt von einer Welt, die im Versinken begriffen, die Platz machen mußte einer nüchternen, realeren Auffassung dieser politischen Dinge. Diese „Weltfremdheit“ ist ihm zum Verhängnis geworden.

„Die Individualität Georgs V. ist das Schicksal seines Landes gewesen.“ — „Indem ich das scharf betone, meine ich das Charakterbild des Königs nicht herabzusetzen, sondern eher zu heben“

1) Schüßler, Bismarcks Kampf um Süddeutschland, 100.
2) Oncken, a. a. O. 1,706.

(Thimme) (1) Diese Beurteilung von so autoritativer Seite bietet einen wichtigen Hinweis. Die Persönlichkeit des hannoverschen Königs ist tatsächlich maßgebend für sein Land geworden. Man darf wohl weiter gehen und sagen, daß in dieser Persönlichkeit, die so echt deutsch in ihrem ganzen Aufbau, ein gut Teil des Konfliktes schon begründet war, und sie es verdient, hier besonders hervorgehoben zu werden.

Wie verschieden wurde er beurteilt: ein verständlicher Überschwang auf der hannoversch-welfischen Seite, besonders im Volk und in der Armee; eine — berechtigte — Skepsis bei denen, die ihn näher kannten, am Hofe, bei einem Teil seiner Minister und bei — Bismarck! Endlich eine hämische Herabsetzung, ja Verunglimpfung bei solchen Leuten, von denen man es nicht erwarten sollte. Wenn Moritz Busch, der spätere „Leibjournalist" Bismarcks, der die Verhältnisse in Hannover kannte, den blinden König als „maßlos überheblich" bezeichnete und ihm die Meinung unterschob, daß Hannover nur der Welfen wegen da wäre" (2), so ist seine glossierende Bemerkung nicht nur falsch, sondern es fehlte ihm „auch jede innere Vornehmheit" (E. Marcks). Daß König Georg stolz sein Welfenhaus als das älteste Geschlecht in Deutschland bezeichnete und auf eine besondere Stellung seines Landes in Norddeutschland hinwies, war den Tatsachen angemessen. Er huldigte dem großdeutschen Gedanken und der österreichische Mensch war ihm persönlich sympathischer als der Preuße, er dachte streng föderalistisch und glaubte ehrlich, Hannover könne durch seine Lage das Band der Verständigung zwischen Nord und Süd bilden. Deshalb konnte er sich im Exil mit der neuen Lage nicht abfinden, weil er sie nie verstanden hat, womit aber noch nicht bewiesen ist, daß er eine von Haus aus preußenfeindliche Gesinnung hegte. Zumal von „unüberwindlichen Sympathien Georgs für Oesterreich", die er mit Berufung auf das Bundesrecht verdecken wollte (3), kann schwerlich die Rede sein. König Georg hat immer Wert auf gute Beziehungen zu dem eng verwandten Berliner Hof gelegt, war auch dem preußischen Wunsch nach einer Verbindung des Prinzen Albrecht von Preußen mit der Prinzessin Friederike von Hannover, der ältesten Tochter, durchaus nicht so ablehnend gegenübergetreten wie die Königin Marie. Er hat vor allem den Krieg mit Preußen stets und offen bedauert.

Es ist bezeichnend, daß Bismarck später sich geäußert hat: „mit dem König Georg könne man nicht verhandeln" (4), und daß dies wohl seine schärfste Kritik war, die wir kennen, die aber auch wie viele seiner Bemerkungen über Georg mit seiner Erbitterung über die Art der Abfindungsverhandlungen in Einklang zu bringen ist. Daß aber Bennigsen den König schon lange nicht mehr für zurechnungsfähig hielt und festzustellen glaubte, daß Adel, Armee und Beamtenstand mit dem König persönlich unzufrieden seien (5), und auch Hassel „oberflächlich und falsch" Georg „als einen Spielball wechselnder und z. Th. sehr niedriger Einflüsse hinstellt" (Thimme), ist mehr wie verwunderlich. Wenn „die Herrscher Hannovers und Kurhessens sich überhaupt sperrten, den Zeitbedürfnissen entgegenzukommen" (6) und wenn Bennigsen klagt, „wohin es führen solle, wenn die politische Leitung des Landes solchen

1) Zeitschrift des Hist. Vereins für Niedersachsen, 1901 S. 431 ff 2) Vgl. auch Busch a. a. O. 1—2
3) Oncken, a. a. O. I,721 4) „Der immer in überirdischen Regionen schwebt" VIII,310 5) Oncken a. a. O. I,703 6) Zechlin, Bismarck und die Grundlegung der deutschen Großmacht, 216

Händen anvertraut ist, in der jetzigen Zeit . . . , wo für eine große Volksbewegung in Deutschland der Anstoß gegeben ist, die in ihrem weiteren Verlauf nicht nur einzelne Ministerien, sondern ganze Staaten und Dynastien fortschwemmen kann" — (1), so ist doch daraus kein persönlicher Vorwurf gegen König Georg abzuleiten. „Man mag den König Georg vom Standpunkt der politischen Klugheit tadeln, daß er mit rücksichtslos unbeugsamer Festigkeit an dem festhielt, was er einmal seiner religiösen Auffassung der Monarchie entsprechend für Recht hielt; sein persönlicher Charakter (!) steht gerade durch diese Starrheit vielleicht um so höher und bewunderungswürdiger da"! Diese — sehr richtige und klare — Bemerkung stammt von keinem anderen als Oskar Meding (2), auf dessen umstrittene Persönlichkeit in anderem Zusammenhange näher eingegangen werden soll. „Persönlicher Charakter": das ist das Entscheidende, das von manchem Kritiker mit „persönlicher Unzulänglichkeit", „Welfendünkel" u. a. verwechselt wurde (3).

König Georg war ja schließlich ein Mensch wie alle anderen, mit Vorzügen und Schwächen. Das Schicksal hat es mit ihm besonders hart gemeint: mit 21 Jahren verlor er durch einen Unglücksfall und eine unzulängliche Operation in Göttingen (1840) die Sehkraft beider Augen: in seinen besten Jahren! Er hat seine Gemahlin — er vermählte sich am 18. Februar 1843 mit Marie von Sa.-Altenburg — und seine 3 Kinder im wahren Sinn des Wortes: nie gesehen, hat als Blinder 1851 die Regierung übernehmen und das bittere Los eines Mannes ertragen müssen, der — rein physisch — immer auf das Entgegenkommen seiner Untergebenen angewiesen war. Daß er dadurch mißtrauisch, engherzig und zu „konservativ" wurde, ist psychologisch durchaus zu verstehen. Er haderte nicht mit seinem Geschick, das ihn betroffen, und er trug es mit starkem Gottvertrauen. Er blieb ein höchst intellektueller und geistig angeregter Mensch mit vielen persönlichen Neigungen — z. B. seiner Liebe zur Musik — und versuchte gerade wegen seiner körperlichen Unvollkommenheit seinen Staatsgeschäften mit besonderem Eifer uud Ernst nachzukommen. Dabei war er allerdings in weit stärkerem Maße als seine Ranggenossen auf den deutschen Thronen — unter denen es viele gab, die sich trotz ihrer Bedeutungslosigkeit einer recht milden Kritik erfreuen durften — auf die Mitarbeit und Hilfe seiner Minister und seines Hofes angewiesen. Daß ihm hier mancher Fehler unterlaufen ist und er auch bei der Wahl seiner Mitarbeiter oft eine weniger glückliche Hand zeigte, ist nicht ausschließlich seine Schuld. Es gab in Hannover genug Persönlichkeiten, die wohl den Mut der Verantwortung und der warnenden Kritik besaßen, aber es persönlich nicht fertigbrachten, sich innerhalb der Hofkreise durchzusetzen.

Für die — mangelhafte — „Außen"politik war allein der Graf Platen-Hallermund verantwortlich, der sich damit tröstete, „daß er vor der so vortrefflich und so immens klug geleiteten preußischen Politik nur den Hut ziehen könne" (4): es war durchaus unnötig, ja unwürdig, daß der hannoversche Minister Bacmeister den preußischen Gesandten Prinzen von Ysenburg-Büdingen „in der indiskretesten Weise über sämtliche Vorgänge im Ministerrat orientierte" (H. v. Hodenberg) und

1) Oncken, a. a. O. I,703 2) Memoiren zur Zeitgeschichte, II,284 3) Die Bemerkungen Renate Ducksteins (a. a. O. 9) erscheinen etwas spöttisch: das Schlagwort vom Welfendünkel besagt doch im Grunde recht wenig. 4) V,124, Vorbemerkung.

daß auch der Regierungsrat Oskar Meding eine so einflußreiche Position beim König Georg erlangen konnte, ohne daß die Regierung wenigstens den Versuch eines Protestes oder einer Warnung unternommen hätte. Nur der jugendliche Kronprinz Ernst August scheint den Kabinettsrat seines Vaters anders eingeschätzt zu haben, wenn er ihn bei Langensalza als „das gemeinste Subjekt, was wir mit uns führen" bezeichnete (1).

König Georg hat sich den Wünschen der Zeit, soweit sie den wirtschaftlichen und technischen Aufschwung betrafen, nicht verschlossen; auch die Entwicklung Deutschlands hat er oft richtiger „gesehen" als seine Ratgeber. Er hat die Bedeutung Preußens nicht verkannt und wohl den klaren und festen Willen gespürt, der von Berlin ausging und instinktiv gefühlt, daß man diesem Willen nur imponieren könne, wenn man ihm — was er allerdings nur unzureichend tat und man als einen seiner „Fehler" ansehen kann — eine gleiche Beharrlichkeit und Festigkeit gegenübersetzte. Eine These, die durchaus richtig war: denn Bismarck hat ja sehr lange Hannover als einen ernsten Gegner geachtet und alle Mittel angewandt, um es für Preußen zu gewinnen (2). König Georg hat ebenfalls als einer der wenigen die Bedeutung der Persönlichkeit Bismarcks frühzeitig erkannt, indem er ihm im September 1853 anbot, sein Minister zu werden.

Er wußte, daß Bismarck ein „Landfremder" und ein „spezifischer Preuße" war, und dieser hat in der Unterredung damals betont, er könne sein „Preußentum nicht ausziehen wie einen Rock" und daß deshalb eine gemeinsame Politik der Könige von Preußen und Hannover Voraussetzung wäre (3). Bismarck ist ja nie hannoverscher Minister geworden und würde sich in diesem Amt auch schwerlich wohl gefühlt haben. Es ist aber interessant und vielleicht zu wenig beachtet, daß König Georg eine Anlehnung in Berlin suchte, zumal ihm die österreichische Politik weniger zusagte. Daß er 13 Jahre später diese unzweideutige Erklärung Bismarcks vergessen haben sollte, ist nicht anzunehmen; nur wird er sich über die Gesamtsituation seines Landes nicht so klar gewesen sein, wie es die Notwendigkeit erforderte. Diese mangelnde Orientierung kann auch an der reichlich gleichgültigen Behandlung gelegen haben, die dem blinden Herrscher von Seiten der Umgebung zuteil wurde und die schon Bismarck bei seinem ersten Besuch im hannoverschen Schloß so besonders und unangenehm auffiel.

Georg V. als überzeugter Bejaher des deutschen Bundes hat nicht, wie ihm vorgeworfen wurde, einseitig Partei für Oesterreich genommen. Er hat dem Wiener Kabinett gegenüber, das ja Preußen an Liberalismus und deutscher Gesinnung zu übertreffen suchte (Schüßler), dieselbe Vorsicht und das gleiche Mißtrauen gezeigt wie dem Berliner. Er betonte, daß „Wir Kleinen stets die Einigkeit zwischen den beiden Großmächten des deutschen Bundes erhalten müssen" (4), so schwer es auch zuweilen war, eine wirkliche hannoversche Souveränität zwischen dem überwiegenden österreichischen Einfluß im Bunde — besonders im Süden — und den preußischen Kanonen an den Landesgrenzen zu behaupten (5).

1) Th. von der Decken, Erinnerungen, 62 2) Wir wissen heute, „wie gern er überhaupt moralischen Eroberungen den Vorzug vor Annexionen gegeben hätte" (Thimme) — VI, XII. 3) Gedanken und Erinnerungen I, 108 ff 4) Meding a. a. O. 1, 17 5) Für die schwierige Lage der Mittelstaaten vgl. Zechlin a. a. O. 4 — 5.

Wenn König Georg und seine Ratgeber Oesterreich in einigen Fällen unterstützten und sich für die Erhaltung des Gleichgewichtes der Kräfteverteilung zwischen Wien und Berlin einsetzten, so taten sie dies nicht aus purer Liebe zum Donaustaat: bei aller Abneigung gegen das Preußentum war man sich der Tatsache in Hannover bewußt, der einzige niederdeutsche und überwiegend protestantische Mittelstaat zu sein und auch manche Verbindungen persönlicher und verwandtschaftlicher Art zum benachbarten Preußen zu haben.

Im Exil zu Hietzing sollte es sich zeigen, daß der innere Konnex zwischen den Nord- und Süddeutschen nicht allzu groß war, wenn auch „die leichte liebenswürdig verbindliche Art des Oesterreichers" dem gelassenen und an englische Art gewohnten Niedersachsen „viel sympathischer" war (1).

Wenn in den vorangegangenen Zeilen der Versuch unternommen war, die Wesensart und politische Einstellung König Georgs einer kurzen Betrachtung zu unterziehen und die mehr psychologische Seite des Problems zu zeigen, so soll jetzt noch die Frage untersucht werden, wie sich Hannover den österreichischen und preußischen Angeboten gegenüber verhalten hat, die mit den Satzungen des deutschen Bundes unvereinbar waren und somit Hannovers Neutralität und seine Bundestreue in Zweifel setzen mußten.

So verlockend und häufig die Wiener Vorstellungen waren, so wenig ist weder der hannoversche Staat noch der Monarch auf diese Wünsche eingegangen. Trotz der vielen gegenteiligen Behauptungen lassen sich ernsthafte Vergrößerungsabsichten Hannovers nicht nachweisen. Eine zweite Frage, die besonders zur Beurteilung Hannovers 1866 geeignet ist und auf deren Prüfung Friedrich Thimme 1901 (2) hingewiesen hat, ist die, ob der Hannover von Preußen angebotene „Neutralitätsvertrag dem Bundesrecht zuwider gewesen ist".

Zuvor sei die Bemerkung gestattet, daß von hannoverscher Seite stets und eindringlich betont worden ist, daß es sich hier um keinen Neutralitätsvertrag, sondern um ein Bündnisangebot seitens Bismarcks gehandelt habe. Hier, bei einer Würdigung der Person König Georgs, soll nur auf seine Einstellung zu diesem Bündnisangebot — um ein solches handelte es sich, wie aus Bismarcks politischen Schriften jetzt sichtbar ist — eingegangen werden.

Preußen, Kleindeutsche und solche, die sich später auf den bekannten Boden der Tatsachen stellten, haben Georg V. den Vorwurf gemacht, daß an seinem Unglück und an der Annexion er allein und nicht das Schicksal Schuld habe, sagt doch beispielsweise Bennigsen: „Der verblendete König und das elende Ministerium haben unter Beihilfe der bornierten ersten Kammer den Staat Hannover zugrunde gerichtet . . „(3). Eine Annahme der preußischen Bedingungen wäre das noch einzig Vernünftige in der prekären Situation von 1866 gewesen. Selbst wenn dem so wäre, also diejenigen Recht behielten, die die „Unvernunft", die „Verblendung" des Königs nicht genug tadeln konnten, so ist doch diese Frage für eine abschließende Beurteilung der Ehrlichkeit und der Klarheit des politischen Wollens des letzten hannoverschen Herrschers eine bedeutsame.

1) Duckstein, a. a. O. 2. 2) a. a. O. 431. 3) in einem Brief an seine Gattin vom 14. 6. 66 Oncken a. a. O. I, 734

Thimme sagt in seiner Kritik des von Hassellschen Buches: „ . . . solange aber nicht mit Sicherheit erhellt, ob Georg V. aus positiver Rechtsüberzeugung, die unter allen Umständen zu ehren bliebe (!), oder aus Konnivenz gegen Oesterreich von der Verfolgung der Neutralitätsverhandlungen mit Preußen Abstand nahm, muß die Frage, wie weit ihn hier ein Vorwurf treffen kann, eine offene bleiben . . "

Also: wie hat Georg des preußische Angebot aufgenommen? Ist er sich und seiner ehrlichen Einstellung zum Bunde treu geblieben oder hat er sich von Rücksichten auf die andere Großmacht leiten lassen, also seinen Bundespflichten zuwidergehandelt? — — War es Rechtsüberzeugung, die „zu ehren bliebe", so hat er das Gute gewollt und ist doch dem Schicksal des an Macht Schwächeren verfallen! War es Parteinahme für Oesterreich, also eigene Schuld, so war Preußen in seinem Vorgehen gerechtfertigt und Georgs Proteste gegen die Annexion überflüssig und unangebracht!

Freiherr von Hodenberg, der Kultusminister, hat schon am 13. Oktober 1893 in einer Broschüre „Der Eid der Treue" (1) die Behauptung zurückgewiesen, daß ein geheimes österreichisch-hannoversches Bündnis bestanden habe. Da eingehendes Material (Akten, Protokolle) über diese Frage weder auf preußischer Seite noch in Hannover oder Gmunden zu ermitteln war, hat sich der Verfasser persönlich an Herrn Freiherrn von Hodenberg-Hudemühlen, dem Sohn des Ministers, gewandt und ihm die Frage Thimmes übermittelt. Herr von Hodenberg war so liebenswürdig, auf diese Anfrage mitzuteilen, daß, soweit ein solches mündliches Zeugnis historischen Wert beanspruchen könne, er mit Bestimmtheit behaupte, daß sein Vater ihm wiederholt erklärt hat:

„Die Beschlüsse des Königs Georg und des Ministerrats seien lediglich von der Erwägung diktiert, daß jedes Eingehen auf irgendwelche Forderungen Preußens nur immer schwerere und unerfüllbarere Forderungen zeitigen würde, daß keinerlei Rücksichten auf Oesterreich genommen seien (!) und daß der Antrag vom 14. Juni allein genau sich auf die klaren Bestimmungen des Bundesrechts stütze und in ganz gleicher Weise auf Preußen wie auf Oesterreich (!) Bezug habe. — Es sei in allen Sitzungen des Ministerrats mit unzweideutiger Klarheit zum Ausdruck gekommen, daß nur das gewissenhafte und minutiöse Festhalten an den Bestimmungen des Bundesrechts der einzige (!) richtige und gegebene Weg in Gegenwart und Zukunft für Hannover sei". —

Ein Zweifel an der Richtigkeit dieser Erinnerung ist im Hinblick auf die persönliche Mitteilung nicht angebracht, außerdem deckt sie sich inhaltlich mit dem oben erwähnten Zeugnis von 1893.

Diese hier aufgezeigte Handlungsweise des Königs ist durchaus logisch: seine standhafte Weigerung, auf irgendwelche Lockungen einzugehen, die den Bestimmungen des Bundes nicht entsprachen. Es wäre daher eine durchaus korrekte und verständliche königliche Handlung festzustellen, „die unter allen Umständen zu ehren bliebe" . . . . . Er lehnte das preußische Angebot ab, weil er sich selbst treu bleiben wollte, er ging in das Exil, weil er mit gutem Gewissen sagen konnte, seine Bundespflicht gehalten und niemandes Rechte durch geheime Bündnisse oder Gewalt verletzt zu haben" (Hodenberg) (2).

1). S. 57—58. 2). Hodenberg, sechs Briefe . . II,58.

Hierauf beruht der Rechtsstandpunkt Georgs V., den er in seinem Kampfe mit dem preußischen Sieger immer und unermüdlich betonte und den nach seinem Tode die Deutsch-Hannoveraner weiter vertreten haben. (1).

Die Frage, ob die Vorwürfe Bismarcks gegen Georg berechtigt sind, muß demnach offen bleiben: eine Weigerung Hannovers, sich den Wünschen Preußens zu fügen, kann nicht als ausgemachte Feindseligkeit aufgefaßt werden. Wohl waren auch nach Langensalza noch Möglichkeiten eines Ausgleichs gegeben: erst die Zurückweisung des Friedensangebotes durch König Wilhelm und die ganze Art der Behandlung, die man Georg V. zuteil werden ließ, hat diese große Entfremdung hervorgerufen.

1). Der hannoverschen Bewegung ist er ein wichtiges Mittel des Protestes und auch der Agitation geworden: die Grundlage für die ehrliche und verständliche Rechtsverwahrung des hannoverschen Volkes und für das politische Programm: der begründete Anspruch auf ein reichsunmittelbares „Niedersachsen".

Hietzing.

König Georg hatte sich nach der Kapitulation zuerst auf das Schloß „Fröhliche Wiederkunft“ (1) seines Schwiegervaters, des Herzogs Joseph von Altenburg, und von dort Ende Juli nach Wien begeben, „um den Friedensverhandlungen näher zu sein“ (2) und gleichzeitig die österreichische Regierung um eine Verwendung für sein Land zu bitten.

Es hat in Hannover nicht an warnenden Stimmen — unter ihnen auch die der Königin — gefehlt, die eine derartig ostentative Reise als erschwerend für eine Verständigung mit Preußen ansahen. Bismarck war in der Tat über diese Übersiedlung ebenso wenig erfreut (3) wie die österreichische Regierung, die sich wohl ihrer Verantwortung für die Mittelstaaten bewußt war, aber nach Königgrätz nichts tun konnte und wollte. Man begrüßte deshalb den blinden König mit einer kühlen Gemessenheit und zeigte fast zu deutlich, daß man mit seinem Kommen nicht gerechnet hatte (4). Trotzdem war es für König Georg die einzige Möglichkeit, um seinem Protest Nachdruck verleihen zu können. Paris, das ihm ebenfalls offen gestanden und wo er später vor seinem Tode die Sympathien des Volkes gewann, war jetzt zu weit und auch in außenpolitischer Hinsicht wenig opportun.

Napoléon selbst vermochte auch wenig zu tun, zumal er sich schon für den sächsischen Thron eingesetzt hatte. Ebenso zeigte die englische Regierung geringe Neigung, sich des Welfenkönigs anzunehmen, ja das Kabinett Lord Derby „enthielt sich grundsätzlich jeder Einmischung zu Gunsten Hannovers“ (5). Die Nachricht von der drohenden Annexion wurde nur von der Königin Viktoria, ungeachtet einer vorübergehenden persönlichen Verstimmung, mit Besorgnis und verwandschaftlichem Mitgefühl aufgenommen; die Regierung erklärte dem preußischen Botschafter Grafen Bernstorff ihr völliges Desinteressement am Schicksal Hannovers (6). Da eine so nüchtern und realpolitisch denkende Nation wie die englische der Bundestreue Georgs wenig Verständnis entgegengebracht hätte, war jeder Schritt in London aussichtslos.

Der einzige Monarch, der sich besonders aus verwandschaftlichem Interesse für das Schicksal der deposedierten deutschen Souveraine einsetzen wollte, war Zar Alexander II. von Rußland. Doch war eine Zuflucht zu diesem — ganz abgesehen von der Beschwerlichkeit einer solchen Reise — auch aus politischen Erwägungen undiskutabel. Gewiß hatte die russische Regierung, der Zar, Gortschakow und die preußenfeindlichen Hofkreise sich anfangs bemüht, eine derartige Stärkung Preußens zu hintertreiben (7), indem sie Ende Juli 1866 den Kongreßvorschlag Napoléon und Bismarck übermittelten. Es war aber der diplomatischen Geschicklichkeit des Letzteren gelungen, eine aktive russische Einmischung mit dem Hinweis auf die preußischen Dienste im Krimkriege zu vermeiden (8) und den Zaren, den die „völlige Entthronung ganzer Dynastien“ ängstigte, mit der Württemberg und Darmstadt bewiesenen Rücksicht zu versöhnen. Das Entgegenkommen, das Bismarck besonders in Stuttgart zeigte (9) und die Berücksichtigung der russischen Sympathien für Hessen-Darmstadt, sowie die Entsendung

1). Bei Neustadt an der Orla. 2). Klopp, Verfahren, 7. 3). VI,152. 4). Duckstein, a. a. O. 10. 5). Thimme, VI,Nr. 526. 6). Disraeli: „es ist uns namenlos gleichgültig, was aus Deutschland wird“ . . . Anm. Thimme, VI,Nr. 526. 7). vgl. Hopf, 326 ff. 8). Rußland war übrigens ebenso wie Frankreich nicht gerüstet. 9). vgl.: VI,Nr. 549.

des Freiherrn von Manteuffel nach Petersburg (1) am 8. August hatten bewirkt, daß Alexander II. sich mit den Annexionen abfand, wenn er auch sehr richtig die Schwächung des monarchischen Prinzips erkannte und ihn persönlich das Schicksal Georgs V. bewegte.

So blieb nur Wien: Ende August nahm König Georg in Hietzing in der Villa Braunschweig Wohnung, begleitet von seinem Gefolge: einem Teil seiner Minister, Offizieren, Beamten. Unter letzteren der Regierungsrat Meding, der bald eine führende Rolle spielen sollte. Der jugendliche Kronprinz war seinem Vater gefolgt, die Königin Marie und die Prinzessinnen zogen sich bald auf den Privatbesitz des königlichen Hauses, die Marienburg bei Nordstemmen, zurück.

Kaiser Franz Joseph und seine Minister waren nicht sehr erfreut über das Eintreffen des exmittierten Königs. Wenn auch der Kaiser der welfischen Familie im Sommer 1867 das sogenannte Kaiserstöckl am Schönbrunner Park zur Wohnung überwies und den Hannoveranern korrekt, wenn auch nicht besonders herzlich gegenübertrat — was wohl mehr in seinem Naturell begründet war —, so hinderten doch die österreichischen Behörden die preußischen Spione und Agenten nicht, sich jetzt zunehmend für das Leben und Treiben am „Hietzinger Hofe" und für die dort geschmiedeten Pläne (!) zu interessieren. Nur die österreichische Militärpartei begrüßte aus naheliegenden Gründen die Asyl suchenden Waffenbrüder.

In den Akten des Wiener Archivs finden sich die verschiedensten Berichte über „ein förmliches Spionier-system" (2), das besonders seit 1867 von Berlin und der Wiener preußischen Gesandtschaft aus inscenieret wurde. Bismarck äußerte Anfang April 1867 in Berlin: „er wisse ganz genau alles, was in der Umgebung des Königs von Hannover gesprochen werde, die österreichische Polizei sorge hierfür" (3). Später, 1869, konnte Bismarck sogar sagen, „es sei ihm nicht schwer, täglich die Speisekarte des Königs von Hannover zu erlangen"! (4).

Die Hannoveraner merkten bald, daß sie von österreichischen Regierungsstellen sorgfältig überwacht wurden, daß „Briefe aus Hietzing an die Königin in Marienburg auf eine feine Art von der Post aufgefangen wurden" (5) und daß man nach Beweisen suchte, um Grund zum Einschreiten zu haben (6). — In Hietzing setzte man den österreichischen Agenten und preußischen Spionen merkliches Schweigen entgegen. Ja, es wurde später eine förmliche Spionageabwehrstelle unter Leitung eines Doktor Wippern geschaffen, die Hietzing nach preußischen Agenten „bis in das kleinste Detail durchforschte" (7). Dieser geheime Kleinkrieg trug mit dazu bei, die Psychose der Unsicherheit zu vergrößern. Es gelangten Nachrichten — auf die noch hingewiesen wird — nach Berlin, die dort zum Anlaß hochnotpeinlicher Verfolgungen und Untersuchungen wurden und im Grunde den Bestand des preußischen Staates nicht im Geringsten gefährlich werden konnten.

Andererseits scheint auch in Hietzing eine Furcht vor den preußischen Spionen bestanden zu haben; selbst Graf Platen hielt seine nächste Umgebung nicht für zuverlässig (8). Die Folge davon war wieder, daß eine raffinierte Einschmuggelung geheimer Druckschriften (9) nach Hannover einsetzte, daß dadurch die ohnehin schon erregten

1). vgl.: VI, Nr. 535. 2). Polizeil. Mitteilungen; Wien, 4.3.67. 3). Aus einem Bericht des Kaiserl. Gesandten in Berlin, an Beust vom 12. 4. 67. 4). Ag.-Rapp. vom 19. 1. 69. 5). Ag.-Rapp. 25. 4. 67. (Wien). 6). Ag.-Rapp. 7. 4. 67. (Wien). 7). Ag.-Rapp. 19. 1. 69. (Wien). 8). Ag.-Rapp. 19. 1. 69. (Wien). 9). „Lied vom Hochverrath" —

Gemüter durch den Reiz des Romantischen und Abenteuerlichen mehr und mehr aufgebracht wurden, daß Mißverständnisse, falsche Weisungen entstanden und schließlich eine unnötige Beunruhigung Aller stattfand.

Diese Aufregung stand in keinem Verhältnis zu den tatsächlichen „hannoverschen Machinationen". Die Erregung in Hietzing wäre nach 1866 sicher schneller abgeklungen, wenn man in Berlin und Wien die Hannoveraner weniger beachtet hätte.

Es sei dahingestellt, ob die Agitationen und Proteste König Georgs wirklich von solcher Bedeutung für den preußischen Staat waren oder ob nicht eine unnötige Nervosität und Kleinlichkeit der neuen Verwaltung im Lande Hannover und ein rein politisch bedingter Argwohn der Berliner Regierung gegenüber der Person des hannoverschen Königs und seiner Leute die Ursache so mancher Differenzen waren. So gefährlich auch Preußens außenpolitische Lage bei dem drohenden Dreibund: Frankreich, Oesterreich, Italien und eine Niederlage möglich war, so ist doch zweifelhaft, ob die hannoversche Bevölkerung im Ernst daran denken konnte, das preußische Regime wirklich abzuschütteln: schon rein militärisch war das Königreich so fest in preußischer Hand, daß selbst im Falle eines Krieges mit Frankreich die Aussichten auf eine solche Erhebung gleich Null waren. Weiterhin kam es König Georg darauf an, auf legalem Wege seinen Rechtsstandpunkt durchzusetzen, und sein ganzer Kampf mit Preußen bewegte sich ausschließlich auf geistigem Boden, indem er beispielsweise immer versuchte, Einfluß auf die Wiener Presse zu bekommen. An den gelegentlichen Unruhen in Hannover war er unbeteiligt und die Aktion der Welfenlegion geschah zumeist ohne sein Mitwissen.

Bismarck hat sich am 13. Februar 1869 in einer Rede gegen die Art gewandt, „wie heute (!) die Geschichte des Jahres 1866 dargestellt wird" und man sehen müsse, wie „über eine Periode, die nur 3 Jahre zurückliegt, mit Erfolg gelogen wird". Dieser schwere Vorwurf konnte sich nach Lage der Dinge nur gegen die welfischen Rechtfertigungsthesen richten und somit die preußische öffentliche Meinung gegen diese Feinde des preußischen Staates einnehmen. Deshalb ist es hier eine besondere Pflicht, dieses allgemeine Vorurteil unbeachtet zu lassen.

Der welfische Widerstand.

Die Protestpolitik, die König Georg sogleich nach Langensalza betrieb, zeigte in ihren Anfängen durchaus harmlose Methoden: Für die Beurteilung der Entstehung des preußisch-welfischen Konfliktes sind die ersten Verhandlungsversuche Georgs von Bedeutung. Zum Anlaß einer Verstimmung bei Bismarck mag die Darstellung des Grafen Platen in der Wiener Presse über die Vorgänge bei Langensalza geworden sein. Wenn auch von amtlicher preußischer Seite verschiedene Erwiderungen und eine Denkschrift erschienen, so steht doch bis heute Behauptung gegen Behauptung, und manche Vorgänge im Gothaer Schloß sind recht undurchsichtig geblieben (1).

König Georg sandte in Verkennung der wahren Pläne Bismarcks und König Wilhelms und sicher im ehrlichen Vertrauen auf eine beide Teile befriedigende Lösung am 28. Juli — nach Abschluß der preußisch-österreichischen Verhandlungen — von Wien aus einen Adjudanten mit einem eigenhändigen Schreiben an seinen königlichen Vetter nach Nikolsburg.

In diesem persönlich und aufrichtig gehaltenen Schreiben bat der hannoversche König seinen Vetter, im Vertrauen auf sein „Gefühl für Recht und Billigkeit" ihm seine „Entschließungen in Betreff des Friedens bald geneigtes kundtun zu wollen" (2). Zu gleicher Zeit richtete der von Georg für die Unterhandlungen ausersehene Graf Platen eine Mitteilung an Bismarck, in der auf das königliche Schreiben Bezug genommen wurde. Es ist bekannt, daß Bismarck diesem Abgesandten offiziell erklärte, König Wilhelm könne ein Schreiben des Königs Georg nicht annehmen. „Der König Wilhelm von Preußen machte durch die Zurückweisung dieses Schreibens dem König von Hannover jeden ferneren Schritt zum Frieden unmöglich" (3). „Es ward der Prager Friede geschlossen, der den König nicht mit umfaßt, der als eine res inter alios acta für ihn nicht existiert". „Wilhelm I. nahm, ... annexierte das Königreich . . . . das Volk von Hannover wurde nicht gefragt" (4).

Diese gereizten Bemerkungen des früheren hannoverschen Archivrates Onno Klopp, der sich in seinen Schriften sehr temperamentvoll und bei aller Tendenz oft recht geschickt der Sache seines Königs annahm, zeigen weniger Verbitterung als eine unverhüllte Verachtung für die preußische Handlungsweise. Diese Verachtung, die nicht nur auf die Hietzinger Hofkreise beschränkt blieb, machte im Lande Hannover, besonders bei dem einfachen, aber sehr rechtlich denkenden Volk einem unverhohlenen Haß gegen dieses Preußen Platz.

Es fragt sich noch heute, ob Bismarck seinen Herrn gut beraten hat, dieses Friedensangebot einfach abzulehnen. Gerade diese persönliche Nichtachtung eines deutschen Bundesfürsten, der auch als Gegner eine unter Souverainen korrekte Behandlung erwarten durfte, hat die Protestbewegung nur gefördert.

1). Die „authentische Übersicht" über diese Kapitulationsverhandlungen, die im „Königlich Preußischen Staatsanzeiger" vom 3. August 1866 — vgl.: „Staatsarchiv", XI,Nr. 2379 — enthalten ist, hat eine sehr erhebliche preußische Tendenz und steht im Widerspruch mit den hannoverschen Darstellungen. Namentlich der Schluß ist mit Vorsicht aufzunehmen, sodaß diese „Übersicht" mit Recht den Protest und eine eingehende Entgegnung des Grafen Platen herausgefordert hat. (vom 8. 8. 1866 — „Staatsarchiv", XI,2380). Dadurch wurde eine lebhafte Diskussion in der Presse (Koburger Zeitung vom 1. 10. 66.) hervorgerufen, die sogar noch später, 1868, in einem Münchner Prozeß — (Klage des Herzogs von Gotha gegen den Redakteur Dr. Zander-München — ihren Niederschlag fand). 2). Hopf, 410, 3). Klopp, Verfahren, 7. 4). Klopp, Verfahren, 10.

Mit auf Wunsch der Königin Marie begab sich der Graf Georg zu Münster nach Berlin, wo er am 7. August eine längere Unterredung mit Bismarck hatte, die indes zu keinem positiven Ergebnis führte und das Schicksal Hannovers nicht milderte. Ebensowenig Erfolg hatte eine hannoversche Deputation unter Führung Münchhausens bei König Wilhelm am 17. August: die Annexion konnte durch nichts, auch nicht durch Anrufung der europäischen Mächte verhindert werden.

König Georg harrte derweilen einer Rückäußerung Bismarcks: da sie ausblieb, entsandte er seinen Kultusminister Freiherrn Bodo von Hodenberg nochmals nach Berlin, der am 15. August bei Bismarck vorsprechen konnte. Schon Thimme hat 1901 auf die Bedeutung der Hodenberg'schen Überlieferungen verwiesen: in der Tat ist die vom Freiherrn von Hodenberg wiedergegebene Unterredung (1) typisch für die auch jetzt noch grundverschiedene Anschauung der Minister. Hodenberg, der im Auftrag seines Königs erneut um Mitteilung der Friedensbedingungen ersuchte, erhielt von Bismarck zur Antwort, daß die Annexion fest beschlossen sei: mit dem König Georg und dem Minister Platen könne man nicht mehr unterhandeln, er werde dem Letzteren antworten, wenn die Sache (!) fertig sei . . . — Der weiteren Behauptung Bismarcks, die Politik des Königs Georg habe erwiesen, daß Hannover „niemals ein zuverlässiger Nachbar gewesen sei" (2), konnte Hodenberg nicht mit Unrecht entgegenhalten, daß Hannover nur „seine materiellen Interessen, seine Selbständigkeit und Interesse gewahrt habe". Auf seine weitere Feststellung, daß Hannover nicht gerüstet habe, erklärte Bismarck: das hätte auch nichts genützt, wir wären nur früher eingeschritten! Im Übrigen stellte Bismarck nochmals fest, daß die unzuverlässige Haltung der hannoverschen Regierung mitbestimmend gewesen sei und erklärte auf den Einwand, daß daraus doch „kein Recht der Vernichtung gegen Hannover erhoben werden könne": „wo es sich um die Existenz Preußens handelt, kenne ich kein Recht!", er (Bismark) alliiere mit der Revolution und wo er Hilfe fände . . . —

Für einen so konservativen Politiker wie Hodenberg mußte eine derartige Äußerung allzu bedenklich erscheinen, und Bismarck hat ja durch solche Bemerkungen gerade in den Kreisen des hannoverschen Adels lebhaftes Befremden ausgelöst. Auf die ernsten Vorstellungen, daß „das hannoversche Volk in die größte Verzweiflung, in die furchtbarsten Gewissenszweifel und in einen Kampf des, wenn auch nicht revolutionären, doch moralischen Widerstandes" gedrängt würde, erklärte Bismarck seine persönlichen Sympathien für die „Treue und Zähigkeit des hannoverschen Volkes" und sein Bedauern mit dem — vorausgesehenen — Widerstand, „indessen werde das mit einer Generation zu Ende sein . . "(3).

Trotzdem Bismarck am Ende dieser Unterredung eine baldige Antwort auf die Anfrage Graf Platens vom 28. Juli in Aussicht stellte, ist dieselbe nie erfolgt. Das hinderte Bismarck nicht, in der erwähnten Rede am 11. März 1867 die „fortgesetzte Weigerung" König Georgs, „Frieden mit uns zu schließen", festzustellen (4). —

Ja, König Wilhelm wies am 25. Mai 1867 in seinem Schreiben an die Königin Marie, als er sie zum Verlassen des preußischen Bodens aufforderte, darauf hin, daß König Georg keine Schritte getan

1) Hopf, 411 2) eine Behauptung, die Bismarck am 11. März 1867 im Norddeutschen Reichstag nochmals wiederholte. 3) Bismarck hat bekanntlich den westelbischen Deutschen „aus dem Mutterland" nicht so gut verstanden wie den ostdeutschen Menschen. 4) Hopf, 415

habe, „um persönlich friedliche Beziehungen anzuknüpfen, sodaß wir uns noch als im Kriegszustand befindlich gegenüberstehen“ (1). — Dies entsprach nur insofern den Tatsachen, als König Georg V. die Annexion nicht anerkannte.

Nachdem auch diese Mission des Staatsministers von Hodenberg kein Ergebnis gezeitigt und König Wilhelm am folgenden Tage, am 16. August, die Annexion offen angekündigt hatte, war König Georg gezwungen, andere Maßnahmen zu treffen. Er mußte sich damit abfinden, daß die Gewalt stärker gewesen war als sein Recht. „Die Macht, die einen irdischen Richter nicht zu fürchten hatte, entschied allein! Der König von Preußen setzte dadurch den König von Hannover, dem nicht kraft eigenen Willens, sondern kraft göttlicher Ordnung die Pflicht obliegt, das eigene Recht mit demjenigen seines Volkes zu vertreten, in die Notwendigkeit, gegen diesen Akt der Willkür und der Eigenmacht seinen Protest zu erheben vor Gott und den Menschen“! (2)

Der Weg des Protestes, der Nichtanerkennung der neuen Lage war der einzige, den König Georg noch mit schwachen Erfolgsaussichten beschreiten konnte, falls er nicht eine wohldotierte Abfindung vorziehen wollte. Das Letztere war ihm unmöglich: es hätte ein klangloses Verzichten auf den ererbten Thron der Väter bedeutet. So blieb nur die oft so starre Opposition (3): zustatten kam ihr besonders die intensive Mitarbeit seines so viel umstrittenen Regierungsrates Oskar Meding (4).

---

1). Hopf, 444. 2). Klopp, Verfahren, 10. 3). Bennigsen verglich sie in einem Brief an seine Schwester vom 18. August 1866 mit einer „an Wahnsinn grenzenden Verstocktheit“, mit „Tollheit“ und „Verblendung“. (Oncken, a a. O. I,748).

4). Die Person des früheren hannoverschen Regierungsrates Oskar Meding verdient hier ein mehr politisches Interesse. Als Mensch ist Meding von geringerer Bedeutung, so nachteilig seine Tätigkeit auch für König Georg war: ein ehrgeiziger, sicherlich kluger und geschickter, aber doch nicht sehr ansprechender Dilettant der „hohen Politik“, mit der er sich beschäftigte. Meding besaß — und das ist wohl das Geheimnis seiner Stellung in Hannover und Hietzing gewesen — vor allem das Geschick, eine neue politische Lage zu erfassen und auszuwerten, seine eigene Person dabei aber nicht unberücksichtigt zu lassen.

Er hat als Leiter des hannoverschen Preßbureaus die großen politischen Gesichtspunkte erkannt und sie in einem für Hannover günstigen Sinne verwertet. Eine Preßinstruktion vom 5. 5. 1860 (G. St. A., Rep. 92, Nachlaß: Moritz Busch, Nr. 53) über den Nationalverein und die angeblichen Rheinbundgelüste Hannovers zeigt, daß Meding schon 6 Jahre vor dem Deutschen Krieg die „Mediatisierungsbestrebungen des Nationalvereins, welche von Preußen leider zwar versteckt, aber mit besonderer Vorliebe unterstützt werden“, erkannte und sie durch die hannoversche Presse zu bekämpfen suchte.

Doch finden sich — ebenfalls im Nachlaß von Moritz Busch — schon im November 1860 Warnungen vor Meding an König Georg. Der im preußischen literarischen Preßbureau beschäftigte Leutnant de Chevallerie — der gleichzeitig für Meding arbeitete und Korrespondent preußenfeindlicher Zeitungen war — bezeichnete Meding als „keine des höchsten Vertrauens würdige Person“. Gewiß waren weder Chevallerie noch Meding besondere Ehrenmänner, aber die Akten über diese Affaire bieten kein erfreuliches Bild der Medingschen Persönlichkeit

Daß es Meding an jeglichem Charakter fehlte, beweist die Art, wie er sich von König Georg trennte und das preußische Geld gern und ohne Skrupel annahm. Bismarck hat in einem Gespräch 1873 (am 19. April mit Henrici — VIII, 76) auf den „großen Dienst“ hingewiesen, den ihm Meding bei Ausbruch des Krieges 1870 leistete, als er die prominenten „Welfen“ der preußischen Regierung bekannt gab (VIb, Nr. 1716), trotzdem derselbe Meding noch im Winter 1870 gegen Willen und Befehl Georgs V. die Legion in Frankreich (oder in Algier) zu erhalten suchte (Duckstein a. a. O. 76 ff). Man kann Renate Duckstein nur beipflichten und das undankbare Verhalten des verschwendungssüchtigen Meding als nicht eines Ehrenmannes würdig bezeichnen.

Bei dem zweifelhaften Ruf, den Meding nur genießen kann, ist es wohl geboten, auch seine Mitteilungen und „Memoiren“ mit besonderer Skepsis aufzunehmen. Der Herausgeber der politischen Schriften Bismarcks hat aber Meding meist als einzigen Zeugen und als hauptsächliche Literatur für die Welfenlegion herangezogen. (vgl.: VI, Nr. 810). Gibt Thimme sonst in seinen Anmerkungen reiche Literaturhinweise, so begnügt er sich hier zur Beurteilung König Georgs und zur Rechtfertigung Bismarcks nur mit 2 Zitaten aus Medings Memoiren. Es ist allerdings nach den Feststellungen Renate Ducksteins und den politischen Schriften (VI b!) unzweifelhaft, daß Meding während seiner Pariser Tätigkeit nicht als „geheimes Werkzeug Bismarcks“ fungierte. Die diesbezüglichen Verdächtigungen von welfischer wie hannoverscher Seite sind aber im Hinblick auf das spätere Verhalten dieses betriebsamen Mannes (1870) verständlich und auch berechtigt.

Die ganze Angelegenheit der Welfenlegion ist eine viel zu problematische, als daß sie mit Hinweisen auf Meding geklärt werden könnte. Die Imponderabilien, warum

Dieser entwarf als gewandter Schriftsteller mit großem politischen Ehrgeiz (1) sogleich nach seiner Ankunft in Wien ein umfassendes Programm für das, was jetzt getan werden mußte. Es sei hier nochmals angeführt, da besonders der erste Teil unser Interesse verdient.

Meding forderte:

I. Der König muß völkerrechtlich die Nichtanerkennung der Annexion aussprechen.

II. Er muß den Widerstand der Bevölkerung Hannovers in jeder Weise kräftigen und einheitlich organisieren, um sich später wie Napoleon auf das Selbstbestimmungsrecht berufen zu können.

III. Der König muß an einem künftigen Entscheidungskrieg selbst aktiv teilnehmen, d. h. die nötigen militärischen Vorbereitungen dazu treffen und in engster Fühlung mit der großen europäischen Politik bleiben.

IV. Der König muß seine Legitimitätsidee mit einer großen Idee verbinden, am besten der demokratischen, um alle den preußischen Zentralismus und Militarismus feindlichen Elemente um sich zu scharen.

In Befolgung dieser Vorschläge, die in der augenblicklichen Situation bei geschicktem Handeln manchen Erfolg versprachen, wenn auch später infolge der überlegenen Politik Bismarcks und mancher Ungeschicklichkeiten auf welfischer Seite alles mißglückte, wurde zuerst eine umfassende Protestaktion unternommen. Man darf wohl sagen, daß König Georg keine Möglichkeit außer Acht gelassen hat, um das zugefügte Unrecht — wie er es sah — der breitesten Öffentlichkeit zur Kenntnis zu bringen.

Seine einzelnen Argumente waren klug ausgewählt, die Fassung der Proklamationen höflich, sachlich und in einer gewissen Art aufreizend. — Er wollte mit diesen Publikationen, zu denen sich noch verschiedene seiner Anhänger gesellten, die Aufmerksamkeit Europas förmlich erzwingen und dies ist ihm auch in vielem gelungen.

Als alle Hoffnungen auf eine Verständigung und aussichtsreiche Vermittlung durch dritte Mächte sich als vergeblich erweisen mußten, erfolgte am 23. September 1866 der erste Protest König Georgs, in dem ausführlich auf die Voraussetzungen des Krieges — so wie man sie auf nichtpreußischer Seite sehen mußte —, die Politik der Neutra-

---

die jungen Hannoveraner schon im Herbst 1866 ihre Heimat verließen, sind weder bei Meding noch in den politischen Schriften genügend berücksichtigt. — Aus der Ducksteinschen Arbeit ergibt sich ja, daß, wenn man das Facit betrachtet, Meding seinem königlichen Herrn mehr hinderlich als nützlich war und in allem auch eine moralische Belastung gewesen ist. Georg V. wird wohl gewußt haben, wie weite Kreise seiner Umgebung, besonders sein Sohn, über diesen Agenten gedacht haben.

Billiger wäre es, gerade Meding als den Hauptakteur und Schuldigen der Welfenlegion hinzustellen, statt den blinden und unerfahrenen König für alles verantwortlich zu machen. Bismarck konnte selbstverständlich trotz seiner vorzüglichen Späher nicht ermessen, wer die treibende Kraft war und er hielt sich in gutem Glauben an den Welfenkönig. Es gebietet aber heute die Gerechtigkeit, den wahren Urheber dieser in den Anfängen wohl verständlichen, später in Frankreich aber unerquicklichen Aktion als solchen zu bezeichnen und auf Grund seines perfiden Verhaltens 1870 und seines ganzen Charakters auch die politische Folgerung zu ziehen.

Das wenig rühmliche Lebensende wie auch die noch wenig geklärte Tätigkeit in den siebziger und achtziger Jahren dieses ehrgeizigen Literaten tut hier um so weniger zur Sache, als die Akten über diese Zeit anscheinend noch unbenutzt im preußischen Staatsministerium lagern. Interessant wäre es allerdings, ob Meding nach seinem „Damaskus" 1870 die preußische Pension oder dem Welfenfonds erhalten hat, wie von hannoverscher Seite immer behauptet und noch nie widerlegt wurde. Es wäre eine Satyre, daß derselbe Meding, der durch seine Geschäftigkeit die Legion, mit der Bismarck die Beschlagnahme rechtfertigte, erhielt, dann aus diesem Fonds seine nicht geringe Pension beziehen konnte.

1). Duckstein, a. a. O., 10.

lität im Rahmen der Bundesverfassung und den Überfall durch preußische Truppen hingewiesen wurde.

Die in diesem Prozeß aufgezeigte Handlungsweise der hannoverschen Regierung ist auch in den politischen Schriften Bismarcks nicht widerlegt, soweit die Zeit unmittelbar vor Kriegsausbruch in Frage kommt. Zum Schluß folgt die bekannte, feierliche Erklärung, daß auf die Souverainitätsrechte niemals verzichtet werden könne. Georg V. erkannte die Annexion als „eine unwürdige Usurpation, einen verbrecherischen und verabscheuungswürdigen Raub, eine flagrante Verletzung der europäischen Verträge, aller Grundsätze des Völkerrechts und der Unverletzlichkeit der Staaten und Kronen" als nicht verbindlich an. Diese äußere Form des Protestes war so scharf gehalten, daß eine Einigung jetzt als ganz unmöglich angesehen werden mußte.

Da Bismarck die hannoversche Regierung als nicht mehr bestehend ansah, also auch nach seiner Meinung kein Friede mit dieser — nicht vorhandenen — Regierung geschlossen werden konnte, so war es für den hannoverschen König eine Notwendigkeit, durch eben diese Proteste zu beweisen, daß er sich noch durchaus als Souverain fühlte und seine Ansprüche nicht aufgab. Möge die äußere, so offizielle Form und die Abfassung der Texte dieser Rechtsverwahrungen bei einem vertriebenen Herrscher merkwürdig erscheinen: hier entsprachen sie einem tiefen Zweck und den Richtlinien einer konsequent durchzuführenden Politik. Denn Georg mußte sich hüten, dem Gegner auch die kleinste Handhabe zu geben, aus einem unklar abgefaßten Text einen Verzicht konstruieren zu können. Wir wissen, daß Bismarck immer auf solch einen „freiwilligen Verzicht" gewartet hat. So konnte sich auch König Georg niemals auf private Verhandlungen als hannoverscher König einlassen: sowie er es tat, gab er damit kund, daß er den neuen Status anerkannte.

Er fühlte sich noch ganz als regierender Souverain und unterhielt absichtlich auf Medings Vorschlag einen Hof im Exil, Minister — z. B. Malortie in Hannover —, Beamte, Offiziere. Hannover wurde als vom Feind besetztes eigenes Land angesehen und die Bevölkerung noch als die Untertanen des Königs von Hannover betrachtet. Am 5. Oktober erfolgte deshalb eine Proklamation an das Volk, in der zugleich mit dem Dank für die bewiesene Treue und mit der Anerkennung des „Kampfesmuthes der Braven von Langensalza", die „Zuversicht auf die Allmacht des Herrn" und die schon proklamierten Thesen besondere Erwähnung fanden. Diese von dem Kronprinzen Ernst August mit unterzeichnete Kundgebung mußte in Hannover Zustimmung und Freude — so unsachlich das reichliche Pathos heute auch erscheinen mag —, aber auch manche Ablehnung auslösen. Doch verhielten sich die liberalen Kreise (Bennigsen), die diese königlichen Äußerungen bedauerten, noch abwartend und waren erst, als die ungeschickten Übergriffe der Verwaltung und der Polizei erfolgten, geneigt, das frühere System als das bessere zu empfinden (1). Vorläufig war jedenfalls der Kontakt mit den „Untertanen" wieder hergestellt und eine Basis für eine gemeinsame „Außenpolitik" des Königs wie des Volkes geschaffen.

1). Bennigsen, der jetzt Georg V. so sehr tadelte, schrieb z. B. schon am 22. Juli 1867 an Gustav Freytag: „. . . da ich äußerst erbittert mich fühle über die unverständige Art, wie die Diktatur in einem neuerworbenen Königreich gehandhabt wird . ." (Oncken, a. a. O. II,92)

König Georg, der als „der Repräsentant des Rechtes gegenüber dem Repräsentanten der Gewalt“ (1) seine Rechte vor der europäischen Öffentlichkeit wahren wollte, verkannte allerdings auch nicht die Schwierigkeiten, in die die in Hannover verbliebenen und von ihrem Eid noch nicht entbundenen Beamten und Civildiener gegenüber den preußischen Behörden gerieten. Wenn er sich doch entschloß, „die Generalsekretäre der königlichen Departements-Ministerien“ anzuweisen, diese Untertanen aus ihrem Gewissenszwang zu befreien, so tat er es unter dem Vorbehalt einer Rückkehr des welfischen Hauses.

Eine Wiedergewinnung seines Königreiches hielt Georg V. sicher für möglich. Genährt wurde diese irrige Auffassung von den wahren Kräfteverhältnissen noch von der Hietzinger Umgebung, die den blinden Monarchen ungenügend und oft in höchst bedenklicher Weise unterrichtete.

So folgerichtig das Medingsche Programm an sich war, so wenig förderlich für die moralische Position Georgs V. in Deutschland mußte die Ausführung desselben sein. Denn es zeigten sich bald — zunehmend noch in den folgenden Jahren — Mißstände und Auswüchse, besonders auf finanziellem Gebiet (die „Fürstenbank“), die vermuten ließen, daß dem König die Leitung der Protestbewegung zu entgleiten drohte.

Daß in Wien und später in Paris welfische Preßbureaus eingerichtet wurden, die vom König selbst finanziert werden mußten, war verständlich, da eine Beeinflussung der großen preußenfeindlichen Presse den Hietzinger Interessen nur dienlich sein konnte. Das „Welfengold“ rollte in den beiden kaiserlichen Metropolen, der geschäftige Meding, der ja früher das amtliche Preßbureau in Hannover geleitet hatte, betrieb eifrig die Agitation. „Das Hauptorgan der Welfen in Wien ist zur Zeit das „Neue Wiener Fremdenblatt“, welches durch Welfengeld existiert. In London ist auch eine hannoversche Emigration vorhanden, welche unter der Leitung des Welfenagenten Duve steht..“(2). Dieser „secrete“ Bericht der preußischen geheimen Polizei aus Wien datiert zwar aus späterer Zeit — November 1866 —, zeigt aber, wie weit die „Regierungstätigkeit“ des königlichen „Hoflagers“ ausgebaut war.

Es bestanden noch Zentralen in Dresden, Leipzig, Stuttgart und München. Ehemalige hannoversche Offiziere, sächsische und süddeutsche Partikularisten waren die Leiter, die Universitätsbuchdruckerei Weiß in München arbeitete für „Welfensachen“, besonders die „Schmähschriften“ Onno Klopps wurden dort gedruckt und von Hietzing aus verbreitet. Auch aus Frankfurt am Main sowie aus Kreisen des mecklenburgischen Adels wurden „Sympathien für die Welfen“ gemeldet. Anfang Oktober 1868 sollte „sogar in Hamburg ein förmlicher geheimer Kongreß mecklenburgischer, hannoverscher und westfälischer Edelleute getagt“ haben, „der sich mit den Mitteln zur Wiederherstellung des Welfenthrones beschäftigt hat“. —

Es ist in diesem Zusammenhang auch bezeichnend, daß der französische Gesandte in Hannover sich noch im August 1866 dort aufhielt (3) und man noch Ende 1867 in Kreisen der österreichischen Regierung glaubte, daß im Falle eines französisch-preußischen Krieges in Hannover die „Revolution losbricht“ und auch die Polen die Gelegenheit

1). Klopp, Verfahren, 14. 2). Aus einem Promemoria des Geh. Regierungsrates Dr. Stiebe vom Finanzminister v. d. Heydt am 21. 11. 1868 dem Innenminister zugeleitet. G. St. A. Min. d. Inn. — Pol. Sachen II. 3). VI,117.

zu einem Aufstand benützen würden. Die Fäden liefen von Hietzing aus absonderliche Wege. Selbst da wurden merkwürdige Pläne verfaßt: die dortigen hannoverschen Offiziere sollten, nach einem Polizeibericht von 4. März 1867, „eine Art Todtenbund geschlossen haben, wobei von Fall zu Fall durch das Loos bestimmt werden würde, wer den Grafen Bismarck zum Duell zu bringen hat“ (1).

Waren auch, im Ganzen genommen, viele dieser Agentenberichte ungenau und übertrieben, manche sogar kleinlich und klatschsüchtig, so zeigten sie doch die unzweifelhaft vorhandene große Rührigkeit des „eigentlichen Zentralpunktes der Welfenagitationen“. Bismarcks Mißtrauen war wohl berechtigt.

Die Hauptbedeutung sollte aber dem Pariser Platz zukommen. König Georg hatte die hannoversche Gesandtschaftskanzlei in der französischen Hauptstadt beibehalten, mit Duldung und geheimer Unterstützung der Pariser Behörden. Napoléon selbst war zurückhaltender gewesen. König Georg hatte schon am 17. September 1866 durch seinen Stiefbruder, den Prinzen Karl zu Solms-Braunfels, den Kaiser wissen lassen: „seine getreuen Untertanen würden mit Entzücken den Tag begrüßen, an den ihnen gestattet wäre, ihr gutes Recht und ihre Unabhängigkeit wieder zu erobern“ (2). Napoléon, der mit Recht Komplikationen mit Bismarck befürchtete und immer noch hoffte, daß dieser sein — hinhaltendes — „Versprechen“ über die Rheinlande einhalten würde, antwortete zögernd und ausweichend: Prinz Solms, überzeugt, daß Frankreich Vorbereitungen für eine Auseinandersetzung mit Preußen treffe, riet zu einer Beeinflussung der Pariser Presse (3).

Aus diesem Grunde ließ König Georg seine Pariser Kanzlei bestehen und sie zu einem — modern und luxuriös eingerichteten — Preßbureau erweitern. Der zum Leiter bestimmte Meding reiste im Frühjahr 1867 nach Paris ab, blieb allerdings in ständiger Verbindung mit Wien, „um durch seine persönliche Wirksamkeit das Wiener und Pariser Preßbureau im engsten Rapport zu halten“ (4). Meding, der in Paris unter englischem Schutze stand und auch ein persönliches Beglaubigungsschreiben an Napoléon hatte (5), entfaltete eine anerkennenswerte Rührigkeit. Es gelang ihm, einen nicht unbedeutenden Einfluß auf die Pariser Presse zu gewinnen, ein eigenes Organ, „La Situation“ mit der preußenfeindlichsten Tendenz herauszugeben und — besonders Anfang 1868 — in Flugblättern, in denen die Welfen die Verteidiger der „liberté nationale“ Deutschlands und die Preußen natürlich das schlechteste Gegenteil waren, zum Kriege zu hetzen, solange die Stimmung in den annektierten Ländern noch eine so preußenfeindliche sei (6). Die — von hannoverscher Seite noch heute gebrachte — Behauptung, daß Meding ein bezahltes Werkzeug Bismarcks gewesen sei, war schon an anderer Stelle (Seite 37, Anm. 4) als unzutreffend bezeichnet worden. Wenn Meding schrieb, daß „Preußen stets die Absicht habe, Frankreich zu vernichten“, und er im Juni 1867 die Überschrift: „Nous voulons la guerre“ für passend erachtete, so würde Bismarck sicherlich nicht mit dieser Hetze gegen seinen Staat einverstanden gewesen sein. Zumal Meding so delikate Probleme berührte, wie die mangelnde Nationalitätsidee des Norddeutschen Bundes

1). Zu dieser Zeit spielte die Duellaffaire Bismarck-Münchhausen. 2). Duckstein, a. a. O. 35. 3). Duckstein, a. a O. 35. 4). Bericht Stieber. 5). Duckstein, a. a. O. 45. 6). Duckstein, a. a. O. 58—59.

mit seinen Polen, Tschechen (1), Wenden und Dänen (2).

Diese ganze Propaganda kostete aber König Georg recht beträchtliche Summen. Medings „wunderhübsch eingerichtetes kleines Palais“ — mit 15 000 Francs Miete — und die glänzenden Feste kosteten jährlich 11 000 Taler! (3).

Die preußische Geheimpolizei stellte „ein inniges Zusammenwirken der polnischen und hannoverschen Emigranten in Paris“ fest, „da beide Arten von Emigranten von einem Kriege Frankreichs gegen Preußen Realisierung ihrer Bestrebungen erwarteten“. Als Ziel der Agitationen galt „ein Bund aller kleinen Mächte mit Frankreich zu dem gemeinsamen Zwecke, die Macht Preußens zu brechen, sie nach dem Beispiel Napoléons I. über die Elbe zurückzuwerfen, wobei zur Zeit (1868) noch auf eine starke Hilfe von Seiten der Provinz Hannover zu rechnen sei“ (4).

Unterstrichen wurden diese Feststellungen noch durch die Tatsache, daß ehemalige hannoversche Offiziere unter Umgehung der Langensalzaer Kapitulationsbedingungen nicht nur in die sächsische Armee, sondern auch in österreichische Dienste traten (5).

Damit ist das Hauptziel der „welfischen Politik“ — wenn auch oft in preußischer Beleuchtung — so gekennzeichnet, wie es Renate Ducksstein in ihrer Arbeit schon aufgezeigt hatte und wie es sich weiterhin in dem Widerstand Bismarcks gleichsam widerspiegelt. Bismarck hat 1869 im Abgeordnetenhaus in schärfster Weise diese Hietzinger Politik angeprangert und vor allem den König selbst dafür verantwortlich gemacht.

Die Frage nach der Verantwortung und Mitschuld des hannoverschen Königs an diesem Hietzinger Treiben ist oft gestellt und zumeist, unter dem Eindruck der Bismarckischen Argumente bejaht worden. Es ist aber noch nicht bewiesen, daß er an diesen Aktionen beteiligt war oder immer davon wußte. Er, der physisch so Behinderte, wurde oft übergangen und nur sein Geld wurde auf das Großzügigste verwirtschaftet (6). Es kann als sicher gelten, daß die Hauptakteure außer Meding noch die ehrgeizigen Offiziere (7) der sog. Welfenlegion waren, und der tiefe Zwist bei der Auflösung im Winter 1869/70 zwischen diesen und ihrem König ist bezeichnend.

König Georg war — worauf immer hingewiesen werden muß — kein Feind des deutschen Vaterlandes, sondern nur ein, zwar überzeugter und hartnäckiger Gegner Preußens, das ihm Krone und Vermögen genommen hatte. „Für ihn war stets die Voraussetzung gewesen, daß der Krieg keinen nationalen Charakter trug, sondern sich allein gegen Preußen und dessen ehrgeizige Pläne richtete, und daß sich Süddeutschland an der Koalition beteiligte“ (8). Diese Hoffnungen waren 1866—68 noch durchaus gerechtfertigt: ein preußisch-französischer Krieg hatte mehrmals gedroht, und nur wenn durch diesen ein Umschwung der deutschen Verhältnisse eintrat, konnte Georg seine Pläne verwirklichen. Die Wege seiner Politik mußten daher nach Paris führen. Auch konnte er nicht mit Unrecht darauf verweisen, daß ja Preußen im Bunde mit einer außerdeutschen Macht — Italien — gegen die deutschen gleichrangigen Fürsten vorgegangen war und eine Sonderstellung nur

1). Wo? 2). vgl. Ducksstein, a. a. O. 59. 3). Ducksstein, a. a. O. 75. 4). Stiebersches Promemoria: G. St. A. 5). Archiv Wien, Ag.-Rapp. 6). Meding! 7). Hartwig, Holle, Düring u. a. 8). Ducksstein, a. a. O. 80.

durch seine Armee, nicht mit den Satzungen des Deutschen Bundes beanspruchen konnte. Der alte Bund war aufgelöst und der norddeutsche ohne Hannover geschlossen. Was lag für Georg V. und seine Mitarbeiter näher als die Behauptung, daß jetzt der Zustand von vor 1815 wieder gültig, also Hannover eine souveräne „Macht" sei. Daß König Georg seine Zeit verkannte und sich nicht mit der realen Wirklichkeit vertraut machen wollte, ist hier von sekundärer Bedeutung. Zumal alle seine persönlichen Hoffnungen auf eine Besserung der welfisch-preußischen Beziehungen auf das Schwerste enttäuscht wurden durch das Verhalten der preußischen Regierung in der Vermögensfrage.

Die Vermögensverhandlungen

Die Auseinandersetzung über die Abfindung und die folgende Beschlagnahme des welfischen Privatvermögens sowie die Anlage des sog. „Welfenfonds" ist das — auch bis zum heutigen Tage — umstrittenste und wohl auch heikelste Gebiet im Streite der Meinungen geblieben. In gebotener Kürze sei das Notwendigste angemerkt: aus einer ursprünglichen Privatangelegenheit der welfischen Familie erwuchs durch die Bekämpfung der — eben geschilderten — welfischen Propaganda im Ausland und in Hannover seitens der preußischen Regierung, durch die Aufstellung der Legion, durch die Vorfälle bei der Silberhochzeit (1) und durch die beiderseitige Abneigung und Bespitzelung eine alle Gemüter beschäftigende Aktion von größerem Ausmaß. Aus dem ursprünglich passiven Widerstand König Georgs wurde ein, man könnte sagen: erbittert geführter Kleinkrieg, der jede Verständigung auf Jahrzehnte ausschloß. Man hat diese Ende der sechziger Jahre geführten Verhandlungen meist in preußischer Beleuchtung gesehen und die „Welfen" sogar als Hochverräter und Reichsfeinde hingestellt. Ein anderes Bild ergibt sich, wenn auch der berechtigte Anspruch König Georgs und die verschiedenen Komplikationen volle Berücksichtigung finden (2).

Der Ausgangspunkt der ganzen Angelegenheit war der Artikel I. der Kapitulationsbedingungen vom 29. Juni 1866. Dieser lautete:

> „Seine Majestät der König von Hannover können mit Seiner Königlichen Hoheit dem Kronprinzen und einem durch Seine Königlich Hannoversche Majestät auszuwählenden Gefolge allerhöchst Ihren Aufenthalt nach freier Wahl außerhalb des Königreichs Hannover nehmen. Seiner Majestät Privatvermögen bleibt zu Allerhöchstdessen Verfügung" (3).

König Georg und sein Haus besaßen ein nicht unbeträchtliches Vermögen — allein 19 Millionen Taler Wertpapiere —, das als „Bestand der königlichen Generalkasse" kurz vor der Okkupation nach London in Sicherheit gebracht war. Herr von Klenk, der diese in Anbetracht der gebotenen Eile so schwierige Mission übernommen hatte, glaubte durchaus im Recht gehandelt zu haben, da die Preußen als Feinde kamen und es sich um private Gelder handelte. Nach der kampflosen und unerwartet schnellen Besetzung verlangten die preußischen Behörden die Auslieferung dieser Gelder unter Androhung von Repressalien finanzieller Art.

Doch der Zivilkommissar von Hardenberg wies schon Mitte Juli auf die Nützlichkeit eines Vertrages mit Georg V. hin und Bismarck erschien dieser Vorschlag sehr wichtig. Er glaubte aber in dem „Abschluß einer solchen Konvention über die Krondodation die Voraussetzung der Wiederaufrichtung eines selbständigen Königreichs Hannover in seinem alten Umfange" zu sehen (4) und bemerkte in diesem Schreiben an den Finanzminister von der Heydt weiter (5), daß das Verhältnis der Krondotation und der ausgeschiedenen Domainen „am allerverhaßtesten in der Bevölkerung" sei.

Abgesehen davon, daß von einem „Haß" gegen die Krondotationen schwerlich die Rede sein konnte, so stand das in keinem Zu-

1). am 18. Februar 1868. 2). vgl. Klopp, Verfahren und VI. Vla. 3). Hopf, 215. 4). VI, Nr. 481 5). 18. 7. 1866.

sammenhang mit den plötzlichen Ansprüchen der Berliner Regierung. Nach dem herkömmlichen Brauch konnte auch das Domanialvermögen dem Welfenhause zugesprochen werden (1). Zumindest darf als sicher gelten, daß ein beträchtlicher Teil der von Bismarck benannten Werte welfisches Privateigentum war, und daß die Forderungen des preußischen Staates, dem nach dem üblichen Kriegsrecht jetzt die Verfügung über das hannoversche Staatseigentum zustand, sich nur auf dieses erstrecken durfte. Die — nicht einheitliche — juristische Auslegung ist hier von sekundärer Bedeutung: es gilt nur festzustellen, daß erstmalig die finanziellen Angelegenheiten einer entthronten Dynastie mit den politischen Fragen ihres früheren Landes verquickt wurden. Und gegen diese „Verschiebung" der Tatsachen richtete sich vornehmlich der Widerstand Georg V.

Die Kapitulation von Langensalza hatte ausdrücklich bestimmt, daß das Privatvermögen Georg V. diesem belassen wurde. Wenn also die preußische Regierung den Welfenkönig als Privatmann zu deklarieren suchte, mußte sie ihm eine Entschädigung für seine Anrechte gewähren, und wenn auf diese nicht verzichtet wurde, so doch das Familien-Fideikommis des Welfenhauses — einschließlich der englischen Linie – unantastbar lassen. Die moderne Rechtssprechung (2) hat den Erben König Georgs anläßlich des Aufwertungsstreites 1931 ja ein Besitzanrecht auf das einst beschlagnahmte Vermögen, den sog. Welfenfonds, zuerkannt.

Die nach London gebrachten Wertpapiere wurden von Preußen als Staatsgelder angesehen, da sie hauptsächlich aus Domanial-Ablösungsgeldern bestanden, „über welche das Recht der Verfügung dem König gebührte" (3). Durch falsche Informationen irre gemacht, glaubte König Georg diese — ihm tatsächlich zustehenden — Papiere nicht für sich verwenden zu dürfen und bestimmte am 13. Juli — vor seiner Weiterreise nach Wien —, daß „er bis zur Herstellung des Friedens diese geretteten Gelder für sich nicht verwenden, sie unantastbar lassen wolle" (4).

Zu gleicher Zeit hatte Hardenberg seinen Vermittlungsvorschlag Bismarck unterbreitet, der von diesem aus politischen Motiven abgelehnt war. Hatte aber Bismarck am 18. Juli noch eine „Konvention über die Krondotation" als mögliche „Voraussetzung der Wiederaufrichtung" Hannovers bezeichnet, so war am 23. Juli sein Ziel auf bedingungslosen Erwerb dieser fraglichen Gelder für Preußen schon deutlicher (5).

Freiherr von Hardenberg hatte am 20. Juli Georgs Erklärung und Weigerung auf sofortige Herausgabe (6) nach Berlin gemeldet und angefragt, ob Drohungen und Repressalien angebracht seien. Mit diesen „Vorschlägen wegen Druckes zur Herausgabe der entführten Gelder und Effecten" war Bismarck einverstanden und so konnte am 16. August Freiherr von Hardenberg erklären, daß auf jene Papiere, deren Signaturen man inzwischen in den in Hannover zurückgebliebenen Büchern des Finanzministeriums mühelos festgestellt und publiziert hatte, „weder Zinszahlungen noch Rückzahlungen an Capital erfolgen würden" (7).

Die Londoner Papiere waren für König Georg somit wertlos geworden und de facto sein Verfügungsrecht zunichte. Zugleich ver-

1). Klopp, Verfahren 17. 2). Kammergericht und Reichsgericht. 3). Klopp, Verfahren 20. 4). Klopp, Verfahren 21. 5). VI,Nr. 495. 6). vom 13. Juli. 7). Klopp, Verfahren, 21.

schlechterte sich die Lage der in Hannover verbliebenen königlichen Kassen, sodaß zu dem politischen Druck noch der finanzielle hinzukam. Diese Situation gedachte Bismarck auszunutzen!

In Verkennung der Persönlichkeit des wohl romantischen, aber doch charakterfesten Königs glaubte Bismarck dessen fortgesetzte Weigerung, feierlich zu verzichten, mit Gold ablösen, die Thronentsagung förmlich abkaufen zu können. Georg V. war schon durch die Verweigerung jeglicher Friedensverhandlungen gereizt und setzte diesen sich bald deutlicher und unverhüllt abzeichnenden preußischen Bestrebungen ein „Nein" entgegen.

Noch war Bismarck im Sommer 1866 für möglichst milde Handhabung des politischen Druckes. Er vertrat bekanntlich die Ansicht, daß ein reichlich abgefundener Souverain politisch weit ungefährlicher sei als ein seines Besitzes Enteigneter. Anfang August ließ die englische Regierung auf Wunsch der Königin Viktoria, der die finanziellen Schwierigkeiten ihres Vetters nicht unbekannt geblieben waren, Bismarck wissen, daß eine freigebige und generöse Behandlung Georgs V. „im ausschließlichen Interesse Preußens" liege (1). Bismarck beeilte sich, diesen Rat am 5. August zu akzeptieren, da er über das sonstige Desinteressement Englands an den deutschen Angelegenheiten nur erfreut sein konnte. Wenn Bismarck demnach wohl die finanziellen Schwierigkeiten seines hannoverschen Gegners aus allgemeinen politischen Erwägungen begrüßte, so lag es ihm doch fern, den König Georg überhaupt enteignen zu wollen. Da auch der Zar sich für eine baldige und befriedigende Regelung der Abfindung zu Gunsten König Georgs aussprach, hat Bismarck am 17. März 1867 in einem Erlaß an den Petersburger Gesandten, Prinzen Reuß, erneut betont, daß „wir, nachdem den Geboten der politischen Notwendigkeit durch Einverleibung Hannovers und Nassaus genügt ist, den depossedierten Fürsten eine in finanzieller Beziehung günstige Stellung gewähren müssen" (2).

Ende September 1866 mußte sich Bismarck aus Gesundheitsrücksichten nach Putbus auf Rügen zurückziehen und die Weiterführung der Verhandlungen mit Georg V., die infolge der englischen Vermittlung langsam in Gang gekommen waren, dem Innen- und Finanzminister überlassen.

War es vorher den preußischen Behörden in Hannover schon gelungen, ungeachtet der begonnenen Verhandlungen die Maßnahmen gegen das Welfenhaus stetig zu steigern, so wurde während Bismarcks Abwesenheit eine politische Forderung nach der anderen präsentiert. König Georg wurde nicht nur gezwungen, dem Ersuchen König Wilhelms nach Entbindung der hannoverschen Armee vom Fahneneid am 20. November einigermaßen nachzukommen — denn es waren ja absichtlich nach Proklamierung der Annexion am 3. Oktober nur die Zivilbeamten aus dem hannoverschen Dienst entlassen worden —, sondern es wurden, entgegen den Kapitulationsbedingungen (3), die ehemaligen hannoverschen Offiziere und Militärbeamten durch eine preußische Kabinettsordre vom 20. November gezwungen, in die preußische Armee einzutreten oder auf ihre Pension zu verzichten. König Georg war dabei genötigt, auch hier nachzugeben und es jedem seiner Offiziere freizustellen, diesem preußischen Verlangen nachzukommen.

1). Anmerkung: Thimme, VI,Nr. 526. 2). VI,307. 3). Artikel II. derselben.

Auch nach Bismarcks Rückkehr gediehen die schwierigen Unterhandlungen nicht erfreulich. Es wurde derweilen die letzte äußere Stütze des Welfenhauses, das königlich hannoversche Hausministerium unter Leitung des Ministers von Malortie, das Georg im Rahmen seines Programms noch hatte bestehen lassen, am 16. Dezember aufgehoben (1) und zu gleicher Zeit das Verfügungsrecht über die Verwaltung der Jagden, der Schlösser, Gärten und Gebäude genommen. Als am 17. Januar 1867 Lord Stanley dem hannoverschen Vertreter in London die Bereitwilligkeit der preußischen Regierung, in die Vermögensverhandlungen einzutreten, anzeigen konnte, war die politische Lage König Georgs allgemein schlechter geworden. Es war der preußischen Regierung gelungen, die Basis der welfischen Proteste zu verengen und vor allem die tatsächliche Verfügungsgewalt über große Teile des welfischen Besitzes einzunehmen. Georg V. war zunehmend auf das Entgegenkommen der Berliner Stellen angewiesen. Er hatte am 15. Juni 1866 nur 2½ Millionen eigenes Geld mitnehmen können, das auf die Dauer bei den großen Kosten des Hietzinger Hofes, der auswärtigen „Missionen" und den reichlich fließenden Subventionen nicht ausreichen würde. Wenn daher Bismarck wohl für eine „vornehme Behandlung der Frage" eintrat und auch in den Verhandlungen sich „weit kulanter und anständiger" zeigte als König Wilhelm, „der um jede Million feilsche und handele" (2), so war es für ihn notwendig, politische Momente mit in Rechnung zu stellen, um möglichst rasch diesen, nach seinen eigenen Worten noch nicht beendeten „Kriegszustand" zu beseitigen.

In einem Schreiben an den Finanzminister vom 26. Februar 1867 (3) erklärte Bismarck: „solange der König Georg nicht seinen Frieden mit uns macht, sondern in seiner feindlichen Haltung gegen uns verharrt, würde ich mich nur für eine Rente aussprechen können" (4); Hoftheater und königliche Bibliothek, sowie das Silbergerät, die Kostbarkeiten, Inventarien und Ameublements sollten nach Bismarcks Meinung nicht streitig gemacht werden. „Was die Schlösser betrifft, so wird es zunächst auf das Ergebnis der von Eurer Excellenz bereits angeordneten tatsächlichen Ermittlungen ankommen. Wenn die Beauftragten (5) sich darüber beschwert haben, daß gegenwärtig preußischerseits eine Benutzung einzelner unzweifelhaft Privateigentum bildender Räumlichkeiten . . angeordnet sei, so vergessen sie, daß dem König Georg, solange er mit uns nicht Frieden geschlossen hat, (sic!), keinerlei Disposition über sein im Lande befindliches Eigentum zusteht, daß vielmehr die Verfügung darüber uns gebührt."

Georg V. war, wie gezeigt wurde, der Ansicht, daß ihm Preußen den erbetenen Frieden verweigert hatte, und auf eine politische Anerkennung glaubte er sich niemals einlassen zu können. Seine Unterhändler, die Minister Windhorst und Erxleben, wiesen darauf hin, daß in dem Vermittlungsvorschlag der englischen Regierung, „nur von einem

1). „Das noch bestehende Ministerium des königlichen Hauses bildet eine mit dem gegenwärtigen Rechtszustande nicht vereinbarte Anomalie, und gleicht bei der feindlichen Stellung des Königs Georg im Lande selbst gewissermaßen einer amtlichen Vertretung. Dem König mag es überlassen bleiben, zur Wahrnehmung seiner persönlichen Interessen einen Bevollmächtigten zu bestellen, dagegen würden wir die Beibehaltung eines Ministeriums des Königlich Hannoverschen Hauses weder für nothwendig noch im Hinblick darauf für zulässig halten, daß die Angelegenheiten des früheren Landesherrn unmöglich noch durch eine öffentliche Behörde des Landes geleitet werden könne. (Aus einem Bericht der Minister von Bismarck und v. d. Heydt an König Wilhelm vom 15. 12. 1866 — G. St. A.) 2). VI,286, Vorbem. 3). VI,286. 4). 700 000 Taler. 5). des Königs Georg.

Arrangement über die Vermögensverhältnisse des hannoverschen Königshauses die Rede gewesen ist" und daß die jetzt verlangte Anerkennung der Annexion nicht zu diesen Voraussetzungen gehöre (1).

Die dadurch recht schwierig gewordenen Verhandlungen, die sich bis zum September hinzogen, seien hier nicht weiter angeführt, zumal die bei aller Tendenz doch gute Anhaltspunkte gebende Schrift Onno Klopps vorliegt.

Eine weitere Erschwerung erhielten die Abfindungsverhandlungen durch die bereits skizzierten Hietzinger Vorgänge, durch die sogenannte Welfenlegion und durch die Ausweisung der Königin Marie.

1) vgl. Klopp, Verfahren, 34 f.

Die „Welfenlegion"

Es bestand ursprünglich die Absicht, auch im Rahmen dieser Arbeit auf die Welfenlegion in ihrer Bedeutung für die preußisch-welfischen Beziehungen hinzuweisen. Die Arbeit Renate Ducksteins — die leider nur in einer ungedruckten Göttinger Dissertation von 1922 vorliegt — sowie die Ergänzung ihrer Ausführungen durch die Bände VIa und VIb der politischen Schriften Bismarcks erübrigen eine nochmalige Stellungnahme zu dieser allerdings in ihren Einzelheiten so reizvollen Frage. Denn eine solche, ja, ein Problem ist diese Legion noch geblieben, wenn man ihren Anfang, ihre Ursachen und ihr wenig rühmliches Ende miteinander vergleicht. Diese, von vorn herein so mangelhaft, um nicht zu sagen: naiv aufgezogene Soldatenspielerei, die König Georg ungeheure Summen kostete — er mußte sich sogar um 2 Anleihen bemühen — und seine Stellung in Wien nicht verbesserte, ist, wie wir heute sagen dürfen, zum größten Teil ohne sein Wissen erfolgt (1). Ehrgeizige Leute vom Range Medings verschafften durch ihr übereiltes Handeln und „Losschlagen" nach der Luxemburger Affaire im Frühjahr 1867 der preußischen Regierung die ungeahnte Möglichkeit, die in Hietzing allerdings schon bestehenden „welfischen Umtriebe" vor aller Welt anzuprangern und den besten Vorwand für die Beschlagnahme des welfischen Vermögens zu finden. Im Band VIa der politischen Schriften nimmt sie einen breiten Raum ein und ohne sie ist die allgemeine Erregung in Hannover nur teilweise zu verstehen.

Es ist oft auf den Widerspruch in der Handlungsweise König Georgs hingewiesen worden: wie konnte ein so korrekt und deutsch denkender Mensch, der er war, überhaupt eine solche Aktion billigen, noch dazu auf französischem Boden? Der Anlaß zu der Legion selbst — nicht zu dem Entweichen der hannoverschen Flüchtlinge vor dem verhaßten preußischen Militärdienst — ist die politische Instinktlosigkeit Medings und der Übereifer des Leutnants von Holle, des Organisators der hannoverschen aktiven Bewegung 1866/67. Trotzdem jegliche Kriegsaussichten schwanden, veranlaßten Beide den Übertritt der „Legionäre" (2) auf holländisches Gebiet, von wo aus der Leidensweg nach der Schweiz und Frankreich begann.

Denn es handelte sich ja anfangs nur um die wenigen hannoverschen Soldaten, die dem preußischen Militärdienst nicht Folge leisten wollten und, soweit es ihre Mittel gestatteten, nach Amerika oder in das allernächste Ausland auswandern wollten. Es ist menschlich verständlich, daß sich König Georg seiner früheren Untertanen annahm und ihnen Mittel zukommen ließ. „Wenn er es nicht getan hätte, würde man ihm Geiz oder Gefühlslosigkeit vorwerfen" (3).

Eine politische Bedeutung gewann diese „Auswanderung" erst, als in Bremerhaven diese Soldaten einmal von preußischem Militär unter Gewalt vom Schiff geholt waren und auch anderweitig gegen die den Militärdienst Verweigernden vorgegangen wurde.

„Einige Hundert, meistenteils anrüchige und wenig brauchbare

1) Georg V. sagte selbst in seinem Protestschreiben vom 30. März 1869 an König Wilhelm: „Die Hannoveraner, die sich dem preußischen Militärdienste entzogen, haben dies getan ohne mein Vorwissen und ohne meine Einwirkung" (Hopf. 480). 2) Der Name „Legion" kam im Volk bekanntlich in Erinnerung an die „Kings German Legion" der Befreiungskriege auf. 3) Nach einer Notiz in Nr. 517 der D. V. Z., Hannover, 17. 3. 1869.

Subjekte" — wie sie Bismarck in seinem Erlaß an den Gesandten in Haag zu bezeichnen beliebte (1) — waren es allerdings nur, die einen „bewaffneten Aufstand" in Hannover versuchen sollten (2) und von Holl und Meding nach dem „Sammelplatz" Arnheim dirigiert wurden. Mit diesem Schritt seiner Agenten war König Georg nicht einverstanden und auch Graf Platen äußerte sich sehr besorgt über die Unterbringung. „Man hatte mit der Aufstellung der Legion warten wollen bis zum Ausbruch des Krieges, um die Finanzen des Königs nicht zu sehr zu belasten" (3).

Es war also nur im Falle eines preußisch-französischen Konfliktes an eine praktische Verwendung dieser Leute gedacht worden, und von seinem Standpunkt aus glaubte ja Georg V. alle Mittel anwenden zu können, um wieder in den Besitz seines Landes zu kommen (4). Nachdem aber die Kriegsgefahr geschwunden, waren diese Legionäre zu völliger Bedeutungslosigkeit verurteilt, denn was sollten diese ungeschulten und ungenügend ausgerüsteten Flüchtlinge gegen die beste Armee Europas unternehmen?

Wenn auch die preußischen Behörden in Hannover durch ihre zuweilen wenig glücklichen Maßnahmen für einen weiteren Zuzug sorgten, so hätte doch diese „Armee" des Königs von Hannover sich von selbst vermindert, da den ruhigen Niedersachsen die Heimat lieber war als ein ungewißes Abenteuer. Abschließend darf aber wohl gesagt werden, daß erst durch die auf Bismarcks Wunsch erfolgte Ausweisung aus den Niederlanden die ganze, so unerfreuliche Angelegenheit eine besondere Note bekam (5).

Daß in Hietzing Vorbereitungen getroffen und welfische Agenten in Hannover tätig waren, ist bekannt. Daß später nach der Beschlagnahme des königlichen Vermögens und die dadurch ausgelöste Verbitterung und „Kampfesstimmung" wirklich umfassende Rüstungen — Besorgung von Waffen, Material, Geld — getätigt wurden, um den in Frankreich ein müßiges Leben führenden Legionären wenigstens den Schein einer Zweckbestimmung zu verschaffen, ist auch von hannoverscher Seite nicht bestritten worden. Allerdings sei darauf hingewiesen, daß der wirkliche, persönliche Einfluß König Georgs in den Jahren 1868/69 immer geringer und die Legion zuletzt zunehmend zu einer Privatangelegenheit ihrer Autoren wurde.

Jetzt, im Frühjahr 1867, während der Abfindungsverhandlungen war die ganze Angelegenheit noch in ihren allerersten Anfängen. Durch die von den in Hietzing tätigen Spitzeln nach Berlin gemeldeten Alarmnachrichten wurden die preußischen Behörden aufmerksam und unruhig. Ihren Nachforschungen gelang es, am 15. Mai bei Frankfurt am Main den Hietzinger Kurier Trimming, den Kammerdiener des Grafen Wedel, der im Gefolge Georgs V. war, zu verhaften und Einblick in die nach Hannover bestimmte Post zu gewinnen. Diese belastenden Briefe enthielten private Mitteilungen des Königs an die Königin Marie, drei Geschäftsbriefe des Grafen Platen, ein persönliches Schreiben des Grafen Wedel an seine Gattin wegen einer Geldangelegenheit und drei Mitteilungen des Adjudanten des Kronprinzen

1) VI, Nr. 810 2) Thimme, Anm. zu VI, Nr. 810 3) Duckstein, a. a. O. 47 4) Er vergaß in seiner politischen Gutgläubigkeit nur die tatsächliche Gefahr, daß ein preußisch-französischer Krieg nach Lage der Dinge immer zu einem deutsch-französischen werden mußte. 5) Über das weitere Schicksal der Legion vgl.: A. Duckstein sowie die Bände VIa und VIb der politischen Schriften.

mit gleichgültigem Inhalt. Das Übrige war mitgegebene Post der Hofdienerschaft.

Dieser Fang genügte, um „Beziehungen“ zwischen Hietzing und Hannover festzustellen, einen „Hochverratsprozeß“ gegen die in den Briefen genannten Offiziere in contumaciam in Berlin vor dem preußischen Staatsgerichtshof durchzuführen und der preußischen Regierung die Handhabe zu geben, die Ausweisung der Königin Marie durchzusetzen.

Die Ausweisung der Königin Marie

Die Königin Marie, die im Lande beträchtliche Sympathien besaß, hatte sich auf ihre Privatbesitzung, die Marienburg zurückgezogen. Daß sie selbst dort vor den Zugriffen der „Preußen“ nicht sicher war, mußte die in Hannover in dieser Zeit schon reichlich vorhandene Erregung nur noch steigern.

Auf preußischer Seite wurde behauptet, daß auf Grund des bei dem Trimming gefundenen belastenden Materials die Entfernung der Königin notwendig geworden sei. Diese Ansicht war noch lange vorherrschend. Die Deutsch-Hannoveraner haben gegen diese Verdächtigung stets protestiert und Thimme hat schon in seiner Anmerkung zu Band VI, S. 405 der politischen Schriften betont, daß der Aufenthalt der Königin nicht „der Mittelpunkt der antipreußischen Bestrebungen im Lande“ gewesen sei. Die Akten des preußischen Innenministeriums (1) lassen erkennen, daß noch andere Gründe für die in ihren Folgen so bedeutsame und schwerwiegende Ausweisung maßgebend gewesen sein müssen.

Zuerst sei auf ein Schreiben Bismarcks an den Generalgouverneur in Hannover vom 25. August 1866 hingewiesen (2), in dem er hinsichtlich des Aufenthaltes der Königin, die damals noch in Herrenhausen weilte, es als wünschenswert bezeichnet, daß „alles, was einer Anwendung von Gewalt irgendwie ähnlich sehen könnte, vermieden werde.“ — „Die Gegenwart derselben erscheint nicht gefährlich, und es kann ihrem eignen Gefühl überlassen bleiben, wie lange sie ihren Aufenthalt dort unter den veränderten Verhältnissen ausdehnen will. Daß sie mit allen Rücksichten, die ihrem Range und einer Dame gebühren, zu behandeln ist, versteht sich von selbst“. — Bismarck als der liebenswürdige und höfliche Staatsmann, der er stets war, mußte daher eine Änderung dieser „Rücksichten“ bedauern, und nur schwerwiegende Momente hätten ihn veranlassen können, die folgende Ausweisung auch persönlich zu billigen.

In den Polizeiberichten des Polizei-Direktors Steinmann (3), der während des Übergangsjahres 1866 67 für die innere Ordnung der neuen Provinz zu sorgen hatte und diesem Amt mit wirklichen Eifer und Sachlichkeit oblag, findet sich bis zum April 1867 kein Hinweis auf eine von der Marienburg ausgehende Agitation im Lande Hannover. Wenn auch die Frankfurter Verhaftung erst im Mai stattfand, so hätte er doch als Chef der Polizei irgendwelche Anzeichen einer agitatorischen Betätigung der Königin bemerken müssen.

Es war bereits am 16. Februar 1867 ein Schreiben Bismarcks an den preußischen Innenminister Grafen zu Eulenberg ergangen, in dem auf einen anliegenden „Bericht“ aus Wien verwiesen wurde. Bismarck knüpfte daran „das ergebenste Ersuchen, die Polizeibehörde zu Hannover zu einer strengen Überwachung der früheren Königin von Hannover zu veranlassen, damit die angeblich (sic!) von dort aus unternommenen Umtriebe näher konstatiert und Maßnahmen ergriffen würden, um diesen Zuständen ein Ende zu machen“. Am 21. Februar wies deshalb der Innenminister den Freiherrn von Hardenberg in Hannover an, „eine sorgfältige, aber möglichst vorsichtige Überwachung der Königin und ihrer Umgebung eintreten zu lassen“, da die „agitatorische Thätig-

1). Im G. St. A. 2). VI,148. 3). Steinmann war vorher Landrat in Thorn.

keit des früheren hannoverschen Hofes zu Hietzing ihren hauptsächlichsten Anknüpfungs- und Stützpunkt in der Umgebung (sic!) der früheren Königin" finde.

Die polizeilichen Ermittlungen ergaben, daß tatsächlich mit Unterstützung eines hannoverisch gesinnten Telegraphisten auf der Bahnstation Nordstemmen ein welfischer Nachrichtendienst stattfand. „Die Marienburg ist der Punkt, von welchem aus die Verbindung der Mißvergnügten aus der Provinz mit Hietzing unterhalten" wird (1). Der Telegraphist in Nordstemmen wurde dann durch einen altpreußischen ersetzt und altpreußische Gendarmerie dorthin gelegt.

Am 25. März fand eine Sitzung des Staatsministeriums statt, in der in Bezug auf Hannover nach eingehender Diskussion einstimmig beschlossen wurde, „die Telegraphenstation auf der Marienburg (!?) sofort aufzuheben, die beiden nächsten Eisenbahn- und Telegraphenstationen mit lauter zuverlässigen, womöglich Alt-Preußischen Beamten zu besetzen und den gesammten Verkehr von und nach der Marienburg streng zu überwachen" . . (2). Daß Bismarck dieser Angelegenheit große Bedeutung beimaß und anscheinend von der Gefährlichkeit der aus Hietzing gemeldeten Umtriebe überzeugt war, zeigt ein Brief vom 28. März 1867 an den Innenminister:

> „Unter Bezugnahme auf unsere mündliche Rücksprache in der jüngsten Staatsministerialsitzung beehre ich mich Euer Excellenz unter Beifügung einer Abschrift eines Berichtes des General-Polizei-Direktoriums zu Hannover vom 21. ds. Mts. ganz ergebenst zu ersuchen, geneigtest die polizeiliche Überwachung des Verkehrs auf der Marienburg in der besprochenen Weise anordnen zu wollen.
>
> Daß dies in völlig sicherer und zuverlässiger Weise nur durch Alt-Preußische Beamte wird geschehen können, darüber darf ich Euer Excellenz Einverständnis voraussetzen, und wird es deshalb geboten sein, gleichzeitig auf die Versetzung einer größeren Zahl Preußischer Gensdarmen nach Hannover und umgekehrt, Bedacht zu nehmen.
>
> Die damit verbundenen Geldopfer dürfen bei einer so unerläßlichen und eminent politischen Maßregel nicht entscheidend in das Gewicht fallen, und werden dieselben - wie ich annehmen darf — auch bei dem Herrn Finanzminister keine Schwierigkeiten finden . ." (3).

Jetzt, am 8. April findet sich auch ein Bericht Steinmanns an den Innenminister:

> „Der Verkehr nach und von der Marienburg wird seit drei Wochen durch einen von mir in Nordstemmen stationierten geheimen Agenten überwacht. Unter den zahlreichen Personen höheren Standes, welche während dieser Zeit nach der Burg kamen, befindet sich auch ein Graf Droste aus Münster. Derselbe hatte, nachdem er zuvor um Audienz bei der Königin Marie nachgesucht, am Sonntag mit derselben eine mehrstündige Besprechung. Ich habe nicht verfehlen wollen, Ew. Excellenz von dieser Tatsache Meldung zu machen, die aufs

1). G. St. A., Min. des Inn. Bd. I. — Polizei-Bericht vom 21. 3. 67.
2). G. St. A., Min. des Inn. — Polizei-Sachen. 3). G. St. A., ebenda.

Neue den Zusammenhang des ultramontanen Adels der Provinz Westfalen mit dem welfischen Treiben erweist (sic!)."

Es ist erstaunlich, wie aus einer privaten Unterhaltung, deren Inhalt nicht einmal bekannt war, sofort Verbindungen des Adels mit dem „welfischen Treiben" — gemeint war die Königin! — konstruiert wurden. Denn auch vorausgesetzt, daß diese Umtriebe schon während des Winters stattgefunden hatten und nur der Polizei entgangen waren, so konnten sie doch nicht von solcher Bedeutung sein, um eine wirkliche Gefahr zu werden. Das ganze Land stand ja unter einer Art Ausnahmezustand und jede Verschwörung war unschwer zu entdecken. Wenn auch zu dieser Zeit die Legion an Bedeutung gewann, der ehemalige hannoversche Premierleutnant von Holle am 9. April nach Hannover gereist war und sicherlich auf der Marienburg Preußenfreunde keinen Eingang fanden, so ist doch die Königin daran unbeteiligt gewesen.

Eine gewisse Mitschuld an dem Schicksal ihrer Königin hatten allerdings die Hietzinger Emigranten selbst. Sie wußten, daß ihre Worte in Berlin bald bekannt werden würden: — dennoch versicherten sie eifrig, daß die Königin Hannover nicht verlassen, sondern dort als Symbol der Welfendynastie bleiben werde. Die Königin Marie war unzweifelhaft ehrlich bemüht, rein als Privatperson auf ihrer Besitzung zu leben und wurde dadurch mit in die politische Kampflinie hineingezogen.

Den eifrigen Spitzeln, die in Wien für Preußen arbeiteten, war es nicht schwer gefallen, in ihrem „Hietzinger Bericht", der Bismarck zugeleitet und der Ausgangspunkt dieser ganzen Aktion gegen die Marienburg wurde, „das Domicil der Königin und deren Umgebung" als den Mittelpunkt und das Hauptquartier hinzustellen, von welchem die Parolen für die Agitation im hannoverschen Land ausgingen und die geheimen Flugschriften verbreitet würden. Diese Agentenberichte, die in Berlin mit Verwertung fanden, bieten kein erfreuliches Bild. Mit sichtbarem Behagen wurden hier von verschiedenen Individuen die Privatverhältnisse der königlichen Familie mit der Politik in Verbindung gebracht. Diese „Berichte" sind und bleiben aber die Quelle, aus denen die geheime preußische Polizei ihre Kenntnisse mit schöpfte und nach diesen ihre Tätigkeit in Hannover abstimmte.

Sachlicher und vornehmer war der Polizeidirekter Steinmann eingestellt (1), der am 23. April feststellte (2), daß „nach allem, was man seit neuster Zeit über sie (die Königin) und ihre nächste Umgebung hört, kaum anzunehmen" ist, daß von dort aus irgendwelche Aktion ausgehe. „Die Fäden gehen vielmehr von den verkommenen Litteraten aus der Umgebung des Königs und von einigen wenigen Donquixotes des Welfenrechts aus und werden allen Vermuthungen nach über das Land von höchst untergeordneten Persönlichkeiten weitergezogen. — Aber die bloße Anwesenheit der Königin gibt den Feinden der neuen Staatsordnung Ermuthigung und Hoffnung auf Erfüllung ihrer Wünsche und ist selbst für die träge Masse ein bedeutsames Symbol . . "

Und am 6. Juli berichtet er: „. . . einige Spannung rufen die Gerüchte von der bevorstehenden Abreise der Königin Marie aus dem Lande hervor, und nach einer . . Notiz kolportiert man heimlich

1). er wurde später abberufen! 2). in seinem Bericht an den Innenminister.

Adressen . . im übrigen würde mit der endlichen Abreise der Königin ein sehr wichtiger Schritt zur Beruhigung des Landes geschehen . . ."

Das schließliche Ergebnis der Hietzinger Meldungen und der polizeilichen Untersuchungen war der — ohne Zutun Bismarcks aufgesetzte (Thimme) — Brief König Wilhelms vom 23. Mai, in dem unter Verweisung auf den noch bestehenden Kriegszustand (sic!) mit König Georg dessen Gemahlin gebeten wurde, „außerhalb meiner Staaten ihren Aufenthalt zu nehmen" (1). Diesem Schreiben lag der — unversehrte — Brief König Georgs bei, der einige Tage vorher bei dem abgefangenen Boten gefunden war und das Unerquickliche dieser ganzen Affaire aufs Drastischste beleuchtete. „Die Königin Marie wich der Drohung (2). Sie begab sich zu ihrem königlichen Gemahl nach Hietzing bei Wien" (3). In dem erwähnten Hochverratsprozeß gegen die acht durch diese Briefe belasteten Offiziere konnte „auch nicht die leiseste Handhabe gefunden" werden, die „die Austreibung der edlen Dulderin, der Königin Marie von Hannover aus ihrem Eigenthume" rechtfertigte (Klopp).

Der Nutzen dieser Ausweisung war für den preußischen Staat ein geringer: die Marienburg hätte ja schon bei ihrer exponierten Lage nie eine „Gefahr" werden können, da sie bequem durch einige Feldjäger zu bewachen war. Aber die hannoversche und die welfische Bewegung erhielt einen neuen Auftrieb: denn immer eindringlicher konnte auf die preußische Gewalt verwiesen werden.

Ihre Bedeutung hingegen, um derentwillen diese Ausweisung in ihren Einzelheiten hier geschildert war, erlangte sie im Zusammenhang mit den Abfindungsverhandlungen. Die Entdeckung dieser Welfenverschwörung mußte auf die Verhandlungen lähmend einwirken. Klopp hat darüber amüsant berichtet:

> „. . . Man verhaftete. Man verhörte. Man schrieb Leitartikel. Man telegraphierte. Man machte diplomatische Berichte. Der Gesamteindruck des Lärmes war, daß durch die Entdeckung der Briefe der Staat der Hohenzollern einer unsagbaren Gefahr entronnen war. Die Gesandten auswärtiger Mächte in Berlin, wie z. B. der englische Botschafter Lord Loftus, berichteten heim von bereits gedruckten Proklamationen, welche jener Bote bei sich getragen habe . . ." (4).

Ein Zustandekommen des Vertrages erschien so zweifelhaft, daß der Bevollmächtigte des Herzogs Georg von Cambridge, Holzmann, auf diese Gerüchte hin Berlin verließ (5). Erst am 3. September wurde ein preußischer Gegenentwurf veröffentlicht, in dem die preußischen Forderungen nach Anerkennung der Annexion fallen gelassen waren, dagegen im § 1 dieses „Ultimatums" die Benutzung des zugesicherten Schlosses zu Herrenhausen und der Domaine Calenberg unter anderem nur gestattet sein sollte, „bis Seine Majestät der König Georg auf die hannoversche Königskrone für sich und seine Erben ausdrücklich verzichtet" (6).

Dieser preußische Vorbehalt konnte nicht überraschen. Es war Bismarcks Bestreben, mit der materiellen Einigung auch die politische herbeizuführen. Er wollte, um es ganz generell auszudrücken, den

1). Hopf, 444. 2). am 23. Juli. 3). Klopp, Verfahren, 41. 4). a. a. O. 39.
5). a. a. O. 41. 6). a. a. O. 44.

Thronverzicht mit einer vorteilhaften Abfindung erkaufen. Der Rechtsstandpunkt interessierte ihn dabei nicht. Und gerade darauf gedacht sich König Georg niemals einzulassen. Die an sich so langwierige Verhandlungen dürfen hier im einzelnen unberücksichtigt bleiben (1 und nur die wesentlichsten Punkte herausgestellt werden.

Bismarcks Plan ging ja dahin: einerseits den König Geor reichlich abzufinden — er hatte sich in England eingehend nach de Bezügen der gleichgestellten welfischen Verwandten erkundigt —, dami „den depossedierten Fürsten eine an ihre früheren Verhältnisse an knüpfende hervorragende Stellung gesichert bliebe" (2), da es nur s möglich sei, „die Anhänger dieser Fürsten in den jetzt preußische Landesteilen mit dem Schicksal ihrer früheren Herrscher auszusöhnen"(3 Zweitens „eine vertragsmäßige Einigung mit dem König Georg herbeizuführen, denn eine solche sei „vom politischen Standpunkt au höher anzuschlagen als die Geldsumme, um welche das Abfindungs kapital etwa hätte vermindert werden können, wenn ein Vertrag nich zustande gekommen wäre" (4).

In einem Immediatbericht vom 30. August 1867 (5) weist Bis marck darauf hin, daß ein „ausdrücklicher Verzicht auf die Krone schwerlich zu erwarten sei.

„. . . eine indirekte Anerkennung der gegenwärtigen Zustände liegt aber schon darin, daß König Georg mit Eurer Königlichen Maje stät über seine Entschädigung bezüglich der mit der Krone verbunde gewesenen Einkünfte einen Vertrag abschließt. Ich . . würde glau ben, daß man sich für jetzt mit dieser indirekten Anerkennung begnü gen kann, soweit es sich nur um eine Abfindung in Gelde handel Grundbesitz in der Provinz Hannover wird aber nach meinem alle untertänigsten Dafürhalten dem König Georg solange nicht gewähr werden können, als er nicht ausdrücklich auf die Krone für sich un seine Erben verzichtet hat . . ."

Mit der Überlassung der Marienburg hatte sich König Wilhel schon einverstanden erklärt. König Georg verblieb eine Geldent schädigung von rund 16 Millionen Taler, die — wie in dem Immediat bericht ausführlich dargelegt wurde — eine Gesamtrevenue (ausschließ lich der Zinsen des noch in England befindlichen Kapitals, 600 00 Pfund zu 120 000 Taler Zinsen) von 765 000 Talern jährlich ergaben eine Abfindung, die Bismarck „für in hohem Grade entgegenkommend erachtete.

Die Auszahlung der 16 Millionen Taler sollte nach § 4 de Vertrages, dessen Annahme bis zum 20. September verlangt wurd 4 Wochen nach Abschluß erfolgen. König Georg hatte inzwischen no um die „Disposition über die Fürstengrüfte in der Schloßkirche z Hannover, Celle und Herzberg" gebeten, mit der König Wilhelm si am 22. September einverstanden erklärte (6). Das ebenfalls bean spruchte Palais in der Leinstraße zu Hannover, das Geburtshaus d Königin Luise und die darin enthaltenen Sterbezimmer des König Ernst August und der Königin Friederike — der Schwester der Königi Luise und Mutter Georgs V. — gestand König Wilhelm seinem Bett nur gemeinschaftlich zu, da er auf die Geburtsstätte seiner Mutt „gleichfalls hohen Werth" legte.

1). vgl.: darüber Klopp und VIa,Nr. 846, 868, 878, 880, 909, 954. 2). VIa,132. 3). ebenda. 4). VIa,132. 5). VIa,Nr. 846. 6). VIa,Nr. 868.

Der trotzdem drohende Konflikt, der zu den unerquicklichsten Weiterungen in den nächsten Jahrzehnten führen sollte, kündigte sich in einem neuen Immediatbericht Bismarcks vom 21. September 1867 an: „Die Zahlung wird nicht eher erfolgen können, als bis die Sicherheit vorhanden ist, daß das dem König Georg zu gewährende Kapital nicht seinem Zwecke, eine dauernde Dotation der hannoverschen Königsfamilie zu bilden, entfremdet wird . . ." (1).

Zur „wirklichen Sicherheit" sollten diese 16 Millionen Taler von einem Kuratorium verwaltet werden (2). Mit diesem konnten sich weder König Georg noch der Bevollmächtigte des Herzogs von Cambridge einverstanden erklären, und zwar aus einfachen familienrechtlichen Gründen: König Georg war ja nicht der unbedingte Eigentümer des Familienfideikommisses, sondern nur der zeitweilige Inhaber und Vertreter desselben (Klopp).

Rein innerpreußische Beweggründe veranlaßten Bismarck, den Vertrag von König Georg in schwach gemildeter Fassung zu erzwingen. Denn am 30. September lief das sogenannte Übergangsjahr in Hannover und somit die Diktatur des Militärgouverneurs, also der Krone, ab. Der Landtag brauchte ja in dieser Zeit nicht von der Regierung befragt werden. Da Georg V. die schon sowieso verzögerten Verhandlungen und den Vertrag nicht ausschlagen wollte, was ihm aus finanziellen Motiven schwer fallen mußte, nahm er den Vertrag am 29. September mit der Änderung an (3), daß die „Sicherstellung der Ausgleichssumme weiterer Vereinbarung vorbehalten" und bis dahin diese Summe „in der Hand der Krone Preußen deponiert bleiben solle" (4).

Bismarck, der vom Oberpräsidenten in Hannover auf die beruhigende und versöhnende Wirkung der Abfindung bei einem großen Teil der Bevölkerung aufmerksam gemacht worden war, konnte feststellen, daß zwar Georg V. nicht ausdrücklich verzichtet hätte, daß aber der Vertrag Bestimmungen enthielt, „welche eine Anerkennuug des gegenwärtigen Zustandes in sich schließen" (5).

Der ganze Vertrag bezog sich, wie sein Titel besagte und der hannoversche Unterhändler, der Staatsminister a. D. Windthorst in seinem Hietzinger Promemoria vom 10. Oktober 1867 nochmals betonte, allein auf die Vermögensverhältnisse des Königs von Hannover. „Es war ein Privatvertrag zwischen zwei Souverainen, der das politische Gebiet zwischen denselben völlig unberührt ließ". Windthorst, der die Verhandlungen sehr geschickt führte, wie auch Onno Klopp betonten den privaten Charakter des Vertrages. „Eine Contrasignatur eines Ministers ward von keiner Seite verlangt". „Daß der Graf Bismarck, ohne Vorwissen des Mitcontrahenten, seinen Namen auch daruntersetzte, war eine Sache des Grafen Bismarck und seines Königs" (6). — Bismarck hat bekanntlich in seinen Reden vom 29. und 30. Januar 1869 erklärt, daß es sich um einen Staatsvertrag gehandelt habe: „Vertrag vom Sept. 1867 sei nicht Privat- sondern Staats-Vertrag; contrasignire nicht Privatverträge. Kein Friedens-Vertrag, aber Waffenstillstand, den König Georg nicht gehalten hat (7). Georgs Vorfahren vertrieben die Stuart, gaben ihnen keine Entschädigung . . . Nicht Eroberung, nur Sicherheit für die Zukunft haben wir durch Annexion von Hannover gesucht" (8). —

1). VIa,55. 2). VIa,55, Anm. 3). Klopp, Verfahren, 55. 4). VIa,Nr. 880. 5). VIa,Nr. 880. 6). Klopp, Verfahren, 64. 7). sic! 8). Direktiven Bismarcks an Graf Solms für die französische Presse — Anm. Thimme: VIa, 548.

Es standen sich auch hier die beiden Anschauungen gegenüber. Bismarck hat am 1. Februar 1868 bei der Begründung des Vertrages u. a. erklärt: „Ob ein Rechtsanspruch des Königs Georg überhaupt vorliegt diese Frage — ich muß aufrichtig gestehen, es ist vielleicht ein großes Unrecht von mir — habe ich mir nie gestellt . .“ (1).

Ein weiteres Eingehen auf diese so umstrittenen Fragen würde nicht den Zweck der Arbeit fördern: Diese Vermögensangelegenheit wurde immer mehr zu einer Privatsache zwischen Preußen und König Georg V., bezw. dem Hause Braunschweig-Lüneburg. Das Interesse des Volkes in Hannover, das gar nicht den Überblick besitzen konnte, nahm sichtlich ab. Nur durch den „Reptilien- oder Welfenfonds“ und vor allem durch dessen mysteriöse Verwendung wurde das Interesse der ganzen deutschen Öffentlichkeit von neuen wachgerufen.

Auch hier blieb es der preußischen Regierung vorbehalten, den Stein des Anstoßes ins Rollen zu bringen. Der Vertrag war ratifiziert, Georg V. ließ die im Juni 1866 nach England gebrachten Wertpapiere im November 1867 den preußischen Bevollmächtigten aushändigen und die Beschlagnahme des welfischen Vermögens wurde vorerst aufgehoben.

Neue Schwierigkeiten entstanden, als im Laufe des Herbstes 1867 und Winters 1868 sich der preußische Landtag mit Erfolg einzuschalten bemühte. König Georg erhielt einen „neuen Contrahenten“ (2), der sich vermittelst der Budgetkommission lebhaft für die bewilligte Abfindungssumme interessierte. Als den Höhepunkt dieser Kritik der Abgeordneten darf die Interpellation Kardorff vom 25. Februar 1868, die von mehr als 60 Abgeordneten unterstützt wurde, angesehen werden. Ihr schloß sich unmittelbar die Beschlagnahme des Welfenvermögens an. Zur äußeren Begründung diente das Treiben der Welfenlegion, die damals an Umfang zugenommen hatte, und die Silberhochzeit in Hietzing, auf die deshalb noch kurz eingegangen werden soll.

1). Klopp, Verfahren, 96. 2). Klopp, Verfahren, 81.

Silberhochzeit und Welfenfonds

Am 25. Februar 1868 brachte der Abgeordnete von Kardorff eine Interpellation ein, die sich mit der Ausführung des Vertrages mit Georg V. beschäftigte. Im ersten Teil dieser Anfrage war auf die „durch die Tagespresse veröffentlichten Nachrichten" verwiesen, nach denen „der König Georg V. . . . einer Deputation seiner vormaligen hannoverschen Untertanen eine Empfangsrede gehalten" hatte, „in welcher die baldige Restauration des Welfenthrones, die baldige Wiederaufrichtung eines freien, unabhängigen Welfenreiches in Aussicht gestellt wird" (1).

Diese in der Interpellation beanstandete, nur durch die Tagespresse (!) bekannte Rede König Georgs, die er vor seinen Gästen in privaten Räumen außerhalb Preußens hielt, sollte der preußischen Regierung eine neue Handhabe geben, ähnlich wie vor einem Jahr gegen die Marienburg, so jetzt gegen den Welfenkönig selbst vorzugehen und diesen Zuständen ein Ende zu machen.

Waren im Februar 1867 hauptsächlich die Berichte der von Preußen besoldeten Agenten — die auch für den Gesandten von Werther eine Informationsquelle bildeten — und nicht eigene Wahrnehmungen oder eine persönliche Anschauung Anlaß der Polizeiaktionen und der Ausweisung geworden, so sollte sich jetzt dasselbe Spiel wiederholen.

Das Hochzeitsjubiläum des hannoverschen Königspaares am 18. Februar 1868 war als eine private Familienfeier geplant, der politische Kundgebungen fernbleiben sollten. Hunderte von Hannoveranern hatten aber den Wunsch geäußert, trotz der Beschwerlichkeit einer Winterreise auf so weite Entfernung nach Wien zu kommen und ihrem früheren König persönlich ihre Glückwünsche zu überbringen. Zur technischen Durchführung dieses Planes wurde in Hannover ein Reisekomitee auf Betreiben des Kaufmanns Sonntag gegründet und bei der Bahnverwaltung ein Sonderzug bestellt, der die Gratulanten nach Wien bringen sollte (2).

In Wien und Hietzing waren von der königlichen Hofverwaltung für die Unterkunft und Verpflegung der fast 2000 Gäste — die in 2 Zügen reisten — Sorge getragen, wieder ein Festkomitee gegründet und trotz höhnischer Bemerkungen in einem Teil der Wiener Presse große Vorbereitungen für die Feier getroffen. Alles deutete darauf hin, daß ein in seinen Ausmaßen wohl ungewöhnliches, aber doch unpolitisches Fest stattfinden konnte.

Die „Süddeutsche Presse" (3) gab ihrer Erwartung Ausdruck, „daß die preußiche Regierung ruhig einen Akt sich vollziehen läßt, der sich ihr nur als der Ausfluß eines rein menschlichen Gefühls darzustellen bedacht ist" (4). Dieselbe Zeitung lobte in einem längeren Aufsatz vom 18. Februar weiter die „Opferwilligkeit und Thatkraft, die in Deutschland nicht gewöhnliche Festigkeit der Gesinnung" der Teilnehmer aus Hannover. Sie schrieb:

> „Für den gewohnten Grundcharakter in der politischen Bewegung des deutschen Volkes ist diese Wallfahrt von Tausenden von Hannover nach Hietzing ein Akt von ungewöhn-

1). VIa, 290. 2). Die Durchführung eines „Extrazuges" war 1868 infolge der all zu vielen verschiedenen Privat- und Staatsbahnen mit ziemlichen Schwierigkeiten verbunden. 3). Herausgeber war Julius Fröbel. 4). nach einer Notiz der D. V. Z. vom 15. 2. 1868.

licher Energie, denn die Reise ist mit vielen Kosten verbunden, mitten im Winter unternommen . . . " (1)

Das Organ der Deutsch-hannoverschen Bewegung, die „Deutsche Volkszeitung", brachte 4 Tage nach der Silberhochzeit am 22. Februar in einem Leitartikel einige politische Gedanken zum Ausdruck:

„Diese Teilnahme ist der Zurücktritt auf einen altgeschichtlichen naturwüchsigen Boden von den gescheiterten Hoffnungen und Bestrebungen für eine Zukunft; sie ist der regelrechte Rückschlag gegen eine ungeschichtliche Unterstützung; sie ist der particularistische Protest gegen eine particularistische Unterbrechung der nationalen Entwicklung . . . "

Die gegnerische, meist liberale Presse, die sich in diesen Jahren einer devoten und stramm preußischen Gesinnung befleißigte, glaubte mit einer Verspottung der biederen, gut bürgerlichen Festteilnehmer den richtigen Ton zu treffen: so berichtete in diesen Tagen die „Weserzeitung" aus Berlin:

„Über die Wallfahrt der hannoverschen, wollte sagen preußischen Schlächter, Knochenhauermeister, Knochenamtsmeister, Knochenhaueramtsmeister usw. nach Hietzing und über die Aussicht, daß König Georg bald in ein vergrößertes Welfenreich zurückkehren würde, wird viel gelacht. Das Welfennarrenthum ist nicht bloß Thema vieler Zeitungen, sondern auch im ganzen Publikum und entspricht ganz der Carnevalsstimmung . . . "

Diese Ausdrucksweise ist nicht gerade vorbildlich, zeigt aber das Bestreben, die ganze Angelegenheit als harmlos und unwichtig hinzustellen. Sie kam damit der Wahrheit sicher am nächsten. In der „Deutschen Volkszeitung" finden sich aus diesen Tagen Berichte von Hannoveranern, die in Hietzing gewesen waren und nun mit Rührung, Trauer oder einer wackeren Entrüstung ihre Eindrücke schilderten. Die Stadt Wien, das fremde süddeutsche Gepräge und das Fest selbst hatte ihr ganzes Interesse in Anspruch genommen: hochpolitische Erwägungen waren diesen guten Leuten nicht gekommen. Sie erzählten von dem ergreifenden Wiedersehen mit ihrem blinden König, von der ganzen äußeren Aufmachung — selbst die „prächtigen Kleider" der Prinzeßinnen waren nicht unbemerkt geblieben —, von all den kleinen Dingen, die ihnen ungeheuer wichtig erschienen. Daß diese braven Bürger und Bauern natürlich eine Rückkehr des Königs und der alten Verhältnisse wünschten, war so selbstverständlich wie eine jede solche Gefühlsäußerung nach Zeiten gewaltsamer Veränderungen. Außerdem waren seit der Annexion erst $1^1/_2$ Jahre vergangen, und das neue Regiment hatte sich nicht vorteilhaft eingeführt.

Die preußischen Behörden waren anderer Ansicht: die in der „Deutschen Volkszeitung" veröffentlichten Inserate und die näheren Ankündigungen für die Fahrtteilnehmer ermöglichten es der Polizei, mit allen verfügbaren Mitteln die Reise zu erschweren (2).

Der Extrazug, der zuerst in Braunschweig beginnen sollte, mußte in Leipzig eingesetzt werden, da sich die braunschweigische Staatseisenbahnverwaltung aus politischen Gründen gegen diesen Zug ausgesprochen hatte. Bismarck versuchte den Abgang des Zuges aus Leipzig ebenfalls zu verhindern, da man sonst darin eine Demonstration Sach-

1). nach D. V. Z., 23. 2. 1868. 2). VIa, 245, 250.

ns gegen Preußen und das Prinzip des Norddeutschen Bundesstaates hen könne. Gegen eine Reise in Preußen hatte Bismarck nichts; ozdem er aber die Behörden in Hannover in diesem Sinne unterchtet hatte, verbot die dortige Polizei den Abgang eines Extrazuges. ie Reisenden mußten sich am Bahnhof in Hannover einer Ausweisntrolle unterziehen und in Leipzig wurden sogar auf Veranlassung r preußischen Regierung durch die dortige Polizei die Fremdenbücher r Hotels nach dem Beruf der Gratulanten durchgesehen: es ergab h, daß nur freie Berufe, Hofbesitzer, Ökonomen, Handwerker, Gastirte an dieser Huldigungsfahrt teilnahmen. Der Chef der geheimen eußischen Polizei, Dr. Stieber, leitete in Leipzig und Dresden die berwachung persönlich. In Dresden mußte der fahrplanmäßige ufenthalt des Zuges — die früher übliche Verpflegungspause — erblich verkürzt werden, 3 preußische Kriminalbeamte, die den Zug beeiteten, wurden erkannt und in Bodenbach der österreichischen Genarmerie übergeben. In Prag kam es zu einem Zwischenfall: der nnoversche Graf Bremer erkannte einen preußischen Spitzel namens ornemann, der unter falschen Namen reiste und auf der Bahnhofsache einen amtlichen, falschen Paß vorzeigte, aber zugab, der Beichnete und von der preußischen Regierung mit der Überwachung des ransportes — in Böhmen! — beauftragt zu sein (1). Nur die Rückht auf das Gastfreundschaft gewährende Oesterreich verhinderte eine fortige „Bestrafung", obwohl jetzt das erste Mal die Stimmung der euen preußischen Staatsbürger eine freie und ungebundene sein konnte.

Das Ergebnis dieser ebenso kleinlichen wie unnötigen Polizeiikanen — die eine deutliche Nervosität zeigten — war ein von r Festleitung ursprüglich unerwartetes: die Reise bekam eine politische ote, sie wurde zur Demonstration! Wieder war es der Taktik der olizei gelungen, eine kleine Sache aufzubauschen und die Gemüter beunruhigen. Im gleichen Sinne hatten die in Wien tätigen eußischen Agenten, die zur Überwachung der 2000 Hannoveraner rüstet waren, schon nach Berlin berichtet.

Als ein Beispiel für das Niveau, auf dem sich einige dieser Notizen" bewegten, sei eine solche vom 21. Februar 1868 wiedergeben:

> Heute, am 15. Februar, sind bereits mehrere Gäste angekommen, darunter die Maitresse (sic!) Georgs, die Sängerin Ubrich von Hannover, der ehemalige General von Boddin, die Gemahlin des Dresdner Intendanten, Gräfin Platen, der Komponist Westmayer, der natürliche Bruder Georgs . . . . . Ich bemerke Ihnen für Ihre ganz besondere Notiznahme, daß die Ubrich fortwährend zwischen Wien und Hannover reist. Ohne Zweifel besorgt sie auch Briefschaften" . . .

Dieser Bericht wurde vom 24. Februar vom Auswärtigen Amt m Innenminister und dem Oberpräsidenten von Hannover weiterleitet (2).

Daß Verbindungen zwischen Hietzing und Hannover bestanden, ar nichts Ungewöhnliches, und daß sie auf geheimen Wegen hergelt werden mußten, lag in der Natur der Sache. Es waren ja mit eorg V. nicht nur die Hofbeamten und verschiedene Offiziere ins Exil

österr. Pol. Bericht vom 23. 2. 1868 — Akten des Min. d. Äußeren.
G. St. A., Akten des Innenministeriums Bd. I.

gegangen: ein großer Teil der Dienerschaft und der Hofangestellte hatte Freunde und Verwandte in der Heimat, mit denen sie Nach richten austauschten. Diesen Umstand machten sich wirkliche „Ver schwörer", die es oft mehr aus Passion und Liebe zur Sache als au Überzeugung waren, zunutze und schmuggelten „heimlich gedruck Proklamationen" massenhaft nach Holland und Hannover (1). Eben wurden Waffen, „Revolver und Gewehrteile, welche in Wiener Neu stadt angefertigt wurden, in Gypsfässer verpackt" nach Hannover od an die Legionäre weitergesandt. Man erzählte, „daß es im Werk sei, aus Holland gefüllte Kugeln in Torfschiffe verpackt, in die Küsten gebiete Hannovers einzuschwärzen, um sie seiner Zeit zur Hand z haben" (2). Es wurden in Hietzing Unterkünfte für die angehend Legionäre geschaffen, im Hannoverlande Werbebüros und richtig Etappenstraßen zur Grenze eingerichtet. Am 27. Februar berichte der Gesandte von Werther aus Wien, daß dort der — schon erwähnte Graf Bremer sich besonders tätig zeige und rege Verbindungen m der Heimat bestünden.

Besonders erschwerend für die diplomatischen Beziehungen zwische Berlin und Wien mußte die Tatsache sein, daß neugeworbene Legionä von Hietzing aus mit österreichischen echten Pässen nach der Schwe und Frankreich in Marsch gesetzt wurden. Die österreichische Regierun — der das Treiben in Hietzing nicht allzu angenehm war, wenn sie auch stillschweigend duldete — hat ihre Beihilfe dementiert, und es sehr wahrscheinlich, daß untere Beamte eigenmächtig gehandel haben (3) (4).

Bismarck konnte daher mit Recht in der Beantwortung d Kardorffschen Interpellation auf die Tatsache verweisen, daß gegen de Staat gerichtete Bestrebungen im Gange waren und daß „von Seite des Königs Georg die Feindseligkeiten, soviel in seiner Macht stan nicht eingestellt" wurden. Auch daß die Gelder zur Inszenierung d ganzen Apparates aus der Kasse König Georgs stammten — ob dies allerdings deren Verwendung immer kannte, sei dahin gestellt — wa in Berlin Gewißheit. Dieser verständliche, wenn auch zuweilen übe triebene Argwohn (5) war gerade in jenen Februartagen 1868 beso ders lebhaft geworden und bietet mit eine Erklärung für die Aufnahm der Hietzinger Feier in Berlin.

Bismarck war weiter verstimmt, weil er sich persönlich noch ff eine reichliche Abfindung des Königs eingesetzt hatte und nun seh mußte, daß trotz englischer Vermittlung und Einwirkung auf den ve wandten Welfenkönig (6) das Hietzinger Treiben nicht nachließ un

1). Wiener Notiz vom 22. 2. 1868, — Ausw. Amt an Inn. Min. 2). vertraulicher Bericht aus W vom 10. 2. 1868, von Ausw. Amt an Inn. Min. 3). vgl. auch Vla, 247. 4). Bismarck l durch den Gesandten von Werther am 22. Februar (Vla,1074) dem Reichskanzler Freiherrn v Beust erneut sein Befremden über das Hietzinger Treiben und die Bitte aussprechen, Oesterre möge das Aufhören der Agitation zur Bedingung des Asyls machen. Bereits am 29. Febr (Vla,Nr. 1083) mußte Bismarck seine Forderung reduzieren und nur eine „strenge Überwachu als notwendig hinstellen, da die Gefahr bestand, daß König Georg sich nach England bege würde, was der Königin Viktoria und der britischen Regierung sehr unsympathisch war. Rücksicht auf diese in England gegen den Welfenkönig vorhandene Abneigung mußte Bismar seine Forderungen nach Ausweisung aus Oesterreich fallen lassen. König Georg hat — nach ein österreichischen Agentenrapport vom 26. Februar 1869 — den Plan gehabt, Oesterreich freiwillig verlassen, wenn Preußen es verlangte, dann aber „ein Manifest zu erlassen, wodurch man h nicht nur die Sympathien des ganzen deutschen Volkes zu gewinnen, sondern auch durch d Einmischung, respective Vertreibung die öffentliche Meinung in Oesterreich für den Krieg un stimmen, sowie den Haß gegen Preußen bis auf die Spitze zu treiben" —. 5). Die Legion konnten niemals zu einer ernsthaften Gefahr werden, worauf später Georg V. in seinem Prot schreiben vom 30. März 1869 selbst hinwies. (Hopf, 480). 6). vgl. Vla,Nr. 1055, 1072.

ie österreichische Regierung und ihr Leiter, der Freiherr von Beust, llzu nachsichtig dagegen vorgingen (1).

„Es liegt ohne Zweifel in der Macht der österreichischen Regierung, demselben ein Ende zu machen, indem sie entweder die von dem König Georg gemißbrauchte Gastfreundschaft nicht weiter gewährt oder den ferneren Mißbrauch derselben energischer als bisher verhütet . . ." (2).

In diese gespannte Situation traf am 19. Februar der Bericht Berthers über die Hietzinger Feier und die Rede des Königs auf erselben in Berlin ein. Es waren nur Berichte von Agenten und Spitzeln, denen es trotz der von dem welfischen Festkomitee durchgeührten scharfen Kontrolle gelungen war, sich unter die 2000 Anwesenen zu mischen und die Ansprache Georgs V. stenographisch festzuhalten. In Ermangelung anderer vielleicht glaubwürdigerer Nachrichten hatte er Gesandte diese für seine Mitteilung verwerten müssen.

Die Feier, die einen glänzenden Verlauf genommen hatte, war hne politische Demonstrationen geblieben, nur der Toast des königchen Gastgebers gab den Anlaß zu einer ebenso problematischen wie nerfreulichen Debatte.

Ein genauer Text dieser freien Meinungsäußerung liegt nicht vor: ie bekannte Wiedergabe bei Onno Klopp (3) weicht in manchen Stellen, auch sinngemäß, ab von dem Bericht der „Deutschen Volkseitung" vom 22. Februar, den wohl auch Bismarck in seiner Rede m 29. Januar 1869 verwertet hat.

König Georg hatte mit einem gewissen sentimentalen Pathos einer Freude über die Anwesenheit so vieler geliebter Landeskinder lusdruck gegeben, er hatte auf das „innige Familienband", das „seit 000 Jahren das Herrscherhaus von Hannover mit seinem Volke" erbinde — was etwas übertrieben war — und auf die Beispiele von rilierten Fürsten seines Hauses verwiesen, die wieder in die Heimat urückgekehrt seien.

„So gibt mir die Vorsehung die Berechtigung zu dem Glauben, daß ich als freier und unabhängiger König wieder nach Hannover zurückkehren werde. Ich fordere Euch auf, zu trinken auf die Wiederherstellung des Welfenreiches, des Welfenthrones, auf meine Rückkehr in Eure Mitte. Gott gebe eine baldige Auferstehung des Thrones von Hannover, meine Rückkehr zu meinem Volke, dessen Treue und Anhänglichkeit ein leuchtendes Vorbild sein könnte für alle Völker der Erde. Ein Hoch auf unser baldiges Wiedersehen im Welfenreich!" —

Eine offizielle Aufnahme dieser Ansprache hatte nicht stattgefunden, er König war vom Beifall unterbrochen worden — nach anderen Beichten soll allseitige Rührung und Wehmut geherrscht haben —: es onnten also die Zeugen nur allgemeine Eindrücke wiedergeben. Wie erschieden oft Berichte mehrerer Menschen über ein und dieselbe Sache nd, ist bekannt.

Betrachtet man diese Rede im Ganzen, so ergibt sich zweierlei: ntweder war sie — wohlüberlegt — ganz auf die Psyche des „treuen ntertanen" abgestimmt und absichtlich warm, einschmeichelnd und gehlvoll gehalten, dann war sie schlechthin meisterhaft: denn sie hatte

. vgl. VIa, Nr. 1053, 1061. 2). VIa, 1053. 3). Klopp, Verfahren, 105.

ihren Zweck, die Zuhörer zu packen und zu begeistern, voll und ganz erreicht. Oder, was wahrscheinlicher ist, König Georg hatte ohne jegliche Überlegung, ganz der Eingebung seines Herzens folgend und beeindruckt durch die weihevolle Umgebung rein gefühlsmäßig gesprochen etwas romantisch verklärt und ganz im Glauben „auf die allwaltende und nie endende Gerechtigkeit des dreieinigen Gottes“ (1). So war denn diese Rede der impulsive Ausdruck seines Dankgefühls ohne bestimmte Absichten. Eine solche Erklärung würde eher zum Wesen des Königs passen, dem doch — was im ersten Falle Voraussetzung gewesen — kühle und sachliche Politik und eine gewisse Heuchelei gänzlich fremd waren. Er sprach schlicht und jedermann verständlich im Kreise seiner Familie und Getreuen aus, was jeder seiner Zuhörer im Herzen dachte und wünschte, ohne in seiner, man darf sagen: Harmlosigkeit (2) zu ahnen und zu bedenken, welchen „Sinn“ man seinen Worten unterlegen würde.

Denn die — unerwartete — Folge dieser „Empfangsrede“ und ihrer ungenauen und einseitigen Übermittlung war eine unverkennbare Erregung in Berlin. Schon am 2. März erbat das Staatsministerium in einem Immediatbericht das Einverständnis König Wilhelms zur Beschlagnahme der 3 Tage vorher — am 28. Februar — zugebilligten Abfindung König Georgs.

> „ . . Der König Georg selbst hat in öffentlichen, zur Notorität gelangten Äußerungen sich zu den feindlichen Bestrebungen gegen den preußischen Staat, welche von seiner Dienerschaft ins Werk gesetzt sind, bekannt, zur Fortsetzung derselben aufgemuntert, und die Treue von Untertanen Eurer Königlichen Majestät zu erschüttern versucht!“ (3)
>
> „ . . Der König Georg hat durch seine Handlungen deutlich zu erkennen gegeben, daß er sich als im Kriegszustand gegen Eure Königliche Majestät angesehen wissen wolle (sic!) Mit diesem Verhältnis ist es unverträglich, daß ihm von Preußen die Mittel zur Kriegsführung (sic!) gegen Preußen gewährt werden.“ (4)

Am gleichen Tage erging die königliche Verordnung auf Sperrung des welfischen Vermögens. Als im Februar 1869 beide Häuser des Landtags diese Verordnung genehmigt hatten, mußte über die Verwendung so reicher Mittel entschieden werden. Denn es handelte sich bei diesem „Welfenfonds“ um eine für die damalige Zeit beträchtliche Summe, da das Welfenhaus eine der reichsten deutschen Dynastien war. Die jährlichen Aufkünfte der 16 Millionen Taler ergaben allein 598000 Taler = 1800000 Mark. Nach einer Notiz der „Deutschen Volkszeitung“ vom 10. Februar 1869 sollen die jährlichen „Verwaltungskosten“ sich auf 180000 Taler = 30% der Einkünfte belaufen haben, während der Etat der 6 Landdrosteien nur — 116500 Taler betrug! Bismarck konnte in einem Votum an das Staatsministerium vom 14. Februar 1869 weitgehende Verwendungsvorschläge über die geplanten „Maßregeln zur Überwachung und Abwehr der gegen Preußen gerichteten Unternehmungen der Depossedierten und ihrer Agenten“ hinaus für Kasernen, Straßen und Bauten zu öffentlichen Nutzen machen (5).

---

1). nach der Klopp'schen Übermittlung. 2). was keine Herabsetzung oder Entschuldigung, sondern nur eine Feststellung sein soll. 3). VIa, 292. 4). VIa, 293. 5). VIa, Nr. 1318.

In einer Sitzung des Ministeriums am 8. April wurde ein Plan
ür das laufende Jahr aufgestellt und genehmigt(1). Für die Ministerien
es Äußeren und Innern zusammen wurden 212 000 Taler jährlich ein-
esetzt, von denen später „fast zu einem Drittel durch feststehende Pen-
ionen beansprucht wurden" (Thimme).

Allerdings ergibt sich leider nicht „mit voller Klarheit" — wie
Thimme meint —, daß für Bismarck die Verwendungsmöglichkeiten
iel geringere gewesen seien. Da der Landtag auf eine Rechnungle-
ung verzichtet hatte, konnten diese Gelder doch „tatsächlich einen all-
emeinen, virtuos benutzten Dispositions- und Korruptionsfonds für
en Kanzler" bilden, durch den allein die Presse „weitgehend kor-
umpiert wurde" (2). In dieser „verschossen Moritz Busch und schlimmere
Skribenten im Dienste des Meisters (Bismarck) ihre giftigen Pfeile"
3). (4).

Auf andere, sehr undurchsichtige Finanzoperationen — für die
Bismarck und sein König schließlich die Verantwortung trugen — sei
nicht weiter eingegangen, zumal abschließende Feststellungen bei dem
Mangel an Belegen, Quittungen usw. wohl unmöglich sind und blei-
ben werden. Bennigsen mußte 1882 bitter tadeln: „Ich habe mich lei-
der im Laufe dieser Jahre überzeugen müssen, daß bei Konservativen
und Liberalen eine lebhafte Neigung besteht, dieses große Vermögen,
daß keineswegs ein Staatsvermögen (5), sondern ein durch Vertrag
estgestelltes Privatvermögen der früheren hannoverschen Königsfamilie
st, für irgendwelche Staatszwecke, ja überhaupt für den Staat Preu-
zen in Anspruch zu nehmen, ein Vorgehen, das sicherlich weder dem
Vertrage noch der Gerechtigkeit entsprechen würde" (6) (7).

). vgl. die sehr interessante Anmerkung Thimmes in VIa, S. 554. 2). Luckwald: in Propyläenweltgeschichte, VIII, 226. 3). vgl. auch Hopf, 463, 483, Vorbemerkung zu Nr. 15. „Die Verwendung des Reptilienfonds". 4). Es ist noch nicht widerlegt worden, daß z. B. auf sehr merkwürdige Weise König Ludwig II von Bayern namhafte Zuwendungen erhielt, sodaß, wie Ziekursch sagt, Bismarck den geisteskranken Bayernkönig an eine goldene Kette legen konnte, vgl. auch den Sonderabdruck der „Hannoverschen Landeszeitung", Nr. 16797.

). Windthorst, der Bevollmächtigte und frühere Justizminister Georgs V. wies in seiner berühmten Rede im preußischen Abgeordnetenhaus am 5. Februar 1869 (vgl. D. V. Z., Nr. 483, Beilage) darauf hin, daß es sich bei dem beschlagnahmten welfischen Vermögen ausschließlich um ein Privateigentum handele, daß das Domanium „Eigenthum des braunschweigisch-lüneburgischen Gesamthauses" sei und daß bei allen Mediatisierungen und sogar bei der Rheinbundakte klar und bestimmt ausgesprochen wurde, daß „das Domanialgut den Fürsten" gehöre. Auch nach dem Völkerrecht bliebe das Privateigentum geschützt, das sei aber hier „Cabinets-Justiz in Gesetzes Gestalt"! — Es liege hier weder Notstand noch Gefahr vor, das jetzt — von dem Abgeordneten von Kardorff — vorgebrachte Material sei schon bei Abschluß des Vertrages bekannt gewesen und König Georg habe den Vertrag erfüllt. Denn hätte er die Sequestration nur geahnt, so wären die Mobilien nicht in Hannover gelassen worden. Die preußische Staatsregierung, die beiden Häuser des Landtages, alle Beamten, welche die Sachen bearbeiteten, seien Organe einer juristischen Person, des einen Contrahenten, nämlich des preußischen Staates! Der eine Contrahent könne aber unmöglich auch für den anderen Recht schaffen. (vgl. die Artikel 9, 10, 63 der Preuß. Verfassung). Windthorst geißelte weiter, daß die Verwaltungsbehörde des Eigentums — die 180 000 Taler verbrauchen durfte! — in Kraft gesetzt sei wie ein wirklicher Eigentümer, daß keine Rechnungsablage stattzufinden brauche und ein Bruch der bisherigen Abmachungen vorliege. In der Tat hat Windthorst, der ja ein bedeutender Jurist war, die empfindlichsten Stellen und Schwächen dieser Handlung des preußischen Staates herausgestellt: „Mögen Sie sich stellen, meine Herren, wie Sie wollen, Sie begegnen immer einer Schutzmauer für das Privateigentum . . . . "

). Oncken, a. a. O. II,150.

). 1879 erhielt die Königin Marie nebst ihren beiden Töchtern nach dem Tode Georgs V. am 12. Juni 1878 in Paris eine Rente von 240 000 Mark und erst durch das persönliche Eingreifen Kaiser Wilhelms II. — der von diesen Dingen keine Kenntnisse erhalten hatte — wurde 1892 das Kapital von 60 Millionen Mark in eine Schuldbuchforderung des Herzogs von Cumberland an den preußischen Staat umgewandelt. Der bedeutende Rest an Zinsen blieb unberücksichtigt und verschwand in der Inflation. Der preußische Staat, der sich auch nach 1918 die politischen Erwägungen der Bismarckischen Regierung im Gegensatz zu den Anschauungen Bebels, Liebknechts und des damaligen Zentrums zu eigen machte, wurde im Herbst 1931 vom Reichsgericht zur Aufwertung der 8 Millionen verurteilt. Durch diese jahrelange und unnötige Verzögerung war das Haus Braunschweig-Lüneburg gezwungen gewesen. Teile des berühmten Welfenschatzes zu veräußern, um die Mittel für die notdürftige Instandhaltung seiner Besitzungen und für die Zahlungen der Privatpensionen zur Verfügung zu haben.

Politisch, weniger moralisch betrachtet, war der materielle Erfol
der preußischen Regierung unbestreitbar. Georg V., dessen eigenhändige
Protestschreiben vom 30. März 1869 König Wilhelm uneröffnet zurück
gesandt hatte, mußte mit dem ihm verbliebenen Mitteln sehr sparsa
umgehen und die Subventionen an die Legionäre einstellen (1). Auch i
Hietzing verringerte sich die Protestbewegung und nach Kriegsausbruc
1870 schwanden alle Aussichten. Bismarck war in diesem ungleiche
Kampfe der Sieger geblieben. Allerdings mit Einsatz von Mitteln, di
ihn bei einem nicht unbeträchtlichen Teil der Hannoveraner nich
beliebter machten.

Schon 1867 hatte der Freiherr von Hodenberg (2) fast prophetisc
geschrieben: „Ich muß mich immer wieder der Worte Machiavelli
erinnern: wer ein erobertes Land ohne Friedensschluß mit dem berech
tigten Fürsten behalten will, für den gibt es nur einen sicheren Ausweg
nämlich diesen und sein ganzes Haus auszurotten!"

Im übertragenen Sinn dieser Worte hat er Recht behalten: ein
der ältesten deutschen Dynastien war zur Bedeutungslosigkeit herab
gesunken. Die Person König Georgs verlor an politischem Interess
selbst der Streit um die Braunschweiger Thronfolge war eine di
Oeffentlichkeit längst nicht mehr in dem Maße bewegende Angelegenhe
wie jetzt nach der Beschlagnahme, als weite Kreise in Deutschland üb
die Grenzen Hannovers hinaus dem geschädigten König ein menschliche
Mitgefühl zuwandten. Denn trotz der eifrigen Propaganda der preußische
Regierung gab es nicht Wenige, die den König Georg doch verstande
So umstritten seine negative Politik und sein wenig aussichtsreich
Kampf mit dem größeren Gegner bleiben wird: Georg V. ist d
tragische Verkörperung und ein Opfer der romantischen Epoche un
einer politischen Ideenwelt, die auch in Deutschlaud ihren Abschluß un
keinen Kontakt mit der neuen Zeit gefunden hatte (3). Er ist gewisse
maßen nur einer der Ersten der deutschen Fürsten gewesen, die de
Drange der Nation nach weiterer Einheit weichen mußten, um — w
wir hoffen wollen — eine glücklichere Neugestaltung des deutsche
Bodens zu ermöglichen.

Bismarck hat ja immer und immer wieder darauf hingewiesen, da
Hannover, ob als Freund oder Feind, „aus einleuchtenden geographische
Gründen eine Lebensfrage für uns" gewesen sei (4) und da ihm d
Monarchie an sich mehr als eine „Zweckmäßigkeitseinrichtung" (Schüßle
galt, so war die Person und das Schicksal Georgs V. weniger wicht
als das Land Hannover, dem er inzwischen seine ganze Fürsorge un
sein Interesse zugewandt hatte. Denn dessen Einfügung in den preußische
Staatsverband sollte ja nur eine Etappe zur weiteren Einheit sei

Wenn in der deutschen Publizistik auch das Interesse an de

1). Meding verließ darauf hin König Georg und bot Bismarck seine Dienst an! 2). in den
Briefen usw. . . . II,128. 3). Georg V. beging in seiner physischen Behinderung und seiner poli
schen Einseitigkeit den für sein Haus und sein Land verhängnisvollen Irrtum, sich über die wahr
Absichten und die praktischen deutschen Ziele eines Bismarck ein möglichst subjectives Bild
machen. Der Sinn für das wahrhaft Große an der Persönlichkeit seines großen Gegners ist
ihm von seinen Ratgebern nicht geweckt worden; er sollte nur den Dämon, den habgierigen Preuß
den Feind seiner Dynastie schlechthin sehen. Trotz dieser tatsächlichen Einseitigkeit darf man Kö
Georg nicht tadeln: man soll seine so tragische Situation erkennen und zu verstehen suchen. M
muß ihm allerdings zu Gute halten, daß er nicht den mindesten Anlaß hatte, einfach vor Preuß
zu kapitulieren. Daß er aber den ungleichen Kampf mit Preußen aufgenommen und in sein
Glauben an den Deutschen Bund bis zum Letzten, ja bis zum Aeußersten: dem Lächerlichen dur
geführt hat, zeigt doch den persönlichen Mut, für seine politische Ueberzeugung wirklich einzutret
4). vgl. seine interessanten Ausführungen an den Dresdner Gesandten von Eichmann vom 15. 2. 18
(VIa,259).

„Welfen“ schlechthin nachließ, so verstärkte sich zunehmend das Problem des Niedersachsen-Raumes: hier standen sich das seßhafte Volk und eine neue, aufgezwungene Regierung gegenüber. Dieser Kampf der aus taktischen Gründen entstandenen Deutsch-hannoverschen Partei war seinem Wesen nach eine Verteidigung alter Stammesrechte gegenüber einer Gleichmacherei; die politischen Wünsche gipfelten in einem reichsunmittelbaren Hannover oder Niedersachsen. Diese Volksbewegung ist die Folge des preußischen Vorgehens gegen das Welfenhaus geworden, denn bei allem „Souveränitätsschwindel“ war doch diese Dynastie der sichtbare Ausdruck einer großen geschichtlichen Entwicklung.

2. Kapitel:

Die neue preußische Verwaltung in Hannover

Das Übergangsjahr

Bisher war in dieser Untersuchung mit absichtlicher Breite und einem doch nötigen Verweilen bei auch bekannteren Dingen (1) der Gegensatz, die Wesensverschiedenheit und der 4 Jahre lange „Kampf" zwischen Georg V. und der preußischen Regierung einer Betrachtung unterzogen worden, die zum Ausdruck bringen sollte, daß es sich hier vornehmlich, wenn nicht ausschließlich, um eine grundsätzliche Verschiedenheit der Interessen und der Auffassung von Moral, Recht und realer Politik handelte. Es sollte weiter gezeigt werden, daß König Georg der Exponent, ja das Symbol einer Epoche war, die zwangsläufig an ihrem — paradox gesagt: inneren Wert zu Ende gegangen war, den die neuen Zeitgenossen nicht mehr würdigen konnten. Im beginnenden Zeitalter des Imperialismus waren Rechtsfragen, so sehr sie auch bis zum Überdruß gepredigt wurden, unbeliebt und ihre Erörterung unerwünscht.

König Georg, der als Mensch wie als Monarch hauptsächlich der Träger und Verkünder dieser „romantischen" Ideale war, ist damals wie heute mit dem gewissen und überheblichen Lächeln abgetan worden, das so oft die innere Bereitschaft, sich auch mit einer wesensfremden Sache auseinanderzusetzen, vermissen läßt.

Gewiß hat der letzte Welfenkönig reiche Zustimmung in Hannover wie im deutschen Raum gefunden: namhafte Konservative, führende Politiker (2) und viele treue Anhänger im eigenen Land. Selbst solche „Preußengegner", die im ganz anderen Lager standen: die Sozialdemokraten und die beträchtliche Menge der „Großdeutschen", besonders in Süddeutschland, haben Georgs Kampf um das Recht — wenn er auch mit untauglichen Mitteln geführt wurde — mit Spannung und Anteilnahme verfolgt. Sie haben sogar politisches Kapital daraus geschlagen und dem „Staat der Hohenzollern" ein baldiges Ende prophezeit. Den letzten Grund für diesen, in Deutschland ja ungewöhnlichen Vorgang von 1918 sahen die Politiker in dem Bruch des Rechts und auch wir können heute feststellen, daß „durch die Entthronung uralter legitimer Dynastien die konservative Weltanschauung aufs schwerste erschüttert" war (3). Was sich damals in Deutschland im Kleinen abspielte, erlebt das deutsche Volk heute in der Zeit des Versailler „Friedens" mit aller Eindringlichkeit: der Kampf des Schwächeren um das Recht als die letzte Hilfe, die letzte Stütze, die ihm verblieben ist. Die Voraussetzungen — die in der Geschichte eine sehr wesentliche Beachtung verdienen — waren die gleichen: die Entwaffnung und Entrechtung eines geopolitisch hinderlichen und auch sonst unbequemen Gegners.

Hier waren es in erster Linie König Georg und seine Dynastie, weniger die Hannoveraner, die ja nicht geschlossen hinter ihrem König und seiner Regierung standen. Setzt man das Welfenhaus als ein — wenn auch bescheidenes — Machtzentrum an, das unschädlich zu machen für Preußen eine Notwendigkeit war, so ergeben sich zwangsläufig die Parallelen zu ähnlichen Gegenstücken in der Geschichte.

Es ist abwegig, immer von einer „welfischen Gefahr" zu sprechen! Abgesehen davon, daß eine solche bei den Machtmitteln des preußischen Staates gar nicht akut werden konnte, daß ihre tatsächliche Bedeutung

1). wobei der Begriff: bekannt: gerade bei der „welfischen Frage" cum grano salis zu verstehen ist!
2). besonders: Konstantin Frantz. 3). Schüßler, Süddeutschland, 32.

äußerst gering und aus durchsichtigen Gründen von preußischer Seite aufgebauscht war, ist dieser Ausdruck auch in anderer Hinsicht irreführend.

Diese ganze „Gefahr" bestand ja doch letzten Endes in dem ewigen Protest eines mit entschieden zweideutigen Mitteln seines Thrones beraubten deutschen Fürsten, der seine Krone damals — und sein, nicht unser Blickpunkt ist doch maßgebend! — nicht der deutschen Einheit, sondern dem siegreichen Preußen zum Opfer brachte. Denn König Georg und seine Getreuen verstanden unter „Deutschland" nicht das Kleindeutschland, wie es Bismarck 1871 schaffen mußte, sondern das große Vaterland, daß bis 1866 mit Einschluß Oesterreichs das Ziel der Patrioten gewesen war. Zu gleicher Zeit, als ein wertvoller deutscher Mittelstaat zur preußischen Provinz herabsank, mußten auch 10 Millionen Deutsche außerhalb des neuen Bundesstaates bleiben. Als den dafür allein Verantwortlichen und Schuldigen bezeichneten König Georg und seine geistige Gefolgschaft den „dämonischen" preußischen Staatsmann, und gegen ihn, gegen den von ihm geführten Staat, versuchten sie auch das aus Prinzip preußenfeindliche Ausland zu mobilisieren. Und eine solche Aktion mußte aus den schon skizzierten Gründen mißglücken.

Denn die immerhin große Masse der nationalliberalen Bürger, der Industriellen und der Preußenfeinde, die es doch in Hannover schon gab, sahen in erster Linie die wirtschaftlichen Chancen, die die neue Zeit bot und die wichtiger erschienen als solche „Utopien" (1). Vor und während der Krise 1866 standen beispielsweise Bennigsen und seine Freunde durchaus auf Seite Preußens, so verbunden sie sich auch mit ihrer Heimat fühlten. Dieser Zwiespalt in der hannoverschen Bevölkerung hat ihre anfänglichen Proteste recht gehemmt. Erst als am eigenen Leibe durch die nach der Annexion allgemein sich geltend machende Absatzstockung eine gewisse Not fühlbar wurde, erkannte man den tieferen Sinn, der doch — von den Extremen abgesehen — in der „Hietzinger Wirtschaft" lag. Diese eifrige Verfolgung König Georgs sowie die falschen und unklugen Maßnahmen der neuen Regierung bereiteten einen allgemeinen Umschwung vor. Man entdeckte jetzt, im Spätsommer 1866, die Rechte der Heimat, erkannte ihre Eigentümlichkeiten und fühlte, daß Preußentum und Niedersachsen oft im Gegensatz zueinander standen. Man erkannte vor allem auch, daß das Schicksal der Dynastie letzten Endes das Geschick jedes Einzelnen sein konnte, der ohne eignen Willen und Wunsch zum preußischen Untertan geworden war.

Diese Erkenntnis mußte bei einem Volksstamm wie dem niedersächsischen mit seinem so ausgeprägten Sinn für Recht mit Sicherheit und mit Beschleunigung zu einer gewissen Distanz gegenüber Preußen führen.

Daß Bismarck diesen Faktor nicht in seine Annexionspolitik einsetzt hatte, ist ebenso ein politischer Fehler gewesen wie die heftige Verfolgung König Georgs. Die Schaffung des „Welfenfonds" gab später jedem Neider die zweifelhafte Möglichkeit, auch den Menschen Bismarck anzugreifen und zu verdächtigen. Denn die Jahrzehnte nach der Besetzung Hannovers haben ja bewiesen, daß Preußen auf die Annexion und die sofortige Verwaltung dieser neuen Provinz innerlich

1). Erst später hat sich da eine andere Anschauung Bahn gebrochen,

nicht vorbereitet war — was übrigens auch beweist, daß man die Annexion vorher nicht beabsichtigte! —, daß die Möglichkeit einer Ausdehnung des preußischen Staates zu plötzlich kam und daher Mißverständnisse unausbleiblich waren (1). So wurde — aus einem Gegensatz der Dynastien und Staaten ein solcher, bloß tiefer und bleibender, der Obrigkeit und der Volksmeinung.

Es mußte dahin kommen, daß die Abneigung der Bevölkerung nicht, wie Bismarck hoffte, mit einer Generation zu Ende war, sondern explosiv, aus dem Volk heraus — die Hietzinger Agenten haben diese Stimmung benutzt, nicht geschaffen — sich eine Preußenmüdigkeit festsetzte, die noch nach 6 Jahrzehnten trotz aller amtlichen Beteuerungsversuche erneut zum Ausdruck kam, wenn auch mit anderen politischen Vorzeichen. Diese sich kurz nach der Annexion bildende hannoversche Bewegung wurde der Kern der verschiedensten innerpolitischen, kulturellen und wirtschaftlichen Bestrebungen, die heute im Rahmen der so notwendigen „Reichsreform" allgemeine Beachtung beanspruchen dürfen.

Das hat mit „Welfentum" nichts zu tun! Hier soll, abweichend von dem üblichen Sprachgebrauch, die unzutreffende Bezeichnung: „Welfische Bewegung" vermieden werden. Von einer welfischen Sache kann nur gesprochen werden, wenn die besonderen Interessen der Welfendynastie, also des Hauses Braunschweig-Lüneburg in Frage kommen. Von diesen kann heute seit der Aussöhnung mit den Hohenzollern wohl kaum noch gesprochen werden: es fehlt dennoch nicht an Stimmen, die die Wünsche und berechtigten Forderungen der hannoverschen Niedersachsen gleichsetzen mit dynastischen Bestrebungen. Das ist völlig abwegig. Es hat ja ein „welfisches" Volk ebensowenig gegeben wie beispielsweise ein „preußisches": wurde hier die Staatsbezeichnung maßgebend für die Bevölkerung, so dort der Name der Dynastie!

Der Titel: „Welfische Bewegung" oder „Welfische Partei" wurde von den Gegnern aus politischen Motiven aufgebracht und „zum Teil von den regierungsseitig stark verfolgten Anhängern als Ehrennahme angesehen" (Hagemann), analog dem Verhalten der „Geusen" in den Niederlanden. Die sogleich nach der Annexion begründete „welfische" Partei hat vom ersten Tage an den allein sinngemäßen und schon das Programm ausdrückenden Namen: „Deutsch-hannoversche Rechtspartei" angenommen!

Wie schon mehrfach erwähnt, ist bislang von welfischer wie deutsch-hannoverscher Seite mit einem gewissen Eifer und einer absichtlichen Einseitigkeit die Schuld an der Annexion wie an den ihr folgenden Zuständen in Hannover Bismarck zugeschoben worden. Dieselbe „Schuld" wurde ihm für Dinge unterstellt, die er in Hannover selbst bedauerte, bekämpfte oder einfach nicht verhindern konnte. War seine Zeit durch die ungeheure Arbeitslast während des Sommers 1866 überreich in Anspruch genommen und konnte er auch während seiner Krankheit im Herbst die allzu eifrigen Behörden nicht zügeln, so hat er doch seitdem (1867) sein Möglichstes getan, um den Hannoveranern ihr Schicksal zu erleichtern und namentlich im Verkehr mit Einzelnen von ihnen hat er durch persönliche Liebenswürdigkeit vieles ausgeglichen, soweit sie sich mit der neuen Lage abfanden und nicht, wie der Minister von

). um wieder ein jüngstes Beispiel heranzuziehen: wie zielbewußt hat die dritte französische Republik die erneute Aneignung des Elsaß betrieben und im Volke vorbereitet.

Hodenberg, auf das Problematische dieser ganzen Neuordnung Norddeutschlands verwiesen.

Aus den politischen Schriften geht klar hervor (1), daß Bismarck sich voll und ganz für die Interessen der neuen Provinz eingesetzt hat. Gleichzeitig mußte er aber den Kampf mit Hietzing führen und setzte sich damit von Anfang an vielen Mißdeutungen in Hannover aus. Dabei waren für Bismarck Hietzing und Hannover nicht dasselbe. König Georg hat er mit aller Schärfe bekämpft; hier in Hannover erkannte er wohl das Verlangen nach erträglichen Steuern, nach einer angemessenen Selbstverwaltung und einer Besserung der Wirtschaftslage an: aber die politischen Forderungen der „Welfen" — wie er sie meist benannte —, denen es ja nicht nur um materielles, sondern um ideelles Gut ging, konnte er nicht anerkennen. Und damit war die Trennung eigentlich schon vollzogen.

Diese Vorbemerkungen erschienen wichtig, um Zweck und Nutzen der Politik erkennen zu können, die Bismarck in der neuen Provinz befolgte und gleichzeitig ihre Reaktion bei der Bevölkerung zu beurteilen.

Bismarck hatte sich entschlossen, nach Anhören der verschiedenen Meinungen, das ganze Königreich als Provinz Hannover dem preußischen Staatsverband beizufügen, wenn auch dem wirtschaftliche Bedenken, z. B. bei dem entlegenen Ostfriesland, entgegen standen. Aber die dortige Bevölkerung wollte nicht auf eine lange politische Zugehörigkeit zu Hannover verzichten und so gab Bismarck diesen Wünschen nach.

Ein weiteres Problem war die Hauptstadt! Die Stadt Hannover mußte ja nach dem Fortfall der Residenz an äußerem Glanz und auch an allgemeiner Geltung in Deutschland einbüßen: daß sie dennoch ihre alte Stellung nicht nur behaupten, sondern zu einem wichtigen Zentrum geistigen und wirtschaftlichen Lebens werden konnte, verdankt sie zu einem nicht geringen Teil der Initiative Bismarcks. Alle wichtigen Behörden kamen in die neue Provinzhauptstadt, die jetzt als Verbindung des früher getrennten Westens und Ostens der preußischen Monarchie namentlich als Eisenbahnknotenpunkt, zunehmend an Bedeutung gewann. Natürlich konnte das nicht in kurzer Zeit geschehen und weil tatsächlich nach dem Deutschen Krieg eine Stockung des allgemeinen Handels sich bemerkbar machte, war Grund zur Unzufriedenheit genug vorhanden.

Bismarck hatte daher schon am 7. August 1866 in einem eigenhändigen Schreiben beim Kronprinz Friedrich Wilhelm angefragt, ob er sich entschließen könne, in Hannover, wo man „Verarmung der Hauptstadt durch Verlust des Hofes" befürchte, als Statthalter Residenz zu nehmen. „Der Uebergang zur späteren vollen Verschmelzung würde durch ein solches Zwischenstadium erleichtert werden. . " (2). In einem Briefwechsel mit dem Osnabrücker Bürgermeister Miquel vom 23. August betonte Bismarck die Zweckmäßigkeit eines Uebergangszustandes, „um die völlige Einverleibung dieser Länder in die preußische Monarchie in derjenigen schonenden Weise vorzubereiten, welche die königliche Botschaft (3) in Aussicht stellte" (4).

Auch gegenüber der Protestaktion der hannoverschen Ritterschaft im September ersuchte Bismarck den Zivilkommissar von Hardenberg, „die Sache zu ignorieren und gehen zu lassen, solange nicht eine aufreizende Agitation sich daran knüpft" (5).

1). Thimme hat besonders darauf aufmerksam gemacht! 2). VI,Nr. 532. 3). vom 16. August 4). VI,145. 5). VI,610.

Eine Aenderung in der Haltung Bismarcks läßt sich erst erkennen, s es während seines Urlaubs in Hannover zu den verschiedensten fferenzen mit der Militärbehörde gekommen war, sodaß Bismarck gleich nach seiner Rückkehr Anfang Dezember den Generalgouverneur wies, besonders gegen die widerstrebende hannoversche Beamtenschaft d die hannoverschen Militärpersonen „mit energischen Maßregeln rzugehen". Diese Maßnahmen waren vom preußischen Standpunkt s sehr verständlich; aus den verschiedensten Gründen hatte sich die immung ungemein verschlechtert.

Der Verlust der Selbständigkeit schmerzte um so fühlbarer, je ehr der Druck des neuen Militärgouverneurs zunahm. General von oigts-Rhetz zeigte sich als sehr energischer und eigenwilliger Herr, m es — nach Preßberichten — nicht gelang, sich auch nur einige mpathien zu erwerben. Sein Auftreten war stolz, herrisch und tte gerade eine in Hannover nicht geschätzte preußische Nuance (1). a ihm vom König während des Uebergangsjahres allein die voll- hende Gewalt übertragen war, konnte er nach eigenem Ermessen alten und walten, sodaß der Ministerpräsident oft korrigierend ein- eifen mußte.

Es war Bismarcks Absicht, „eine durchgreifende Reorganisation r Landesbehörden, sowohl auf dem Gebiete der Justizpflege als der erwaltung, und eine entsprechende Purifizierung des betreffenden rsonals anzustreben". Er veranlaßte daher am 16. Januar 1867 rdenberg in einem vertraulichen Schreiben, „ohne Verzug die erforder- en Informationen über den Personalbestand des höheren Beamtentums, er dessen Haltung und Tendenzen, sowie über die Leistungsfähigkeit" beschaffen.

> „Die Gesichtspunkte, welche hierbei für mich die maßgebenden sein werden, sind darin beschlossen, daß ich alle unzuverlässigen und feindseligen Elemente sowohl aus den Gerichten als aus den Verwaltungsbehörden, sei es durch Entlassung oder Pensionierung, sei es durch Versetzung in die alten Landesteile, entfernt und durch zuverlässige preußisch gesinnte Personen, sei es von dort, sei es aus den alten Provinzen, ersetzt zu sehen wünsche." (2).

Der Zivilkommissar hatte auf seine diesbezüglichen Anträge vom nenministerium keinen Bescheid erhalten und diese Tatsache Bismarck tgeteilt, der darüber — bei seiner bekannten Auffassung von der tigkeit der Geheimräte — wenig erfreut war. In einem Privat- reiben vom 2. Februar 1867 machte er dem Generalgouverneur rhaltungen, daß er nicht in seiner „Stellung und Aufgabe als neral-Gouverneur" unmittelbar beim König die nötigen Maßregeln ntragt habe:

> „Jedenfalls darf es nicht so bleiben.
>
> In Ihre Hand ist die Aufgabe gelegt, von Ihrer Hand wird sie gefordert.
>
> Täuschen Sie sich nicht darüber, mein verehrter Freund, daß das Gelingen oder Mißlingen unseres Einverleibungswerkes unauflöslich mit Ihrer Person und Ihrem Namen verknüpft ist. Gelingt es, so haben Sie den Ruhm davon, miß-

harakteristisch ist auch sein später wiedergegebenes Schreiben an das Kriegsministerium vom Oktober 1868. — siehe: Anlage VI! 2). VI,Nr. 658.

lingt es, so ist es nicht das Ministerium des Innern, welch
man dafür verantwortlich machen wird . . .

Sie sind die Spitze der Militär- und Zivilverwaltung; S
haben über den Geschäftskreis jedes Beamten, ebensowohl a
über seine Versetzung und Entfernung zu entscheiden; S
müssen dahin wirken, daß Ihre Vorschläge und Arbeiten ni
durch Verzögerungen in den oberen Instanzen illusorisch u
zunichte gemacht werden . . ." (1).

Dieses Schreiben wirft ein bezeichnendes Licht auf die Unte
stützung, die Bismarck von Seiten seiner Amtsgenossen bei der Organ
sation der Provinz Hannover zu Teil wurde. Der Justizminister G
zur Lippe, der Handelsminister Graf von Itzenplitz und der Finan
minister von der Heydt glaubten in erster Linie ihr Ressort vertret
zu müssen, und auch der maßgebendste, der Innenminister Graf Fritz
Eulenburg, zeigte bisweilen solche Bestrebungen (2). Doch hatte Eule
burg Verständnis für die Belange der neuen Provinz und war geg
allzu scharfe Methoden. Bismarck, der in einem Gespräch 1868 sein
Kollegen so drastisch charakterisierte: „Eulenburg hat Verstand u
Geist und ist nur sehr faul" (3), bezeichnete es als einen großen Fehl
daß Eulenburg bei der Reorganisation nicht radikaler vorgegang
sei (4).

So sehr Bismarck für eine milde Handhabung im Allgemein
war, so duldete er doch aus Prinzip nicht die geringste Nachgiebigk
der unteren Stellen. Namentlich die Entfernung der unzuverlässig
Elemente aus der Executivpolizei und der unteren Beamtenschaft erschi
ihm bei der zunehmenden Hietzinger Agitation sehr wichtig (5), de
die Eigenart der Zuständigkeiten während des sogenannten Übergang
jahres erforderte besondere Maßnahmen.

Die Berliner Regierung hatte es als zweckmäßig angesehen, b
zum 1. Oktober 1867 die Verwaltung der neuen Provinz unmittelb
der Krone zu unterstellen, um die bei der Einführung der neuen V
waltung unvermeidlichen Härten besser ausgleichen zu können.

Die Stimmung in Hannover war in den Augusttagen noch ei
verhältnismäßig gute, und es bestand begründete Aussicht, daß die Ei
verleibung und Eingewöhnung besser und schneller vor sich gehen würd
als es bei einer so außergewöhnlichen und totalen Annexion den A
schein hatte. Viele Gruppen, namentlich der Handel und die Industr
wünschten eine baldige Verständigung und eine gewisse Selbständigk
des Landes. War, wie in anderem Zusammenhang schon ausgeführ
manche Kritik am König und Ministerium geübt worden, so blieb do
der Preuße immer der Gegner oder zumindest der Landfremde.

Diese mehr gefühlsmäßige Einstellung, auf die an anderer Ste
noch ausführlicher einzugehen ist, hatte ihre tiefe Ursache vor allem
der sozialen Structur des Landes: die Freiheit des Einzelnen war
Königreich Hannover stets höher geachtet als in dem umgleich bureau
kratischer regierten Preußen. Dort, östlich der Elbe, herrschte politi
und wirtschaftlich noch der Großgrundbesitz, der ohne eine stra
Disziplin naturgemäß gar nicht existieren konnte. In Niedersachs
umfaßte dagegen der größte Besitz — einschließlich der Heide! — n

1). VI,253. 2). vgl.: die eingehenden Anmerkungen Thimmes in: VIa, Nr. 831, 8451 3). VII,
4). VII,225. 5). VI,394.

000 Morgen gegen durchschnittlich 150 000 in Preußen (1).

Der einzelne Hofbesitzer, zum Beispiel in der Lüneburger Heide, ar ein unabhängiger, stolzer Mann, dem jetzt die Einquartierung und e ganze Methodik des preußischen subalternen Dienstes doppelt fremd d unangenehm erscheinen mußte.

Auch in den Städten war die Stimmnng nicht besser geworden: ie ungewöhnlich hohe Einquartierungslast (2) bei um 50% geringerer ergütung (3), die Verärgerung über eine dreifache Steuer, „eine sgesucht unvernünftige Maßregel, welche nicht einmal die Notwendigkeit s Geldmangel für sich hatte“ (Bennigsen) (4), die aber allerdings auf at des General-Gouverneurs am 2. November vom König aufgehoben urde (5), da die Steuer den Gegnern Gelegenheit gäbe, über die euerlast unter der königlichen Regierung Klage zu führen (6), und ch eine allgemeine Unzufriedenheit, namentlich beim Pöbel und dem deren, Volk trugen nicht zur Verbesserung der Zustände bei.

Besonderes Aufsehen und einen allgemeinen Unwillen mußten er die Nachrichten aus Hietzing auslösen. Man empfand mit dem rtriebenen König die Nichtbeachtung, man begrüßte seinen Protest d erhoffte, je mehr sich die neue Verwaltung etablierte, eine Rückkehr r alten Verhältnisse. So war es verständlich, daß man die Verbindung t dem Königlichen Hause und der „Regierung“ in Hietzing nicht terbrechen wollte und jede Gelegenheit der Fühlungnahme benutzte. azu kamen die großen Protestbewegungen des Adels, der aus welt- schaulichen und politischen Motiven das neue System ablehnte.

Bei dem engen Verhältnis, das in Niedersachsen zwischen Hoch d Niedrig bestand, glaubten die Tagelöhner und Büdner Sym- thien für ihren Königlichen Herrn auch praktisch bekunden zu müssen. hon Anfang November kam es in Burgdorf, das immer viel von reden machte, zu Unruhen und zu Huldigungen der Langensalza- mpfer für König Georg, ebenso in Nienburg am 3. November, wo der agistrat sämtliche Bürger auffordern mußte: „ihre Dienstboten, Lehr- ge etc. am heutigen und den nächsten Abenden zu Hause zu halten“ (7). e — althannoversche — Polizei, die ihr Amt teilweise noch versah, ritt natürlich selten ein, und so nahmen die Demonstrationen, zum eispiel im Januar in Bleckede, ihren oft nicht unblutigen Fortgang.

War es beim unteren Volk mehr Neckerei gegen das Militär d eine gewisse Freude am Skandalieren und dazu noch die persön- he Abneigung gegen das Fremde an sich, so war die Abwehr von eiten des Bürgertums und der Beamtenschaft bald eine zielbewußtere.

Die „Deutsche Volkszeitung“ hatte noch am 10. Oktober ge- rieben: „Dem unerwünschten Geschicke, unser Land in die Provinz es größeren Einheitsstaates verwandelt zu sehen, sind wir einmal fallen, und darin müssen wir uns finden. . .“ und bewies damit e ruhigere Auffassung der Lage. Trotzdem verlangte man allgemein en Schutz gegen die Gefahr des mechanisierten Staatslebens, das Hannover einfach nicht paßte und „die Furcht vor einer überspannten

Nach dem „Nordhannoverschen Landesboten“, Nr. 173 vom 25. 7. 1928 waren in:
Preußen: 76 Proz. großer, 13 Proz. mittlerer, 11 Proz. kleiner;
Hannover: 9 Proz. großer, 67 Proz. mittlerer, 24 Proz. kleiner Besitz.
in der Stadt Hannover lagen allein 2000 Mann in bürgerlichen Quartieren. 3) nach der utschen Volkszeitung“ vom 1. 11. 1866 betrug die jährliche Belastung des Hausbesitzes 36 000 er. 4). Oncken, a. a. O. II,88. 5). es handelte sich um einen Steuerzuschlag für Kriegslasten, in den älteren Provinzen nicht erhoben wurde. 6). G. St. A,, Acten d. Civ. Cab. Rep. 89, D. V. Z., vom 6. 11. 1866.

Zentralisierung" ließ sich nicht bannen (1). (2).

Da auch noch der Protest der Beamtenschaft greifbare Form annahm — zum Beispiel die Resolution vom 7. November — glaubte Bismarck gegen diese Gefährdung der neuen preußischen Behörden mit aller Schärfe vorgehen zu müssen. Renitente Beamte wurden ihres Amtes enthoben und durch altpreußische ersetzt. Die Landdrosten von Hildesheim und Aurich und der Generalpolizeidirektor von Engelbrecht mußten ihren Dienst aufgeben (3). Da aber in so kurzer Zeit [illegible] ergebene Beamte noch wenig zu rechnen war, so ergaben sich bald die unerfreulichsten Zustände. Die noch verbliebenen Beamten bis zum Gendarm und Schutzmann herunter übten mit Vergnügen Renitenz gegen die neuen, die sich desto eifriger zeigten, obwohl sie meist aus Berlin und das erste Mal in ihrem Leben in Hannover waren.

Auf weitere Einzelheiten sei im folgenden Abschnitt eingegangen, hier sollte nur kurz gezeigt werden, daß Bismarck eine gründliche Neuorganisation mehr als wünschen konnte. Denn die Selbstverwaltung, die Bismarck bereits im August in Aussicht gestellt hatte, und die Versicherung, daß man nicht sofort alles preußische Wesen in Hannover anwenden wolle (4), mußte beschleunigt in die Tat umgesetzt werden.

1). Stern, a. a. O., IX, 73. 2). zu gleicher Zeit mußte die „Celler Zeitung" ihr Erscheinen einstellen, da ihre proannexionistische Haltung die Erbitterung des Publikums herausgefordert hatte. 3). V[illegible] 4). VIa, Nr. 831.

Die Vertrauensmänner

Am 1. Oktober 1866 erging an das Staatsministerium eine „von den Mitgliedern der Magistrate und Bürgervorsteherkollegien der selbständigen Städte Hannovers beschlossene“ (Thimme) und von em Stadtdirektor J. Rasch, dem Rittergutsbesitzer R. von Bennigsen nd dem Bürgermeister Hugenberg-Uelzen unterzeichnete Adresse und ie „ehrerbietige Bitte: Sorge tragen zu wollen, daß bei der Neuge-altung der Angelegenheiten des hannoverschen Landestheiles der Bei-ath einer größeren Anzahl von Vertrauensmännern der hannoverschen Bevölkerung auf geeignetem Wege herangezogen und gehört werde“... (1).

Diese — ausführlich begründete — Eingabe wurde am 2. Oktober on Hardenberg befürwortet, der auf die Versicherung Bennigsens hin-ies, „daß . . . geeignete Persönlichkeiten aus der Ritterschaft trotz er vielfach zu Tage getretenen Abneigung, unter das Preußische Zepter u treten, jetzt, wo die Einverleibung zur vollenden Tatsache geworden ei, bereit sein würden, der Preußischen Regierung und noch mehr dem igenen Lande mit ihrem Rathe zu dienen.“

Bismarck schloß sich am 3. November dem Berichte Hardenbergs ollkommen an: „ . . . eine solche Maßregel erscheint nicht nur we-entlich förderlich zur Beruhigung der Bevölkerung, sondern auch ringend wünschenswerth, zu dem Zweck, um der Königlichen Regierung elbst die nothwendige Klarheit und Übersicht über die Verhältnisse zu eben. . . . Es wird sich bei den von diesen Vertrauensmännern ab-ugebenden Gutachten nicht um die augenblickliche Verwaltungsmaßregel ährend des Provisoriums, sondern wesentlich um die Rücksichten andeln, welche auf die eventuell beizuhaltenden provinziellen Eigen-hümlichkeiten des neuen Theiles der Monarchie bei der künftigen efinitiven Gestaltung zu nehmen sein werden“ (2).

Während Bismarck sich zur Erholung nach Rügen begeben mußte, urchlief die Eingabe — deren Beschleunigung ja in der Natur der Sache lag — die einzelnen Ministerien und die prinzipielle Ordnung er neuen Länder geriet „ein wenig ins Stocken“ (3).

Obwohl sich der Kultusminister von Mühler am 14. November vollkommen einverstanden“ erklärte, indem er „den darin angedeuteten weck der zu berufenden Versammlung für ebenso dringend wünschens-ert als auf diesem wohl erreichbar“ hielt, und sich auch der Land-irtschaftsminister am 13. November „ungeachtet mancher Bedenken“ em befürworteten Vorschlag nicht entgegentrat, glaubte der Finanz-inister in seinem Votum vom 19. November neue Gesichtspunkte an-ringen zu müssen.

> „Zuvörderst kann ich die Erwartung nicht theilen, daß eine derartige Maßregel zur Beruhigung der Bevölkerung sowie zur Verminderung des vorhandenen Mißtrauens und der Besorgnis vor Mißgriffen erfolgreich beitragen werde“ . . . . „Deshalb habe ich mich dahin ausgesprochen, daß es unaufschieblich sei, den in Preußen geltenden staatsrechtlichen und Verwaltungsnormen im ehemaligen Königreich Hannover Eingang zu verschaffen, und daß, je rascher und energischer

. G. St. A. Rep. 76,II, Akten des Kultus-Ministeriums. 2). von Thiele i. A. des Außenministers m 3. 11. 1866. 3). Thimme, VIa,11.

die Staatsregierung hierbei zu Werke geht, um so eher ei
Stärkung der überwiegenden Preußischen Sympathien und
Entmuthigung der frondierenden Elemente im Lande erwar
werden dürfe. Durch die Berufung und Anhörung sogenann
Vertrauensmänner würde nicht nur eine längere Zeit verlor
gehen, deren angestrengteste Benutzung von äußerster Wichtigk
ist, sondern auch die Staatsregierung den Schein der Une
schlossenheit und des Mangels an klar vorgesteckten Zielen c
sich laden. . . ."

Desgleichen vermochte der Handelsminister am 24. November „d
Vorschlägen Hardenbergs in keiner Beziehung zuzustimmen".

„Ich meine, daß sachlich der wiederholt gegebenen Zusa
wonach die berechtigten Eigenthümlichkeiten der neuen Land
theile in jeder thunlichen Weise geschont werden sollen,
vollstem Maaße zu entsprechen ist. Geschieht dies aus fre
Entschließung der preußischen Regierung, so werden am bes
die Ziele erreicht werden, welche man bei den, hinsichtlich
Art der Ausführungen wenig klaren Vorschlägen über die
rufung von Vertrauensmännern im Auge hat. . . .
Ich theile vollkommen die Auffassung des Herrn Finanzminist
daß man Vertrauensmänner der Regierung nicht als Vertrauer
männer der Bevölkerung gelten lassen würde, und daß
Wahl von Personen, die der neuen Landesregierung ergeb
sind, die Unzufriedenen nicht zufrieden stellen würde. . . .
Allein richtig und zulässig erscheint, daß über konkrete Gege
stände, die sich nach besonderer Erwägung dazu eignen, Männ
mit ihren Gutachten gehört werden, welche für specielle
gelegenheiten besonders befähigt und des Vertrauens würd
erachtet werden können." —

Diese Ausführungen des Grafen Itzenplitz beweisen, daß ei
Berufung von Vertrauensmännern die verschiedensten Auffassung
ergab. Zu einem diese Einzelmeinungen zusammenfassenden Urt
vermochte allein der Kriegsminister von Roon zu kommen: sein Vot
vom 7. Januar spricht für sich selbst (1):

„Mit dem . . . Votum des . . . Finanz-Ministers bin
. . . einverstanden, daß es unaufschiebbar ist, den Preußisch
staatsrechtlichen und Verwaltungsnormen . . . Geltung
verschaffen . . . Große geschichtliche Entwicklungen vollzieh
sich nun einmal nicht ohne gewisse Härten und Opfer für
Bevölkerung und selbst die Einsichtigeren darunter werden s
diesen immer nur mit Widerstreben unterwerfen. Es bed
daher einer raschen und energischen Hand, welche die erfor
lichen Maßregeln ins Leben ruft, und in richtiger Würdigu
dieser Verhältnisse sind auch sämmtliche organisatorische M
regeln in den neuen Landestheilen dem König ohne Mitwirku
des Landtages vorbehalten worden . . . Die besonderen V
hältnisse . . . lassen es mir namentlich wünschenswert erschei
daß allen berechtigten . . . Wünschen die möglichste Berü
sichtigung zu Theil wird . . . Ich stimme mit der Ansicht
Herrn Ministers der auswärtigen Angelegenheiten . . . da
überein, daß diese Maßregel unfehlbar auf die Stimmung

1). im Auszug!

Bevölkerung günstig wirken würde. Aber auch wenn dies nicht der Fall sein sollte, wie die Herren Minister des Handels und der Finanzen annehmen, so würde sie doch vor Europa und vor der Geschichte Zeugnis ablegen, wie ernst die Regierung ihre Verpflichtung nimmt, den Wünschen und eigenthümlichen Bedürfnissen der von der Krone Preußens neu erworbenen Landestheile möglichst entgegen zu kommen . . ., daß die Zuziehung der Vertrauensmänner in der vorgeschlagenen Weise in dem vormaligen Königreich Hannover sich namentlich auch deshalb empfiehlt, damit den einer conservativen Auffassung der politischen Verhältnisse zugeneigten Persönlichkeiten, welche sich bisher aus naheliegenden Gründen dem neuen Zustande vielfach abgeneigt gezeigt haben, Gelegenheit geboten werde, sich der Königlichen Regierung mehr und mehr zu nähern." —

Unter dem Eindruck dieser Vota und auch beeinflußt durch die unehmende Beunruhigung in Hannover glaubte der Kultusminister in inem neuen Votum vom 8. Januar diese Angelegenheit „jetzt um so eniger befürworten zu können, als die inzwischen eingetretene Enticklung der Verhältnisse in Hannover gezeigt hat, daß die in jenen otis angedeuteten Besorgnisse nicht unbegründet sind, und daß die Maßregel den Übergang in die neue Ordnung der Dinge eher aufhalten ls erleichtern würde."

Der Innenminister endlich verneinte zwar, „daß die Idee einer lchen Berufung ohne Weiteres von der Hand zu weisen sei." Er etonte aber in seinem Votum vom 22. Februar (!) 1867, er würde die Vertrauensmänner unter keinen Umständen zu dem Zwecke beufen, um überhaupt Wünsche oder Vorschläge aus ihrem Munde zu ernehmen, sondern nur um ihr Gutachten über bestimmt formulierte ragen zu hören. . ."

So hatte die mit vielen Hoffnungen begrüßte Aktion, an die auch Bismarck große Erwartungen knüpfte, sich ungemein verzögert. Man eht wohl mit der Behauptung nicht fehl, daß durch eine frühere — es onnte ein halbes Jahr eher sein — Berufung der fachkundigen annoveraner eine schnellere Beruhigung geschaffen und damit auch er Hietzinger Agitation und der Legion zeitiger ein Ziel gesetzt wäre. as würde wieder zur Folge gehabt haben, daß die Voraussetzungen ur Beschlagnahme des welfischen Vermögens ganz andere gewesen ären. So müßig es ist, darüber noch Erörterungen anzustellen: die angsamkeit und die Bedenklichkeit des Ministeriums waren ungeöhnlich. Selbst als König Wilhelm die Verwirklichung seiner „so oft usgesprochenen Absicht" energisch forderte, war die Opposition der ressortminister — vor allem Heydt und Lippe — nicht zu überwinden.

„Daß es wegen der Berufung der hannoverschen Vertrauensmänner zu einer tiefgreifenden Meinungsverschiedenheit zwischen Bismarck und den „inneren Ministern" kam, über deren „Ressortpartikularismus" er seit dieser Zeit nicht genug klagen konnte, hängt wesentlich damit zusammen, daß diese aus zentralistisch-bureaukratisch-fiskalischen Tendenzen eine Übertragung der Einrichtungen der alten Provinzen auf die neuen erstrebten, während Bismarck in der Einverleibung der neuen Landesteile intuitiv den gegebenen Anlaß erkannte, um eine umfassende Dezentralisierung der Verwaltung in der ganzen

Monarchie in die Wege zu leiten" (Thimme) (1).

Hatten diese Minister schon im April 1867 „die preußische Gese gebung bezüglich der direkten Steuern in den neuen Landesteilen et geführt, was in Hannover schon einige Enttäuschung hervorrie (Thimme), so setzte Ende Juni, als Bismarck sich nach Varzin bege „ein förmlicher Wolkenbruch von Unifikationsmaßregeln ein" (Thimme) (

„. . . namentlich das Verfahren des Justizministers Graf zur Lippe forderte zu scharfen Urteilen heraus. Er benut die bis zur Einführung der preußischen Verfassung gewäh Frist zur Aufbringung einer neuen Strafprozeßordnung, a fechtbarer Änderungen des Civilprozesses, eines gemeinsam Oberappellationsgerichtes für die neuen Landesteile in Berlin dem die ruhmreichen höchsten Tribunale von Celle und Ka Platz machen mußten. Dazu kamen erbitternde Maßrege des Finanzministers von der Heydt. Durch königliche V ordnung vom 5. Juli überwies er die in den neuen Lande teilen vorhandenen Staatskapitalien, soweit sie nicht für b sondere Verwaltungszwecke bestimmt waren, der Gene staatskasse in Berlin." (Stern) (3).

Dabei handelte es sich bei dem Domanial-Ablösungs- und V äußerungsfonds um eine spezifisch hannoversche Angelegenheit (4). T Einführung einer preußischen Stempelsteuer und die Aufhebung d Lotterien in Hannover und Osnabrück traf zusammen mit kleinlich Schikanen der unteren Behörden: die allgemeine Erregung in Hanno war mehr als verständlich.

Bismarck, der „nicht borrusificieren, sondern die Eigentümli keiten conservieren wollte" (5), war über diese hinter seinem Rück getroffenen Anordnungen äußerst entrüstet, und er sah sich genöti beim König vorstellig zu werden, der des Glaubens war, daß Bisma mit den Maßregeln der Ressortminister einverstanden gewesen wä und jetzt darauf drang, daß „Remedur im einzelnen getroffen werde" (denn die preußische Bureaukratie, „mit ihren Wünschen und Gewoh heiten, alles über einen Kamm zu scheren" (7) hatte die früheren Z sagen König Wilhelms unbeachtet gelassen.

Doch konnte nicht mehr verhindert werden, daß die Erregung Hannover zur Erbitterung anwuchs, zumal noch am 23. Juli i Königin Marie das Land verlassen hatte.

Namhafte Persönlichkeiten teilten die Empfindung des Volk Bennigsen fühlte sich äußerst „erbittert" über diese so unverständig g handhabte Diktatur. Dalwigk (8) äußerte in einem Gespräch mit d preußenfreundlichen Prinzessin Alice, daß Preußen in den ann tierten Ländern durch Gewalt und unter dem größten Widerstreb der Bevölkerung herrsche: „Ich würde lieber Republikaner werd als mich einem solchen Regime unterwerfen." Und Kronprinz Friedr Wilhelm, der schon im Dezember 1866 in einem Brief an seinen E zieher Professor Ernst Curtius (9) die betrübenden Zustände Hannover beklagt hatte, verhehlte jetzt am 1. August 1867 Bisma nicht seine Besorgnis über das „diktatorische und bürokratische Vorge der Minister Eulenburg und Lippe" (Thimme) und die dadurch r

1). VIa,12, Anm. 2). VIa,12. 3). Propyläen-Weltgeschichte X,112. 4). Das Gleiche galt für berühmten Klosterfonds, der vom Finanzminister auf eine Anfrage Miquels am 3. August als eine: pia causa: anerkannt wurde. 5). VIa,Nr. 831. 6). VIa,13. 7). Stern, in Propyl Weltgesch. X,73 f. 8). Tagebücher, 315. 9). vgl.: Niedersächsische Zeitung, Nr. 6 vom 11. 1. 1

achte gereizte Stimmung in Hannover. Ihm antwortete Bismarck, deswegen seinen Urlaub abbrach, am 7. August von Ems, daß er nfalls „den Mangel an richtigem Augenmaß für politische Dinge", lche einige seiner Kollegen an den Tag gelegt hätten, beklage. Er bestrebt gewesen, „das Geschehene und Beabsichtigte nach Möglich- t zu modifizieren" (1).

Die Vertrauensmänner hatten inzwischen vom 29. Juli bis zum August erstmalig im Berliner Ministerium unter Vorsitz Eulenburgs agt. Die Wünsche nach Errichtung eines großen Provinzial-Land- jes unter Erhaltung der Provinziallandschaft konnten — unter- tzt durch Bismarck — Berücksichtigung finden (2). Doch war in zelnen Teilen des Landes das Verlangen nach Berufung eingesessener rtrauensmänner nicht berücksichtigt worden (3) und der psychologisch nstigste Moment der Berufung war durch die Monate lange Verzö- rung verpaßt. Die Stimmung, auch in den gemäßigten Kreisen, war te andere geworden als im Herbst 1866. Wie unklug und unhöflich nen- und Justizminister vorgingen, zeigt ein Gesuch der Stände des ndes Hadeln um Belassung ihrer alten Rechte und Zuziehung von rtretern der Landschaft. Das Gesuch wurde ohne Erteilung eines sonderen Bescheides zu den Akten gelegt, weil — die Wünsche zu all- mein gehalten seien! (4)

Die Polizeibehörden standen nicht zurück: sie sorgten dafür, daß ine rechte Ruhe aufkam! Während des Übergangsjahres leitete Land- Steinmann kommissarisch die Geschäfte der Generalpolizeidirektion Hannover (5). Steinmann, persönlich wohlwollend und meist sehr timistisch, berichtete zwar von einer beruhigten politischen Stimmung. och herrschte in den Kreisen der „Malkontenten" und der „partiku- ristischen Partei" manche Unruhe und die Polizei beantwortete diese t oft drakonischen Mitteln, sodaß auch Bismarck mit Steinmann nig zufrieden war. Anlaß, seine Entfernung beim Innenminister zu angen, bot die zuerst rätselhafte Flucht des hannoverschen Premier- utnants von Holle, der wegen „welfischer Umtriebe" verhaftet war. olle war es im Frühjahr 1867 mit Hilfe eines althannoverschen Ge- igniswärters geglückt, nach Holland zu entfliehen. Wenn Steinmann ch nicht für jeden Unterbeamten bürgen konnte, so wurde er doch rantwortlich gemacht. Es kam hinzu, daß er es beispielsweise nicht chindern konnte, daß zum Vergnügen der Hannoveraner selbst tischen Militär und Polizei Reibereien entstanden. Bismarck erbat m König am 29. August die Versetzung dieses Beamten, da „eine che ungeschickte Anwendung der Polizeigewalt ganz geeignet ist, die ußischen Zustände in übelem Lichte in dieser neuen Provinz erscheinen lassen" (6).

Nachfolger Steinmanns, den Eulenburg darauf in sein Ministe- um berief, wurde später Herr von Leipziger aus Königsberg, der einen sonders ungünstigen Eindruck durch sein „preußisches" Wesen im nde machte.

Vla,14. 2). vgl.: Anmerkung Thimme in Vla,Nr. 873. 3). Stern in a. a. O. X,73.
G. St. A., Akten des Kgl. Civil Kabinetts, Rep. 89. 5). Seine Berichte standen für diese eit zur Verfügung. (G. St. A., Min. d. Innern. Rep. 77). 6). Vla, Nr. 845.

Stolbergs Berufung

Eine Besserung dieser unerfreulichen Zustände und eine Beseitigung dieser so schnell zu Tage getretenen Spannungen konnte erst erhofft werden, als nach Ablauf des Übergangsjahres, an dessen Ende die preußische Verfassung in Kraft trat, auch für Hannover ein Oberpräsident als leitende Instanz bestimmt war. Auf Bismarcks Wunsch wurde nicht ein Altpreuße, was Hardenberg und Voigts-Rhetz waren, sondern der auch in Hannover begüterte Graf Otto zu Stolberg-Wernigerode am 14. September 1867 ernannt. Die Zivilverwaltung mußte ihm der Generalgouverneur abgeben.

Stolberg hat mit seinem Verständnis für die wirklichen Interessen der Provinz sehr segensreich und ausgleichend gewirkt. Ihm ist es vor allem zu danken, daß 1870 sich der überwiegende Teil der Bevölkerung auf die preußische und deutsche Seite stellte. Er hat — soweit es ihm noch möglich war — die Fehler des Übergangsjahres liquidiert und hat die Hietzinger Agenten pflichtgemäß, aber maßvoll bekämpft.

Ein erstes Verdienst um die Provinz erwarb sich Stolberg nach Eröffnung des neugewählten Provinziallandtages am 21. September 1867 dadurch, daß er den Bennigsen'schen Antrag auf Überweisung des hannoverschen Domanialablösungsfonds in Höhe von etwa 16 Millionen Taler an die Provinz bei Bismarck unterstützte. Da der Antrag einstimmig vom Provinziallandtag angenommen war, bat Stolberg dringlich um die Genehmigung des Staatsministeriums. Bismarck antwortete ihm zuerst in einem Privatschreiben vom 26. September, daß er (Stolberg) sich Stellung und Aufgabe erschwere, „wenn Sie die dort vorkommenden Anträge in einer Weise behandeln, als hätten Sie eine gewisse Verpflichtung, zu denselben sofort eine positive Stellung einzunehmen“ (1).

Einen guten Überblick über die Zustände in Hannover von 1867—1870 geben die Zeitungsberichte (2) des Oberpräsidenten, die er auf königliche Anordnung vom 26. August vierteljährlich an König Wilhelm erstattete (3). Diese Berichte enthielten Feststellungen über die öffentliche Stimmung, die Presse, innere Verwaltung, Polizei, Domainen, Steuern, geistliche und Schulverwaltung und die öffentlichen Bauten.

Zusammen mit den politischen Schriften Bismarcks, die durch die Anmerkungen Thimmes auch einen weiteren Überblick geben, bieten diese Zeitungsberichte einen ausgezeichneten Querschnitt durch die Zeit der langsamen Assimilation des Königreiches an Preußen. Sie berichten auch von dem Kampf und dem Fortschreiten der hannoverschen Bewegung. Die Aktionen des Hietzinger Hofes nehmen geringeren Raum ein und dann meist nur im Zusammenhang mit der Welfenlegion.

Als ein Beispiel für die vornehm-sachliche Berichterstattung Stolbergs und zugleich als Skizze der Lage bei seinem Amtsantritt ist in den Anlagen (4) ein Bericht von ihm über die „öffentliche Stimmung“ vom 6. Dezember 1867 beigefügt, der im Gegensatz zu den bisherigen Berliner Methoden überraschendes Verständnis für die wahren Voraussetzungen der Opposition, beispielsweise bei der Landbevölkerung, wie auch für die wirtschaftlichen Interessen der Provinz zeigt.

---

1). VIa,60. 2). im Folgenden abgekürzt citiert: „Z“ mit Datum der Ausfertigung. 3). im G. St. A., Akten des Kultusministeriums, Rep. 89. 4). Nr. I. derselben.

Wie kritisch die allgemeine Lage, besonders politisch für Preußen
ar, hatte ja schon der Kronprinz am 1. August betont. In seinem
rief an Bismarck hatte er „das Bild der Lage richtig gezeichnet;
laubten doch immer weitere Kreise zu erkennen, daß der norddeutsche
undesstaat in Wahrheit ein Großpreußen sei, konnten doch die reak-
onären Minister Preußens und die Bürokratie taktlos schalten und
alten, trat doch andererseits der alte preußische Partikularismus
eder deutlich zutage. Dazu kam, daß das Glück der deutschen
nheit in erhöhten Steuern und Rekrutenziffern zu bestehen schien,
ß die unitarische Partei auf dem norddeutschen Reichstag nicht
rchgedrungen war, und daß die Luxemburger Krise trotz Preußen
t dem Verlust des deutschen Landes geendet hatte“ (Schüßler) (1).

Eine Besserung der Zustände war dringend erforderlich: wie
limm diese teilweise waren, wie fast künstlich durch die Bureaukratie
n an sich ruhiges Volk aufgeputscht war, wie ein stilles, aber zähes
ingen mit dem neuen, so wesensfremden Element begann und wie
durch die Principien Georgs V. eine Gegenaktion der preußischen
egierung auslösen mußten und dieses schroffe Vorgehen wieder eine
neute Protestbewegung im hannoverschen Lande zur Folge hatte: wie
es alles zur Ursache einer hier entstehenden föderalistischen Partei
Norddeutschland wurde, wird im Folgenden zu zeigen sein.

1. Schüßler, Süddeutschland, 265.

3. Kapitel:

Der Widerstand des hannoverschen Volkes

Die Einstellung zur neuen Lage

Sehr vielen Hannoveranern fiel es schwer, sich an die neue Ordnung zu gewöhnen. Der Zwang der Verhältnisse brachte wohl ein äußerliches Zustimmen mit sich, aber die innere, freudige Bejung blieb aus.

Diese Verneinung wurde natürlich durch die Proteste König orgs und die Hietzinger Agenten noch verstärkt, aber nicht etwa von sen hervorgerufen. Denn die Abneigung gegen das Preußentum r historisch gegeben.

Es ist auch abzulehnen, wenn von gewissen Kreisen dieser gesunde, te und geschichtlich gewordene Föderalismus die diffamierende und bei schiefe Bezeichnung :Partikularismus: erhielt! — Bismarck konnte Welfentum und Partikularismus" aus rein politischen Gründen noch 1 ehesten gleichsetzen, da er diese hannoversche Bewegung nur aus r Perspektive seiner Zeit und seiner Umwelt sah. Nur so ist sein rn über das Welfentum, das er mit „Ehrlosigkeit" identifizierte, zu rstehen (1). Wenn aber noch heute von den unentwegten Unitariern er Großpreußen jedes Stammesbewußtsein als Partikularismus hinstellt wird, so ist zu fragen, wann denn eigentlich diese Hannoveraner nals Loslösungsbestrebungen von Deutschland gezeigt haben? Denn ses gewiß sehr mächtige und für die nationale Entwicklung nöje Preußen war ja auch nur ein „Land" (2) und hat — vom nanaldeutschen Standpunkt aus gesehen — mehr partikulare Neigungen alog zu den von Bayern 1806 durch Napoleon I. erworbenen und hyperbetonten „Reservatrechten" gezeigt als das alte Kurfürstentum nnover.

Wenn die jetzt entstehende „welfische Partei" als partikulare bechnet wurde, so war dies nur insofern richtig, wenn die Signierung Berlin geschah und man Preußen mit Deutschland gleichsetzte.

Konstantin Frantz hat schon 1870 darauf hingewiesen, daß man Wasser und Feuer zusammenbrächte, wenn „eine Annexionspolitik und ie Centralisationspolitik ihren Abschluß in einem Bunde finden soll, r doch vielmehr die entgegengesetzten Tendenzen voraussetzt" (3). In iedersachsen war die Tendenz zum „Stammesherzogtum" immer vorrschend gewesen und trotzdem haben die Nachkommen der alten achsen — nebst den Bajuvaren noch der reinste deutsche Stamm — ts das ganze Vaterland tapfer gegen den äußeren Feind verteidigt.

Es mußte dies zum Verständnis der Widerstandsbewegung ebenso m Ausdruck gebracht werden wie im Folgenden sich eine weitere oraussetzung in gebotener Kürze anschließen soll: das Land Hannover.

Preußen übernahm ja 1866 nicht Gebiete, in denen es — wie ist im Osten — seine unbestreitbare Begabung als Pionier deutscher ultur und wirtschaftlicher Kolonisator schöpferisch anwenden konnte, ndern es fand einen Staat vor, der ein anderes Wachstum und einen deren inneren Aufbau sein Eigen nennen konnte.

Dieser Staat und seine Bevölkerung müssen Ausgangspunkt für gliche Würdigung der neuen Provinz Hannover sein.

Das Land: Das Königreich Hannover umfaßte im Dezember 64 698 Quadratmeilen (ca 39 000 qkm) mit 1 923 492 Einwohnern (4).

VIa,417. 2). Im Sinne der Weimarer Verfassung. 3). K. Frantz, Die Schattenseite des ddeutschen Bundes, S. 1. 4). Schultheß, Europäischer Geschichtskalender, 1866, S. 179.

Seine Grenzen umschlossen ein auf den ersten Blick recht verschiedenes Gebiet: Bergland, Tiefland, Geest und Marsch. Das — katholische — Emsland durch das Großherzogtum Oldenburg fast vom Kern des Staates getrennt (1), der südliche Göttinger Teil mit braunschweigischen Exklaven durchsetzt. Das große Flußsystem des Landes, die Weser, in seinem unteren, bedeutendsten Teil in Bremer Besitz, die Elbe von Hamburg beherrscht, die Heide noch wenig erschlossen; als kleines Zentrum blieb nur die Hauptstadt: Hannover. Freie Bauern im Norden, der Adel mit zuweilen großem Landbesitz in den mittleren Teilen und kleine Höfe im bergigen Süden gaben den Siedlungen ihr Gepräge. Auch die Schichtung der Bevölkerung war verschieden: der Marschbauer der Lande Bremen-Verden-Kehdingen-Hadeln usw. war seit altersher im Herzen Republikaner geblieben, der Geestbauer dagegen gut königlich gesinnt, der Adel jener Gegend betonte bei aller Anhänglichkeit an den Staat doch gern ein starkes Provinzialgefühl. Das ebenfalls katholische Eichsfeld und Hildesheim waren wieder durchaus patriotisch-hannoverisch. Hier ist überall das niedersächsische Stammeselement vorherrschend, zu dessen Fundament die Ostfalen beigetragen hatten: also ein rein deutscher Volksboden. Nur die sieben Bergstädte des Harzes, ein Teil des Eichsfeldes und das Wendland hatten eine Bevölkerung anderer und verschiedener Herkunft.

„Alle diese Landesteile bilden geographisch und ethnographisch, geschichtlich und sozialgeschichtlich ein festes Ganze mit den alten Erblanden"! (Hodenberg). Besonders der historisch gewordene und der gemeinsame soziale Aufbau kann nicht genug hervorgehoben werden; war er doch maßgebend für die Entwicklung des Landes und die Wesensart seiner Bewohner geworden und ist es geblieben. Dieses niedersächsische Volk, in seinem Stolz, seiner einfachen Geradheit und seiner geschäftsmäßigen Nüchternheit, seinem fast rücksichtslosen Rechtsgefühl mit seiner „juristischen" Behandlung der politischen Lebensfragen (Hodenberg), seinem „Partikularismus" und seinem deutschen „Sonderpatriotismus" — „er ist das Medium, durch das unser Volk unser Deutschland liebt" (Hodenberg) — war im damaligen deutschen Raum etwas Einmaliges und Besonderes geworden. In wenigen der anderen deutschen Länder fanden sich so geringe soziale Unterschiede, eine solche Einheit der Sprache, des Stammesbewußtseins, des Fühlens und Denkens und: eine solche Liebe zum Heimatland.

Diese fast gemeinsame Bejahung — von den unentwegten Liberalen abgesehen — des Hannoverschen Staates ist des Hinweises wert: wie viele der deutschen Staaten war auch Hannover durch verschiedene Verträge vergrößert und zusammengesetzt, noch 1815 waren die Ostfriesen, die Osnabrücker Westfalen, die Hildesheimer mit ihren verschiedenen Konfessionen und ihrer abweichenden gesellschaftlichen Schichtung dem alten, lutherischen Kernlande des Hauses Braunschweig-Lüneburg zugeteilt worden (2). Sie fanden hier keineswegs Verhältnisse vor, die ihnen zusagten: „An politische Herrschaft einer Junkerkaste waren die Marschbauern, die treu zu ihrem Friederikus rex und dem preußischen Adler gehalten hatten, nicht gewöhnt" (3). Gewiß war die vielberufene Adelsherrschaft „ein Unding, vor allem wegen der wirt-

1). Der „Zusammenhang" am Dümmer waren nur ca. 4 km. breit. 2). In Ausführung des Reichenbacher Vertrages erhielt Hannover von Preußen: Bistum Hildesheim, Goslar, Ostfriesland und einen Teil von Lingen und Münster, dafür trat es den rechtselbischen Teil des Herzogtums Lauenburg an Preußen ab. (Rosendahl, a. a. O., S. 746). 3). Oncken, a. a. O. 1, 38.

schaftlichen Grundlagen, die ihr zur Verfügung standen" (1). Denn im preußischen Osten besaßen die Großgrundbesitzer gewaltige Flächen, eine größere wirtschaftliche Macht, hier in Hannover überwog der mittlere Grundbesitz, der teilweise nur Güter in Form ansehnlicher Bauernhöfe sein eigen nennen konnte. Das ist ja aber das Entscheidende: während in „Ostelbien" — wie man es in Hannover gern benannte — der Gutsherr nur Kolonisator war und zuweilen in sehr unpersönlicher Beziehung zu seinem in „Katen" wohnenden „Arbeitern" stand, so finden wir in Niedersachsen Gutsherrn und Gesinde in gemeinsamer Liebe zu ihrer Scholle, mit der Beide seit Jahrhunderten behaftet waren. Der soziale „Klassengegensatz" war hier so gering und das Verhältnis zwischen Herr und Knecht ein viel persönlicheres. Das gab dem ganzen Lande ein eigenes, konservatives Gepräge.

Die politischen Kämpfe und Auseinandersetzungen der Zeit, die in den „liberalen und parlamentarischen" Ländern des Deutschen Bundes in den blutigen Ereignissen von 1848 eine ungewöhnliche Steigerung erhielten, wurden in Hannover nicht auf der Straße ausgetragen. Es war ein geistiges Ringen des aufstrebenden Bürgertums und der freien Bauern mit dem altgewohnten Adelsregiment, das sich jedoch in vielen Fällen zu einer Verständigung bereit fand. Trotz des Staatsstreiches des Königs Ernst August, trotz der „langwierigen Verfassungswirren, die nichts als eine unerquickliche Versumpfung zurückgelassen hatten" (Hodenberg), trotz der häufigen Regierungskrisen seit der Thronbesteigung Georgs V., trotz der „ständischen Orientierung" und all der vielen inneren kleinen Gegensätze war doch das hannoversche Volk seiner niedersächsischen Art treu geblieben: Gemeingeist, Liebe und eine gewisse Gefühlspolitik diktierten sein Handeln. Von diesem Standpunkt aus kann man verstehen, daß das preußische Wesen fremd erschien (2).

Es war nicht nur der Unterschied der Verwaltungssysteme, sondern auch die besondere Art und Haltung des hannoverschen Menschen, der sich mit dem preußischen Wesen nicht befreunden konnte. „Mehr als es irgendwo der Fall ist, hat Hannover einen hochgebildeten Beamtenstand. Ich bin in Preußen, Sachsen usw. ziemlich hochgestellten Leuten begegnet, die sich äußerlich wie Krämer oder Handwerker gebärdeten, während dies in Hannover gewiß zu den sehr seltenen Ausnahmen gehört" schrieb am 19. Januar 1847 der junge Bennigsen an seinen Vater. Diese Sätze sprechen für sich, ebenso wie 1806 die instinktive Angst des hannoverschen Bauern vor dem neuen Landesherrn in Berlin, vor der größeren Steuerlast, die er befürchte und dem preußischen Adler an den Grenzpfählen, vor dem er mit zugehaltenen Taschen stand: „Ik mach mik dreien, wohen ik wil, hei kikt mik immer in meine Taschen" (3). — (4) (5).

1). Oncken, a. a. O. I, 40. 2). . . . . „Der große Unterschied der beiden Verwaltungssysteme, von denen das eine, wie es in England und Deutschland und namentlich bei uns in Hannover, noch in wohlthätiger Wirksamkeit war, auf Vertrauen beruht, das andere, das französisch-preußische bürokratische System, auf Mißtrauen, auf straffer Disciplin, Kontrolle und strengen Strafbestimmungen basiert, besteht eben darin, daß das erstere den Beamten als sittlichen Menschen nimmt, der mit Gewissen, Rechts-, Ehrgefühl, Pflichteifer und Liebe zur Sache arbeitet, das andere das Volk begegen ihn zum abgerichteten Thier und zur Maschine herabwürdigt und ihn dazu treibt, die Unterthanen ebenfalls wieder als gewissenlose Objecte der Verwaltungstätigkeit aufzufassen. Daher das verächtigte, anmaßende Wesen der preußischen Demokratie" (Hodenberg). 3). Hoffmann von Fallersleben, aus meinem Leben I, 16. 4). Auf die gemeinsame englisch-hannoversche Geschichte seit 1714 kann hier ebensowenig eingegangen werden wie auf die ganze historische Entwicklung des Hauses Braunschweig-Lüneburg überhaupt. Hermann Oncken hat im ersten Kapitel seiner Bennigsen-Biographie eine eingehende Darstellung mit dem persönlichen Einfühlungsvermögen des

Handel und Industrie haben sich daher — oft aus kaufmännischen Interessen — am besten und schnellsten mit der neuen Lage abgefunden. Dabei war das alte Königreich garnicht so rückständig, wie es zuweilen dargestellt wurde. König Georg hat sich dem neuen Zeitgeist nicht verschlossen, aus den in Wien 1815 neu erworbenen Landesteilen waren frische Kräfte und Geister zugeströmt. Umsichtig und planvoll ging die Regierung an den Bau neuzeitlicher Straßen, die noch später auf preußischer Seite besondere Anerkennung fanden, und eines staatlichen Eisenbahnnetzes (6). Eugen Richter bezeichnete 1869 Hannover als ein gutregiertes Land mit vorzüglichen Finanzen: „Es hatte nur wenig Eisenbahnschulden und seine Eisenbahnen rentierten sich gut. Wäre das Königreich Hannover selbständig geblieben, so wäre es 1875 schuldenfrei und seine Bürger bald steuerfrei gewesen“ (7).

Dem Lande kam hierbei nicht allein der allgemeine Wohlstand und der wirklich große Reichtum des Welfenhauses zu Gute — besonders in der Hauptstadt, wo viele der kleinen „ouvries“ nur vom Hofe lebten, — sondern auch die Reformen des Grafen Münster. Dieser hatte 1827 die neue Landeseinteilung in 6 Landdrosteien, sowie weitere Vereinfachungen des Verwaltungsapparates eingeführt (8), sodaß die neue Industrie und seit dem Zollverein der niedersächsische Handel gefördert werden konnte.

Die Voraussetzungen zu einem modernen Staat mit einer über die Landesgrenzen hinausreichenden politischen Geltung waren somit gegeben: zu der geographischen und wirtschaftlichen Lage, der Tüchtigkeit seiner Bevölkerung und den guten internationalen Beziehungen kam noch ein zwar kleines — ca. 20 000 Mann — aber schlagfertiges Heer. Die Organisation und die Ausbildung einer so tüchtigen Truppe wie der hannoversche Volksstamm sie liefert (9), war eine gute, die Auslese der Mannschaft und der Geist derselben vorzüglich. Eine ruhmvolle Tradition, die Kämpfe um Gibraltar und unter dem Herzog von Braunschweig, gab einen starken moralischen Halt und den „Langensalzakämpfern“ eine innere Hemmung, jetzt als preußische Soldaten dienen zu müssen.

---

geborenen Niedersachsen gegeben; ebenso ist Erich Rosendahls Werk hier anzuführen. Die Unio mit England war nicht so unvorteilhaft: England gab durch die Hand des gemeinsamen Herrsche weit mehr für Hannover aus als umgekehrt, und dieses hatte einen politischen Rückhalt an d mächtigen außerdeutschen Staate. Es stand naturgemäß immer auf der Seite der von Frankre bedrohten Nation, also auch Deutschland! Diese Niedersachsen konnten stets — ohne irgend e Bindung gegenüber Frankreich einzugehen — ihr Deutschtum besonders stark betonen, auch wa sie dabei „die kontinentale Angriffsfläche innerhalb der englischen Position“ (Oncken, a. a. O., bilden mußten. Die Schattenseiten, daß z. B. hannoversche Landeskinder für rein englische I teressen in Übersee bluten mußten, wurden doch aufgewogen von dem großen, nationalen Gedank wohl dem ersten, der sich in den Kämpfen gegen die Franzosen und Napoléon bilden und kräftig konnte. 5). Es soll an dieser Stelle noch eine Skizze von dem Hannover gezeichnet werden, w es 1862 Bismarck bei Übernahme des Ministeriums vorfand. So ablehnend die allgemeine Stimmu des Volkes gegen das „verhaßte preußische Wesen“ seit langem war (Busch), so wurde der Gegen zwischen den beiden Staaten doch erst in den 50er Jahren akut. Es war „die Zeit der Eis bahnen in die glückliche Unentwickeltheit unseres Landes hereingebrochen“ (Hodenberg), die da verbundene Neuordnung der Wirtschaftsformen änderte die Struktur und die politische Positi des Landes. Hatten wir bis jetzt einen einheitlichen Wirtschaftsraum mit dem Blick nach d Meer, ein Land des reichen Bodenertrages oder — in der Heide — der Vieh- und Forstwirtsch vor uns, so fand die von England ausgehende Industrialisierung besonders in dem alten Con minium Hannover einen geeigneten Eingang. Somit auch der Liberalismus und Kapitalism das Aufsteigen neuer bürgerlicher Schichten, die nun Gleichberechtigung mit dem Adel und d Ständen forderten. Das Volk war dadurch noch nicht gespalten — wie schon damals in ma Industriestaaten —, aber diese liberalen fortschrittlichen Kreise mußten naturgemäß in einer en Anlehnung an das große Nachbarland Preußen eine Förderung ihrer rein wirtschaftlichen u persönlichen Belange sehen. 6). Vgl. Rosendahl, a. a. O. 796. 7). Hannoversche Landeszeitu No. 15 399, 2. V. 1924. 8). Rosendahl, a. a. O. 758. 9). Bismarck in seiner Rede v 13. Februar 1869.

Diese Hannoveraner mußten nun ein System ertragen lernen, ıs ihnen neue Steuern, eine bürokratische Verwaltung und dabei eine Änderung ihrer Selbständigkeit bedeutete. Der Gegensatz war so ›trächtlich, daß der Protest die notwendige Konsequenz war. Die ›istige und materielle Auseinandersetzung mit der neuen Zeit war ıtürlich bei den einzelnen Gruppen des Volkes eine verschiedene. Jährend Handel und Industrie die Veränderung zum Teil offen grüßten, verharrte fast das ganze bodenständige Bürger- und auerntum in stummer und desto zäherer Opposition, geleitet und — t auch ungünstig — beeinflußt vom herrschenden Adel und der besonders ›i den strenggläubigen Lutheranern aber auch in den katholischen eilen führenden Geistlichkeit. Die letztere Gruppe sei vorangestellt:

Adel und Geistlichkeit: Bismarck sagte 1867 in einem Varner Gespräch (1): „. . . . In Hannover sind unsere Opponenten der ofadel und die Katholiken nnd was davon abhängt"! Der Adel, ›r sich nach Langensalza auf seine Güter oder in seine Stadtwohnungen ırückgezogen hatte, war fast einheitlich gegen das neue Regiment. Weniger aus materiellen Gründen (2) und auch nicht immer aus Anınglichkeit an König Georg, die ja bei Bennigsen, Graf Georg Münster ıd anderen nicht besonders stark war. Sondern aus der Überzeugung, ıß sich hier zwischen dem herrschenden adligen Gutsherrn (3) und ıner ländlichen Umgebung eine Verwaltung einschob, die — bei aller ücksicht auf die „Eigentümlichkeiten" — Berliner Interessen hatte ıd das Jahrhunderte alte soziale Gefühl zu zerstören drohten.

In Hannover stand der Adelsherr gleichberechtigt, nicht überordnet neben dem Großbauern der Marsch und der Heide, die ganze and-, Vieh- und Forstwirtschaft konnte daher auf die Gegebenheiten ıd den Nutzen des Landes abgestimmt werden. Diese „Autarkie" war ›stimmend für das konservative, aber doch wieder fortschrittliche, enken geworden. Die Anhänglichkeit an die Heimat, an den Boden ar von einer Stärke, wie sie nicht überall in Deutschland zu finden ar. Wenn diese alteingesessenen Grafen und Barone, von denen anche seit den Tagen der Ottonen auf ihrer Scholle saßen, „streng elfisch" und „übelgesinnt" waren, so weniger aus „Trauer" über ihre inbuße an politischer Macht oder finanziellem Gewinn, als aus Bergnis, daß auch auf diesem Stückchen deutschen Boden Junkertum ıd Liberalismus die Tradition behindern würde. Hier war alles so ar aufeinander aufgebaut, alles so geschichtlich gewachsen und auch so ›blieben, daß der hannoversche Adel diese Neuordnung aus Prinzip ›lehnen mußte. Sein Protest bewegte sich daher meist auf geistigem ebiet (4) und die Operationen einzelner, ehrgeiziger Außenseiter, wie raf Platen und seine Hietzinger Mitarbeiter, fanden nicht überall ustimmung.

Wenn der Oberpräsident — der ja selbst in naher Beziehung zum nnoverschen Adel stand — noch im Januar 1869 (5) feststellte, daß r Adel trotz der häufig wiederkehrenden Gerüchte von einer Annähung und Aussöhnung „seiner überwiegenden Mehrheit nach in der sherigen verbitterten und feindlichen Stellung" verharrte, und Stolrg sogar der Überzeugung Ausdruck gab, „daß lange Jahre vergehen

VII,213. 2). Verschiedene Familien waren auch außerhalb Hannovers begütert. 3). Die nnoverschen Besitzungen waren ja viel kleiner als in Preußen! 4). z. B. die Kundgebung der 3 Mitglieder der hannoverschen Ritterschaft vom 1. November 1866 (Hopf, 443). 5). „Z": 16. nuar 1869.

werden, bis in dieser Beziehung eine wesentliche Änderung eintritt
so konnte er doch die Staatsregierung darauf hinweisen, daß man d
„Opposition von dieser Seite kein so großes Gewicht beizulegen" brauc
te. Konnte noch der Adel in den ersten Jahren „einen gewissen Ei
fluß in manchen Gegenden und Bevölkerungsschichten" gewinnen, w
er sich „bei der positionsbedürftigen Landbevölkerung" an die Spi
der Opposition stellte, so ergab sich schon im Frühjahr 1870 (1) in d
sogenannten „Coalitions-Partei" „eine Verschärfung des Gegensatze
der verschiedenen oppositionellen Richtungen. Der Adel mit den ü
rigen Altkonservativen bereitete die Trennung von den Demokrat
vor und auch zwischen den Konfessionen kündigte sich eine Spaltu
an. Doch konnte der unter dem Präsidium des ehemaligen Ministe
von Münchhausen stehende hannoversche Wahlverein sich ausdehn
und allen antipreußischen Elementen bei den verschiedenen Wahlen
„einen Mittelpunkt und Anhalt gewähren".

In dieser Haltung, in dieser Verteidigung des Altüberlieferten
ein nicht unwichtiger Teil des Adels verblieben. Gewiß verschloß
sich 1870 nicht der Erkenntnis, „daß es nur unter Preußens Führu
möglich ist, solche militärische und politische Resultate zu erreichen" (
aber an dieser Neugestaltung Deutschlands wollten diese alt
hannoverschen Patrioten als Gleichberechtigte unter den deutsch
Staaten und nicht als Untertanen des mächtigsten mitarbeiten. Dennc
stellten sie sich jetzt der Nation zur Verfügung und Stolberg konn
mit Genugtuung seinem König melden, daß sich ein Umschwung anbahr
In der Tat hat gerade der niedersächsische Adel besonders in der Z
Kaiser Wilhelms II., der ihm aufrichtige Sympathien entgegenbrach
dem Volke seine besten Kräfte und sein ganzes Können zur Verfügu
gestellt.

Ungleich schwieriger und vielseitiger gestaltet war die Einstellu
der Geistlichkeit zum neuen Staat.

War der katholische Teil von jeher großdeutsch und österreichis
ja, wie meist in Deutschland, antipreußisch gesinnt, und war es ke
Zufall, daß der katholische Justizminister eines streng lutherischen M
narchen dessen Interessen auf das Nachdrücklichste vertreten hatte u
dennoch der Begründer der größten deutschen konfessionellen Par
und der heftigste Gegner des Reichskanzlers wurde, so stand auch d
ausschließlich lutherisch eingestellte protestantische Geistlichkeit in ein
natürlichen Gegensatz zu der preußischen Union.

Die Verkünder beider Konfessionen waren sich ihrer Macht u
ihres Einflusses beim Volke wohl bewußt und haben diese Positi
auf das Äußerste gegen den Staat verteidigt. Abgesehen davon, d
in einigen Teilen des Landes die protestantischen Pastoren durch d
Patronatssystems in einer gewissen Abhängigkeit zum Adel war
erschien es diesen Vertretern der Kirche unmöglich, die Verneinung d
göttlichen Prinzips der Gerechtigkeit, wie sie es verstanden, der Aut
rität des Staates und des Thrones zu dulden oder gar anzuerkenn
Die preußische „Revolution von oben" widersprach den Gesetzen u
Glaubenslehren beider Kirchen.

So war es fast natürlich, daß die Geistlichen, „abgesehen v
einigen wenigen Ausnahmen", in offener oder verdeckter Feindseligk

1). „Z" — 30. IV. 1870. 2). Es gab in Hannover damals Wahlen zum Reichstag des nc
deutschen Bundes, allgemeine Landtags-, Provinziallandtags-, Landschafts- und Kommunalwah
3). „Z" — 29. X. 1870.

)arrten. Sie verbreiteten die Proklamationen König Georgs und ündeten seinen Protest von der Kanzel. Als zum Beispiel im ruar 1867 die preußischen Behörden den Pfarrer Nicolassen aus herhude im Bremischen nach Minden abführten, wurde die Oppo- n bei dem engen Verhältnis von Kirche und Volk noch lauter (1).

Die in Hannover dominierende evangelisch-lutherische Kirche, die h die Erklärungen König Wilhelms hinsichtlich der Einführung der on einigermaßen beruhigt war, wurde durch die peinlichen Angriffe r seltsamen Berliner kirchlichen Zeitschrift aufs Neue erregt, sodaß von der hannoverschen Landeszeitung in Nienburg sorgsam gepflegte nnung nicht nachließ. Graf Stolberg hielt es für seine Pflicht, uf aufmerksam zu machen, „daß gerade die kirchlichen Verhältnisse hiesigen Provinz mit ganz besonderer Schonung zu behandeln sein den, indem eine Gefährdung des Bestandes der hiesigen lutherischen he schon aus rechtlichen Gesichtspunkten mehr als bedenklich eint und dieselbe außerdem in Verbindung mit der politischen nmung zu den unberechenbarsten Wirren führen würde“ (2).

Die Wahlen zur Hannoverschen Landessynode im September ergaben einen Sieg der „kirchlich extremsten und größten Theils der politisch feindlich gesinnten Partei“. Stolberg glaubte diesen hlerfolg damit erklären zu können, daß den streng konfessionellen sen die Liberale Partei allein gegenüberstand, und daß der Einfluß Lokal-Geistlichen von Bedeutung war. Doch wird der allgemeine test der hauptsächlich ländlichen Bevölkerung (3) gegen den ganzen parat des Staates mit ausschlaggebend gewesen sein. Gerade bei en an sich unpolitischen Wahlen kommt die ursprüngliche welt- hauliche Einstellung der Wähler am deutlichsten zum Ausdruck.

Die katholische Kirche verhielt sich ausgesprochen preußenfeindlich, ehr sie auch ihre Direktiven mehr von auswärts als aus dem Bereich Diözese bezog. In Osnabrück und dem südlichen Emsland (4) örte „die Mehrzahl der Katholiken der ultramontan-antipreußischen tei an (5), während in der Hildesheimer Diözese eine kirchlich ere und auch politisch weniger schroffe Richtung“ vorherrschte (6).

Im Ganzen stellte die katholische Kirche sich mehr auf die jeweilige tische Taktik der jungen Zentrumspartei und weniger auf die ittelbaren Interessen des Landes ein. So ergab sich im Laufe der re eine zunehmende Entfremdung von der lutherischen Kirche. den war aber die Opposition gegen den damaligen preußischen at gemeinsam.

Das Bürger- und Bauerntum empfand das Fremde und ewohnte der neuen Ordnung, die mit doppelten Lasten, mit Zwang Kommando, mit Verbot und Instanzenweg ihren Einzug hielt, unmittelbarsten, sozusagen am eigenen Leib, und daher am kendsten. Diese Gruppen der Hofbesitzer und kleinen Bauern, der leute und Handwerker sowie der kleinen bürgerlichen Existenzen, die eise schon dem Lager des Marxismus zustrebten, fragten weniger konservativen Prinzipien — obwohl sie sie nicht durchweg ver- neten — oder der großdeutschen Idee, sondern sie verglichen tern und sehr real das Neue mit dem genommenen Alten. Be-

olizeibericht: Steinmann, 9. II. 1867. 2). „Z“,6. XII. 1867. 3). Hannover war damals liberwiegend agrarisch! 4). Meppen war ja die politische Heimat Windthorsts. 5). In Gegend wurden sogar die Werbungen zur Welfenlegion von der katholischen Geistlichkeit gefördert. 6). „Z“,30. IV. 1870.

sonders die Bodenständigen unter ihnen, die Hausbesitzer in der Sta
wie die Eigentümer des Landes waren berufen, den unmittelbare
Protest eines sorgsam aufgebauten und eingespielten Staates vertret
zu können. Sie empfanden bei aller Anhänglichkeit und Liebe f
ihren König doch zuerst den tatsächlichen Schaden, der ihnen durch d
Umstellung erwachsen würde.

Die Gewerbetreibenden, die „Hofouvries“ und die kleinen Leu
die in den Städten, namentlich in Hannover, vom Hofe und sein
Aufträgen gelebt hatten, waren von vornherein antipreußisch gesinn
Ihre Stimmung, ihre private Meinung über den „Feind“ teilte s
dem unteren Volke mit, das bei ihnen im Dienst stand oder sich a
dem Pöbel rekrutierte. Diesen nicht unbeträchtlichen Scharen, den
die hohe Politik Nebensache war, lag die Lust am Skandalieren
Blute: an dem neuen preußischen Militär, seinen Abzeichen u
besonders seinem Wappentier, dem „Kuckuck“ — der Adler — fand
sie genügend Objekte ihres Betätigungsdranges und ein gut Teil d
bedauerlichen Exzesse und Zusammenstöße hatten ihre Ursache in de
„aktiven“ Widerstand dieser Menge. Gewiß gab es manche dabei, d
wirklich aus Überzeugung protestierten oder aus Furcht vor dem ja
„verrufenen“ preußischen Kasernendienst, der damals noch drei Jah
dauerte, in die Legion flüchteten. Den Agitatoren im Lande und a
Hietzing waren sie natürlich die dankbarste Gefolgschaft. So weit
Anhänger Lassalles waren, standen sie sowieso in „Opposition“ z
Regierung.

Doch war der Anteil dieser proletarischen Kreise an der Gesam
bevölkerung noch gering. Entscheidend waren in Stadt und Land d
alte Bürger- und Bauerntum. Beide stellten das Hauptkontingent d
schaffenden Bevölkerung und das der Militärpflichtigen, die je
ebenso wie die vielen mittleren Beamten in den preußischen Die
treten mußten. Vor allem bildeten diese Bürger und Bauern d
sogenannte breite Masse, die jede neue Belastung am ersten spürte u
sofort darauf reagierte. Eine unkluge polizeiliche Maßnahme, e
unbestimmbares Gerücht, zum Beispiel von der Rückkehr Georgs
das sich in diesen vier Jahren oft verbreitete, und auch die Beeinflussu
durch die „welfische Partei“ verursachte eine erregte Stimmun
Empfand die städtische Bevölkerung die Last der ungewohnten Einqu
tierung, so der Bauer den Eingriff der Behörde in seine bisher
ländliche „Freiheit“ und Selbstverwaltung. Wurde in der Stadt d
Einvernehmen zwischen Militär und Zivilbevölkerung bald ein besse
oder unter Stolberg „ein sehr gutes“, so verursachten doch die neu
Garnisonen manche Schwierigkeit, da es noch an Kasernen fehlte (
Die Stadt Harburg zum Beispiel stellte fest, daß sie jetzt weit me
Militär aufnehmen müsse als früher. Die Bauern beklagten sich üb
die ständige Disposition aller Gebäude für die Kavallerie-Einquartieru
Erst nach „Schaffung“ des Welfenfonds konnten umfangreiche Mit
für die reichlichen Kasernenbauten zur Verfügung gestellt werden.

Die Landleute aber, namentlich in der Heide, klagten eindringl
über die preußische Forstverwaltung, die im Hinblick auf die früh
althannoversche einen Rückschritt darstelle. Den Hauern sei es i
besonders umständlich, ihren Lohn zu bekommen, da die Verwaltu
zu langsam und unerfreulich funktioniere. Die Tagelöhner der Dörf

1). „Z“, 27. VI. 1868.

o die Meistbeschäftigten, mußten stundenlange Wege zurücklegen, bis bei der zuständigen Auszahlungsstelle waren (1).

Der Oberpräsident konnte sich der Berechtigung dieser Klagen (2) ht verschließen. „Bezüglich der Forst-Verwaltung bin ich zu der erzeugung gekommen, daß eine ausnahmslose Übertragung der in i älteren Provinzen bestehenden Organisation auf die hiesige Provinz chaus nicht zweckmäßig sein würde. Vielmehr bin ich nach näherer nntnis der Lokal- und Wirtschaftsbehörden der Ansicht, daß abgesehen n den größeren zusammenhängenden Heideforsten die Belassung inerer Verwaltungsbezirke unter Inspektionsbeamten, welche in der itte ihres Bezirks wohnen, im Interesse sowohl der billigeren Ver- ltung als eines intensiven Betriebes geboten ist. Hierdurch würde nicht ausgeschlossen sein, allmählich den Revierverwaltern eine selbst- ndige Stellung zu geben“ (3).

Am drückendsten war die Steuerlast: nach Angabe der „Ost- esischen Zeitung“ zahlte die Provinz Hannover an direkten Steuern rchschnittlich pro Kopf: 39 Groschen (4). Die Einzahlungsfrist wurde n 15 auf 8 Tage herabgesetzt und verursachte Zeitversäumnis und uen Verdruß. „Es liegt im Wesen eines großen, bureaukratisch ver- lteten Staates, daß . . . . nicht nach den Interessen des Publikums fragt wird“ schrieb spöttisch die „Deutsche Volkszeitung“ am Februar 1868.

„Die Steuern“, berichtete Graf Stolberg an seinen König, „sind sjenige Moment, wodurch der einzelne Bewohner am meisten an ne Zugehörigkeit zu einem Staate erinnert wird; es ist daher im ußischen Interesse zu beklagen, daß für die hiesige Provinz diese innerung gleich im Anfang meistens mit dem Bewußtsein einer ehrbelastung gegen die frühere Zeit verknüpft ist“.

Wenn auch die Notwendigkeit bestand, die Lasten in ganz reußen an einander anzugleichen, so ging die Veranlagung „etwas rapide“ vor sich und hatte Ungleichmäßigkeiten zur Folge (5). Die nführung der Gewerbefreiheit gefährdete darüber hinaus noch viele kleinen Handwerker, die ihre Unzufriedenheit nicht verbargen.

Soziale Mißstände blieben nicht aus: in den am Harz gelegenen ilen der Provinz war die dortige Bevölkerung durch den Wegfall ler früherer Bevorzugungen, durch die Bedrohung des Eisenstein- rgbaues und des Hüttenbetriebes“ in unverschuldete Not gekommen, rüber Bismarck einen sofortigen Bericht einforderte (6).

Im Göttiger Bezirk herrschte im Winter 1868 große Not unter n Leinenwebern, die Fabriken standen still oder beschränkten die beitszeit. Die Lebensmittelpreise zogen an (7). Kleinigkeiten, wie e Erhöhung des Portos für unfrankierte Briefe und die Einstellung r unentgeltlichen Verabfolgung von „Freicouverts“ gaben zu Klagen nlaß und selbst die Einführung der Landbriefträger und der vierten lagenklasse bei der Bahn vermochten nicht besänftigend zu wirken.

D. V. Z. 19. I. 1868. 2). Die hier als Einzelbeispiel nur angeführt sind, sie ließen sich noch mehren. 3). „Z“,4. III. 1868.

Die einzelnen Landdrosteien:

Hannover	45,6 gr.
Aurich	43,7 „
Stade	39,4 „
Lüneburg	39,2 „
Hildesheim	37,6 „
Osnabrück	30,9 „

nach einer Notiz in der D. V. Z. vom 25. I. 1868.

„Z“ 6. XII. 1867. 6). „Z“,27. VI. 1868. 7). D. V. Z., 23. I. 1868.

Die Stimmung wurde noch schlechter: die Finanznot d preußischen Staates, ein Defizit von 6 Millionen Talern (1), sowie d dadurch notwendige Einschränkung der öffentlichen Ausgaben wirkt sich ungünstig auf die Provinz aus. Der Oberpräsident beklagte zunehmende Auswanderung aus den Bezirken Aurich und Stade, dem Lande „die tüchtigsten Arbeitskräfte" entzog. Diese Abwanderu war nur wirtschaftlich, nicht politisch bedingt, sie dauerte bis 1870 u vermindert an. Mochte die Auswanderung im November 1866, sehr erheblich war (2), ihre Ursachen in der Annexion haben, die folge den waren das Ergebnis der allgemeinen Unzufriedenheit. „D Schiffer, der Bewohner der Fehne, der Moorkolonist, der Kaufma und der Handwerker entzieht sich nur ausnahmsweise der Heimat" Dennoch konnte der Oberpräsident nach Ausbruch des Krieges von 1 von dem Erwachen eines allgemeinen Patriotismus und einem gänzlichen Aufhören der Unzufriedenheit berichten. Das Ende Welfenlegion und die nachlassende Hietzinger Agitation waren zu spü und diejenigen Hannoveraner, die sich — an ihrem Protest festhaltend für das neue Deutschland begeisterten, warteten auf eine andere E und schlossen sich in der „Partei" um so fester zusammen (4).

Handel und Industrie konnten eher geneigt sein, die n Lage zu begrüßen. An sich durch den Beruf weniger an den Bo und seine Schicksale gebunden und hinausstrebend in den gan deutschen Raum, fühlte die Industrie namentlich in der Stadt Hanno die Chancen der neuen Zeit. In der Tat hat der Segen des „Welf fonds", der sich in vielen Zweckbauten des Staates äußerte, du reiche Aufträge der Stadt einen unerwarteten Aufschwung ermögli Die Maschinenfabrik von Georg Egestorff entwickelte sich zu einem größten Werke — Hanomag —, die Verbesserung der Bahnen und Post, die neue Behörden in Hannover entstehen ließen, und die G werbefreiheit boten auch in der Provinz den Anreiz nnd den Anlaß neuer Entwicklung. Wie auch in anderen Gegenden „herrschte vollständiges Eisenbahnfieber", da jeder kleine Ort den Anschluß den großen Verkehr gewinnen wollte ohne Berücksichtigung der Ren bilität, sodaß der Staat auf die „eigene materielle Anstrengung" Gemeinden verweisen mußte (5).

Offensichtliche Fehler der Regierung kamen auch hier vor: Ressortpartikularismus traf 1866=67 gerade den so empfindlichen Appa der freien Wirtschaft stärker als es erwünscht sein konnte. Wirkte schon die Finanzlage Preußens oft hindernd aus (6), sodaß man Hoffnungen auf einen sofortigen Aufschwung noch unerfüllt blieben, rief es auch „einen sehr üblen Eindruck" hervor, daß die Hauptv waltung der Staatsschulden finanzielle Anordnungen traf, die als dur aus unpraktisch empfunden wurden (7). Auf diese kann hier n weiter eingegangen werden, zumal an anderer Stelle darauf verwie wurde. Im Ganzen war man hier zufriedener als sonst im Lan da die geschäftlichen Verbindungen in Berlin es ermöglichten, auf sondere Härten aufmerksam zu machen.

Zusammenfassend darf gesagt werden: die Liberalen, die so nannten fortschrittlichen Gruppen der Bevölkerung, standen treu

1). Vla,418 Anm. 2). Am 1. November mußten 4 Extrazüge nach Bremerhaven gefahren we (D. B. Z. 1. XI. 1866). 3). „Z",30. IV. 1870. 4). „Z", 16. VIII. 1870. 5). „Z", 6. XII. 6). Der Ausbau des Bades Norderney geschah bekanntlich aus politischen Gründen mit Mi des Welfenfonds. (Vla,Nr. 1275 u. Nr. 1318). 7). „Z",27. VI. 1868.

oyal zum neuen Staat, da sie — mancher Unbequemlichkeiten unge-
chtet — doch den materiellen Gewinn sahen, den ihnen die Einfügung
n einen so großen Staats- und Wirtschaftsraum bot.

Die Landbevölkerung und mit ihr der Adel und die Geistlichkeit
erharrten meist in der Opposition und fanden noch keine Bereitschaft,
ch auch innerlich mit dem Verlust der früheren Verhältnisse abzufinden.
Unterstützung fanden sie weniger in den kleinen Städten als mehr in
er Hauptstadt, deren Bürger wieder aus den soeben skizzierten Motiven
ie neue Ordnung beklagten. Bei Vielen brauchte die innere Um-
tellung eine gewisse Zeit, da der ganze Volkscharakter zur Lang-
amkeit und Sprödigkeit neigte (Stolberg) (1).

1). Vgl. den Bericht des Oberpräsidenten vom 24. VII. 1869 in der Anlage I.

Die Methoden der preußischen Polizei und die Politik des Oberpräsidenten

Das so problematische Verhalten der Polizeiorgane war bereits mehrfach erwähnt worden. Mußte dort im Zusammenhang mit den großen politischen Fragen die Kritik allgemeiner gehalten werden, auch wenn die Ein- und Übergriffe dieser Behörde zu mancherlei bedauerlichen Weiterungen führten, so sollen hier noch einige Einzelbeispiele als Symptom der ganzen geistigen Einstellung, die zu zeigen es ja hier in erster Linie ankommt, angefügt werden.

Dieser Kleinkrieg der preußischen Exekutiv- wie politischen Polizei gegen eine zwar oppositionelle, aber friedfertige Bevölkerung hat nur eine Parallele in dem bekannten und sehr merkwürdigen Verhalten der preußischen Generäle in Frankfurt am Main im Sommer 1866. Hier wie dort wurde die Öffentlichkeit Zeuge der bedauerlichsten Fehlgriffe.

Die ersten Reibungen ergaben sich schon nach Rückkehr der Langensalzakämpfer. Diese hannoverschen Soldaten, die zum letzten Mal für die hannoverschen Farben gekämpft hatten, fanden eine vom Feinde besetzte Heimat vor, der sie zwang, die inzwischen vollzogene Annexion anzuerkennen. Der Sieger nötigte sie aber auch, in seiner Armee zu dienen. Eine lange Reihe junger hannoverscher Männer verließ deswegen lieber die Heimat, als daß sie in die Truppe eintreten wären, die sie zur Kapitulation gezwungen hatte. Die meisten begaben sich nach Amerika, England und 170 von ihnen nach Holland. „Die nach diesen europäischen Ländern Geflüchteten hatten unzweifelhaft die Absicht, im Falle einer Aussicht auf Befreiung ihrer Heimat auch ihrerseits nicht müßig zu sein" (1). Sie glaubten — nach Klopp — sich auch mit dem auswärtigen Feinde verbünden zu können, da der Bruder — Preußen — sich zum tückischen Feinde gewandelt habe, und gegen diesen vorzugehen eine Pflicht der Selbsterhaltung sei. „Die Berliner Phrasen von Preußens deutschem Berufe waren diesen ehrlichen Niedersachsen völlig unverständlich" (Klopp). Die Auswanderung nahm bald stärkere Formen an, der die preußische Verwaltung bei den noch unzulänglichen Polizeikräften nicht genügend begegnen konnte. Deshalb mußte man zu „feineren" Methoden greifen: man beugte anderwärts vor! Im Dezember 1866 wurden in Bremerhaven 90 Mann, die sich der Militärpflicht entzogen hatten, von preußischem Militär mit Bajonett und scharfer Ladung aus dem Zug geholt und verhaftet (2).

Es kam allerorts zu Zusammenstößen mit den aus dem alten preußischen Teil herangezogenen Soldaten mit ihrem „forschen" Auftreten, sodaß scharfe Maßnahmen vom General-Gouverneur angeordnet werden mußten. Die dadurch erzielte Beruhigung hielt nicht lange an, da inzwischen die Hietzinger Agenten — in Ausführung des Mindingschen Programmes — ihre Tätigkeit aufnahmen und besonders von Hamburg aus in mustergültiger Organisation die Wehrpflichtigen ins Ausland brachten. Diese bildeten dann die sogenannte Legion. Die Geflüchteten ahnten nicht, daß der preußische Staat sie als seine Untertanen mit allen Pflichten derselben beanspruchte und auf Grund

1). Klopp, Verfahren, 82. 2). D. V. Z.,17. XII. 1866.

r preußischen Militärgesetze, denen sich ja diese Hannoveraner nicht
tterworfen hatten, die Anklage wegen Dienstverweigerung und auf
ochverrat erhob. Schon im Sommer 1867 wurde von der preußischen
ronanwaltschaft gegen 208 Militärpflichtige Anklage wegen Verlassen
s Landes erhoben (1). (2). Dieses Vorgehen der preußischen Justiz
ar ein Fehler, da so den Leuten die Rückkehr in die Heimat ab-
schnitten war.

Eine weitere Verschärfung entstand, als auf Befehl des General-
ouverneurs jeder Widerspenstige nach Minden gebracht wurde. Schon
n Dezember 1866 ließ der Gouverneur prominente Glieder des Adels
is nichtigen Gründen verhaften, so Baron Diebitsch und Graf Kiel-
annsegge-Celle. Die General-Polizei-Direktion in Hannover erließ
Anfang Januar 1867 über „Anzeigenpflichtige Sachen des Sicher-
itsdienstes" eine umfangreiche Verordnung, nach der so gut wie alles
r Polizei gemeldet werden mußte. Die Bevölkerung empfand es
s Ausnahmezustand und tat ihr Möglichstes, diese Anordnung nicht
befolgen. Besonders in Burgdorf bei Hannover herrschte eine sehr
ppositionelle Stimmung. Langensalzakämpfer in ihren alten Uniformen
gen, jubelnd begrüßt, durch die Straßen, ein Privatgelehrter namens
lrichs hielt Vorlesungen über die Hannoversche Geschichte und die
eußische Unmoral, sodaß seine „Kollegs" auf drei Monate verboten
urden (3). Wenn er auch in der „Deutschen Volkszeitung" sehr gelobt
urde, so hatte doch der Polizeidirektor Steinmann eine andere Auf-
ssung von diesem Herrn: „mit ganz besonderer Frechheit ist Seitens
nes übelberüchtigen Subjektes des wegen widernatürlicher Unzucht
is dem hannoverschen Justizdienste entlassenen Amtsgerichtsassessors
lrichs in Burgdorf im preußenfeindlichen Sinne gewirkt worden . . .
ie Vorgänge in einer von ihm veranstalteten Versammlung in Burg-
rf (4) haben . . . Anlaß gegeben, die Abführung des Ulrichs nach
linden anzuordnen". Diese vom preußischen Standpunkt aus richtige
andlung führte zu neuen Protesten. Von einer beruhigten Stimmung
nnte keine Rede sein. Es gab andauernd Prozesse und Verurteilungen
egen Majestätsbeleidigung, die hauptsächlich in dem berühmten
annoverlied erblickt wurde. Zuerst mußte die radaulustige Jugend
ren Übermut büßen. Doch scheute sich zum Beispiel die Straf-
mmer des Göttinger Obergerichts nicht, einen 70-jährigen Tischler
egen Majestätsbeleidigung auf einen Monat ins Gefängnis zu
hicken (5). Auch sonst fehlte es nicht an merkwürdigen Urteilen.
nige waren recht humorvoll: in Hannover wurden zwei Dienstmädchen,
e auf ihrer Kammer das Lied „Es kam ein Vogel geflogen" gesungen
tten, wegen Beleidigung der Staatsregierung angezeigt und zu einer
Woche Gefängnis verurteilt, da sie den dort einquartierten preußischen
nteroffizier, der dieses Lied anhören mußte, in seiner Berufsehre
kränkt hatten, weil ja der preußische Adler damit gemeint war. Die
Deutsche Volkszeitung", die einen humoristischen Bericht der Gerichts-
rhandlung brachte, wurde am 4. Juli 1868 beschlagnahmt. Diese an
h gänzlich unwichtige Sache soll aber nur zeigen, wie gerade durch
lche Kleinigkeiten auch das niedere Volk förmlich geärgert und
durch immer unfreundlicher wurde.

D. V. Z. 3. VII. 1869. 2). Es waren in Osnabrück 17, Hameln 10, Meppen 26, Celle 23, enburg 92 und in Hannover 140 Pflichtige. Die Nähe der holländischen Grenze kommt hier ttlich zur Geltung. 3). D. V. Z.,3. I. 1867. 4). Er hatte ein Hoch auf König Georg ausge- acht. 5). D. V. Z.,8. II. 1868.

Denn auch außerhalb der Provinz ereigneten sich merkwürdige Dinge. Eine Abteilung militärflüchtiger und verhafteter Hannoveraner war nach Berlin in die Hausvogtei eingeliefert, aber begnadigt worden. Sie wurden ohne Reisegeld aus dem Berliner Gefängnis entlassen und konnten mit ihrem Geld nur bis Burg gelangen, von wo sie bis Magdeburg laufen mußten. Dort erhielten sie von der Polizeibehörde nur Geld bis Braunschweig, aber zum Laufen, nicht für die Bahn. Nach drei Tagen und drei Nächten kamen sie erschöpft in Hannover an, da sie nach ihrer Entlassung nur von Schwarzbrot und Wasser gelebt und sich ohne Quartier durchgeschlagen hatten (1). Derartige Methoden konnten nicht geeignet sein, im Lande Sympathie zu erwecken. Sicher hat Bismarck von diesem Verhalten der preußischen Behörden nichts erfahren, aber der Schaden, der damit seinem Werk angetan wurde, war nicht so leicht wieder gut zu machen, denn solche Dinge verbreiteten sich in der ganzen Provinz. Die Abneigung gegen den Militärdienst verwandelte sich in Furcht, und die Auswanderung hielt bis 1869-70 unvermindert an. Die Flüchtigen gingen nicht mehr zur Legion, sondern meist nach Amerika. Ihre Zahl belief sich 1869 nach einem Bericht des kommissarischen Landrats von Selchow in Lüneburg dort auf 100. Von vielen der Fortgegangenen ließ sich nicht mehr ermitteln, wo sie geblieben waren (2).

Das darf festgestellt werden: es war nicht nur die Legion und die „Hetze" in Hietzing, wie die Regierung und auch Bismarck es zur Begründung ihrer Bekämpfung Georgs V. hinstellten, sondern es war zum allergrößten Teil der Übereifer eines über die Tragweite seiner Handlung nicht orientierten leitenden Beamten, der stets neue Unruhe schuf. Die Legion war 1868 in Frankreich und führte dort ein zweifelhaftes Dasein und war längst nicht mehr der Anziehungspunkt für abenteuerliche Naturen. Die soeben angeführten Handlungen preußischer Instanzen sorgten dafür, den Willen zum Widerstand wachzuhalten. Diese Fehler haben mehr den „Preußen" verhaßt gemacht als die oft sehr langen Proklamationen König Georgs, die zu dieser Zeit schon an Bedeutung verloren. Diese falsche persönliche Behandlung haben den hannoverschen Politikern, die aus anderen Gründen das Preußentum bekämpften, immer neue Scharen zugeführt.

Eine schwache Besserung dieser Zustände trat erst ein, als Graf Stolberg die Verwaltung der Provinz übernommen hatte. Die Polizei wurde im Laufe der Zeit verbessert und allzu eifrige Elemente ausgeschieden, sodaß wenigstens die besonderen Ärger erregenden „Amtshandlungen" unterblieben.

Da es nicht der Sinn dieser Arbeit ist, die in der hannoverschen Presse sich reichlich findenden Beispiele solcher Polizeihandlungen ausführlich darzustellen, sollte nur die generelle Bedeutung für die Stimmung des Volkes gezeigt werden. Der Oberpräsident tat sein Bestes, um den untergebenen Organen klar zu machen, daß übertriebene Härten keine Beruhigung schaffen konnten. War es ihm endlich gelungen, durch geschickte Behandlung den Großteil der Bürger und Bauern zu befriedigen und eine gewisse Ruhe und Ordnung zu erzielen, so machten die übereifrigen Militärs wieder erneute Schwierigkeiten.

1). D. B. Z.,7. VII. 1868. 2). G. St. A. Min. d. Inn. Bd. 2 — 28 I. 1869.

War schon Frankfurt ein „Rostfleck“ auf dem preußischen Schilde, zeigte das Verhalten in Celle nicht nur Pietätlosigkeit, sondern h einen Mangel an politischem Instinkt. Anfang Oktober 1869 war t ein Ehrenmal für die bei Langensalza Gefallenen enthüllt worden. s Denkmal war von einem zu diesem Zweck begründeten Privat- nitee auf militär-fiskalischem Boden ohne Genehmigung der zustän- en Militärbehörde errichtet, die nach mehreren Tagen, am 13. Ok- er, als das Denkmal längst gebaut und eingeweiht war, ihre Zu- ndigkeit entdeckte. Es erging der Befehl, das Ehrenmal binnen 24 unden zu entfernen. Das vom Komitee angerufene Gericht erließ e Verfügung, daß sich vorerst niemand an dem Denkmal vergreifen fe. Das hinderte den kommandierenden General des X. Armee- ps von Schwartzkoppen wenig, ausdrücklich die Niederreißung des ichtlich geschützten Denkmals anzuordnen. Am 14. Oktober wurde ch ein Infanteriekommando dieser Befehl ausgeführt. Diese — wie n heute sagen darf — Taktlosigkeit erregte im Lande große Ent- tung. Graf Stolberg mußte König Wilhelm melden, daß die prak- he Folge eine Stärkung der „partikularistischen“ Partei und die gründung weiterer Denkmalskomitees zur Errichtung von Denk- lern in der Provinz sei (1).

Weder Roon noch Bismarck billigten diesen faux pas des nerals und Eulenburg hatte die undankbare Aufgabe, im Parlament „Vorgefallene zu verteidigen“ (2). Bismarck hat in einer besonderen undatierten — Aufzeichnung in Varzin seine persönliche Meinung r diesen Fall so niedergelegt:

> „Die Nachteile, welche aus dieser Sachlage für die Regierung erwachsen, lassen sich durch keine noch so schlagende juristische Deduktion und durch keine publizistische Beredsamkeit beseitigen: Wenn Allerhöchstderselbe (König Wilhelm) Proprio motu die Errichtung eines neuen Denkmals befiehlt, so würde vor der höheren politischen Erwägung, welche sich in einer solchen Maßregel ausdrücken würde, die Vorstellung nicht aufkommen können, daß es sich um eine Desavouierung der verdienten Offiziere handle, welche in dieser Sache das Recht des Militärfiskus zu wahren und feindlichen Umtrieben entgegenzutreten gesucht haben. Die Kosten würden aus dem Welfenfonds zu bestreiten sein“ (3).

Es ist unerfindlich, warum Bismarck die Errichtung eines Ge- enenehrenmals, auch wenn dies nur als politische Demonstration acht sein sollte, mit „politischen Umtrieben“ gleichsetzte und das echt“ des Fiskus und die „verdienten Offiziere“ entschuldigte.

In einem früheren, andersgearteten Falle stand er allerdings ız über den Dingen und hat durchaus im Sinne des Ausgleichs in er heikel gewordenen Sache eingegriffen. Am 27. Mai 1868 sollte Hannover der Geburtstag König Georgs von seinen Anhängern lich begangen werden. Geplant war ein Gartenfest im Odeon, einem ßeren Lokal, das dem „Welfen“ Grobmeier gehörte. Trotzdem monstrationen zu befürchten waren, hatte der königliche Polizei- sident von Leipziger (4) versprochen, dem Fest seinen Gang zu lassen. e Deutsch-hannoversche Partei und die Anhänger König Georgs ten umfangreiche Festvorbereitungen getroffen und so fast die ganze

Z“,30. 1. 1870. 2). VIb,171, Anm. 3). VIb,173. 4). Der Oberpräsident weilte in Berlin.

Stadt zur Teilnahme aufgefordert. Der Tag begann mit kleinen Zwischenfällen: an unzugänglichen Stellen, zum Beispiel an den Bäumen der Eilenriede waren gelb-weiße Fahnen aufgesteckt, die vom Militär mühsam entfernt werden mußten (1). Am Abend wurden nicht die preußenfreundlichsten Reden gehalten und die Polizei sah sich genötigt, das im vollsten Gange befindliche Fest aufzulösen und die „im Ballsaal versammelten Frauen mit Gewalt zu vertreiben“ (2). Das Festkomitee beschwerte sich bei der Polizei, der Regierung und der Drostei. Vergeblich: in der Zurückweisung am 8. Juni wurde die Auflösung mit dem § 9 des Vereinsgesetzes begründet, da es in dem nichtüberdachten (!) Odeonsgarten eine Versammlung unter freiem Himmel gewesen sei.

Eine Folge dieser Affaire war eine Anordnung des Generalkommandos, die den Offizieren und Mannschaften das Besuchen des Lokals wegen der dortigen „fast täglichen welfischen Demonstrationen“ verbot.

Dieses unmotivierte Vorgehen der Polizei, das von Vielen als ein Affront gegen den abwesenden, sehr beliebten Oberpräsidenten angesehen wurde, machten „mindestens tausend Familien aus lauter Welfenfreunden zu erbitterten Preußenfeinden“ (3) und hatte sogar Straßentumulte zur Folge (4).

Ein polizeilich aufgelöstes privates Fest war von derartiger Bedeutung, daß Minister und selbst der König dazu Stellung nahmen. In deren Schreiben offenbarte sich die ganze Lage Hannovers! Die Schwierigkeit der Situation und die Forderung nach vorsichtigster Behandlung der ganzen Frage ist deutlich: unterdrückte die Verwaltung diese „welfischen“ Bestrebungen, so gab es Proteste im Volk und schlechte Stimmung. Ging der Oberpräsident nachsichtiger vor, wurden Demonstrationen dennoch ausgeführt und er erregte das Unwillen der Regierung.

Doch muß bei aller Kritik an diesen gezeigten Methoden der Polizei gesagt werden, daß die Hannoveraner dem Grafen Stolberg sein schweres Amt nicht erleichterten. In fast allen Berichten des Oberpräsidenten kommt das zum Ausdruck. Dabei bemühte sich Graf Stolberg nach besten Kräften um einen Ausgleich der Gegensätze zwischen Staat und Opposition. Hatte der frühere Generalgouverneur von Voigts-Rhetz wie ein Diktator geschaltet, so tat der Oberpräsident das Gegenteil: trotz der andauernden Schwierigkeiten mit der Welfenlegion versuchte er in sachlich vornehmer Weise, die ihm anvertraute Provinz aus dem Berlin-Hietzinger Streit herauszuhalten.

Wie schwierig es ihm gemacht wurde und gegen welche Vorwürfe er sich zu verteidigen hatte, weil er nicht mit der Gewalt des Staates sondern mit seiner Autorität die Provinz verwalten wollte, zeigt mit aller Deutlichkeit und einer gewissen Peinlichkeit ein — in den Anlagen wiedergegebenes — Schreiben seines Amtsvorgängers und die allein mögliche und richtige Antwort, die Graf Stolberg darauf geben konnte (5).

Daß es dem Oberpräsidenten schwer war, Allen gerecht zu werden beweist wieder eine Skizze eines nationalliberalen (!) Abgeordneten

1). D. V. Z.,31. V. 1868. 2). St. A. Wien, Präs. Sect. d. Min. d. Äußeren. 3). St. A. Wien 4). Wie Bismarck, der Innenminister und der Oberpräsident über diesen typischen und deshalb hier besonders herausgestellten Fall dachten, zeigen am charakteristischsten die in den Anlagen wiedergegebenen Schreiben. (Der Bericht Stolbergs vom 30. Mai ist als ein weiteres Stimmungsbild hinzugefügt). 5). G. St. A. Min. d. Inn, Bd, II.

aus Hannover, der Mitte Juni 1868 die Stimmung in der Provinz n den schwärzesten Farben schilderte. Mit Ausnahme einiger Städte wie Hildesheim, Osnabrück und Goslar könnten sich die Hannoveraner nicht in die neuen Verhältnisse hineinleben, sondern würden im Gegenteil über ihre Lage immer wütender. „Sollte Bismarck dereinst n eine auswärtige Verwicklung gerathen, so würde an der Niederelbe wie 1813 gegen die Franzosen eine zweite Vendée entstehen!" Schuld m dieser Erscheinung sei das ganz taktlose Benehmen der preußischen Behörden. „Der Oberpräsident Graf Stolberg verstehe an und für sich von der Administration garnichts (1) und hätte sich neuestens gar der innerlich welfenfreundlichen Richtung in die Arme geworfen und die internen Behörden folgten buchstäblich den verdrehten Weisungen, welche aus dem Ministerium des Innern ihnen zugehen" (2).

So einseitig manches in diesem Stimmungsbild geschildert ist, die hannoversche Partei konnte sich tatsächlich keinen besseren Oberpräsidenten wünschen. Denn es gelang ihm, im Interesse der Provinz, wie er ganz richtig voraussah, eine Intervention des Ministerpräsidenten u vermeiden. Bismarck, der die Hietzinger Umtriebe mit ganzer Kraft bekämpfte, hätte mit Leichtigkeit die hannoversche Partei auflösen und die Bewegung zum Stillstand bringen können, und es ist kein Zweifel, daß er auf die Dauer der Sieger geblieben wäre (3).

Indem aber Stolberg die ärgsten Ausschreitungen verhinderte, die zuweilen ja auch vom niederen Volke ausgingen und er die Partei mit sachlichen und geistigen Waffen bekämpfte, verschaffte er dieser selbst die Möglichkeit, sich innerlich weiter zu kräftigen und auf die Stunde zu warten, wo die verkündete Idee von selbst wirksam werden würde. Denn das, was diese Hannoveraner vertraten, war eigentlich so selbstverständlich und so rechtlich wie sittlich fundiert, daß sie auf friedlichem Wege ihr Ziel verfolgen konnten und in jeder lauten Störung nur ein Hemmnis und eine Gefahr sehen mußten. Das Nachlassen der allgemeinen Begeisterung für den Hietzinger Hof — die Person des Königs ausgenommen — und auch für die Welfenlegion, die ja Bismarck immer die besten Handhaben lieferte, zeigt, wie sehr es ihnen auf die stille, aufklärende Arbeit im Lande Hannover ankam.

Nur in einem Falle ging Graf Stolberg mit Schärfe und Konsequenz gegen sie vor: nämlich gegen die „welfische" Presse. Das entsprach ganz seiner Taktik, den Gegner mit vornehmen und zweckmäßigen Mitteln zu bekämpfen. Diese deutsch-hannoversche Presse war wohl für die Partei sehr wichtig, sie bildete gewissermaßen als einziges Forum das Sprachrohr der führenden Männer, doch war sie nicht das Rückgrat der führenden Bewegung. Und darauf kam es allein an. Es kam hinzu, daß sich die „welfischen" Zeitungen nicht auf einem allzuhohen Niveau bewegten, daß sie wohl sehr geschickt redigiert, aber in ihren Gedanken doch längst nicht so eindrucksvoll auch für den späteren Leser waren, als beispielsweise die hannoversche und welfische Literatur dieser Jahre (Hodenberg und Klopp).

Das wichtigste Organ war die in Hannover erscheinende „Deutsche Volkszeitung". Sie war am 1. November 1866 von dem sehr ge-

1). Diese Beurteilung ist durchaus falsch und oberflächlich! 2). St. A. Wien, Praes. Sect. d. Min. d. Äußern Nr. 1109/1868. — Verfasser ungenannt. 3). Die Frage, ob Graf Stolberg durch seine Milde und sein faires Verhalten indirekt die welfischen Parteien begünstigt hat, ist zu verneinen, da sich dafür nicht der mindeste Beweis erbringen läßt.

schickten Redakteur Dr. Ehrenreich Eichholz und dem Verleger Jacob begründet. Eichholz war Berliner und der Provinz genau so fremd gegenüberstehend wie früher der Sachse Dr. Moritz Busch und der Preuße Oskar Meding, die ja auch als Journalisten und Pressemänner in Hannover gearbeitet hatten.

„Die Haltung dieses, nicht ohne Geschick redigierten Blattes ist die entschiedenster Feindseligkeit gegen die neue Staatsordnung. Sein Einfluß auf die bevorstehenden Wahlen für das Norddeutsche Parlament ist nicht zu unterschätzen und ein rasches Vorgehen, welches eventuell seine Unterdrückung möglich machte, wäre zu wünschen . . . (1). Diesem Verlangen Steinmanns wurde schon — nach einer vorherigen erstmaligen Verwarnung — Anfang 1867 vom Generalgouvernenr entsprochen: das Verbot der Zeitung, das nicht das letzte sein sollte. Von unzähligen Beschlagnahmungen abgesehen, wurde die Volkszeitung fast alle Jahre auf längere Zeit „unterdrückt"! Um den Beziehern die Abbestellung zu erleichtern, wurde eine Beschlagnahme möglichst vor dem Quartalsende ausgesprochen.

Am 8. September 1866 mußte in „Abwesenheit" (2) des verantwortlichen Redakteurs der Verleger, Herr G. Jacob, verantwortlich zeichnen. Später benötigte man für diese relativ kleine Zeitung einen ganzen Stab von verantwortlichen Redakteuren: einer saß im Gefängnis, einer war außerhalb Preußens, da eine Anzeige schwebte, einer war im Dienst und der vierte hielt sich in dauernder Bereitschaft für den dritten.

Ein Beispiel für die geistige Haltung der „Deutschen Volkszeitung" sei hier noch angeführt (3). Eine Erklärung der Redaktion nach einem Verbot:

> „Unbeirrt durch die Strömungen des Tages wird sie (die Zeitung) fortfahren, ohne Rücksicht auf Anerkennung und Mißgunst von oben, zu kämpfen gegen Schein und Lüge, der Freiheit gegen Unfreiheit. Wie die „Deutsche Volkszeitung" nicht aufhören wird, mit aller Energie einzutreten für die freiheitliche Einigung Gesamtdeutschlands mit Gleichberechtigung aller deutschen Stämme, so wird sie, gegen jede unberechtigte Gleichmacherei in die Schranken tretend, unverdrossen für die hannoverschen Interessen Partei ergreifen.
> Schwarzrotgold und Gelbweiß sei das Panier!" (4)

Diese Einladung zum Abonnement wurde sofort beschlagnahmt, doch konnten die wahren Ziele der hannoverschen Bewegung und die empfindlichste Stelle des preußischen Staates nicht besser gezeigt werden.

Die mehr demokratische „Deutsche Volkszeitung" war nicht das einzige Blatt, das die Interessen der „Malkontenten" vertrat:

> „Die partikularistische Richtung findet seit Unterdrückung der Volkszeitung ihre fast alleinige Vertretung in der vom Grafen Borries patronisierten Nienburger „Landeszeitung". Bemerkenswert war ein vor einigen Tagen erschienener Artikel dieses Blattes, welcher unter strenger Verurtheilung der Fusion der aristokratischen mit der demokratischen Partei,

1). G. St. A., Polizeibericht vom 29. XII. 1866. 2). d. h.: Verhaftung! 3). Ein näheres Eingehen auf die hannoversche Presse erübrigt sich durch das Erscheinen einer Leipziger Arbeit, die die gesamte Presse Hannovers zum Gegenstand hat. 4). Nr. 147, 1. Jan. 1868.

der die „Deutsche Volkszeitung“ ihr angenehmes Dasein zu danken hatte, die Unterdrückung dieses Blattes vom Standpunkt des wahren Conservatismus mit Genugtung ansah“ (1).

Graf Stolberg charakterisierte diese beiden Blätter treffend: ‚Während die erstere, das Organ der sogenannten Koalitionspartei offene Feindschaft gegen Preußen documentiert, dabei aber in geschickter Weise Conflikte mit den Strafgesetzen zu vermeiden weiß, geriert sich die letztere als politisches Organ der lutherischen Kirche, wird aber in dieser Hinsicht von den maßgebenden Geistlichen und namentlich auch von den Mitgliedern des hiesigen Landes-Consistoriums entschieden desavouiert . . . . .“ (2).

Diese beiden Zeitungen blieben die führenden der hannoverschen Bewegung in diesen Jahren. Anfang 1870 wurde noch ein Blatt in Uelzen gegründet, der in Osnabrück ein „katholisch-antipreußisches“ folgte, das von Gesinnungsgenossen im Münsterlande subventioniert wurde. Die konservative Seite der Coalitionspartei beabsichtigte ebenfalls ein Volksblatt ins Leben zu rufen, „welches der vor 2 Jahren im Disziplinarverfahren seines Amtes entsetzte Pastor Grote redigiert“. Die eben ausgebene Probenummer mußte wegen ihres maßlosen Inhalts mit Beschlag belegt werden. . . . Ein der Regierung zur Disposition stehendes Organ in Osnabrück wird fortwährend betrieben und ist von erfreulichem Erfolg“ (3).

Nach diesem kurzen Überblick über die Presse und ihre Bekämpfung sollen noch einige Daten über die sogenannten Hietzinger Agenten eingefügt werden, ehe die „Partei“, die mit beiden in Zusammenhang gebracht wurde, als Ergebnis sozusagen der Annexion und deren Durchführung erörtert werden soll.

1). Bericht Steinmanns vom 9. Februar 1867. 2). Im Bericht vom 6. Dezember 1867. 3). „Z“, 9. IV. 1870.

Die Hietzinger Agenten

Auf Sinn und Zweck dieser Agitation war schon weiter oben verwiesen: Hietzing war der Ausgangspunkt für diejenigen Offiziere der alten hannoverschen Armee, die nicht in preußischen Dienst getreten waren und es nun unternahmen, den zweiten Punkt des Medingschen Programms auszuführen. Es wurde in Hannover eine Zentrale unter Leitung des Leutnants v. Holle gegründet, der deswegen nach seiner Einreise in Hannover von der preußischen Polizei verhaftet wurde, aber entweichen konnte.

Holle und seine Kameraden, Hauptmann Hartwig in Hildesheim, Leutnant Pawel-Rammingen in Gifhorn (1), die Leutnants de Potteere, Heise und von Scriba (2) benutzten in geschickter Weise die sich im Lande verbreitende, in ihren Ursachen geschilderte Unzufriedenheit. Wie weit sie die Absicht hatten, nur für die Legion zu werben oder nur den passiven Widerstand zu stärken oder gar den Unterdrückten und Verfolgten beistehen sollten — wie es König Georg anfangs wollte — sei unberücksichtigt, da darüber wohl keine Klarheit zu schaffen ist. Es werden alle drei Motive maßgebend gewesen sein.

Über ihre vorbildliche Organisation (3) hat Renate Duckstein bereits festgestellt: „Die Offiziere hatten zu ihrer Hilfe Unteroffiziere der alten hannoverschen Armee bei sich, sie hatten die Aufgabe, den Geist des Widerstandes in der Bewegung zu beleben und zu organisieren und vor allem die Verbindung mit den alten Soldaten der hannoverschen Armee so aufrecht zu erhalten, daß diese jederzeit bereit waren, wieder zu den Waffen gerufen zu werden" (4).

Das Geld vermittelten die Bankiers E. und A. Meyer und Israel Simons in Hannover. Ihr Einfluß reichte überall hin: in der Presse, den preußischen Büros, bei Eisenbahn- und Telegraphenbeamten war das „Welfengold" und die Agitation wirksam. Die Hilfe und Unterstützung blieb dann auch nicht aus.

Es war natürlich, daß die preußischen Behörden, die darin Vorbereitungen zum Hochverrat erblickten, alles taten, um diese stille Wühlarbeit zu verhindern. Besonders im Lüneburgischen und in der Osnabrücker Gegend war die Werbetätigkeit sehr stark (5). Bis zum Jahre 1870, also auch nach der Beschlagnahme des Vermögens, haben diese Agitationen trotz der vergeblichen Nachforschungen der preußischen Polizei angedauert: letzten Endes haben den Agenten die Behörden immer selbst die Möglichkeit gegeben, auf die jetzigen Mißstände und die gute alte Ordnung hinzuweisen und da besonders in der Landbevölkerung Anklang und Zustimmung zu finden.

Für diese Agitationen König Georg selbst verantwortlich zu machen, geht zu weit. Diesem kam es hauptsächlich auf die geistige Revolutionierung an, weniger auf die Legion. In der hannoverschen Presse finden sich geringe Anzeichen, die auf eine innere Gemeinschaft mit diesen Agenten schließen läßt, und der Partei mußte es schon aus Gründen ihrer Existenz angelegen sein, auf legalem Wege das Preußentum zu bekämpfen. Wenn sie auch heimlich diese „Individuen" — wie Bismarck sie gern benannte — unterstützt hat, so lehnte sie doch öffentlich die Gemeinschaft mit ihnen ab. Der Zusammenhang dieser

1). Der spätere Gemahl der Prinzessin Friderike. 2). Duckstein, a. a. O. 39. 3). Nach dem Vorbild der polnischen Bewegung aufgebaut. 4). Duckstein, a. a. O. 39. 5). G. St. A., Polizeibericht vom 16. XII. 1866, S. 45.

gitatoren war mit Hietzing viel inniger als mit hannoverschen eisen; sie waren auch nicht die entscheidenden Faktoren der deutsch-nnoverschen Bewegung und mehr eine Begleiterscheinung der nnexion, weniger eine Ursache für die Widerstandsbewegung. Denn e solche Opposition hatte nur Bestand, wenn die Idee des Rechts d nicht eine laute, nur auf kurze Zeit beschränkte, Agitation das gende Moment war und blieb.

Die Deutsch-hannoversche Partei

Für die deutsche Rechtspartei oder Deutsch-hannoversche Partei waren weder die Agenten noch die — ja hauptsächlich von Hietzing betriebene — Legion von erster Bedeutung. Auf diese Verschiedenheit hinzuweisen, erscheint um so notwendiger, als die Gegner das stete Bestreben zeigten, der Bewegung mit dem Vorwurf des „Welfentums" den Anstrich einer gewissen Unehrhaftigkeit zu geben. Diese — vorgefaßte — Meinung, die auch später im Reichstag sich bemerkbar machte, wo die „Welfen" aus parlamentarisch-taktischen Gründen sich einer Fraktion, meist dem Zentrum, anschließen mußten, ist so verbreitet, daß eine Untersuchung über die wirklichen Ursachen und die Ziele dieser Partei oder richtiger: Bewegung nötig erscheint.

Die Deutschhannoversche Bewegung wurde von Kräften getragen und ausgelöst, die eigentlich erst durch die Annexion in Hannover frei wurden. Der „ständisch" orientierte Adel und die seßhafte Bauernschaft vertraten jetzt ein für das Deutschland des 19. Jahrhunderts seltenes Prinzip des Föderalismus. Es war nicht die Freude an der Eigenstaatlichkeit, der Betonung und Bewahrung „besonderer" Rechte auch nicht der Drang nach einer möglichst ergiebigen Vergrößerung des „Landes" (1), sondern es war allein der gesunde Lebenswille eines deutschen Stammes, der seine Eigenart und Schöpferkraft durch die ganze so viel gestaltete Geschichte hin bewahrt hatte. Alle anderen deutschen Stämme hatten in den Bundesstaaten noch Spuren ihrer alten Wesensform behalten (2): nur in Niedersachsen sollte die Tradition Bestrebungen geopfert werden, die — ohne jegliches tieferes Verständnis — rein praktische und nüchterne Unifikationsmethoden aus dem „Kolonialland" östlich der Elbe wieder in das „Mutterland" einführen wollten. Waren schon der westfälische Raum und die Nordmark preußische Provinzen geworden, so sollten Hannover und Hessen-Kassel dieses Schicksal teilen.

Ritterschaft und Bauerntum der althannoverschen Lande waren die vornehmsten Träger dieses Stammes- und Wertbewußtseins. Weniger das rasch, fast allzuschnell zu Einfluß und Geltung gelangte Bürgertum und ebensowenig die Arbeiterschaft konnten sich berufen fühlen, diese konservative Front zu halten oder gar zu verstärken. Sie waren wohl Mitläufer und laute Protestler in den ersten Jahren nach der Annexion: sie waren es aber nicht aus einem inneren Mut und aus dem Glauben an ihre Heimat und deren Berufung; sie hatten „politische Erwägungen" und materielle Begründungen, sie hatten nicht den Kontakt mit dem Boden, auf dem sie arbeiteten und lebten, gefunden, falls sie nicht vom Land in die Stadt gezogen waren. Da ihnen die Wurzelkraft des Landeingesessenen fehlte, fanden sie bald in dem erst gemiedenen Preußen eine bessere Stütze ihrer Weltanschauung.

Da es der Deutsch-hannoverschen Partei nicht gelungen war, „die Wunde von 1866 offen zu erhalten", kam es von selbst dahin, daß diejenigen Hannoveraner, die „die Sorgen und Freuden der preußischen Staatsbürger teilten", sich allmählich als Preußen fühlen lernten (3).

---

1). Wie sie z. B. Württemberg und Baden bei ihrer Entstehung zum heutigen Staat gezeigt hatten. 2). Vom Rheinland vielleicht abgesehen! 3). Langwerth von Simmern, a. a. O. 7.

So mußte die „Partei“ auch zahlenmäßig schwach bleiben, in ner Zeit, wo die von unten heraufkommenden „freizügigen“ Kräfte ch ungeheuer vermehrten. Es waren immer ganz wenige, bestimmte teingesessene Kreise, die den Kern der Bewegung darstellten.

Von einem „Anfang“ kann bei dieser „Partei“ ebenfalls nicht esprochen werden. Sie war nicht als Institution „gegründet“, sondern e ersah ihre vornehmste Aufgabe, den Protest gegen die Annexion in e Parlamente zu tragen, und zu diesem Zweck war ein Wahlverein eschaffen worden, der mehr wahltechnische Fragen zu lösen hatte. enn die Bewegung, die dieser „Partei“ das Fundament gab, war ereits vorhanden, sie war nicht auf einen bestimmten Termin festzu- gen. Sie entwickelte sich gewissermaßen von selbst, wenn auch ußerlich begünstigt durch die gezeigte Unordnung in Hannover.

Es war natürlich, daß aus dem ursprünglichen Wahlverband ine festere Organisation entstand. Dies war umso nötiger, als alle Unzufriedenen“ in der Provinz, die Ultramontanen, die Demokraten, ie Lassalleschen Arbeiter, die besitzlosen Landbewohner sowie die ädtischen Proletarier diese „Partei“ in bunter Gefolgschaft wählten, m ihrer Verstimmung gegen das zentralistische, kleindeutsche, prote- antische, feudale und bürokratische Preußen Ausdruck zu geben. So onnte die Partei, unterstützt durch die schon vorher bestehende Presse, ie „Deutsche Volks-“ und „Hannoversche Landeszeitung“ in der Provinz annover bald beträchtliche Erfolge erzielen, die erst nachließen, als ie großen Massen zum Sozialismus und seinen Abarten gingen und as konservative Grundelement in der Partei sich wieder stärker durch- etzen konnte.

Die Taktik dieser von alten Konservativen geführten Partei (1) ing dahin, mit Hilfe der Presse den Glauben des Volkes an eine ögliche Rückkehr des Königs und somit den Willen zum Widerstand u stärken, die neuen Gesetze, Institutionen und Verwaltungsmaßregeln iner „perfiden“ Kritik zu unterziehen (2) und im übrigen das Material usgiebig zu verwerten, das die preußische Regierung mit der Be- chlagnahme des „Reptilienfonds“ usw. lieferte. Nebenher ging der Wahlkampf mit den Nationalliberalen, der zuweilen unerfreuliche Formen annahm, und besonders noch der ununterbrochene Angriff auf ie Person des preußischen Ministerpräsidenten.

Das Programm der Bewegung umfaßte vor allem: die Hebung nd Zusammenfassung des Rechtssinnes, den Hinweis auf die Kränkung des Rechts des hannoverschen Landes“ und die Ver- reibung des angestammten Fürstenhauses, weiter die Forderung: „das egitime Recht dieses Fürstenhauses und des hannoverschen Landes ieder herzustellen. . . . .“ (3)

Dies waren die mehr äußerlichen Gesichtspunkte; der Kern, der nnere Gehalt der Bewegung und der „aus der alten konservativen Partei Hannovers hervorgegangenen Deutsch-hannoverschen Partei war der Anschluß an die großdeutsche Bewegung der Zeit der Pauls- kirche und das Rechtsbewußtsein als „stärkste Waffe gegen die noderne Nivellierung““ (Langwerth von Simmern). Angestrebt wurde ie „Wiederherstellung Hannovers als eines selbständigen Gliedes nnerhalb des Deutschen Reiches“. Aus dem anfangs noch über- iegend dynastischen wurde bald, entscheidend erst nach dem Umsturz

). Hodenberg, Münchhausen, Borries u. a. 2). „Z“, 7. 10. 1868. 3). Obergerichtsanwalt Schnell.

von 1918, ein rein föderalistisches Prinzip. Denn: „Es gibt keinen Föderalismus ohne Freiheit und keine Freiheit ohne Föderalismus", schrieb Langwerth von Simmern 1885 in seiner Abhandlung über die Deutsch-hannoversche Partei und die Braunschweigische Frage (1).

Diesem Programm ist die Partei bis heute treu geblieben, ja das föderalistische Bestreben hat sich heute in einer Zeit der Neuordnung noch verstärkt. Damit hat diese Bewegung von 1866 wieder ihren alten Sinn erhalten: die Wahrung des Stammesbewußtseins innerhalb des geeinten Reiches und die Achtung der geopolitischen Eigenheiten des Landes.

Die noch hinzutretende gefühlsmäßige Einstellung, also die innere Abneigung gegen das ostelbische Preußen — nicht gegen den preußischen Staatsgedanken — sind ein weiteres Beweisstück zum Verständnis dieser Bewegung. Doch lassen sich diese Gefühlsmomente mit den üblichen Methoden der Wissenschaft nicht so definieren, wie es erwünscht wäre.

Es erscheint schwierig, in unserem Jahrzehnt diesen Imponderabilien eines besonderen Stammes- und Rechtsgefühls die gleiche Bedeutung zuzubilligen wie damals. Das Niedersachsenproblem, das ja die Deutsch-hannoversche Partei zuerst aufzeigte, ist in diesen sechs Jahrzehnten gänzlich umgestaltet worden. Das staatlich-dynastische Schwergewicht ist geschwunden und damit auch die Einbeziehung des ganzen Staatsraumes des alten Königreiches Hannover. Wirtschafts- und Verkehrsfragen sind in den Vordergrund getreten und die politischen Forderungen der Deutsch-hannoverschen Partei haben sich auf die alten Kernlande zwischen Elbe und Weser beschränken müssen. Wie umstritten auch dieses Territorium noch ist, zeigt die riesige Literatur über die Reichsreform.

Allerdings ist der wirkliche Einfluß der Deutsch-hannoverschen Partei auf die Neugestaltung Niedersachsens gering; daß aber ihre alten Forderungen, ihr „Programm" heute Gemeingut vieler Kreise geworden, zeigt die Unterstützung der früheren liberalen Kreise und ihrer Presse (2). Doch sind andererseits die Schwierigkeiten für die Verwirklichung der Pläne und Gedanken infolge der unzähligen neuen Vorschläge nur noch gewachsen (3).

Der Hinweis ist weiter nötig, daß die heutigen Freunde eines reichsunmittelbaren und nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten gegliederten Niedersachsen mit diesen ihren Forderungen noch nicht die politischen Klagen, Proteste und Wünsche der Deutsch-hannoverschen Partei als dem Kern der hannoverschen, gegen eine Konsolidierung Preußens gerichteten Bewegung anzuerkennen vermögen. Soweit ein guter Wille zur sachlichen Würdigung dieser „Partei" überhaupt vorhanden ist, vermag er doch selten die alten — schon aufgezeigten — Vorurteile vom „partikularistischen" Welfentum zu überwinden.

Es durfte in den vorangegangenen Zeilen festgestellt werden, daß das Primäre die allgemeine Volks- und Geistesbewegung war, die der Annexion ihre Entstehung verdankte. Die „Partei" als solche, als parlamentarische Institution, konnte sich erst längere Zeit nach der Beseitigung des alten hannoverschen Staates bilden und auch hier entsprach sie nur den Wünschen ihrer Anhänger und allgemeinen

1). a. a. O., 29. 2). z. B. der „Hannoversche Kurier". 3). Es kann trotz mancher Gerüchte als sicher gelten, daß es sich heute bei der Niedersachsenbewegung um keine dynastische handelt.

ckmäßigkeitsgründen. Sie war als technische Organisation eine wendigkeit, um der ideellen Bewegung weiteren Einfluß im Reiche ewähren.

Daß später in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts die elfen" im Reichs- und Landtag eine besonders eigenwillige Politik eben und in Anlehnung an das „reichsfeindliche" Zentrum in osition zu Bismarck standen, tut in diesem Zusammenhang wenig Sache. Hier sollte ja allein die Ursache dieser Bewegung und der ang der Partei aufgezeigt werden.

Wie sich der so heftig bekämpfte und geschmähte Bismarck zu und dem ganzen hannoverschen Problem einstellte, soll noch abeßend das nächste Kapitel zeigen.

Bismarcks Maßnahmen zur Beruhigung des Landes

Es erscheint doppelt reizvoll, Bismarcks Kampf mit Georg V. m dem zu vergleichen, den er mit Hannover führte: Eine scha Stellungnahme den „Reptilien" gegenüber, die finanzielle Nied zwingung des unbequemen Mahners und protestierenden Königs u die aufmerksame Beachtung aller, auch der kleinsten Bestrebungen, e innerdeutsche Angelegenheit — die die Annexion war — vor ein auß deutsches Forum zu bringen. In seinen politischen Schriften nim die Beobachtung und Verfolgung der Welfenlegionäre einen breit Raum ein; auch in seinen Gesprächen ist immer zu erkennen, wie s ihn dieses Problem beschäftigt hat. Bismarcks Verhalten dem La Hannover gegenüber ist wesentlich anders. Soweit auch hier die Legi mitspielt, hat er Anweisung zu ihrer Bekämpfung gegeben. Aber ge die Deutsch-Hannoveraner selbst ist er — wenn wir seine ganze Poli und nicht einzelne scharfe Maßnahmen überschauen — ganz and als wie gegen König Georg vorgegangen.

So diskutabel die Annexion an sich und ihre Durchführung 18 war und bleiben wird, so sehr auch Bismarck während der damalig Verhandlungen einzelnen Hannoveranern gegenüber den preußisch Standpunkt vertreten hat: für das Land selbst hat er vom ersten Ta seiner Verpflichtung an seine ganze Person eingesetzt.

Das zeigte sich schon in seinen Auseinandersetzungen mit d widerstrebenden Ministern bei der Berufung des Grafen Stolberg, m dem ihm gutes Einvernehmen verband, und bei der — nach seine Wunsche möglichst schonenden — Einführung der neuen Verwaltur Bismarck war entschieden für eine Beruhigung der neuen Provinz u der Wahrung der „berechtigten Eigenthümlichkeiten". Er hat eber wie Graf Stolberg die „Gefahr", von der namentlich der General v Voigts-Rehz nicht genug berichten konnte, weniger dringend u drohend angesehen. Bismarck war kein Freund des preußischen Pa tikularismus, den er stets als solchen kennzeichnete. Für die föder listischen Unterströmungen in der Provinz zeigte er wohl Verständn wie seine Rede vom 15. Februar 1868 bezeugt, und ein „Land Nied sachsen", allerdings im Rahmen Preußens, erschien ihm zweckmäßig als eine weitere Vergrößerung des preußischen Zentralismus.

Die „Welfische Partei" hat er ebenso bekämpft wie ihre Pres das ist von seinem Standpunkt als Leiter des preußischen Staat selbstverständlich, zumal noch eine gewisse persönliche Abneigung geg diese „Welfen" mit zum Ausdruck kam. Er schätzte weder deren Interesse gemeinschaft mit dem Zentrum, noch die konsequente und scharf pe sönliche Kritik, die seiner Person und seinen politischen Erfolgen ga

Erste Voraussetzung war ihm die Autorität des Staates, ve körpert durch das Heer, die Finanzen und die Verwaltung (1). W diese Stabilisierung gewährleistet, legte er einer weiteren oppositionell Tätigkeit wenig in den Weg. Die Staatsgewalt sollte stark sein, sollte aber nicht gestützt werden durch Polizeimaßnahmen und Ve bote, die bei allzu häufiger Anwendung an Geltung verloren, sonde allein durch das Vertrauen der Bevölkerung in eine richtig geführ Staatsleitung.

1). Beamtenschaft und Polizei.

Dies ganz zu erreichen, ist ihm in den vier Jahren bis zum ch-französischen Krieg relativ wenig gelungen: seine guten Absichten en durch untere Organe allzu oft vereitelt oder durchkreuzt.

Auch in der Beurteilung der Welfenlegion ging er nicht so weit, der in Hannover kommandierende General. Die Tatsache der on war ihm wohl ein vorzügliches Instrument gegen König Georg nd er hat diese Waffe oft und fast zu ausgiebig auch als Vor- o benutzt.

Seine Einstellung zum einzelnen Legionär dagegen war eine be- end mildere und großzügigere. Wenn er am 12. Februar 1868 Innenminister schrieb (2), daß er wohl damit einverstanden sei: en Alle, denen Kontraventionen nachgewiesen werden, mit der en Strenge der Gesetze" vorzugehen, so fand er es politisch nicht :

> „durch ausnahmsweise und voraussichtlich unfruchtbare Präventiv-Maßregeln einen Zustand herbeizuführen, der consequenter Weise im Belagerungszustand enden muß oder den Polizei-Apparat durch Mißverhältnis zwischen den Mitteln und den Erfolgen blamiert. Es kann uns in der That wenig darauf ankommen, ob eine Anzahl Bauernjungen verhindert wird, das Land zu verlassen, und ob die sogenannte Welfische Legion einige Tausend Köpfe mehr oder weniger zählt. Der Aufwand polizeilicher Mittel, der zu einigermaßen wirksamer Verhinderung gehören würde, steht nicht im Verhältnis mit dem Zweck und wird nur Besorgnisse und Unsicherheit der Regierung verrathen, und dadurch die Illusionen der Anhänger des Königs Georg nähren". (3)

Bismarck befürwortete daher, da es ihm auf den günstigen Ein- k im In- und Auslande ankam, wenn die preußische Regierung e Besorgnisse zeigte, die straffreie Rückkehr der Legionäre, da ja gut Teil dieser entwichenen hannoverschen Soldaten aus Furcht Strafe oder anderen Unannehmlichkeiten das zweifelhafte Los s von der französischen Regierung geduldeten politischen Flücht- s nur ungern trug. Wie sehr Bismarck auch hier Widerstände im inett und in den Ressorts behelligten, zeigt der Schlußteil eines eren Schreibens an Roon und Eulenburg vom 1. Mai 1868:

> „Ew. Excellenzen ersuche ich ergebenst, die betreffenden Behörden Ihres Ressorts dahin anzuweisen und namentlich das Generalkommando des X. Armeekorps so schnell als möglich dafür verantwortlich zu machen, daß diejenigen der Hannoverschen Legion angehörenden und aus Frankreich zurückkehrenden Personen, welche mit einem Ausweis und mit Reisegeld von der Königlichen Botschaft in Paris versehen sind, in jedem Falle straffrei gelassen werden und gänzlich unbelästigt bleiben, sofern sie nicht etwa wegen anderer, gemeiner Verbrechen zur Rechenschaft zu ziehen sind. Den schleunigen Erlaß einer solchen Anweisung zu wünschen, veranlaßt mich der Umstand, daß nach mir über Paris zugehenden Nachrichten, derartiger Individuen, ungeachtet der durch den königlichen Botschafter ihnen amtlich und auf

e Beschlagnahme hat Bismarck ja hauptsächlich mit der Legion begründet. 2). VIa, Nr. 1052.
a, Nr. 1052,

Befehl seiner Majestät des Königs erteilten Zusicherung b
ihrer Rückkehr in der Heimath in Strafe genomme
worden sind" (1).

Die Richtigkeit dieses Entgegenkommens beweist ja das rasch
Ende und die innere Auflösung der Legion (2), deren Existenz
Frankreich Bismarck bei dem drohenden Krieg niemals gleichgült
gewesen ist. Daß durch Einzelmaßnahmen der Ministerien und d
örtlichen Polizeibehörden erneute Mißgriffe vorkamen, hat er nic
verhindern können, aber die große Linie dieser Verständigungspolit
hat er doch gegeben.

Einfacher war es ihm, die Neuordnung der Verwaltung in ein
beide Teile befriedigenden Lösung durchzuführen. Graf Stolberg ha
auf den großen Einfluß des Beamtentums auf die Bevölkerung
Hannover seit Alters her verwiesen und Bismarck stimmte durchau
zu, daß „in der Mischung des Beamtenthums mit demjenigen d
alten Provinzen ein wesentlicheres Moment für die fortschreitend
Verschmelzung" liege (3).

Auf das Genaueste hat er Einzelheiten der Verwaltung, d
Personalverhältnisse im Oberpräsidium (4), den ganzen Komplex d
Organisationsfragen (5), sowie das Schuldotationsgesetz — zur Hebun
des Volksschullehrerstandes (6) — in ausführlichen Schreiben an d
Oberpräsidenten festgelegt.

Wohl am meisten hat Bismarck sich für die Interessen der Pro
vinz bei dem im Landtag so umstrittenen Provinzialfonds eingese
und selbst die Gegnerschaft seiner konservativen Freunde in Ka
genommen. Im Dezember 1867 leitete die Regierung dem Parlame
einen Gesetzentwurf zu, nach dem die Bestände des Domanialablösung
und Veräußerungsfonds mit dem Kapitalertrag der Provinz zu Gu
kommen sollte. Die Budgetkommission billigte aber auf Wunsch d
Konservativen, die darin eine finanzielle Belastung für Preußen un
eine Begünstigung der neuen Provinz sahen, nur die Zinsen vo
jährlich 500 000 Talern zu (7). Trotzdem konnte die Majorität d
Landtages es durchsetzen, die „Positionen für die Hannoverschen Lan
drosteien nicht als Definitivum, sondern nur als Provisorium
bewilligen" (8). Bismarck bestand in einem Votum an das Staat
ministerium (9) nachdrücklich auf Beibehaltung der Landdrosteie
allerdings in verminderter Zahl. Es erschien ihm nötig, „zuförder
den hannoverschen Provinziallandtag zu hören . . . weil . . . ein
Verminderung dieser Behörden und damit die Schädigung viel
Partikularinteressen stets in den Vordergrund treten wird und es m
um deswillen geboten erscheint, die Erörterung dieser verschieden
Lokalinteressen und die Vertretung ihrer eventuellen Verletzung z
nächst in das Gremium der Beteiligten selbst zu verlegen".

Den ministeriellen Tendenzen, die innere Verwaltung Hannove
analog der der alten preußischen Provinzen zu gestalten, begegne
Bismarck mit erfreulicher Hartnäckigkeit:

„Wir haben jetzt dringendere Geschäfte wie die Refo
der hannoverschen Verwaltung, und ich würde dafür stimme
in den nächsten Jahren noch keine Veränderungen dasel

1). G. St. A.,Acten d. Min. des Innern. 2). Vgl. die Einzelheiten bei Renate Duckst
3). „Z",24. VII. 1869. 4). Vla,109. 5). Vla, 109. 6). Vla,Nr. 1022. 7). Vla,217. ff. 8). Thim
Vla,Nr. 1132. 9). Am 15. April 1868.

vorzunehmen. . . . . Man lasse die jetzige Ordnung ruhig fortbestehen, lasse den Domänen und Forsten ihre bisherige abgesonderte und zentralisierte Verwaltung, wobei es zur Frage kommt, ob es sich nicht empföhle, analoge Einrichtungen auch in den übrigen Provinzen zu treffen" (1).

Bismarck erkannte also nicht nur den Wert der alten hannoverschen Verwaltung an, sondern empfahl sie sogar zur Nachahmung. Er glaubte ganz richtig, mit positiver Arbeit und mit der gebotenen Zurückhaltung für das Ansehen der Regierung mehr zu tun, als mit einer andauernden Verfolgung jeder Protestäußerung. Ging er gegen König Georg unter Zuhilfenahme auch kleinlicher Mittel, die ihm von den preußischen Wiener Agenten geboten wurden, vor, so griff er zu diesen Maßnahmen in der Provinz nur, wenn er „welfische Umtriebe" zu erkennen glaubte.

Solche erblickte er — nicht mit Unrecht — in der Tätigkeit der „welfischen Partei" und ihrer „Parteiblätter", die außerhalb Preußens erschienen und „wesentlich die welfischen Interessen. teils frei und offen, teils unter der Maske volkstümlicher oder ultramontaner Bestrebungen nach einem wohlgeordneten, von Hietzing aus mit unverkennbarem Geschick geleiteten System vertreten". Nicht weniger als 14 Zeitungen und Zeitschriften vermochte Bismarck anzuführen, die aus Mitteln des Welfenfonds zu bekämpfen seien (2):

1. „Hessische Volksblätter" in Darmstadt.
2. „Zukunft" in Berlin.
3. „Deutsche Volkszeitung" in Hannover.
4. „Hessische Volkszeitung" in Kassel.
5. „Frankfurter Beobachter".
6. „Stuttgarter Beobachter".
7. „Zwickauer Tagesblatt".
8. „Coburger Volksblatt".
9. „Münchener Volksbote".
10. „Neue Badische Landeszeitung".
11. „Der ostpreußische Bürger- und Bauernfreund".
12. „Die Sächsische Zeitung" in Leipzig.
13. „Bulletin internationale" in Dresden (3).
14. „Die democratische Correspondenz" in Stuttgart.

„Diesen Agitationen müßte meines Erachtens durch eine wohlorganisierte Tagespresse von seiten der Provinzialbehörde in Hannover mehr als bisher entgegengetreten werden, und es müßte überdies eine genaue Überwachung aller prononcierten Träger des Welfentums eingeleitet werden. . . . . Ich erlaube mir daher, Ew. Erlaucht anheimzustellen, sich nach dieser Richtung hin der reichlichen Mittel, welche das Vermögen des Königs von Hannover darbietet, zu bedienen" . . . . (4)

Auf eine Bekämpfung der Presse hat sich Bismarck in der Hauptsache beschränkt: solange nicht Hietzinger Agitationen mit in Frage kamen, wurde die weitere Entwicklung dem Oberpräsidenten überlassen, der ja selbst schon für eine möglichst vornehme Behandlung der hannoverschen Belange sich eingesetzt hatte.

Erst vor Ausbruch des deutsch-französischen Krieges griff Bismarck

1) Bismarck an Eulenburg am 19. Oktober 1868 (VIa,422). 2). VI,389. — an Stolberg. 3). Ein sehr übles Blatt! 4) An Stolberg (VIa,389) am 19. Mai 1868.

zu ernsteren und scharfen Maßnahmen gegen einzelne „Welfen“: der ehemalige Leiter der welfischen Aktionen, Oskar Meding, hatte sich nach seinem Zerwürfnis mit König Georg von diesem getrennt und glaubte seine Dankbarkeit damit am besten dokumentieren zu können, daß er im Juni 1870 dem preußischen Konsul in Paris, Dr. Bamberg, Mitteilungen über die Welfenlegion und unter anderem auch über eine „Hannoversche Erhebung“ machte. Das Land Hannover, so hieß es in der Meding'schen Darstellung, „sei für insurrektionelle Zwecke in Distrikte eingeteilt. Es befände sich an gewissen Orten für zwei Millionen welfisches Kriegsmaterial, und in Hannover selbst sei die Verschwörung dergestalt organisiert, daß im Falle eines Krieges die Eisenschienen an den Übergängen der Eisenbahnlinien aufgebrochen und die Eisendrähte der Telegraphen durchschnitten werden sollen“ (1).

Die Anmerkungen Thimmes lassen erkennen, daß diese Angaben auf Wahrheit beruhten. Bei Berücksichtigung der ganzen Persönlichkeit Medings und seiner dubiösen Vergangenheit darf aber wohl gesagt werden, daß es zu weit geht, diese phantastischen Angaben (2), die Meding sich so hoch bezahlen ließ, daß „er sich vollständig zurückziehen und mit seiner Familie bescheiden leben könne“ (3), nicht als das zu würdigen, was sie in Wahrheit waren: eine schmutzige Denunziation! „Bismarck gewann“ ja selbst „aus dem Bambergschen Bericht keine großen Vorstellungen von den Medingschen Eröffnungen“ (Thimme). Doch war diese Angeberei insofern nützlich, als auf Anordnung Bismarcks noch vor Kriegsausbruch in Weimar der ehemalige hannoversche Major Graf Ehrhard Wedel, der tatsächlich eine Aufwiegelung in Hannover plante und zu diesem Zwecke schon seine hannoversche Uniform eingepackt hatte, verhaftet und nach Erfurt abgeliefert werden konnte (4). „Graf Wedel ist gut zu behandeln, ihm jede seinen Gewohnheiten entsprechende Bequemlichkeit auf eigne resp. diesseitige durch mich zu deckende Kosten zu gewähren. Kann gegen Ehrenwort in der Stadt wohnen. Über seine Person bleibt allerhöchste militär-polizeiliche Bestimmung vorbehalten“ (5).

Das gleiche Schicksal ereilte noch andere hannoversche Adlige, „da Umtriebe“ aus dem Lande Wursten gemeldet waren — unter diesen den Grafen Adolph Kielmannsegge in Celle. Auf Grund der Medingschen Angaben wurden noch verschiedene Personen in Hannover verhaftet (6). Durch die Beschlagnahme ihrer Papiere sollten die „Fäden der welfischen Organisation“ zerrissen, aber ein Strafverfahren nicht eingeleitet werden.

Meding erhielt — mit Genehmigung Bismarcks — „ein Pauschquantum von 5000 Thalern und ein Wartegeld von 2500 Thalern“ für diesen Dienst an seinen früheren Mitarbeitern und Auftraggebern ausgezahlt (7).

Die hannoversche Partei selbst war an diesen Unternehmungen Medings und einiger Offiziere in keiner Weise beteiligt gewesen. Es waren viel zu kluge Persönlichkeiten in ihr vorhanden, die das Unsinnige solcher Projekte — Unterstützung der Landung von französischen Kriegsschiffen usw. — von Anfang an erkannten.

Schaden erlitt durch dieses Denunziantentum nur das Ansehen

1). Vlb,Nr. 1660, Anm. Thimme. 2). Denn die preußischen Behörden in Hannover hätten doch irgend etwas merken müssen. 3). Vlb,Nr. 1685, Anm. 4). Vlb,Nr. 1660. 5). Vlb, Nr. 1679. 6). Vlb, Nr. 1716. 7). Vlb,Nr. 1716, Anm. .

ner weltanschaulich wie politisch auf durchaus korrekter Basis
ehenden föderalistischen Bewegung, die noch auf Jahrzehnte mit dem
dakel der „Ehrlosigkeit“ und der „Reichsfeindschaft“ behaftet blieb.
as alles machte eine Trennung in „welfische Umtriebe“ und in eine
eutsch-hannoversche Bewegung“ um so nötiger: war nach der
nnexion 1866 das Welfenhaus und die hannoversche Bevölkerung
erst einig in ihrer Betonung des gebrochenen Rechts und in ihrer
blehnung der neuen Ordnung, so trennten sich von Jahr zu Jahr
e Wege, die sie einschlugen, um ihrem ursprünglichen Ziele: einem
eien Hannover zu dienen!

Schlußbetrachtung

Bei einem Rückblick darf zusammenfassend gesagt werden, daß allein in dem unmittelbaren Geschehen der Jahre 1865–66, in der geopolitischen Situation des Königreiches Hannover und besonders in der totalen Annexion die Ursache für diese „Krise" und den Aufbruch einer in diesem Ausmaß und dieser Leidenschaft seltenen Protestbewegung zu sehen ist. Dieselbe ist nur zu verstehen, wenn man nicht, wie es oft geschehen, zusammenhangslos diese föderalistische — nicht partikularistische — Bewegung erst mit den Ereignissen nach dem 9. Juli zu erklären sucht, sondern auf die „Vorkriegszeit" zurückgeht.

Es ist auch immer zu bedenken, daß diese „totale Annexion" Hannovers, „das wie ein Pfahl im Fleische Preußens saß" (Brüning) wohl für die „Sicherheit" Preußens eine Notwendigkeit war, obgleich es 51 Jahre trotz seiner zerrissenen Gebiete nicht bedroht gewesen, daß aber diese Neuverteilung Norddeutschlands für Hannover ein ungeheurer Eingriff in das ganze Leben des Landes war. Ein friedlicher Ausgleich hätte sich gewiß finden lassen, wenn nicht noch der Dualismus in Deutschland, die französische Bedrohung und auch eine reichliche politische Ungeschicklichkeit der hannoverschen Regierung, die allerdings bei der gewissen Doppelzüngigkeit des Wiener Kabinetts verständlich ist, den preußischen Staatsmann, der unzweifelhaft vorerst nicht zu den unentwegten Annexionisten gehörte, auf eine möglichst weitgehende Stärkung des für die Neuerrichtung eines deutschen Reiches wichtigsten Landes verwiesen hätte.

Bismarck mußte des Glaubens sein, daß auch ein neutrales Hannover eine latente strategische Bedrohung des in diesen Sommermonaten 1866 um seine Existenz ringenden Preußens gewesen sei.

Die zur Entscheidung angerufenen Waffen waren bald ein weiteres Hemmnis für einen Ausgleich und somit wieder die Ursache zu neuen Konflikten: Preußen beging von Anfang an den psychologischen Fehler, das Selbstgefühl der Hannoveraner nach Möglichkeit zu verletzen. War schon der plötzliche Einmarsch Manteuffels wie auch die erhandelte Kapitulation eine Unfreundlichkeit gegenüber dem hannoverschen Gegner, der damit zu Boden geworfen wurde, so war die Art der Behandlung des seiner Armee beraubten hannoverschen Königs durch Bismarck eine weniger geschickte. Der Hannoveraner, selbst der ursprüngliche Preußenfreund, mußte es als entehrend empfinden, daß sein Staat nicht mehr als gleichberechtigter Partner, sondern der Einzelne nur als Glied eines unterworfenen Volkes angesehen wurde. Man hat anfangs in Berlin den „Stolz" der Niedersachsen selten in die politische Kalkulation eingesetzt und damit die Lage nur noch verschärft. Jetzt herrschte der Militärgouverneur und eine Umstellung sollte in der kurzen Frist von 6 Wochen sich vollziehen: ist es da so verwunderlich, daß im Lande der Protest immer lauter wurde?

Darf es nicht auch als durchaus verständlich angesehen werden, daß sich der vertriebene Welfenkönig nicht ohne Widerspruch fügte, sondern auf das Nachdrücklichste seinen Protest zu verstärken suchte, wenn er sich auch dabei später unzulänglicher Mittel und Personen bediente? Ist seine Opposition nicht die natürliche Folge einer Behandlung, die seit den Tagen Napoléons I. keinem deutschen legitimen Fürsten zuteil geworden war? Wenn — noch heute — zur „Rechtfertigung" der Annexion auf die „Fehler" Georgs V., seine Einseitig-

it und politische Unzulänglichkeit oder — wie es Bismarck tat (1) — f die „überschwengliche Auffassung von seiner und seiner Dynastie lission" hingewiesen wird, so ist bei aller Zweckmäßigkeit einer Realitik doch dem Welfenhaus sein gutes Recht auf Protest und iderstand nicht abzusprechen.

Daß man in Berlin selbst gegen diese schwächste und letzte Form es „Widerstandes" einschreiten zu müssen glaubte, hatte nicht nur e Versteifung der Renitenz zur Folge, sondern auch die zunehmende eunruhigung der Gemüter im Lande Hannover. Bismarck hatte ses Zusammengehen von Volk und König nicht erwartet und es nn unbedingt verhindern wollen. Es ist ihm nicht geglückt, da sein inisterium die neue Provinz mit denkbar ungeschickten Maßnahmen glückte und dadurch der Hietzinger Agitation nur Vorschub leistete. st als wieder durch den Oberpräsidenten das Land von Hannover d weniger von dem fernen Berlin aus regiert wurde, gelang es, s weitere Anwachsen der Volksbewegung zu verhindern.

Die Aufgabe, den Anfang der Partei zeitlich zu fixieren, ist hier i einer aus dem Volke entstandenen allgemeinen Gegenbewegung wierig, da ein Zeitpunkt, ein Datum nicht angegeben werden kann, s als „Gründungstag" dieser „Partei" zu bezeichnen wäre. Man ß deshalb zurückgehen und kann wohl den 9. Juli 1866, an dem Nikolsburg Hannover zwischen den Mächten eingehandelt wurde, den Tag bezeichnen, der für das weitere Schicksal des Landes von deutung wurde. Denn mit diesem Tage schwand für König Georg e Aussicht, sein Land auf „legalem Wege" zurückzuerhalten.

Dort hielt die preußische Militärbehörde ihren Einzug, die wähnd des Übergangsjahres zu den bisherigen Voraussetzungen für Unzufriedenheit weitere hinzufügte. Es wäre kaum zur Konstituung einer sogenannten Partei gekommen, die die Rechte des Volkes ahrnehmen sollte, wenn nicht, wie gezeigt war, eine solch unglückliche and wie die des Generals von Voigts-Rhetz gewaltet hätte.

Es ist das bleibende Verdienst Graf Stolbergs, die Fehler seines ntsvorgängers gutgemacht und unter kluger Behandlung der letzinger Agenten das hannoversche Volk so langsam an den preuchen Staat und den Staatsgedanken herangeführt zu haben. Man t ihm diese Arbeit von beiden Seiten nicht leicht gemacht: seine rsöhnungspolitik erfuhr manche Belastung durch die Abfindungsverndlungen, die Aufbauschung der Vorgänge auf der Silberhochzeit d durch die Welfenlegion. Er hatte aber den Rückhalt an Bismarck, stille, unermüdliche Arbeit im wohlverstandenen Interesse der neuen ovinz leistete. Man hat in Hannover, wo man ihn für jeden Fehler Systems und jeden Übergriff eines Gendarmen verantwortlich chte, diese Leistung nur ungern oder zögernd anerkannt. Daß er „r „Rechtsstandpunkt" der Hannoveraner nicht anerkennen mochte, ß als ihr Schicksal angesehen werden, daß aber dieser verkannte ße Mann mit Hilfe dieser gewiß übergroßen Annexion das Reich affen konnte, ist auch in Hannover bei aller berechtigten Mentalität pürdigt worden.

Der Anfang der deutschhannoverschen Bewegung und ihrer Partei hier aufgezeigt worden: das Ende, das Abklingen und die Erfüllung d erst greifbar und abzusehen sein, wenn die heute als allein noch

(1) Gedanken und Erinnerungen, II,91.

mögliches politisches Ziel so ersehnte „Reichsreform“ Tatsache werden sollte (1). Solange diese nur Diskussionsthema bleibt und nichts Positives geschieht, solange wird auch diese heutige niedersächsische Heimatbewegung ihre Forderung nach Gleichberechtigung aller deutschen Stämme aufrecht erhalten müssen. Denn ihr Fundament, die alte „Welfische“ Partei des vorigen Jahrhunderts, war eine im Kern durchaus logische und geschichtlich bedingte Folge des Zusammenpralls alter deutscher föderalistischer Neigungen mit dem preußisch-deutschen Gedanken vom absoluten Staat, wie ihn Bismarck bei Deutschlands Mittellage als allein wertvoll für dessen Schutz und Nutzen ansah.

---

1). Während der Drucklegung hat eine neue Reichstagswahl am 6. 11. 1932 stattgefunden. Die Deutsch-hannoversche Partei erreichte wieder 64 004 Stimmen und 1 Mandat.

Anlagen.

Bericht des Oberpräsidenten Grafen Stolberg vom 6. Dezember 1867

Bericht des Oberpräsidenten Grafen Stolberg vom 24. Juli 1869

Schreiben Bismarcks an die Minister von Roon und Grafen Eulenburg vom 27. Mai 1868

Der Oberpräsident der Provinz Hannover an den Innenminister Grafen zu Eulenburg. (vom 28. Mai und 30. Mai 1868)

Handschreiben des Innenministers Grafen zu Eulenburg an König Wilhelm I. vom 6. Juni 1868

Schreiben des Generals Voigts-Rheß an den Kriegsminister vom 11. Oktober 1868

Handschreiben des Oberpräsidenten Grafen Stolberg an den Innenminister Grafen zu Eulenburg vom 31. Oktober 1868

Anlage I

Bericht des Oberpräsidenten Stolberg vom 6. Dezember 1867

Öffentliche Stimmung: „Wenn die als Folge der politischen Ereignisse des Jahres 1866 unvermeidliche Aufregung auch allmählich einer regeren und nüchternen Beurteilung der neuen Verhältnisse gewichen ist, so ist die allgemeine Stimmung in der Provinz doch keineswegs als eine durchaus günstige zu betrachten. Als Factoren dieses unerfreulichen Zustandes sind vor allem auf der einen Seite eine namentlich in der Landbevölkerung tief eingewurzelte Anhänglichkeit an das ehemalige Königshaus, auf der anderen Seite ein bewußter, fanatischer Haß gegen Preußen und endlich bei der großen Mehrzahl auch der verständigen Elemente die Besorgniß zu verzeichnen, daß gewohnte und bewährte Einrichtungen allzusehr einem allgemein gefürchteten System der Centralisation und Uniformität geopfert werden würden. Man ist daher schon im hohen Grade durch Belassung der Ämter-Verfassung befriedigt, obgleich die hiermit in Zusammenhang gebrachte Kreisverfassung nur sehr geringen Anklang findet, man setzt große Hoffnungen auf die Bewilligung des erbetenen Provinzial-Fonds und man wünscht allgemein, daß mit der Ausdehnung des Staats auch eine größere Selbstständigkeit der provinziellen Verwaltung Hand in Hand gehen möchte.

Der Abschluß des Vermögens-Vertrages mit dem früheren Landesherrn hat unzweifelhaft schon günstig auf die Stimmung gewirkt; nur ist nicht genug zu bedauern, daß trotzdem die Aufreizungen von Hietzing aus, namentlich durch fortdauernde Unterhaltung der sogenannten Legion in der Schweiz nach wie vor fortgesetzt werden".
(Z.: 6. XII. 1867)

nlage II

ericht des Oberpräsidenten Stolberg vom 24. Juli 1869.

Öffentliche Stimmung: „Es war nicht zu erwarten, daß i demjenigen Theile der Bevölkerung der Provinz Hannover, wel- er gegenüber der aus den Ereignissen des Jahres 1866 hervorge- ngenen politischen Umgestaltung von Anbeginn eine feindliche, ler doch abgeneigte Haltung einnahm, ein rascher Umschwung der immung eintreten werde. Im Gegentheil mußte befürchtet werden, ß bei vielen, welche unter dem ersten Eindrucke jener großartigen eignisse, und die theilweise in schneller und unmittelbarer lge für sie selbst große, persönliche Vortheile ergeben würden, e neue Ordnung der Dinge mit Freuden begrüßt hatten, ein ckschlag in der Stimmung unausbleiblich sein werde.

Es ist nicht zu verkennen, daß neben der fortschreitenden endung zum Besseren derartige Rückschläge vielfach eingetre- n sind. Die Faktoren, welche dabei entscheidend gewirkt ha- n, bestanden theils in den systematischen Agitationen der rtikularistischen Partei, theils in den unvermeidlichen Schädi- ngen materieller Interessen, welche durch die Auflegung neu- oder doch vermehrter Lasten, durch die Beeinträchtigung be- ehender Erwerbsverhältnisse, sowie durch die ohne tiefes Ein- eifen in die Verhältnisse der Betheiligten nicht durchführbaren nderungen althergebrachter Einrichtungen in der Organisation d in der Handhabung der Verwaltung herbeigeführt wurden, eils endlich in der Nichterfüllung unberechtigter, an die politi- ne Umgestaltung geknüpfter Hoffnungen. Aber obgleich diese ktoren fortgesetzt dahin gewirkt haben, der Regierung Ew. Kgl. ajestät auch solche Elemente abwendig zu machen, welche in r ersten Zeit nach den Ereignissen des Jahres 1866 eine ent- genkommende Haltung eingenommen hatten, und obgleich die- s Wirken hier und da von Erfolg begleitet gewesen ist, so ist ch auf der anderen Seite die erfreuliche Thatsache hervorzu- ben, daß die große Menge der Bevölkerung sich mit der ihr ihrer Mehrheit von Anfang an unwillkommenen politischen ränderung mehr und mehr auszusöhnen beginnt, sodaß bei m Fernbleiben gewaltsamer, den Bestand der gegenwärtigen rhältnisse bedrohender Erschütterungen mit Zuversicht erwar- werden darf, die gänzliche Verschmelzung dieser neuen Pro- nz mit den älteren Theilen der Monarchie werde sich schnel- vollziehen, als frühere Beispiele sowie die Anzeigen der ers- Jahre es hoffen ließen. Eine längere Zeit wird diese Ver- mmelzung freilich immer in Anspruch nehmen. Man darf da- r m. E. auch nicht denselben Masstab an das Verhalten und d die Äußerung der Gesinnung der Bevölkerung anlegen, wie n dies in den älteren Provinzen zu thun berechtigt ist".
24. VII. 1869)

Anlage III

Schreiben Bismarcks an die Minister von Roon und Grafen Eulenburg

Berlin, 27. Mai 1868

Wie die öffentlichen Blätter mittheilen, soll am 27. d. M. der Geburtstag des Königs Georg an mehreren Orten und zwar dort in der Stadt Hannover in besonders demonstrativer Weise bei dem Hof-Restaurateur Grobmeier im Odeon gefeiert werden.

Diese Festlichkeiten selbst zu untersagen, kann nicht in der Absicht liegen. Dagegen liegt die Frage nahe, ob nicht Grund und gesetzlicher Anhalt vorhanden ist, gegen diejenigen Restaurateure, welche das Arrangement derartiger Festlichkeiten als Demonstration gegen das Preußische Gouvernement und im Zusammenhange mit der Welfischen Agitation betreiben, namentlich gegen den Hof-Restaurateur Grobmeier mit dessen Concessions-Entziehung vorzugehen und eventuell den Magistrat zu Hannover mit der Einleitung des betreffenden Verfahrens zu beauftragen.

Bei Grobmeier findet — wie mir anderweitig mitgetheilt wird — in diesem Jahre das vierte Welfische Fest statt und ich erlaube mir deshalb gleichzeitig der geneigten Erwägung ganz ergebenst anheim zu geben, ob es nicht als angezeigt erscheint, den Officieren und Beamten in geeigneter Weise den Wunsch auszusprechen, das Grobmeiersche Lokal fortan zu meiden.

(G. St. A. — Acten des Min. d. Inn. Bd. I.)

Anlage IV.

Der Oberpräsident der Provinz Hannover an den Innenminister Grafen zu Eulenburg.

Hannover, 28. Mai 1868.

Ew. Excellenz habe ich bereits telegraphisch angezeigt, daß das gestern im Odeon hierselbst veranstaltete Fest zur Feier des Geburtstages des Königs Georg von der Polizei aufgelöst worden ist. Wie ich bereits gestern Ew. Exc. mündlich mitzutheilen mich beehrte, hatte ich von Berlin aus die Erwägung der Frage hier angeordnet, ob dem Besitzer des Odeon nicht für den Fall des Stattfindens dieses Festes mit Entziehung der Concession gedroht werden könne. Eine solche Maßregel sofort auszuführen, hat aber als unmöglich anerkannt werden müssen, da nach den hiesigen Verhältnissen derartige Concessionen vom Magistrat zu ertheilen sind, und ein die Entziehung der Concession aussprechender Beschluß des Magistrats bei der Kürze der Zeit nicht mehr herbeizuführen war. Wenn ich auch mit der getroffenen Maßregel der polizeilichen Auflösung der Festversammlung auf Grund des Vereinsgesetzes von vornherein nicht einverstanden war, während das meine Bedenken dagegen enthaltene Telegramm nicht mehr rechtzeitig hierher gelangte, so muß ich mich doch jetzt entschieden dafür aussprechen, daß bei etwaigen Beschwerden gegen das Vorgehen der kgl. Polizeidirektion (rote Randbemerkung Eulenburgs: „Das ist leicht gesagt") der letzteren Recht gegeben werde. Außerdem wird der Magistrat hierselbst noch veranlaßt werden, die dem Restaurateur Grobmeier ertheilte Concession wieder zurückzuziehen . . . . . !

Otto Graf zu Stolberg.

Bericht des Oberpräsidenten Stolberg an den Innenminister.

Hannover, den 30. Mai 1868.

„Der vormals Hannoversche Hof-Restaurateur Grobmeier . . gerirt sich fortgesetzt als ein entschiedener Gegner der Staatsregierung und fördert die Hietzinger Propaganda in jeder Weise. Derselbe soll in früherer Zeit bei Errichtung seines eleganten und geschmackvollen Sommergartens - Etablissements von dem Hannoverschen Hofe namhaft durch Darlehen unterstützt worden sein und mag hierin und in den möglicherweise noch bestehenden Schuldverhältnissen — über welche indessen Näheres zur Zeit nicht ermittelt ist — das Hauptmotiv für jenes Verhalten beruhen.

Zur Charakterisierung des letzteren erlaube ich mir anzuführen, daß die Demonstrationen, welche die Welfische Agitationspartei bei jeder sich darbietenden Gelegenheit in Szene zu setzen sucht, hauptsächlich in dem Grobmeierschen Lokale stattzufinden pflegen . . . . und der p. Grobmeier erscheint nicht als bloßer Dulder von agitatorischen Bestrebungen in seinem Lokale, sondern als wirklicher Agitator. Als Beispiel für die Mittel, mit welcher er zu wirken sucht, mag dienen, daß in einem großen Saale des Lokals über der leeren Console, auf welcher vormals die Büste des Königs Georg aufgestellt war, die Worte: SIEG und EIGENTHUM umgeben von den Worten: Gerechtigkeit, Treue, Ausdauer pp. in ostensibler Weise angebracht sind. Gegenüber diesem Treiben, welches nicht im Nachlassen, sondern in der Steigerung begriffen ist, liegt die Erwägung nahe, ob nicht mit Entziehung der dem Grobmeier ertheilten Concession vorzugehen sein wird . . .

Nicht unberücksichtigt bleiben darf es indessen, daß der Magistrat seinerseits schwerlich darauf eingehen wird, einem bezüglichen Antrage der Polizeidirektion zu entsprechen, daß daher die Entziehung auf Grund einer Beschwerde der letzteren in der höheren Instanz auszusprechen sein würde.

Das Mießliche hierbei liegt namentlich darin, daß der Magistrat, welcher seither im allgemeinen eine der Regierung willfährige Stellung eingenommen hat, durch ein solches Vorgehen leicht verstimmt werden könnte, und daß dies auf seine ganze Haltung nicht ohne Einfluß bleiben kann.

Auf der anderen Seite ist indessen großes Gewicht darauf zu legen, daß die Staatsregierung im Zusammenhange mit der ganzen Haltung, welche sie gegenüber dem Hietzinger Hofe eingenommen hat, auch den von letzterem nach ausgehenden, oder doch demselben zugewandten Demonstrationen nachdrücklich entgegentritt und damit die große Menge derer welche unüberlegt und ohne wirklich bösen Willen sich an denselben beteiligten, zur Besinnung zu bringen sucht . . . ."

(G. St. A. Acten d. Min. d. Inn. Bd. II.)

nlage V

ndschreiben des Innenministers Grafen zu Eulenburg an König ilhelm I.

Berlin, den 6. Juni 1868

Ew. Majestät berichte ich alleruntertänigst, daß ich den Vorurf, Ew. Majestät nicht rechtzeitig von den Vorfällen in Hannover enntniß gegeben zu haben, vollständig verdiene, und Anordnung troffen habe, daß dergleichen Versehen nicht wieder vorkommen erden . . . Der Oberpräsident war am 27. v. M., dem Geburtsge des Königs Georgs, hier. Er glaubte so wenig an einen ößeren Umfang oder eine größere Bedeutung der für diesen ag in Hannover in Aussicht genommenen Demonstrationen, daß seine Anwesenheit daselbst nicht für so nothwendig ansah. ei Besprechung des Gegenstandes äußerte er seine Überzeugung hin, daß je weniger polizeilicher Seits gegen Welfische Deonstrationen eingeschritten würde, desto schneller diese an Reiz erlören: er glaubte, daß man am besten thue, die Feier ruhig erlaufen zu lassen: dann werde sie keine Aufregung hervorrufen nd schnell vergessen sein.

Inzwischen muß das von dem Polizeidirector in seinem erichte vom 29. v. M. geschilderte Zusammentreffen mehrerer mstände dem Feste einen ernsteren Charakter gegeben haben. ie Polizeibehörde scheint die Überzeugung gewonnen zu haben, aß man das Fest nicht dürfe abhalten lassen, ohne bei der roßen Masse die Meinung zu erzeugen, die Regierung sei zu hwach, es zu verhindern.

Der § 9 des Vereinsgesetzes bestimmt:

> Öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel bedürfen der vorgängigen schriftlichen Genehmigung der Ortspolizeibehörde.

Eine solche Genehmigung war nicht eingeholt. Meiner Anicht nach hätte die Polizeibehörde schon zwei Tage vorher die nternehmer darauf aufmerksam machen können, daß es einer olchen Genehmigung bedürfe, und daß dieselbe nicht ertheilt erden würde. Allein man mag bis zum letzten Augenblick der Anicht gewesen sein, daß das Fest keine größeren Proportionen anehmen werde, und ist erst, als diese Ansicht sich in letzter unde als unrichtig erwies, dazu geschritten, den § 9 des Vernsgesetzes anzuwenden und die Versammlung zum Auseinanderehen anzuhalten.

Ich enthalte mich vor der Hand jedes Urtheils über die weckmäßigkeit oder Unzweckmäßigkeit der angegriffenen Maßgel. Geschmackvoll erscheint es nicht, die Leute sich erst utzen und ihre Kuchen backen zu lassen und sie dann am

Verzehren derselben zu hindern. Aber, um das Verfahren zu mißbilligen bin ich noch nicht gehörig informiert. Beschwerden werden nicht ausbleiben: ihre Erörterung wird Gelegenheit geben, den ganzen Zusammenhang genau kennen zu lernen und sich ein definitives Urtheil zu bilden . . . ."

Gr. Eulenburg.

(Civ. Kab.-Rep. 89 H. 1.)

Anlage VI

Schreiben des Generals Voigts-Rhetz an das Kriegsministerium.

Sekret. Grevels b. Luxbg., 11. X. 1868

. . . . neben der fortschreitenden politischen Beruhigung in der Provinz Hannover . . . tritt andererseits von Hietzing aus, und von dem specifischen Welfenthum ausgehend eine neue sehr lebhafte Agitation gegen das Preußische Regiment hervor.

Dieser Agitation muß, soweit als irgend thunlich, mit allen zu Gebote stehenden Mittel entgegengetreten werden. Die Civilgewalt, eingeschränkt durch eine für hiesige Zustände unzureichende Gesetzgebung und gegenüber einer boshaften und zügellosen Presse, welche überhin durch schlaffe und widerwillige Gerichte nicht gehörig im Zaume gehalten wird, scheint nicht in der Lage zu sein, die im Dunkeln fortwühlende Agitation und die Presse, welche die Alliance zwischen dem Adel, der Demokratie und dem Ultramontanismus repräsentiert, im Zaume zu halten. . . . .

Solenne und demonstrative Feindlichkeiten an den Familienfesttagen der früheren Welfen-Dynastie, sehr kostbare Geschenke für die Mitglieder jener Familie, vom reichen Adel bezahlt, aber durch geringe Beiträge, welche, auf Subskriptionen gelöst, — den Schein allgemeiner Theilnahme liefern, sind mit neuer Lebhaftigkeit an der Tagesordnung . . . . . Ob und wieweit durch die Civilgewalt gegen dergleichen Demonstrationen, die in der Presse und im Privatverkehr ausgenutzt werden, eventuell eingeschritten werden könnte, ist hier nicht der Ort zu untersuchen, aber ich glaube, daß von militärischer Seite Schritte geschehen können und müssen, die geeignet sind, ohne Aufsehen zu erregen, unsere Macht in der Provinz zu sichern und zugleich die Truppen besonders in denjenigen Städten, wo die schlechte Gesinnung vorherrschend ist, vor dem Contakt mit den schädlichen Elementen der Bevölkerung zu sichern.

Solcher Städte giebt es besonders zwei: Hannover und Celle. In beiden ist die Gesinnung noch schlecht und in beiden ist es daher durchaus notwendig, die Truppen zu kasernieren, welche noch in Bürgerquartieren liegen . . . . . Eine dritte Forderung von eminenter Wichtigkeit ist der Ausbau des Schlosses in Münden, nicht weil dort die Gesinnung der Bürgerschaft eine schlechte ist, sondern weil der am südlichsten in der Provinz gelegene Punkt von hoher militäricher Wichtigkeit ist, die sich noch außerordentlich steigern wird . . . . Der König Georg und seine sämmtlichen Umgebungen, der Prinz Ernst August an der Spitze, wühlen direct gegen Preußen und scheuen keine Mittel — auch nicht das unwürdigste und verwerflichste —, um die Regierung Sr. Majestät des Königs zu schädigen und

schließlich zu stürzen. Sie rechnen, und arbeiten auch durch die Welfenlegion hin, auf den Abfall der Hannoverschen Regimenter, — auf die Erhebung der Unterthanen in der Provinz Hannover.

Die Partisanen des Welfenthums sprechen und träumen nur vom Kriege, oder doch von der Revolution gegen Preußen und keine Mittel der Lüge und Verläumdung ist diesen Leuten zu schlecht, um es nicht gegen den König und seine Regierung in Bewegung zu seßen. Nichts ist daher billiger und gerechter, als daß sie auch die Mittel liefern, die nothwendig sind, um uns gegen ihre Attentate, soweit als thunlich, zu sichern.

Mein ganz ergebenster Antrag geht daher dahin, daß es dem kgl. Kriegsministerium gefallen möge, die in dem vorgenannten Welfenfond aus dem verflossenen Jahre noch vorhandenen Mittel für die Militär-Verwaltung zu dem bezeichneten Zwecke geneigtest zu requirieren und demnächst in der Weise zur Anwendung zu bringen, daß zuerst in Celle eine Kaserne für 2 Bataillone, sodann eine Kaserne in oder bei Hannover für 3 Bataillone und drittens der Ausbau des Schlosses zu Münden so schleunig als möglich zur Ausführung gebracht werden.

Der Kommandierende General . . . . .

(Im Auszug — Beglaubigte Abschrift im Geh. St. A. zu Berlin-Dahlem, Akten des Min. d. Innern, Bd. II.).

Anlage VII

Handschreiben des Oberpräsidenten Stolberg an den Innenminister Grafen zu Eulenburg.

Hannover, den 31. Oktober 1868.

Ew. Excellenz beehre ich mich die unter dem 20. ds. Mts. mir gütigst mitgeteilte Abschrift eines Berichts des commandierenden Generals von Voigts-Rhetz an das Kriegsministerium vom 11. d. M. mit dem verbindlichsten Danke anbei ganz ergebenst zurück zu reichen. Insoweit der Herr General in diesem Schreiben den Wunsch nach Vermehrung der Kasernen ausspricht und an die Realisierung derselben die Hoffnung knüpft, daß die aus der Provinz Hannover stammenden Soldaten durch ausgedehnte Kasernierung vor den mannigfachen auf sie einwirkenden schädlichen Einflüssen mehr bewahrt werden würden, so ist dies lediglich Sache der militärischen Beurteilung, der ich mich aber auch vom ganz unbetheiligten Standpunkt aus nur völlig anschließen kann.

Umsomehr aber muß ich es bedauern, daß versucht worden ist, die an sich durchaus einleuchtenden Gründe durch Vorwürfe zu unterstützen, deren gegen die jetzige Civilverwaltung Spitze nur zu deutlich erkennbar ist, und hierdurch die von Ew. Excellenz mir auch mündlich bereits angedeutete Besorgnis hervorgerufen, daß neuerdings ganz besonders gefährliche Agitationen eine Verschlimmerung der Stimmung herbeigeführt hätten, der nicht mit der nötigen Energie entgegengetreten würde. Hierzu rechne ich vor allem die beiden Passus „Die Civilgewalt scheint nicht in der Lage zu sein“ und „Ob und inwieweit durch die Civilgewalt eingeschritten werden könnte“. Dem gegenüber halte ich es für meine Pflicht, Ew. Excellenz es ganz entschieden auszusprechen, daß nach meiner gewissenhaften Überzeugung die feindlichen Agitationen in ihren Erfolgen in keiner Weise zugenommen haben. Es ist selbstverständlich, daß unter dem Schutz der Verfassung und des gesetzlichen Zustandes manches sich jetzt mehr an die Öffentlichkeit wagt, was früher nur im Verborgenen arbeiten konnte; ich glaube aber nicht, daß hierin eine größere Gefahr liegt und um so weniger, als einer entschieden feindlichen Richtung nur zwei Preßorgane der Provinz angehören. Das in dem erwähnten Bericht angeführte Beispiel von dem bei Überreichung eines Geschenkes an den ehemaligen Kronpinzen stattgehabten Vorgängen erscheint mir durchaus irrelevant, da die seitdem bereits dementierte Erzählung theilweise wörtlich einem beliebigen Zeitungs-Artikel entlehnt ist und außerdem derartige Verbindungen mit Hietzing in der Zeit der Diktatur mindestens in demselben Umfang stattgefunden haben. In der That ist es mir auch schwer erfindlich, wie die Verbreitung

derartiger Erzählungen im „Privatverkehr“ gehindert werden soll, geschweige denn in der Presse, da, selbst wenn die „Deutsche Volkszeitung“ und die „Hannoversche Landeszeitung“ unterdrückt wären, diese Mittheilungen doch durch auswärtige Blätter auch in der hiesigen Provinz dieselbe Verbreitung finden würden.

Es ist allerdings nicht zu leugnen, daß in manchen, und zwar den von zu Hause aus geneigteren Kreisen, die Stimmung nicht mehr so günstig wie 1866 ist; es ist dies jedoch die Folge mancher unausbleiblichen mit den früher gehegten vielfach unerfüllbaren Erwartungen zusammenhängenden Enttäuschungen, des während des Ausnahmezustandes befolgten Systems und mancher Maßregel der königlichen Staatsregierung, deren Nothwendigkeit hier nicht zu erörtern ist, die aber keinen günstigen Eindruck gemacht haben. Auf der anderen Seite aber ist als eine weit wichtigere Erscheinung hervorzuheben, daß in sehr vielen Kreisen, namentlich denen der Beamten und der ländlichen Bevölkerung die Stimmung sich ganz entschieden gebessert hat, wie dies meine eigenen Wahrnehmungen auf den vielen diesjährigen Reisen und die vielen mir zugehenden Berichte aus den meisten Theilen der Provinz mir bezeugen.

Meine von Anfang an gehegte Überzeugung, daß bei den hiesigen Verhältnissen und bei dem Charakter der Bevölkerung nur durch aufmerksame Ruhe und durch sorgfältiges Vermeiden aller Nergeleien und Provokationen, auf der anderen Seite aber auch durch Festigkeit erfolgreich gewirkt werden kann, ist durch meine Erfahrungen mir in vollstem Maße bestätigt worden. Es würde daher auch gegen mein Gewissen sein, solange ich in meiner gegenwärtigen amtlichen Stellung belassen werde und solange nicht außerordentliche Verhältnisse eintreten, hier in anderer als dieser nach meiner Ansicht allein zum Ziele führenden Weise zu verfahren.

Mit ausgezeichnetster Hochachtung

Ew. Excellenz ganz ergebenster

(gez). Otto Graf zu Stolberg.

Lebenslauf.

Ich, Werner Leffler, evangelisch-lutherischer Konfession und im Besitze der preußischen Staatsangehörigkeit, wurde am 14. Juni 1904 in Weimar als Sohn des Kaufmanns Otto Leffler geboren.

Nach Besuch des Carl-Friedrich-Gymnasiums zu Eisenach, das ich mit dem Zeugnis der Reife verließ, und praktischer Ausbildung im Sortimentsbuchhandel widmete ich mich mit Beginn des Sommer-Semesters 1925 dem Studium der Geschichte, Geographie, Kunstwissenschaft und Literaturgeschichte in Leipzig, um dort gleichzeitig Vorlesungen in der Deutschen Bücherei über Fragen des Buchhandels zu hören.

Nach weiterem Besuch der Universitäten in Wien, München und Berlin mußte ich mich an letzterer infolge Erkrankung und darauf folgender praktischer Tätigkeit in der Bibliothek der Deutschen Hochschule für Politik zu Berlin 4 Semester beurlauben lassen.

Seit dem Winter-Semester 1930/31 studiere ich in Rostock, um mit Erlangung der Doktorwürde mein Studium zu beenden.